

Informationen zur modernen Stadtgeschichte

2015
Verlagsort: Berlin

2.Halbjahresband

Herausgegeben von
Martin Baumeister, Christoph Bernhardt, Dorothee Brantz, Martina Heßler,
Gerd Kuhn, Friedrich Lenger, Gisela Mettele, Susanne Rau, Jürgen Reulecke,
Ralf Roth, Axel Schildt, Dieter Schott und Clemens Zimmermann

in Verbindung mit
Stefan Fisch, Adelheid von Saldern,
Hans Eugen Specker und Clemens Wischermann

Themenschwerpunkt

Stadt und Jugendkulturen

Verantwortlicher Herausgeber:
Jürgen Reulecke

LEITARTIKEL

Jürgen Reulecke

Stadt und Jugendkulturen: historiographische Horizonte zum
Thema seit Mitte der 1970er Jahre..... 5

BERICHTE UND AUFSÄTZE ZUM THEMA

Wolfgang Hofmann

Zwei Schulen – zwei Städte: Frankfurt am Main und Spandau..... 17

Barbara Stambolis

Lebensweltliche Katholizität im generationellen Kontext: Jugend und
Jugendbewegung in Paderborn in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. 30

<i>Sharon Bäcker-Wilke</i>	
Städtische Ordnungsstrukturen der nichtorganisierten Berliner Großstadtjugend der Weimarer Republik.....	42
<i>Alfons Kenkmann</i>	
„(...) typischer Ausdruck des Strebens junger Menschen nach Ungebundenheit“: Edelweißpiraten im „Dritten Reich“ in den Städten an Rhein und Ruhr.....	54
<i>Bodo Mrozek</i>	
East Side Story: Die „Mobilization for Youth“ im New York der 1960er Jahre.....	68
<i>David Templin</i>	
„Das ist unser Haus“: Aneignung, Konstitution und Nutzung von Räumen in der Jugendzentrumsbewegung in Wertheim 1971 – 1976.....	80
<i>Sebastian Haumann</i>	
Hausbesetzungen und kommunale Jugendpolitik am Beispiel der Stadt Hilden Anfang der 1980er Jahre.....	93

F O R U M

<i>Michael Röhrig</i>	
Unter dem Eindruck der Massenmotorisierung: Mobilität und Verkehrspolitik in mittelgroßen Industriestädten der Bundesrepublik am Beispiel von Rüsselsheim und Völklingen (1955 – 1975).....	108
<i>Susanne Rau</i>	
Imaginierte Räume. Zur Geschichte nicht-realisierte Stadtplanungsprojekte.....	129

A L L G E M E I N E B E R I C H T E

<i>Yasemin Utku</i>	
Ein „Dritter Weg“ der Moderne im Ruhrgebiet. Die neue Industriestadt. Symposium für Prof. Dr. Renate Kastorff-Viehmann am 20.1.2015 am Fachbereich Architektur der FH Dortmund.....	148

<i>Heidi Hein-Kircher / Eszter Gantner</i>	
"Transfer of Knowledge and Urbanisation in Eastern Europe (1880-1914)". Panel von Dr. Hein-Kircher (Herder-Institut für historische Ostmittel- europaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft in Marburg) bei der British Association for Slavonic and Eastern European Studies am 28.3.2015 in Cambridge.....	152
<i>Matthias Lieb</i>	
Wege zur nachhaltigen Entwicklung von Städten der TU Darmstadt vom 18.06.–19.06.2015.....	155
<i>Alexander Sedlmaier</i>	
Cities and societies in transition? The 1970s in West Germany and Italy vom 21. bis 22. Mai 2015 am Deutschen Historischen Institut in Rom....	158
<i>Achim Saupe</i>	
Authentisierung von StadtLandschaften II am 03.07.2015 am Leibniz- Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner.....	163
<i>Dieter Schott</i>	
Die (Un)Ordnung der Stadt: Bericht von der Nachwuchstagung der GSU vom 28. bis 29. September 2015 an der Universität Regensburg.....	168
MITTEILUNGEN	173

Stadt und Jugendkulturen: Historiographische Horizonte zum Thema seit Mitte der 1970er Jahre

Zwar gibt es immer wieder einmal Versuche von Geschichtswissenschaftlern, historische Gesamtdarstellungen von ganzen Epochen, von Nationen und sonstigen weltweiten Großräumen zu produzieren, doch trifft letztlich wohl immer noch folgende Weisheit des Göttinger Historikers August Wilhelm Schlözer zu, der im Jahre 1784 angemerkt hat, „die ganze Geschichtsschreiberei“ sei letztlich nur eine „große, unendlich zusammengesetzte Fabrike“.¹ Dass diese große „Fabrike“ aus einer beträchtlichen Anzahl von Zweigfabriken besteht und es beim Kommen und Gehen der Historikergenerationen immer wieder modische Bevorzungen dieser oder jener Zweigfabrik gibt, die dann oft nach circa zehn bis fünfzehn Jahren von jüngeren Historikern infolge ihres Engagements in anderen Zweigfabriken abgelöst werden, ist ebenfalls eine recht triviale Feststellung. Die zwei die Schwerpunktsetzung des vorliegenden IMS-Heftes bestimmenden Kernbegriffe *Stadt* und *Jugendkulturen* sind als solche historiographischen Teilfabriken zu verstehen, die wiederum aus einer Reihe von Unterabteilungen bestehen, die in den Beiträgen des vorliegenden IMS-Heftes an exemplarischen Beispielen angesprochen werden. Nach der mit beträchtlichem Engagement in den frühen 1960er Jahren begründeten, von Neuzeithistorikern zeitweise intensiv bevölkerten „historischen Sozialwissenschaft“, deren gesellschaftsgeschichtlichen Schwerpunktsetzungen (Stichwort „Bielefelder Schule“) weitestgehend von aus der Soziologie stammenden Begriffen und Denkkategorien bestimmt waren, gewannen in deutlicher Absetzung davon seit etwa Mitte der 1970er Jahre in der Historikerzunft die im Folgenden im Mittelpunkt stehenden Begriffe eine zunehmende Bedeutung und wurden Kernelemente von sich neu profilierenden „Zweigfabriken“ – der Stadt- und Urbanisierungsgeschichte sowie der Bildungs-, der Jugend- und auch der Generationengeschichte. In jeweils spezifischer

¹ Zit. nach Reinhart Koselleck, *Geschichte*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, 2. Band, Stuttgart 1975, S. 692.

Weise wurde hier auf den weitgehend rein strukturgeschichtlichen Ansatz der „Bielefelder Schule“ à la Hans Ulrich Wehler² kritisch reagiert, indem ihr vorgeworfen wurde, sie betreibe letztlich eine „Geschichte ohne Menschen“. Stattdessen gewann in der Folgezeit zunehmend ein historischer Blick an Bedeutung, der anfangs etwas plakativ auf den Nenner „Alltagsgeschichte“ gebracht wurde. Erste Schritte in dieser Richtung mit beträchtlicher öffentlicher Resonanz waren seit 1977 im Zusammenhang mit dem von dem Bundespräsidenten Gustav Heinemann und dem Hamburger Stifter Kurt A. Körber 1973 ins Leben gerufenen „Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte“ ausgegangen, der in den Jahren 1977 bis 1981 auf Anregung vor allem von Reinhard Rürup und Lutz Niethammer zum Thema ‚Alltag‘ fünf Wettbewerbe durchführte – zunächst zu den Themen ‚Arbeit‘, ‚Wohnen‘ und ‚Freizeit‘, dann zum Thema ‚Alltag in der NS-Zeit‘.

Hier auch nur annähernd eine Gesamtansicht der seither in jenen „Zweigfabriken“ verfolgten Forschungsperspektiven vorstellen zu wollen, würde allerdings den Rahmen dieses Leitartikels sprengen. Deshalb sollen nur ein paar Hinweise auf einige Anfangsimpulse genannt werden, die – beginnend etwa Mitte der 1970er und expandierend dann seit den frühen 1980er Jahren – eine Fülle von Aktivitäten angestoßen haben, die in der Folgezeit mehrfach z.B. zur Bildung von kollegialen Netzwerken (s. zum Beispiel im Jahre 2000 die Gründung der GSU, d.h. der „Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung“), zur Durchführung einer Vielzahl von Tagungen und einer Reihe größerer Forschungsprojekte (unterstützt von der DFG, der Volkswagenstiftung usw.) sowie zur Publikation sowohl vieler einschlägiger Gesamtdarstellungen und Sammelwerke als auch einer Fülle von Qualifikationsarbeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses geführt haben. Dass bei den folgenden Informationen dazu eine gewisse Subjektivität nicht zu vermeiden ist, sei aber ausdrücklich vorweg angemerkt.

Den Beginn und die Entwicklung einer neueren Stadt- und Urbanisierungsgeschichte seit den frühen 1970er Jahren hat Wolfgang Hofmann jüngst in einer ausführlichen autobiographischen Rückschau einleuchtend dargestellt, wobei er vor allem die entscheidenden Anfangsimpulse einerseits von Hans Herzfeld (1892–1982), Professor für neuere Geschichte an der FU Berlin, und andererseits von Wolfgang Köllmann (1925–1997), Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte/Demographie an der neugegründeten Universität Bochum, betont hat:³ Zwei Historikerta-

² Besonders bedeutsam und richtungweisend war in diesem Kontext der damalige Bestseller von Hans Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918*, Göttingen 1973, nachdem Wehler bereits 1968 in der Reihe „Neue Wissenschaftliche Bibliothek“ als Band 10 den programmatischen Aufsatzsammelband „Moderne deutsche Sozialgeschichte“ herausgegeben hatte (Köln/Berlin 1968).

³ Vgl. Wolfgang Hofmann, *Es begann mit Stein. Eine historiographische Erinnerung*, in: Ders., *Bürger-schaftliche Repräsentanz und kommunale Daseinsvorsorge. Studien zur neueren Stadtgeschichte*, Stutt-

ge mit jeweils einer Sektion zur Kommunalgeschichte bzw. zur modernen Stadtgeschichte – 1970 unter Leitung von Hans Herzfeld in Köln, 1974 unter Leitung von Wolfgang Köllmann und Wolfgang Hofmann in Braunschweig – lieferten eine Fülle von Anregungen für eine Nachwuchsgruppe von Historikern vor allem aus Berlin und dem Umfeld der jungen Bochumer Universität zur Bildung eines entsprechenden Netzwerks und Herausgabe einschlägiger Publikationen. Dissertationen der Beteiligten, der Start der drei Jahrzehnte lang von Christian Engeli betreuten *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* (IMS) – ab 1973 im Rahmen des *Difu*, des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin – und die Herausgabe der Beiträge der Sektion des Braunschweiger Historikertags gehörten ebenso dazu wie diverse aus den Diskussionen um das Thema ‚Alltagsgeschichte‘ hervorgegangene Detailstudien sowie methodische Überlegungen zur Forschungspraxis (Stichwort z.B. „Oral History“).⁴ Die vor allem von der Bielefelder „historischen Sozialwissenschaft“ bis dahin massiv favorisierte Übernahme soziologischer Kategorien verlor angesichts der interdisziplinären Öffnung in Richtung anderer Nachbardisziplinen wie z.B. die Erziehungswissenschaft und Geographie, die Volkskunde, die Literatur- und Kunstwissenschaft, Architektur, Stadtplanung und Demographie zunehmend an Bedeutung. Dabei spielte auch die Kontaktaufnahme mit Fachkollegen in der DDR sowie in England, Frankreich, Österreich und den USA eine zunehmende Rolle.⁵ Eine wachsende Zahl von umfangreichen Studien zu einzelnen Städten und zum städtischen Leben wie z.B. der Kommunalpolitik, der Stadtverwaltung und Stadtkultur wurde nun ebenso publiziert wie solche zum Gesamtprozess der Urbanisierung und zur Entstehung moderner Metropolen.⁶ Auch nach den 1980er Jahren lieferten immer

gart 2012, S. 363-408, bes. S. 367-371; Hans Herzfeld hatte 1962 einen programmatischen Artikel mit dem Titel „Aufgaben der Geschichtswissenschaft im Bereich der Kommunalwissenschaften“ veröffentlicht (in: *Archiv für Kommunalwissenschaften*, 1:1, 1962, S. 27-46), und von Wolfgang Köllmann stammte, angeregt durch Werner Conze, der in Göttingen sein akademischer Lehrer gewesen war, seine innovative exemplarische Studie „Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert“ (Tübingen 1960).

⁴ Zu den IMS vgl. Hofmann, *historiographische Erinnerung*, S. 368 f.; zu der Braunschweiger Historikertagsektion von 1974 s. Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Die deutsche Stadt im Industriezeitalter. Beiträge zur modernen deutschen Stadtgeschichte*, Wuppertal 1978; s. auch den programmatischen Beitrag von Wolfgang Köllmann, *Aus dem Alltag der Unterschichten in der Vor- und Frühindustrialisierungsphase*, in: Jürgen Reulecke/Wolfhard Weber (Hrsg.), *Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter*, Wuppertal 1978, S. 11-37; ähnliche Ansätze finden sich auch bei Lutz Niethammer (Hrsg.), *Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft*, Wuppertal 1979. Bedeutsam für die Forschungsstrategien der Stadtgeschichtsforschung in der Folgezeit war zudem der ebenfalls von Lutz Niethammer herausgegebene Sammelband: *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“*, Frankfurt a. M. 1980.

⁵ S. dazu Hofmann, *historiographische Erinnerung*, S. 377-380.

⁶ Um nur als Beispiele einige typische, in den 1980er Jahre erschienene größere Werke zu nennen: Hans

wieder neue Publikationen Beispiele dafür, wie es mit der Entwicklung der Stadtgeschichtsforschung weiterging, wobei Spezialbegriffe wie z.B. „Stadtgesundheit“, „Vernetzung“ oder „Kommunikation“ anregend wirkten.⁷ In den seit 2004 in einem neuen Format herausgegebenen Heften der IMS ist infolge der jeweiligen Fixierung pro Heft auf einen Themenschwerpunkt und den darauf bezogenen Forschungsstand die inzwischen immense Vielfalt der seit den 1970er/1980er Jahren bearbeiteten stadt- und urbanisierungshistorischen Themenfelder nachvollziehbar. Um eine stadtgeschichtliche Zusammenschau des aktuellen Forschungsstandes hat sich in den letzten Jahren vor allem Friedrich Lenger mit mehreren umfangreichen Werken bemüht.⁸

Der in der „Zweigfabrik“ Stadt- und Urbanisierungsgeschichte seit Mitte der 1970er Jahre festzustellende neue Aufschwung betrifft in ähnlicher Weise auch die Forschungsfelder der Bildungs-, Jugend- und Generationengeschichte. Auch hier waren es nicht mehr nur im Wesentlichen aus der Soziologie abgeleitete Anregungen, sondern eine Reihe weiterer Wissenschaftszweige, die von nun an eine impulsgebende Rolle spielten. Zur Spezialgeschichte der Jugendbewegung, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts „aus grauer Städte Mauern hinaus in Wald und Feld“ gezogen war, so der Anfang eines viel gesungenen „Stadtfluchtliedes“⁹, waren bereits seit Anfang der 1960er Jahre diverse umfangreiche Darstellungen und Quellenpublikationen erschienen¹⁰, außerdem viele Beiträge in dem seit 1969 herausbrachten

Jürgen Teuteberg (Hrsg.), *Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln/Wien 1983; Jürgen Reulecke, *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1985; Horst Matzerath, *Urbanisierung in Preußen 1815-1914*, Stuttgart u.a. 1985; Anthony Sutcliffe (Hrsg.), *Metropolis 1890-1940*, London 1984 (mit Beiträgen auch zu Deutschland); Christian Engeli/Horst Matzerath (Hrsg.), *Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan. Ein Handbuch*, Stuttgart u.a. 1989; Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), *Massenwohnung und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg*, Frankfurt a. M./New York 1988.

⁷ S. etwa Dittmar Machule/Olaf Mischer/Arnold Sywottek (Hrsg.), *Macht Stadt krank? Vom Umgang mit Gesundheit und Krankheit*, Hamburg 1996; Dieter Schott, *Die Vernetzung der Stadt. Kommunale Energiepolitik, öffentlicher Nahverkehr und die „Produktion“ der modernen Stadt. Darmstadt – Mannheim – Mainz 1880-1918, Darmstadt 1999*; sowie Adelheid von Saldern (Hrsg.), *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchzeiten*, Wiesbaden 2006.

⁸ Vgl. Friedrich Lenger/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung – Entwicklung – Erosion*, Köln/Weimar/Wien 2006; Friedrich Lenger, *Stadt-Geschichten. Deutschland, Europa und die USA seit 1800*, Frankfurt a. M. u.a. 2009; Ders., *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*, München 2013.

⁹ Text von Hans Riedel 1910, Melodie von Robert Götz um 1920.

¹⁰ Neben einer umfangreichen dreibändigen Quellenedition „Dokumentation der Jugendbewegung“, hrsg. von Werner Kindt, beginnend mit Band 1, Düsseldorf/Köln 1963 (Band 2 1968, Band 3 1974) waren es vor allem die beiden Gesamtdarstellungen von Walter Laqueur, *Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie*, Köln 1962, und von Harry Pross, *Jugend, Eros, Politik. Die Geschichte der deutschen*

„Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung“, die meist auf die alljährlich stattfindenden interdisziplinären Tagungen dieses Archivs auf Burg Ludwigsstein bei Witzhausen zur recht heterogenen Jugendbewegungsgeschichte und deren Umfeld zurückgingen.¹¹ Eine erhebliche Wirkung in Richtung einer allgemeinen Geschichte der Jugend hatte anfangs jedoch vor allem der 1957 erschienene Bestseller des Soziologen Helmut Schelsky (1912–1984) „Die skeptische Generation“ gehabt¹²; außerdem war von Ludwig von Friedeburg (1924–2010) Mitte der 1960er Jahre ein umfangreiches, im Wesentlichen ebenfalls soziologisch ausgerichtetes Sammelwerk mit über 30 programmatischen Aufsätzen unter dem Titel „Jugend in der modernen Gesellschaft“ erschienen, die die Situation der Jugend in der modernen Gesellschaft zunächst allgemein und dann speziell mit Blick auf die Sozialisierungsprozesse im Umfeld von Familie, Schule, Studium, Beruf und Freizeit behandelten.¹³ Mit Blick auf die lebensgeschichtlichen Beziehungen zwischen Stadt und Schule sowie Elternhaus kam es dann bereits ab Mitte der 1970er Jahre im Umfeld der Gesellschaft für Erziehungswissenschaften zu Studien, die ausdrücklich auch die Historizität dieser Beziehungen mit berücksichtigten.¹⁴ Parallel dazu gewannen die

Jugendverbände, Bern/München/Wien 1964.

¹¹ Inzwischen liegen von diesem Jahrbuch 30 Bände vor, seit Band 21 (2004) unter dem Titel „Historische Jugendforschung“, Band 1 bzw. neuerdings „Jugendbewegung und Jugendkulturen“, zuletzt Band 10 (2014); außerdem werden vom Archivbeirat „Schriften“ herausgegeben, von denen inzwischen Band 18 (Göttingen 2015) erschienen ist.

¹² Vgl. Helmut Schelsky, *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*, Düsseldorf/Köln 1957; s. dazu Franz-Werner Kersting, *Helmut Schelskys „Skeptische Generation“ von 1957. Zur Publikations- und Wirkungsgeschichte eines Standardwerkes*, in: *VfZg* 50:3, 2002, S. 465-495; in demselben Jahr wie das Werk Schelskys erschien übrigens auch das zwar weniger beachtete, aber dennoch anstoßgebende Buch des Pädagogen Wilhelm Roessler (1910-2002): *Jugend im Erziehungsfeld. Haltung und Verhalten der deutschen Jugend in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der westdeutschen Jugend der Gegenwart*, Düsseldorf 1957; außerdem kamen kurze Zeit später zwei ebenfalls bemerkenswerte Taschenbücher des Psychologen Hans Heinrich Muchow (1900-1981) auf den Markt: *Sexualreife und Sozialstruktur der Jugend*, Reinbek b. Hamburg 1959, sowie *Jugend und Zeitgeist. Morphologie der Kulturpubertät*, Reinbek b. Hamburg 1962.

¹³ Vgl. Ludwig v. Friedeburg (Hrsg.), *Jugend in der modernen Gesellschaft*, Köln/Berlin 1965; der Band beginnt mit dem Nachdruck des viel zitierten Aufsatzes von Karl Mannheim, „Das Problem der Generationen“ aus dem Jahre 1928/29 (hier: S. 23-48).

¹⁴ S. etwa die beiden von einer „Projektgruppe Jugendbüro“ publizierten Forschungsberichte „Die Lebenswelt von Hauptschülern“ (München 1975) und „Subkultur und Familie als Orientierungsmuster“ (München 1977). Diese universitäre Forschergruppe aus Marburg, Wiesbaden und Leiden, später auch Siegen, hat aus den Erkenntnissen dieser ersten Studien dann Anfang der 1980er Jahre ein größeres Forschungsprojekt mit dem Titel „Stadt und Quartier als Lebensraum von Kindern, Jugendlichen und ihren Pädagogen“ abgeleitet, das als eine „historisch-interkulturelle Studie“ geplant war und Ende der 1980er Jahre nach intensivem Austausch auch mit Historikern ein umfassendes Ergebnis vorlegte: Imbke Behnen/Manuela du Bois-Reymond/Jürgen Zinnecker, *Stadtgeschichte als Kindheitsgeschichte. Lebensräu-*

Themenbereiche Stadtkultur, städtischer Strukturwandel und städtisches Geschichtsbewusstsein (mit Betonung der „besonderen Verantwortung“ der Stadtgeschichtsschreibung etwa in Richtung Schulentwicklung und Denkmalpflege, aber auch z.B. des Themas „Stadt und Nationalsozialismus“) beim Zusammenspiel der Akteure der neueren Stadtgeschichte eine zentrale Bedeutung.¹⁵ In den Jahren um 1980 – nicht zufällig Zeit einer neuerlichen ‚Jugendrevolte‘ - begann, so lässt sich darüber hinaus feststellen infolge eines ebenfalls intensiv in Gang gekommenen interdisziplinären Austausches auch eine Blütezeit für eine neuere Schul- und Jugendgeschichte¹⁶, die dann im Laufe der 1980er Jahre zur Entstehung eines von Erziehungswissenschaftlern und Historikern gestalteten „Mammutwerkes“ führen sollte: ab 1987 erschien ein sechsbändiges „Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte“, dessen Bände III, IV und V für die Zeit von 1800 bis 1870, 1870 bis 1918 und 1918 bis 1945 – nach einer großen Anzahl von Tagungen in den Jahren vorher in Bad Homburg, gefördert durch die dortige Werner-Reimers-Stiftung – publiziert wurden.¹⁷

Stichwort Tagungen: Zwei große einschlägige Symposien in den Jahren 1983 und 1985 mit beträchtlicher langfristiger Folgewirkung sind in diesem Kontext ausdrücklich zu erwähnen: Eine im Wesentlichen von Literaturwissenschaftlern im Zusammenwirken mit Zeithistorikern im November 1983 in Marburg durchgeführte Tagung widmete sich ausführlich dem „Mythos Jugend“, wie er seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts in den darauffolgenden 40 Jahren in der öffentlichen Meinung, in der Literatur und Kunst sowie in jugendlichen Aufbruchbewegungen insbesondere in Deutschland, aber auch in Italien und Frankreich entstanden und gepflegt worden ist.¹⁸ Eine weitere große, international gestaltete Tagung der Friedrich-Ebert-

me von Großstadtkindern in Deutschland und Holland seit 1900, Opladen 1989. Kurz vorher war zudem noch eine umsichtige Studie von Jürgen Zinnecker erschienen: Jugendkultur 1940-1985, Opladen 1987.

¹⁵ So ausdrücklich bei einem Kolloquium des DifU vom 29./30.04.1980 in Berlin; s. dazu die Publikation der Tagungsbeiträge von Christian Engeli/Wolfgang Hofmann/Horst Matzerath (Hrsg.), Probleme der Stadtgeschichtsschreibung, Berlin 1981.

¹⁶ S. als Beispiele zum einen Peter Lundgreen, Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, 2 Bde., Göttingen 1980 und 1981, und Margret Kraul, Das deutsche Gymnasium 1780-1980, Frankfurt a. M. 1984; zum anderen Hermann Giesecke, Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, München 1981, und Arno Klönne, Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner, Düsseldorf/Köln 1982.

¹⁷ Band III hrsg. von Christa Berg, Band IV hrsg. von Karl-Ernst Jeismann und Peter Lundgreen, Band V hrsg. von Dieter Langewiesche und Heinz-Elmar Tenorth; diesen drei Bänden folgten die übrigen Bände dann in München 1996, 1997/98 und 2005 zum 15. bis 17. Jahrhundert, zum 18. Jahrhundert und zur Zeit ab 1945.

¹⁸ S. dazu die Publikation der Beiträge in dem umfangreichen Sammelband, hrsg. von Thomas Koebner/Rolf-Peter Janz/Frank Trommler, „Mit uns zieht die Neue Zeit“. Der Mythos Jugend, Frankfurt a. M. 1985.

Stiftung mit Historikern, Politologen, Soziologen und Pädagogen behandelte dann weit ausholend im Juni 1985 in Braunschweig den Jugendprotest und die Generationenkonflikte, aber z.B. auch die Arbeitsmarktverhältnisse der Jugend in Deutschland, England, Frankreich und Italien vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, also bis in die 1980er Jahre.¹⁹

Im Titel der letztgenannten Tagung tauchte ausdrücklich auch der Begriff Generationenkonflikt auf – ein Begriff, der zwar immer wieder einmal in den Diskussionen um Bildung, Jugend und Schule, ab und zu auch in den Deutungen spezifischer Stadtkulturen eine Rolle gespielt hatte, seit Ende der 1970er Jahre jedoch zunehmend an Bedeutung gewann.²⁰ Es war nicht zuletzt der Bochumer Historiker Hans Mommsen, der ihn auf anregende Weise benutzte und ihn in einem Einleitungsvortrag mit Blick auf die Weimarer Republik der Marburger Tagung „Mythos Jugend“ mit auf den Weg gegeben hatte.²¹ Mommsen war infolge der Studentenunruhen in vielen westlichen Universitäten um 1968 von einem wachsenden Interesse an der „Erforschung intergenerationeller Konflikte“ ausgegangen und hatte sich dabei vor allem auf den Beginn der sozialwissenschaftlichen Generationenanalyse von Karl Mannheim aus den späten 1920er Jahren bezogen. In eigenen Forschungen sowie z.B. bei der Anregung zu Dissertationen an seinem Lehrstuhl²² und schließlich bei seinem nachdrücklichen Vorschlag, beim Historikertag in Berlin 1984 eine einschlägige Sektion zum Thema „Generationenkonstellationen und Jugendprotest in Deutschland 1890 bis 1933“ durchzuführen, brachte er den Generationenbegriff in die Diskussion ein.²³ Zwar war dieser zunehmend schon seit den

¹⁹ Vgl. Dieter Dowe (Hrsg.), *Jugendprotest und Generationenkonflikt in Europa im 20. Jahrhundert*. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich, Bonn 1986.

²⁰ Ein erster anregender neuer Impuls in dieser Richtung entstammte einem Aufsatz von Hans Jaeger, *Generationen in der Geschichte*. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 3:4, 1977, S. 429-453; s. auch zur Jugendgeneration um 1900 und deren Geschichte Walter Rüegg (Hrsg.), *Kulturkritik und Jugendkult*, Frankfurt a. M. 1974.

²¹ Vgl. Hans Mommsen, *Generationskonflikt und Jugendrevolte in der Weimarer Republik*, in: *Mythos Jugend*, S. 50-67. Mommsen bezog sich außer auf Karl Mannheim u.a. auch auf John R. Gillis, *Geschichte der Jugend – Tradition und Wandel im Verhalten der Altersgruppen und Generationen*, Weinheim 1980. Zur Rezeption von Karl Mannheim s. Jürgen Zinnecker, „Das Problem der Generationen“. Überlegungen zu Karl Mannheims kanonischem Text, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, München 2003, S. 33-58.

²² Als Beispiel s. Barbara Stambolis, *Der Mythos der jungen Generation*. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Diss. Bochum 1982; überarbeitet und erweitert erschienen unter dem Titel *Mythos Jugend – Leitbild und Krisensymptom*. Ein Aspekt der politischen Kultur im 20. Jahrhundert, Schwalbach i. Ts. 2003.

²³ S. dazu den Bericht über die von Hans Mommsen angeregte Sektion, an der er selbst und auch Hans Jaeger sowie Ulrich Herrmann, Ulrich Linse, Irmtraud Götz von Olenhusen unter der Leitung von Jürgen Reulecke teilnahmen, in: *Bericht über die 35. Versammlung deutscher Historiker in Berlin*, 3. bis 7.

1960er Jahren wieder in die Debatte gebracht worden²⁴, doch wurde ihm seit Ende der 1970er Jahre eine neue Qualität zugewiesen, wobei insbesondere auch der auf die subjektive Zeiterfahrung bezogene Begriff „Generationalität“ eine Rolle zu spielen begann.²⁵

Wie einleitend betont: Der vorliegende Leitartikel soll kein Gesamtbild, sondern lediglich einige exemplarische Beispiele für jene Weichenstellungen liefern, die seit den 1970er und frühen 1980er Jahren bis heute in vielfältiger Weise die Forschungslandschaft in den hier angesprochenen „Zweigfabriken“ mit einer immensen Anzahl von Publikationen geprägt haben, wie etwa – bezogen auf die Jugendgeschichte – die vielen seit Anfang der 1990er Jahre erschienenen Bände.²⁶ So war es dann auch kein Zufall, dass ab 1990 eine größere Anzahl von Publikationen erschienen, die nach dem Aufschwung der zwei Jahrzehnte zuvor jetzt Gesamtsichten in Richtung auf die Stadt- ebenso wie auf die Jugendgeschichte lieferten.²⁷ Und es ist wohl auch kein Zufall, dass in den folgenden Beiträgen verschiedene Publikationen vor allem aus den späten 1980er und frühen 1990er Jahren mehrfach zitiert werden – ein Beleg für das Weiterwirken der damaligen Fragehorizonte und Forschungsergebnisse in die aktuelle Forschungslandschaft. Im Grunde sind also bereits in jenem

Oktober 1984, Stuttgart 1985, S. 211-219. Bei diesem Historikertag fand auch eine kontroverse Podiumsdiskussion zum Thema Alltagsgeschichte statt, vor allem bestimmt durch die gegensätzlichen Auffassungen von Lutz Niethammer und Hans Ulrich Wehler (ebd., S. 249 f.).

²⁴ S. z.B. Joseph Bader, *Jugend in der Industriekultur. Ihre Verhaltensweisen zwischen Ideologie und Apparatur 1910 – 1933 – 1960*, München 1962, sowie die frühen psychohistorischen, auch in Deutschland beachteten Anregungen von Peter Loewenberg, *The Psychohistorical Origins of the Nazi Youth Cohort*, zuerst in: *American Historical Review* H. 76/1971, S. 1457-1502.

²⁵ S. dazu den Sammelband Reulecke, *Generationalität* (s. Anm. 20) mit Beiträgen von Lutz Niethammer, Hans Mommsen, Ulrich Herrmann, Ulrich Herbert u.a. zum Generationenthema. Zur kulturgeschichtlichen Einordnung der Generationendebatte s. Ute Daniel, *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*, ⁵Frankfurt a. M. 2006, S. 330-345, sowie Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Historische Beiträge zur Generationenforschung*, Göttingen 2009; zuletzt Hartmut Berghoff u.a. (Hrsg.), *History of Generations. Generational Dynamics in Modern History*, Göttingen 1013.

²⁶ Vgl. Lothar Albertin (Hrsg.), *Jugendarbeit 1945. Neuanfänge der Kommunen, Kirchen und politischen Parteien in Ostwestfalen Lippe, Weinheim/München 1992*; Ulrich Herrmann (Hrsg.), *Jugendpolitik in der Nachkriegszeit. Zeitzeugen – Forschungsberichte – Dokumente*. Weinheim/München 1993.

²⁷ S. zur Stadtgeschichte die beiden umfangreichen, vom Institut für vergleichende Städteforschung in Münster hrsg. Bände „Bibliographie zur deutschen historischen Städteforschung“, Teil 1: Köln/Wien 1986, Teil 2 Köln/Weimar/Wien 1996, zur Jugendgeschichte s. z.B. Michael Mitterauer, *Sozialgeschichte der Jugend*, Frankfurt a. M. 1986; Peter Dudek, *Jugend als Objekt der Wissenschaften. Geschichte der Jugendforschung in Deutschland und Österreich 1890 – 1933*, Opladen 1990; Winfried Speitkamp, *Jugend in der Neuzeit. Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*, Göttingen 1998; Markus Köster, *Jugend, Wohlfahrtsstaat und Gesellschaft im Wandel. Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik*, Paderborn 1999.

Zeitraum im Hinblick auf die in den Beiträgen des vorliegenden IMS-Heftes angesprochenen „Zweigfabriken“ recht viele Weichen gestellt worden.²⁸

Eine Kernfrage der gesamten Geschichte der Jugend des 20. Jahrhunderts und deren Verortung „im Raum“ (im doppelten Sinn) kreist um das Problem, wie die jeweilige Jugendkohorte in ihrer Adoleszenzphase in zeittypischer Weise einerseits „von oben“ durch die Gesellschaft, also durch Schule, Jugendpolitik, Jugendverbände, ihr Elternhaus und Herkunftsmilieu, auf ihren Lebensweg geschickt wurde und andererseits die Jugend selbst mit den damit verbundenen „Zumutungen“ umgegangen ist und auf diese reagiert hat, um zu einem eigenständigen „Selbst“ zu finden.²⁹

Die sieben folgenden Beiträge kreisen mit Blick auf die Verhältnisse in jeweils konkreten Orten vor allem um diese Kernfrage, wobei hier insbesondere die potentielle jugendliche Konfliktbereitschaft exemplarisch behandelt wird, die in vielen Städten seit der Zeit der Weimarer Republik immer wieder einmal vor dem Hintergrund allgemeiner gesellschaftlicher wie auch lokaler Herausforderungen zu beobachten ist.³⁰ Vorweg liefert Wolfgang Hofmann einen Beitrag, der die gerade erwähnte Perspektive „von oben“ im Blick hat, indem er an den Beispielen Frankfurt am Main und Spandau die zum Teil beträchtlichen Unterschiede des höheren Schulwesens in beiden Städten im späten Kaiserreich und deren Folgen für die Berufsqualifikation und Karrierechancen des Nachwuchses behandelt. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte der bildungspolitische Rückstand in

²⁸ Engagiert haben dann in den vergangenen zehn Jahren Axel Schildt und Detlef Siegfried diese Anregungen aufgegriffen und in anregender Weise, vor allem auch international vergleichend, weiter verfolgt, beginnend mit Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hrsg.), *European Cities, Youth and the Public Sphere in the Twentieth Century*, Hampshire/Burlington 2005; Dies. (Hrsg.), *Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960 – 1980*, New York/Oxford 2006; Detlef Siegfried, *Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006; Ders., *Sound der Revolte. Studien zur Kulturrevolution um 1968*, Weinheim/München 2008, sowie Axel Schildt/Detlef Siegfried, *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik 1945 bis zur Gegenwart*, München 2009 (mit vielen Bezügen zur Stadt- und Jugendgeschichte). S. parallel dazu zur städtischen Mediengeschichte Clemens Zimmermann (Hrsg.), *Stadt und Medien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Wien/Köln/Weimar 2012.

²⁹ Zu dieser inzwischen besonders auf die Problematik der Kriegskinder des Ersten und Zweiten Weltkriegs bezogenen Kernfrage liegen inzwischen diverse Publikationen vor; hier sei nur verwiesen auf die Untersuchung von Birgit Dahlke, *Jünglinge der Moderne. Jugendkult und Männlichkeit in der Literatur um 1900*, Wien/Köln/Weimar 2006, in der es ausführlich um die seit Anfang des 20. Jahrhunderts in Literatur und Pädagogik breit diskutierte Adoleszenzproblematik geht.

³⁰ S. dazu die Anfang der 1960er Jahre bereits erschienene erste Zusammenschau von Klaus Th. Guenter, *Protest der Jungen. Eine kritische Würdigung aus den eigenen Reihen*, München 1961, mit einem ersten Teil „Amerika: Die Geschlagene Generation“ und einem zweiten Teil „Europa: Zornige, wartende, müde und andere Rebellen“.

Spandau allmählich gemildert werden, was zu einer sozial wie kulturell engeren Verbindung der Mittel- mit der Oberschicht führte und 1903 entsprechend bei einem Jubiläum gefeiert wurde.

Barbara Stambolis geht in ihrem Beitrag zunächst von den Chancen und Grenzen jugendlicher Horizonterweiterung im kleinstädtisch-katholischen Milieu der traditionsreichen Bischofsstadt Paderborn aus, die wie Spandau lange Zeit eine Garnisonstadt gewesen war und dann ebenfalls in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen industriellen Aufschwung erlebte. Anhand von Selbstzeugnissen zeigt sie, wie sich katholisch-jugendbewegte Kreise zunächst in der Weimarer Republik, dann trotz der massiven Gleichschaltungszwänge des NS-Regimes bemühten, demokratische, anfangs auch pazifistische Ideen zu vertreten bzw. intern weiter zu transportieren, aber sich auch mit den politischen Verhältnissen freiwillig oder unter Zwang arrangierten. Anhand zweier Autobiographien – einer katholischen Autorin, und einer noch 1939 nach Israel ausgewanderten Jüdin– liefert der Beitrag eine Fülle von Hinweisen, zu welchem „Spagat“ damals junge Menschen gezwungen waren und wie sie diese Herausforderung „vor Ort“ bewältigt bzw. rückblickend reflektiert haben.

Die Beziehungen zwischen in sogenannten „wilden Cliques“ zusammengesetzten Jugendlichen aus dem Berliner Unterschichtenmilieu und fest organisierten Gruppierungen (wie z.B. der Kommunisten, aber auch diverser krimineller Clubs) sowie Großverbänden (vor allem aus der sozialistischen Arbeiterbewegung) analysiert Sharon Bäcker-Wilke in ihrem Beitrag. Sie untersucht die gesellschaftlich-städtischen Zwänge und Ordnungsvorgaben, die im Wesentlichen „auf der Straße“ erlebten prägenden Erfahrungswelten der oft arbeitslosen jungen Männer und schließlich die Frage, ob in diesem Zusammenhang die „Kiezkneipe“ ein „elementarer Ort“ einer „proletarischen Kultur“ mit politischen Auswirkungen war. Der städtische Raum, besonders die darauf bezogene Frage nach dem Umgang der Kiezbewohner mit dem zum Teil von Gewalt und Kriminalität bestimmten Auftreten der wilden Cliques, spielt in diesem Kontext eine zentrale Rolle; dabei zeigt sich die geringe Bedeutung der nichtorganisierten jugendlichen Cliques bei politischen Auseinandersetzungen, zum Beispiel bei der Abwehr von NS-Zugriffen auf die Kieze, obwohl sie sich immer wieder an Straßenkämpfen beteiligten.

Alfons Kenkmann untersucht in seinem Beitrag die Entstehung einer im Wesentlichen proletarischen, subkulturell-urbanen Jugendkultur in Städten des Rhein-Ruhr-Gebiets während des „Dritten Reiches“ und wie diese sogenannten „Edelweißpiraten“ einerseits vom NS-Regime kontrolliert, behandelt und oft auch verurteilt, auf der anderen Seite auch von der illegalen KPD umworben wurden. Angesichts der einerseits Anfang der 1930er Jahre bestehenden großen Zahl jugendpflegeri-

scher Jugendverbände und Gruppen der freien „bündischen Jugend“ (die 1933 aufgelöst wurden) und der andererseits ab 1933 „von oben“ mit intensivem Druck zur Teilnahme zwingenden NS-Jugendorganisationen (Jungvolk, HJ und BDM) ist es bemerkenswert, dass es auch während des NS-Regimes in den Städten eine beträchtliche Anzahl nonkonformer, allerdings weitgehend unpolitischer Jugendcliquen gegeben hat.³¹

In Bodo Mrozeks Beitrag werden viele Ähnlichkeiten zwischen den wilden, oft kriminellen großstädtischen Jugendcliquen in Deutschland und den USA, hier am besonders aussagekräftigen Beispiel New York, angesprochen; doch die von ihm ins Zentrum gestellte New Yorker Besonderheit besteht in der Tatsache, dass hier – von einem speziellen Stadtviertel ausgehend – mit der „MFY“ eine sozialpolitische Initiative entstand, die eine nationale Debatte mit dem Ziel anstieß, auf die großstädtische Jugendkriminalität nicht mehr wie üblich vor allem mit polizeilichen Maßnahmen zu reagieren, sondern die soziale Diskriminierung der Unterschichtenjugend durch dezidierte (sozial-)politische Aktivitäten zu beseitigen. Sie orientierte sich an speziellen, nicht zuletzt auch therapeutischen Konzeptionen sozialer Arbeit zwecks Armutsverringerung und politischer Partizipation der marginalisierten Gruppen, was allerdings in konservativen Republikanerkreisen auf deutliche Ablehnung stieß und zu einer massiven Kampagne gegen die „MFY“ führte.

Ähnliche soziale Ausgangssituationen wie in New York bestanden nicht nur in den westdeutschen Großstädten der Nachkriegszeit, sondern zum Teil auch in lediglich mittelgroßen Städten. Die Frage, wie dort auf die Herausforderungen reagiert worden ist, bestimmt die beiden folgenden, sich inhaltlich gut ergänzenden Beiträge: Sowohl David Templin als auch Sebastian Haumann gehen exemplarisch, d.h. bezogen auf jeweils eine Mittelstadt, von konkreten Räumen in diesen Städten und von den Handlungsspielräumen der dortigen Akteure aus – Räume, in denen in den 1970er und frühen 1980er Jahren infolge vor allem von Hausbesetzungsaktionen diverse Initiativen aus der Jugend selbst und von kommunalen Jugendpolitikern gestartet wurden. Die jugendlichen Hausbesetzungsinitiativen dieser Jahre besaßen, wie die Beiträge detailliert zeigen, nach den Jugendprotesten und Jugendrevolten in der BRD seit den frühen 1950er Jahren tatsächlich eine neue Qualität. Die Besetzung leer stehender Häuser und die Entstehung von selbstverwalteten Jugendzentren war eines der durchaus innovativen Ergebnisse. Jugendliche Protest- und Aufbruchsbewegungen hatte es in Westdeutschland bisher schon einige ge-

³¹ Vgl. ergänzend zu aktuellen, auf den Kölner Raum bezogenen Debatten über die rückblickende Beurteilung der Edelweißspiratenszene: Doris Werheid/Jörg Seyffarth/Jan Krauthäuser, *Gefährliche Lieder. Lieder und Geschichten der unangepassten Jugend im Rheinland 1933-1945*, Köln 2010, sowie Winfried Seibert, *Die Kölner Kontroverse. Legenden und Fakten um die NS-Verbrechen in Köln-Ehrenfeld*, Essen 2014.

ben – im Jahre 1952 beginnend mit den Protestaktionen kritischer Jugendorganisationen von den sozialistischen Falken und der noch bestehenden westdeutschen FDJ bis hin zu Pfadfinderbünden gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, dann die „Halbstarkenkrawalle“ in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, weiter die jugendliche Beteiligung an den Ostermärschen Anfang der 1960er Jahre, schließlich die gegen Ende der 1960er Jahre gesellschaftskritisch immer lautstärker werdenden, seit 1964 durchgeführten Chansonfestivals auf Burg Waldeck im Hunsrück und dann die breiten von den Universitäten ausgehenden Protestaktionen der „68er-Bewegung“ in vielen deutschen Städten seit 1967. Ein Ergebnis der neuartigen Hausbesetzungsaktionen seit den späten 1970er Jahren in mittelgroßen und Kleinstädten mit den dort vergleichsweise engeren sozialen Netzwerken war oft – im Unterschied zu den Verhältnissen in den Großstädten wie auch in den Universitätsstädten – die Tatsache, dass es in der kommunalen Jugendpolitik wegen den unterschiedlichen Auffassungen bzw. Strategien der meist konservativen Stadtverordnetenmehrheit und der oft sozialdemokratischen Opposition ebenso wie auch der Akteure in den städtischen Jugendämtern und Jugendpflegeeinrichtungen längerfristig zu erheblichen Auseinandersetzungen kam.

Frankfurt am Main und Spandau, Paderborn, Berlin sowie Städte im Rhein-Ruhrgebiet, zudem New York, Wertheim und Hilden: Ein abschließendes Fazit formulieren zu wollen, bietet sich zwar nicht an, aber dass die Beiträge des vorliegenden IMS-Heftes zu den jugendkulturellen Erfahrungswelten in den genannten Städten höchst anregende Versuche sind, jeweils exemplarisch das vielschichtige, oft kontroverse Nebeneinander konkreter Wahrnehmungen städtischer Raumverhältnisse mit dem zeitspezifischen Verhalten der dort heranwachsenden Jugendkohorte in deren Adoleszenzphase, hier vor allem aus den unteren Gesellschaftsschichten, detailliert darzustellen und zu analysieren, dürfte auf der Hand liegen.

**Prof. em. Jürgen Reulecke, Zeitgeschichte an der Universität Gießen,
Juergen.Reulecke@geschichte.uni-giessen.de**

Zwei Schulen – zwei Städte: Frankfurt am Main und Spandau

Jugend, Schule, Stadt

Für die Jugendphase der städtischen Bevölkerung um 1900 bedeutete Schule vor allem eine durchgreifende Strukturierung des Lebens. Im städtischen Bereich war die Schulpflicht weitgehend durchgesetzt, während auf dem Lande Hüte-Aufgaben, Aussaat und Ernte vielfach noch über den Besuch des Unterrichts mitbestimmten. Schule war vor allem ein Lernort, aber auch eine soziale Institution. Sie gliederte den Lauf des Tages und des Jahres nach Unterricht und Freizeit. Je nach Schichtzugehörigkeit verweilten die Jugendlichen zwischen dem zehnten und dem achtzehnten Lebensjahr vier, sechs oder acht Jahre in den höheren Klassen der Volksschule, in den verschiedenen Schultypen bis zur Mittleren Reife oder in den Oberschulen. Sie sollten sich in die Disziplin von Zeitplänen einpassen und Aufgaben erfüllen. Im Klassenverband suchten sie ihre Position und fanden auch Freunde. Die entstandenen Verbindungen wurden häufig über Jahrzehnte aufrechterhalten und durch Klassentreffen gefestigt. Durch Teilnahme an Schulfeiern aus nationalen und lokalen Anlässen wurden ihnen die gesellschaftlich dominierenden Orientierungen eingeprägt. Aber es gab auch innerschulische Anlässe für Feste.¹

Der Abschluss dieser Phase, der bedeutungsvolle „Eintritt ins Leben“, wurde zu meist mit einer Feier, einer Rede des Schulleiters und einem Lied des Schulchores hervorgehoben. In diesem Abschluss-Ritual kamen die unterschiedlichen Perspektiven des zukünftigen Lebensweges zum Ausdruck. Wenn in einer Kleinstadt bei Leipzig in der Volksschule gefühlvoll das von Friedrich Silcher gedichtete Lied „Nun leb wohl, du stille Gasse, nun ade, du stilles Haus, Vater, Mutter muss ich las-

¹ Vgl. Rolf Hensel, „... dass wir siegen werden, weil wir siegen müssen.“ Die ersten Kriegswochen aus dem Blickwinkel der höheren Schulen Preußens, in: Werner Breunig/Uwe Schaper (Hrsg.), Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin, Berlin 2014. Darin weist er auf die „Schulprogramme“ und die Jahresberichte der höheren Schulen als sozialgeschichtliche Quellen und deren Fundorte“ hin.

sen...“ gesungen wurde, dann gab es bei den 14-Jährigen vielfach Tränen; denn noch nicht erwachsen, mussten sie in den Beruf gehen, häufig auch schon das Elternhaus verlassen. In ähnlicher Weise akzentuierte das von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben gedichtete und von Felix Mendelssohn Bartholdy komponierte „Komitat“ (= Geleithymne) an Gymnasien in Schlesien den Abschluss des Besuchs einer höheren Bildungsanstalt: „Nun zu guter Letzt geben wir dir jetzt auf die Wanderung das Geleite, wandere mutig fort und an jedem Ort sei dir Glück und Heil zur Seite.“ Diese Klänge und Worte waren dann an die erfolgreichen Abiturienten gerichtet und gaben ihnen als junge Erwachsene nach der Anspannung der Prüfung den Weg in eine selbst zu gestaltende Welt frei, in ein Studium oder direkt in einen Beruf. Die Organisation und das Lehrprogramm dieses Lernortes Schule lagen aber in den Händen der städtischen Gesellschaft, des Staates und der Lehrerschaft. Dabei wechselten im Laufe der Zeiten die Gewichte.

Die „Musterschule“ in Frankfurt am Main

Um 1900 gab es in Frankfurt am Main eine Oberschule mit dem merkwürdigen Namen „Musterschule“. Andere Schulen in Deutschland waren nach Herrschern, Dichtern, Philosophen, Heiligen benannt. Diese erhob im Namen den Anspruch, ein Vorbild zu sein. Sie war ein städtisches Reform-Realgymnasium und unter den 74 sogenannten Reformanstalten, die 1904 in Deutschland bestanden, war sie eine der ältesten, obwohl sie erst 1892 offiziell in diese Kategorie aufgenommen worden war. Die Musterschule war aber bereits 1803 als Realschule und Vorbild für die Frankfurter Schulreform gegründet worden.

Merkmal der Reform-Gymnasien um 1900 war, dass sie – im Unterschied zu den klassischen Gymnasien – erst von der vierten Klasse an, der Untertertia, Latein lehrten. Dafür wurde aber mit einer modernen Fremdsprache begonnen, meist Französisch.² Ab der sechsten Klasse, der Untersekunda, kam Englisch bzw. Griechisch für den humanistischen Zweig der Reformgymnasien hinzu. Die Bewegung zu diesem Schultypus ging gegen Ende des 19. Jahrhunderts von den Städten aus und sollte „unsere Jugend sowohl in der Volksschule wie in den höheren Schulen in Sprache, Natur und Leben der Heimat und der Gegenwart“ einführen.³ Darin lässt sich ein Echo vom Heimatbezug des Bildungskonzepts des Schweizer Pädagogen Johann Heinrich Pestalozzi erkennen: Am Beispiel der Frankfurter Musterschule kann man nachvollziehen, auf welche Defizite sie eine Antwort sein sollte, welche gesell-

² Prof. Dr. Lyon, Das allgemeine städtische Bildungswesen, in: Robert Wuttke, Die deutschen Städte, Bd.1, Leipzig 1904, S. S 567 – 626, hier 616-8.

³ Ebd., S. 616.

schaftlichen Kräfte diesen Wandel initiierten, welche Ziele am Anfang standen und welche Veränderungen in Trägerschaft und Schulprogramm eintraten.

Die Gründung der Musterschule

Frankfurt am Main war in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts noch eine Freie Reichsstadt, ein Ort des Handels und des Handwerks. Trotz der kriegerischen Ereignisse und politischen Veränderungen in seinem Umfeld zwischen Französischer Revolution und Wiener Kongress wuchs die Bevölkerung von 37.068 (1795) auf 40.485 (1811).⁴ Die Stadt hatte bei der Gründung der Musterschule 1803 noch eine nach Ständen und Konfessionen gegliederte Gesellschaft, war allerdings schon im Begriff einer gesellschaftlichen Modernisierung, zu der die Gründung eines neuen öffentlichen Schultyps gehörte. Die Stadt konnte ihre Bildungsreform in voller Selbständigkeit beginnen und in diesem Status nach 1815 als Freie Stadt fortführen.

Das Bildungswesen war in Frankfurt gegen Ende des 18. Jahrhunderts stark in verschiedene konfessionelle sowie öffentliche und private Schulen aufgeteilt. Daraus resultierte, dass Jugendliche nach Inhalt und Qualität sehr verschiedene Bildungsgänge durchliefen.⁵ Katholiken und Juden hatten eigene Schulen, den calvinistisch Reformierten war dies verwehrt. Das öffentliche Schulwesen bestand zum einen aus dem Gymnasium, einer Gelehrten-Schule auf der Grundlage der antiken Sprachen. Unter den damals zweihundert Schülern gingen viele vor dem Schlussexamen ab, um sich Handels- und Handwerksberufen zuzuwenden. Sodann gab es für den Elementarunterricht der unteren Bevölkerungsgruppen die „Deutschen Schulen“. In diesen Quartierschulen wurden damals 1600 Kinder bis zum zwölften Lebensjahr unterrichtet. Sie unterstanden dem Evangelisch-Lutherischen Konsistorium als offizieller Aufsichtsbehörde der Stadt. Dieses hatte bis dahin Martin Luthers 250 Jahre zurückliegende dringliche Empfehlung an die „Ratsherren aller Städte deutschen Landes“ für einen allgemeinen Unterricht von Jungen und Mädchen allzu eng interpretiert. Es achtete vor allem darauf, dass „Kirchenlieder, Psalmen und der kleine Katechismus auswendig gelernt“ wurden und allein biblische Texte die Lesegrundlage bildeten.⁶ Konzessionierte Schulmeister betrieben gegen ein Schulgeld von damals elf Gulden jährlich diese Einrichtungen. Ihre Qualität ließ zuwei-

⁴ Vgl. Ralf Roth, *Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main*, München 1996, S. 47.

⁵ Das Folgende vor allem auf der Grundlage des Aufsatzes von Tobias Picard, *Bürger-Kapital für Bürger-Erziehung. Die Gründung der Musterschule und ihr erstes Jahrzehnt 1803-1813*, in: Dieter Kallus/Eberhard Aulmann (Hrsg.), *Musterschule 1803-2003*, Frankfurt a. M. 2003, S. 18-30.

⁶ Vgl. Tobias Picard, *„Bürger-Kapital für Bürger.-Erziehung“* -. Die Gründung der Musterschule und ihr erstes Jahrzehnt 1803 - 1813, in: Dieter Kallus, Eberhard Aulmann, Hg., *Musterschule 1803- 2003*, Frankfurt a. Main, 2 003, S.18-30, hier 19.

len zu wünschen übrig: „Bis zu zweihundert Kinder verschiedenen Alters teilten sich einen meist dunklen Raum. (...) Rechnen wurde nur von einem Fünftel nachgefragt.“⁷ Präsenz wurde nicht durchgesetzt, und das Fehlen von Gemeinschaftsunterricht ließ die Masse der Schüler meist unbeteiligt. Das Resultat dürften einigermaßen bibelfeste Jugendliche mit geringem Wissen von der Welt und ihren praktischen Anforderungen gewesen sein.

Die Unzufriedenheit eines nicht unvermögenden Bürgerstandes mit beiden öffentlichen Schultypen zeigte sich an der großen Zahl von Schülern der Privatschulen. Etwa sechshundert Kinder und Jugendliche wurden dort gegen ein relativ hohes Schulgeld unterrichtet. Das Lehrprogramm bot durchaus eine qualitätvolle Alternative zur schlichten Praxis der Quartierschulen und den auf das Universitätsstudium ausgerichteten Anforderungen des Gymnasiums. Hierzu gehörten „Unterweisungen in modernen Sprachen, Geographie, Geschichte, künstlerische Fertigkeiten, Umgangsformen sowie ab 1780 in kaufmännischen und technischen Fächern.“⁸

Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts gewann unter dem Einfluss der Aufklärung sowie der gesellschaftlichen Veränderungen die Bildung einen hohen Stellenwert im allgemeinen Diskurs nicht nur Frankfurts, sondern auch anderer Städte.⁹ Daraus wurden auch kritische Folgerungen für die schulischen Einrichtungen der ständischen Gesellschaft gezogen, ja deren innere Scheidungen selbst auf der Grundlage des eines jedem Einzelnen zustehenden Menschenrechtes auf Bildung in Frage gestellt. Die Debatte reichte – unter dem Einfluss von Johann Bernhard Basedow – von den Philanthropen mit einem an der Gemeinnützigkeit des Menschen ausgerichteten differenzierten Konzept bis zur menschenfreundlichen Pädagogik Pestalozzis, der die sittliche Selbstveredlung des Menschen ins Zentrum stellte. Dieser hatte unter den Hauslehrern der Frankfurter Gesellschaft manche Anhänger.

Die erste praktische Initiative zur Reform des öffentlichen Frankfurter Schulsystems ging dann von der Stadtverwaltung und von der erneuerten Spitze des Konsistoriums aus. Sie war auf die desolaten Verhältnisse in den Quartierschulen gerichtet. Im Jahre 1791 berief der Schöffe, Jurist und neue Präsident des Konsistoriums Friedrich Maximilian Gündert den Theologieprofessor Wilhelm Friedrich Hufnagel mit dem Auftrag der Erarbeitung einer Schulreform an die Spitze der lutherischen Geistlichkeit. Bürgerliche Vereine wie die Lesegesellschaft, die Freimaurerloge zur Einigkeit und die Mitglieder der 1802 gegründeten Casino-Gesellschaft verfolgten diese Bemühungen mit Interesse und zunehmender Ungeduld. Innerhalb dieser neuen Vereinigungen waren die konfessionellen Spaltungen der christlichen Kir-

⁷ Ebd.

⁸ Picard, Bürgerkapital, S. 20.

⁹ Roth, Stadt und Bürgertum, S. 151-163.

chen überwunden, sodass den Bemühungen der Reformen um eine Simultanschule hier kein Widerstand entgegentrat.

Die ersten Versuche innerhalb des Systems der öffentlichen Quartierschulen eine Reform durchzuführen, scheiterten einerseits am Geldmangel der Stadt, die in diesen kriegerischen Zeiten erhebliche Mittel für Kontributionen aufzubringen hatte; andererseits am Widerstand der am Schulsystem Beteiligten wie den „Schulmeistern, Eltern, Lehrherren und der orthodoxen – lutherischen – Geistlichkeit.“¹⁰ Da schlug 1800 die Freimaurerloge eine moderne Schule vor, die aus Bürgerspendsen finanziert werden sollte. Die Reformen in Stadtverwaltung und Konsistorium griffen diesen Vorschlag auf und aus diesem Bündnis mit Gruppen der Bürgerschaft entstand 1803 die „Musterschule“ als Vorbild – immer noch für die Quartierschulen. Der Senat stellte ein kleines Gebäude sowie einen jährlichen Betrag von 920 Gulden für die Lehrergehälter zur Verfügung und Professor Hufnagel gab den stattlichen Erlös von 2.000 Gulden aus dem Verkauf seiner Predigt aus dem Jahre 1800 für eine neue Schule in den Fonds, was allerdings für das ehrgeizige Konzept noch nicht ausreichte.

Das Lehrprogramm der neuen Schule unter ihrem ersten Leiter Klitscher vertiefte den Elementarunterricht, nahm Realien wie Erdbeschreibung und Naturgeschichte auf, dazu Singen und Zeichnen sowie „Verstandesübungen“; dann kamen noch Geschichte und Französisch hinzu. Viele Anregungen erhielt man von den Privatschulen. Damit wurde schon 1804 deutlich der Rahmen der Quartierschule überschritten: Es entstand eine moderne Realschule für Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr. Vor allem praktizierte man mit bald eintretenden engagierten Reformpädagogen wie Friedrich Fröbel und Adolf Diesterweg die auf die individuelle Entwicklung der Schüler ausgerichtete Pädagogik Pestalozzis, die aber auch die Einrichtung von übersichtlichen und stabilen Unterrichtsgruppen voraussetzte. Es wurden Klassenstrukturen eingeführt und der regelmäßige Schulbesuch durchgesetzt. Jungen und Mädchen wurden in getrennten Zügen mit etwas differenzierten Programmen unterrichtet und ein überkonfessioneller Religions- und Tugendunterricht entsprach dem aufgeklärten Geist der Zeit.

Die in öffentlichen Prüfungen vorgestellten Leistungen überzeugten vor allem die bürgerliche Oberschicht. Eine von ihr geförderte Sammlung von 12.000 Gulden sowie weitere Zuwendungen für ein neues größeres Schulhaus mit einem Garten machte die neue Schule wirtschaftlich unabhängig von der Stadtverwaltung, unter deren Aufsicht sie aber verblieb. Hinzu kam ein Schulgeld, das von den ursprünglich jährlich elf Gulden des Niveaus der Quartierschule auf 15 Gulden im Jahr 1804 und dann weiter auf 30, 50 und später 60 Gulden anstieg und so einen deutlich so-

¹⁰ Picard, Bürgerkapital., S. 21.

zial selektiven Charakter erhielt. Sie wurde zu einer „lateinlosen höheren Schule mit Eingangsklassen“ der oberen Mittel- und der Oberschicht¹¹; schon von Beginn an hatte sie großen Zulauf. 1804 besuchten zweihundert Schüler das neugegründete Institut, 1853 waren es 353 Knaben und 278 Mädchen.

Eine „ökonomische Deputation“, in der Vertreter der Stadtverwaltung, der Schulaufsichtsbehörde und vor allem die geldgebenden Bürger vertreten waren, verwaltete das Schulvermögen und sicherte zugleich die Zusammenarbeit von Eltern und Behörden, wobei die Eltern einen besonders starken Einfluss auf Unterricht und Personalauswahl besaßen. So wurde die Musterschule zwar pädagogisch ein anregendes Vorbild für die weitere Frankfurter Schulreform, eine Art Laboratorium, in das bei der Weiterentwicklung um 1850 auch Englisch, Physik und Turnen als Fächer aufgenommen wurden. Institutionell blieb die Musterschule jedoch bis 1866 ein erfolgreicher Sonderfall.

Preußische Schulreform

Die größten Veränderungen in Konzept und Praxis der Schule erfolgten ab 1866 mit der Annektierung Frankfurts durch Preußen im Verlauf des Deutschen Krieges. Die Besetzung der Stadt geschah an sich schon unter sehr harschen Begleitumständen. Ihr Ergebnis war dann aber die Aufhebung der über Jahrhunderte bestehenden Selbständigkeit mit herausgehobener Stellung als Ort der Kaiserwahl, dann des Bundestages: Demgegenüber erfolgte jetzt die Eingliederung in das preußische Verwaltungssystem, einschließlich der Einführung der Militärpflicht. Von alledem wurde auch die Musterschule betroffen. Die Mädchenabteilung wurde abgetrennt. Die Schule verlor die Freiheit der Gestaltung von Lehrplänen sowie der Auswahl der Lehrer und musste sich nach den Verordnungen und Rahmenplänen aus Berlin richten. Schon 1867 wurde Latein gegen den Widerstand der Elternschaft eingeführt und 1874 mit der Anerkennung als „Realschule 1. Ordnung“ das Abitur. Beide Neuerungen stellten einen Bruch mit dem bisherigen Konzept der qualitätvollen Ausbildung für die „höheren praktischen Berufsarten: Kaufleute, Fabrikanten, Chemiker, Apotheker, Militärs, Post- und Rechnungsbeamten, Mechaniker und Gewerbetreibende aller Art“ dar.¹² Die einzige Genugtuung war, dass der bisherige Abschluss mit sechzehn Jahren als Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen Militärdienst anerkannt wurde und so die normale Länge der drei Jahre dauernden preußischen Dienstpflicht wesentlich verkürzt wurde. Dieses Problem hatten die Eltern

¹¹ Ebd., S. 30.

¹² Kallus/Aulmann, Musterschule, S. 139.

sofort erkannt und sich die Regelung schon 1866 bestätigen lassen.¹³ Die Musterschule wurde eine städtische Schule, die Ökonomie-Deputation löste sich auf. Die Stadt Frankfurt und ihre besondere Schule machten entschlossen das Beste aus der neuen Situation, führten den früh entwickelten Schwerpunkt der „Realien“ weiter, der nun in der Zeit von Hochindustrialisierung und Welthandel erst eine richtige Konjunktur erlebte. Unter der Leitung des Neusprachlers Max Walter erreichte die Musterschule bis zum Ersten Weltkrieg einen Höhepunkt ihrer Entwicklung – mit vielen internationalen Kontakten durch Fremdsprachen-Assistenten sowie durch Schüleraustausch und Briefkontakte nach England, Frankreich und den USA.¹⁴

Eine Schlussfeier der Musterschule

Der neue Abschluss der Schulzeit führte allerdings vielfach aus der Berufswelt der Väter hinaus, vor allem an die Universitäten in andere Landesteile Preußens und Deutschlands. Dieser Perspektive entsprach der frische Ton des Gesangs, mit dem 1912 der Schulchor wieder einen Abiturjahrgang auf bewährte Weise entließ. Es war keines der neuen Lieder der zeitgenössischen Jugendbewegung, deren z.T. hohes Pathos des Auf- und Ausbruchs Jürgen Reulecke in einem Aufsatzband kommentiert hat.¹⁵ Diese erklangen außerhalb der Schule, im Wandervogel und bei der Freideutschen Jugend; und man kann fragen, wie beide kulturelle Welten in den konkreten Fällen der hier dargestellten Schulen zusammenhingen. Es war vielmehr das von Wilhelm Müller in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gedichtete und von Carl Friedrich Zöllner komponierte Lied, das wie schon das oben erwähnte Komitat mit einem traditionellen Bild zum Aufbruch ins erwachsene Leben ermunterte: „Das Wandern ist des Müllers Lust, das W a n d e r n! Das muss ein schlechter Müller sein, dem niemals fiel das Wandern ein, das W a n d e r n ...“

Dem Abschlussfest war im März 1912 eine zweitägigen „Schlussfeier“ vorausgegangen, die zugleich Abschied und öffentlicher Leistungsnachweis in der Tradition der Gründungszeit war. Am Nachmittag des ersten Tages fand ein Wettbewerb der „freiwilligen Turnriege“ an Reck, Pferd, Barren und Sprungtisch mit anschließender Preisverleihung statt. Die Feier am darauffolgenden Sonnabend begann mit einem ermahnenen Lied des Schulchores: „Sei fromm und halte dich recht“. Zwei Abiturienten hielten daraufhin Vorträge, einer in englischer Sprache über die Dichtergemeinschaft der Lake-Poets, ein anderer in Deutsch über Friedrich Hebbel. Das Scholor-

¹³ Einladungsschrift zu öffentlichen Prüfungen der Musterschule, Frankfurt a.M. 1867, S. 3.

¹⁴ Vgl. Ute Loiero, *Modernität ist unsere Tradition. Die goldenen Jahre der Musterschule*, in Kallus/Aulmann, S. 53 ff.

¹⁵ Jürgen Reulecke, „Ich möchte einer werden so wie die...“. Männerbünde im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2001.

chester und der Chor trugen weitere Kompositionen vor. Und schließlich hielt der Direktor eine Ansprache zur feierlichen Entlassung der Abiturienten, nicht ohne auf eine Ausstellung mit den Ergebnissen des Handfertigkeits- und des Zeichenunterrichts hinzuweisen. Auch dies waren Produkte einer langen Unterrichtstradition. Die Musterschule war eben eine Schule mit besonderer Prägung der Jugendjahre von Frankfurter Schülern.

Spandau - Bürgerstadt und Festung

Im Jahre 1903 feierte das Gymnasium zu Spandau sein 50-jähriges Bestehen. Die schulischen Feierlichkeiten dieses Jahres fielen mit der für die Stadt hoch bedeutsamen Entscheidung des Preußischen Staates zusammen, den Festungscharakter der Stadt aufzuheben, was dann auch einen gewissen Einfluss auf das Jubiläumfest ausübte.¹⁶ Die Stadt Spandau war im Mittelalter um das Jahr 1200 am Zusammenfluss von Havel und Spree gegründet worden. Dadurch war sie eigentlich prädestiniert, vor allem ein Ort des Handels und des Handwerks zu werden. Für die Landesherrschaft Brandenburgs war sie aber auch ein strategischer Ort, der den Weg zur fürstlichen Residenz Berlin vom Westen her abdecken sollte. So wurde Spandau seit dem 16. Jahrhundert auch Festung, Garnisonstadt und seit dem 18. Jahrhundert Standort der staatlichen preußischen Waffenproduktion. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als das Spandauer Gymnasium gegründet wurde, hatte die Stadt einen Doppelcharakter: Sie war einerseits eine Bürgerstadt, nach dem Recht der Preußischen Städteordnung von 1853 verwaltet, zum anderen eine Festungsstadt unter dem Befehl eines Stadtkommandanten. Dieser bestimmte über den Zugang zu und den Ausgang von der Stadt sowie über die Bebauung des unmittelbaren Umfeldes vor den Mauern, das als Rayon freizuhalten war. Damit war das Stadtwachstum erheblich beeinträchtigt. Statistisch kommt der Doppelcharakter in etwa in Zahl und Relation der Zivil- und der Militärpersonen um 1855 zum Ausdruck: Die Zivilbevölkerung betrug 10.303 Bewohner, die Militärangehörigen 1.690 (14%). Im Jahre 1900 waren es 59.597 bzw. 5.446 (8,38%). Das bedeutete, dass das Militär zwar dominanter Faktor war, die zivile Bevölkerung aber ihrer Zahl nach eigene unabwiesbare Ansprüche an die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung stellte. Ja, es lag im Interesse des Staates und der Garnison, dass die Bürgerstadt eine im Rahmen einer Festungsstadt einigermaßen normale Entwicklung nahm, damit sie die Lasten der Militärstadt mittragen konnte. So musste z.B. die Stadt für die Arbeiterbevölkerung der Waffenindustrie Wohnraum und Elementarunterricht wie auch Armenhil-

¹⁶ Vgl. Wolfgang Hofmann, Spandau auf dem Weg zur Großstadt, in: Spandauer Forschungen Bd.3, Berlin 2013, S. 86-117.

fe angesichts der stark schwankenden Konjunkturen dieser Fabriken zur Verfügung stellen.

Gründung des Spandauer Gymnasiums

Die Gründung des Gymnasiums in Spandau war allerdings ein ganz und gar bürger-schaftliches Unternehmen, dem der Staat zunächst mit einer gewissen Skepsis zu-sah: Es entstand aus einer Schulreform, die die verschiedenen Berufsaussichten der männlichen Jugend im Blick hatte. Spandau hatte zwar seit etwa fünfhundert Jah-ren eine Lateinschule, die sich allerdings seit dem 18. Jahrhundert nach Qualität und Zuspruch stark im Niedergang befand.¹⁷ Wegen fehlender Finanzmittel hatte man zuletzt Elementarunterricht und Fremdsprachen in einer Schule zusammenge-fasst. Um 1850 befand die Stadt, dass die Schüler, die einen „Gelehrten-Beruf“, wie in Medizin und Recht, anstrebten, dort zu wenig lernten, und diejenigen, die in einen praktischen Beruf gehen sollten, „einen beträchtlichen Teil ihres Fleißes und ihrer Zeit“ mit „entbehrlichen Unterrichtsgegenständen“ verschwendeten.¹⁸ Man stellte fest, dass als Folge dieser Situation sich jeweils 20 bis 30 Schüler, deren Eltern es sich leisten konnten, nach auswärts „in Pension“ begaben. Befähigte Schüler, de-ren Eltern die Kosten dafür nicht aufbringen konnten, wurden in „in ihrem Bil-dungsgang zurück gehalten“.¹⁹ Deshalb entschloss sich die Stadt zur Abtrennung des Elementarunterrichts und zur Etablierung eines „realistischen“ und eines „hu-manistischen“ Schultyps jeweils mit Vorschulklassen. Die Bürgerschule, ohne Fremdsprachen, sollte Schüler bis zum 14. Lebensjahr in Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften unterrichten und dem „gebildeten Handwerker“ alles vermit-teln, was er im „bürgerlichen Leben“ brauchte.²⁰

Zum anderen sollte ein Progymnasium als erste Stufe einer zum Studium füh-ren den Schulbildung die Schüler in den Sprachen Latein, Französisch und Grie-chisch unterrichten. Hier wurde Schulgeld gefordert, gestuft nach Schulklassen. 1854 waren es 18 bis 30 Mark pro Jahr, 1901 schon 120 Mark. Dieser humanistische Zweig sollte bis zum 15. Lebensjahr gehen. Indem man letztlich erfolgreich bei der staatlichen Verwaltung dafür warb, dass mit diesem Abschluss die „Berechtigung zum einjährigen Freiwilligen-Militärdienst“ erworben würde, war abzusehen, dass auf das Progymnasium auch Schüler kämen, die nicht den Zugang zur Universität anstrebten, sondern das „Einjährige“. Diese Vermehrung zahlender Schüler verbrei-

¹⁷ Vgl. Richard Lamprecht, *Die Große Stadtschule von Spandau*, Spandau 1903.

¹⁸ *Festschrift zur fünfzigjährigen Jubelfeier des Königlichen Gymnasiums zu Spandau*, Spandau 1903, S. 1.

¹⁹ *Ebd.*, S. 2.

²⁰ *Ebd.*, S. 3.

tete dann die finanzielle Basis für das kostspielige Projekt. Aber man brauchte dafür die Genehmigung der Verwaltung, wobei das Regierungspräsidium in Potsdam erhebliche Zweifel hatte, ob eine „höhere Schule in Spandau wirklich ein dringendes Bedürfnis sei“.²¹ Theodor Fontane bezeichnete es in Erinnerung an einen Besuch in den 1840er Jahren als damals noch ein „Nest“. Schließlich hatte man jedoch mit den Verhandlungen Erfolg, und 1853 konnte das Progymnasium beginnen.

Da sich die Schule gut anließ – 1857 hatte sie bereits mehr als hundert Schüler –, überlegte man in Kollegium und Stadtverwaltung, ob und wie man sie zum Vollgymnasium entwickeln könnte. Dabei spielte wiederum eine Konkurrenz mit dem benachbarten Charlottenburg eine Rolle, wo man die Gründung eines eigenen Gymnasiums vorbereitete. Man fürchtete, dass dies zur Abwanderung von Mitgliedern der schmalen Oberschicht in die angenehme Residenzstadt führen könnte. Dabei hätte man nicht nur potentielle Schüler, sondern auch zahlungskräftige Steuerbürger verloren. Nach sehr schwierigen Verhandlungen genehmigte 1862 das Provinzialschulkollegium die Heraufstufung, machte aber zur Bedingung, dass für die neue Oberstufe erfahrenere Lehrer eingestellt würden und die knauserige Stadtverwaltung die Gehälter erhöhte. In diesem Jahr zählte man bereits 144 Schüler und konnte der eigenen Jugend eine weiterführende Perspektive bieten. Der fortgesetzte Erfolg der Schule – im Jahre 1889 besuchten 232 Schüler das Gymnasium und 84 die Vorschulklassen – überforderte aber schließlich die Stadt finanziell. Die wachsenden, von der Kommunalsteuer befreiten staatlichen Fabriken brachten keine Einnahme, erforderten aber hohe Kosten für die technische und soziale Infrastruktur.²² So übernahm im Jahre 1890 der Staat die Schule. Sie wurde Königliches Gymnasium und die Stadt zahlte einen fixierten Zuschuss.

Das Jubiläumsfest

Ein großes Fest-Komitee bereitete 1903 die Feier zum 50-jährigen Jubiläum des Gymnasiums vor.²³ Die Mitgliedschaft zeigte, wie Amtspersonen, Honoratioren und Ehemalige auf je unterschiedliche Weise mit „ihrer“ Schule verbunden waren, die nicht mehr ganz ihre Schule war. Immerhin brachten im Jahre 1902 die Eltern mit dem Schulgeld 53% der Einkünfte auf; der Zuschuss der Stadt betrug 21% und der des Staates 26%. Die Spitze der Stadtverwaltung war u.a. mit dem tüchtigen Ober-

²¹ Ebd., S. 6.

²² Vgl. Joachim Pohl, „Es fehlt nur das Dach, und ganz Spandau wäre ein Arsenal!“ Militär- und Stadtverwaltung in Spandau vom Ende der Befreiungskriege bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, in: Spandauer Forschungen, Bd.3 (2013), S. 9-86.

²³ Vgl. Einladung und Programm zur Feier des 50-jährigen Bestehens des Königl. Gymnasiums zu Spandau.

bürgermeister Koeltze im Festausschuss vertreten, der Spandau durch den Ausbau der Stadt und hartnäckige Verhandlungen mit dem Militärfiskus auf das ehrgeizige Ziel „Großstadt“ vorbereitete. Zwei seiner Söhne waren Gymnasiasten; der eine hatte schon das Abitur abgelegt. Ferner war ein ehrenamtlicher Stadtrat, ein Maurermeister, aktiv, der diese Schule bis zum „Einjährigen“, das heißt einschließlich der Untersekunda, besucht hatte. Von der Evangelischen Kirche waren der Oberpfarrer der St. Nikolai-Kirche, die durch eine Anschubfinanzierung die Gymnasialgründung gefördert hatte, sowie ein weiterer Pfarrer, der an der Schule das Abitur gemacht hatte und dessen Vater mehrere Jahre deren Direktor gewesen war, dabei. Sodann gab es mehrere Gruppen von ehemaligen Schülern im Komitee, fünf mit Abitur, darunter drei ansässige Ärzte sowie vier Handwerksmeister und Kaufleute mit dem Zeugnis des „Einjährigen“. Drei von diesen hatten auch schon ihre Söhne auf das Gymnasium geschickt. Ebenso waren fünf in Studium und Referendariat befindliche junge Männer beteiligt, die erst kürzlich das Abitur abgelegt hatten. Und natürlich waren vier Lehrer mit dem Direktor Dr. Gross im Ausschuss vertreten, welche die organisatorische Hauptarbeit leisten mussten.

Aufgrund dieser Übersicht lässt sich schon sagen, dass das Königliche Gymnasium, die damals einzige Oberschule der Stadt, einen guten Teil des alten sowie des neuen Mittelstandes und der Oberschicht infolge von bis zu neun Jahre andauernden gemeinsamen Schulerfahrungen – einschließlich der Vorschule – sozial und kulturell verband. Gemeinsam hatten sie bis zum Ende der Untersekunda den „Wilhelm Tell“ gelesen und Schillers Glocke auswendig gelernt, Cäsars *Bellum Gallicum* und Ciceros Reden übersetzt, auch Teile von Homers *Odyssee*, ferner Lafontaines Fabeln im Französischen zur Kenntnis genommen sowie Anfangsgründe von Chemie und Physik, Gleichungen mit mehreren Unbekannten berechnet sowie Fläche und Umfang des Kreises.²⁴ Wie eine Übersicht mit den sozialen Daten der 29 Abiturienten der Jahre 1901/02/03 zeigt, war die Schule nur zum geringsten Teil ein Institut für die Reproduktion der akademischen Berufe der Väter, sondern überwiegend eine Aufstiegsmöglichkeit für die Söhne von Volksschullehrern, Zimmer- und Maurermeistern, Kasernen-Inspektoren und Büro-Assistenten.²⁵

Das viertägige Fest begann mit einem Wiedersehenstreffen der Ehemaligen im Festsaal eines Restaurants am Vorabend der eigentlichen Feier. Man achtete darauf, dass auch drei andere Restaurants von dem großen Fest profitieren konnten. Am Vormittag des folgenden Tages formierte sich zunächst ein Festzug an der Schule

²⁴ Das ergibt sich aus dem Lehrplan von 1904/05: Jahresbericht über das Königliche Gymnasium und die Vorschule zu Spandau, Spandau 1905. Kritisch, vor dem Hintergrund des Ersten Weltkrieges, s. zum ästhetisch-literarischen Bildungskanon Rolf Hensel „...dass wir siegen werden“, S. 54f.

²⁵ Vgl. Hofmann, Spandau, S. 98.

mit ehemaligen und gegenwärtigen Schülern sowie Lehrern und städtischen Honoratioren zur nahe gelegenen St. Nikolai-Kirche, wo ein Festgottesdienst stattfand. Darauf folgte in der Aula der feierliche Jubiläumsakt mit dem in der Kaiserzeit üblichen Protokoll: Ankündigung von Ordensverleihungen, Gedenken an das Herrscherhaus, briefliche Glückwünsche vom Minister und eine sehr lange Rede des Direktors, der gleich 600 Jahre Schulgeschichte für das gerade 50 Jahre alte Gymnasium in Anspruch nahm. Ein Festessen im Schützenhaus beschloss diesen Tag. Am dritten Tag fanden dann die Vorstellung der Leistungen der Schüler mit Turnen auf dem Sportplatz und die Aufführung der Antigone des Sophokles am Nachmittag statt. Der Reporter der Lokalzeitung berichtete mit leiser Verwunderung, dass auch die Damenwelt beim Schauturnen der Jungen anwesend war. Die Geschlechtertrennung durch die Schule sollte nämlich eigentlich auch in der Öffentlichkeit beachtet werden. Am Abend gab es dann einen „Kommers“ der Ehemaligen nach Studentenart mit heiteren Ansprachen und gemeinsamem Gesang. „Herren und Damen“ konnten von der Empore aus zuschauen. Themen waren die Gründung der Schule gegen Widerstände, der Lebensweg von Ehemaligen – „ob er Geheimrat worden, ob gar im Schmuck der Orden Generalarzt er“ - und die erhoffte gute Zukunft der Stadt nach Aufhebung der Festung: „So blühet Spandau mächtig und Großstadt wird's im Zeitenlauf.“²⁶ Im Jahre 1905 hatte die Stadt immerhin schon 70.000 Einwohner, 1914 waren es 100.000. Nach all den militärisch geprägten Feiern in Spandau, den Sedans-Tagen und jährlichen Befreiungsgedenken für 1813 sowie den zahlreichen Truppen-Aufzügen der Garnison mit Paraden und klingendem Spiel wurde mit diesem Jubiläum des Gymnasiums in zivilen Formen eine bürgerliche Erfolgsgeschichte gefeiert.

Zusammenfassung

Die beiden Städte unterschieden sich deutlich voneinander, was sich auf das Schulsystem auswirkte, das der Jugend jeweils angeboten wurde. Frankfurt am Main war eine relativ reiche Handelsstadt und entschied sich schon mit ausdrücklichem Engagement des Bürgertums am Anfang des 19. Jahrhunderts, eine Realschule zu gründen, die nicht zum Studium, sondern direkt in qualifizierte Berufe führen sollte. Spandau war eine arme Militärstadt innerhalb eines bürokratisch organisierten Staates. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts konnte es mit großer Mühe eine altsprachliche Oberschule aufbauen, die der Jugend der Ober- und oberen Mittelschicht über das Abitur den Weg in die höhere Verwaltungs- und Justizlaufbahn sowie in den Arztberuf eröffnete. Zugleich hielt es dabei Familien der Oberschicht vor Abwande-

²⁶ Hofmann, Spandau, S. 101. Hier das ganze neun Strophen lange Stadtporträt.

rung in konkurrierende Nachbarstädte zurück, was als Motiv der Schulpolitik in Frankfurt entfiel. Erst nach Aufhebung der Festung im Jahre 1903, die mit der Niederlassung der Siemenswerke zusammentraf, wurde hier eine Oberrealschule gegründet. Sowohl für die Frankfurter Realschule, die nach der rigorosen Annektierung der Stadt durch Preußen zum Real-Gymnasium entwickelt wurde, als auch für das Spandauer Gymnasium gab es zwei Abschlüsse, die die Attraktivität dieser Schulen für die männliche Jugend mit begründeten: das Abitur und das „Einjährige“, welches einen verkürzten Wehrdienst und den Weg in die Laufbahnen des mittleren Dienstes eröffnete. Der eine Abschluss wurde groß gefeiert, für den anderen erhielt man lediglich das begehrte Zeugnis.

Prof. em. Wolfgang Hofmann, Verwaltungs- und Sozialgeschichte an der Technischen Universität Berlin, wolfgang-hofmann@gmx.de

Lebensweltliche Katholizität im generationellen Kontext: Jugend und Jugendbewegung in Paderborn in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Vom Aufwachsen unter katholisch-kleinstädtischen Bedingungen

Heinrich Böll (1917-1985) hat in einer autobiographischen Rückschau einen anschaulichen Einblick in die Lebens- und Gedankenwelt eines jungen Katholiken gegeben, der als 15-Jähriger zu Fuß oder mit dem Fahrrad in der näheren und weiteren städtischen Umgebung unterwegs war und sich auf diese Weise dem Einfluss von Elternhaus und Schule vorsichtig zu entziehen versuchte.¹ Sein lebensweltliches Umfeld öffnete und begrenzte zugleich seine Möglichkeiten der Horizonterweiterung über den engen häuslichen und schulischen Rahmen.² Mit seiner anschaulichen Schilderung Kölner Straßen und Viertel als Beobachtungs-, Entdeckungs- und Begegnungsräume breitet Böll eine persönliche geographische und daraus sich ergebende persönliche „mentale Karte“³ aus und skizziert, in welcher Weise er adoleszente Verunsicherungen und Irritationen sowie Orientierungs- und Selbstfindungsversuche vor dem Hintergrund einer von Krisen erschütterten Zeit in seinem Kölner „Mikrokosmos“ erlebte. Zwar ist für Paderborn keine ähnlich dichte Erzählung eines Jugendlichen überliefert und das katholische Milieu war hier zudem weitaus kleinstädtischer und jugendkulturell weniger facettenreich als in Köln. Gleichwohl lassen sich – vor allem auf der Grundlage persönlicher Lebensrückblicke – zumindest skizzenhaft einige für Paderborn spezifische Aspekte jugendkultu-

¹ Vgl. Heinrich Böll, *Was soll aus dem Jungen bloß werden? Oder: Irgendwas mit Büchern*, Bornheim 1981.

² Insbesondere Erik H. Erikson betont die Bedeutung der Selbstsozialisation in der Adoleszenz und die damit verbundenen psychischen Anstrengungen; s. beispielsweise Ders., *Jugend und Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel*, Stuttgart 1974; vgl. auch Helmut Fend, *Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen*, Bern 1991.

³ Vgl. Roger M. Downs/David Stea, *Kognitive Karten. Die Welt in unseren Köpfen*, New York 1982.

reller Milieuausprägungen umreißen, und zwar unter Berücksichtigung folgender Fragen: Wie wuchsen Jugendliche in Paderborn zwischen der Jahrhundertwende und dem „Dritten Reich“ auf? Welche Möglichkeiten hatten sie – je nach dem sozio-kulturellen bzw. sozial-moralischen lebensweltlichen Milieu⁴, in das sie hineingeboren worden waren –, sich mit anderen Heranwachsenden ihrer Altersgruppe zu vergemeinschaften? Welche persönlichen Begegnungen oder institutionellen Rahmenbedingungen erleichterten ihnen selbständig-aktive Positionierungen gegenüber ihrem Herkunftsmilieu und schufen Voraussetzungen für eigenständige Orientierungen?

Es habe – so Arno Klönne – nach dem Ersten Weltkrieg eine „spezifische ‚Subkultur‘ im Katholizismus der Paderborner Region“ gegeben, in der Heranwachsende in altershomogenen Gruppen ohne jugendpflegerische Erziehungsabsichten Freiräume der Selbsterprobung und Horizonterweiterung gefunden hätten.⁵ In subjektiven Zeugnissen einer ganzen Reihe von Paderbornern, besonders der Kriegs- und Kriegsjugendgeneration des Ersten Weltkriegs, spielte beispielsweise vor allem ihr Engagement nicht nur im „Quickborn“, sondern auch bei den „Kreuzfahrern“ oder in der „Sturmschar“ eine erhebliche, teilweise wohl sogar lebensprägende Rolle. In diesem jugendkulturellen Milieu sei es nicht zuletzt einigen Geistlichen gelungen, jenen Autonomie- und Selbstbestimmungsanspruch zu vermitteln, den die Freideutsche Jugend 1913 in der „Meißnerformel“ auf den Punkt zu bringen versucht hatte.⁶ Sie widmeten sich als Vikare auch und nicht zuletzt in den Jahren nach 1933 der Jugendarbeit und gaben der nachfolgenden Generation prägende Impulse im Sinne eines kritisch-distanzierten Blicks auf die Amtskirche – dies dennoch zugleich auf der Grundlage einer unverbrüchlichen lebensweltlich verankerten Katholizität. In die Jugendarbeit gingen vor allem auch Anregungen aus der katholischen Friedensbewegung ein, die nach 1918 in Westfalen und nicht zuletzt auch in Paderborn einen bemerkenswerten Rückhalt zu verzeichnen hatte.

Zum historischen Verständnis weiterer paderbornspezifischer Hintergründe sei an dieser Stelle noch Folgendes erwähnt: In historischen Darstellungen und Quel-

⁴ Vgl. Jürgen Zinnecker, Milieuauflösung und Generationenwandel, in: Imbke Behnken/Manuela du Bois-Reymond (Hrsg.), Jürgen Zinnecker – ein Grenzgänger. Texte, Weinheim/Basel 2013, S. 45-65.

⁵ Arno Klönne, Jugendbewegt-katholisch, pazifistisch sozialrepublikanisch – die Paderborner Zeitschrift „Das Heilige Feuer“, in: Ludger Grevelhörster/Wolfgang Maron (Hrsg.), Region und Gesellschaft im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts, Vierow 1995, S. 150-158, hier: S. 151. Siehe auch Arno Klönne im Nachwort zu Christel Beilmann, Eine katholische Jugend in Gottes und dem Dritten Reich. Briefe, Berichte, Gedrucktes 1930-1945. Kommentare 1988/89, Wuppertal 1989.

⁶ Die Formel lautete: „Die Freideutsche Jugend will nach eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, in innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein.“

lensammlungen zur Paderborner Stadtgeschichte werden zumeist das dominierende lebensweltlich-katholische Milieu, die erst spät einsetzende Industrialisierung sowie die Bedeutung Paderborns als Garnisonsstandort hervorgehoben. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten die Anbindung an das Schienennetz und die Einrichtung zweier Eisenbahn-Reparaturwerkstätten entscheidenden Anteil an einem technisch-industriellen Modernisierungsschub der Stadt. Dennoch blieb der kleinstädtische Charakter Paderborns in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts weitgehend erhalten. Insbesondere stellten die Präsenz kirchlicher Einrichtungen, das dichte Netz konfessioneller Vereine und die den Jahreskalender bestimmenden kirchlichen Feste maßgebliche Charakteristika der sich erst in den 1960er Jahren allmählich aus dem Image des „nur“ Katholischen lösenden Stadt dar.⁷

Generation und städtisches Milieu

Eine Spurensuche nach Personen, die exemplarisch im Zusammenhang mit den Anfängen jugendbewegten und pazifistischen Engagements und damit jener oben angedeuteten spezifischen „Subkultur“ zu sehen sind, verdichtet sich eindeutig auf Kreise um Christoph Tölle (1898-1977), den Vorsitzenden des Paderborner Windthorstbundes und nach 1945 langjähriger Paderborner Bürgermeister⁸, sowie seinen Freund, den Schneidermeister und Ratsherrn Heinrich Jüttemeyer (1904-1951), der in seiner Jugend Mitglied der „Kreuzfahrer“ gewesen war⁹, und Heinrich Hesse (1892-1951), ehemals „Wandervogel“ und engagiert im „Quickborn“. Hesse war Bundesleiter der „Kreuzfahrer“, wurde 1916 zum Priester geweiht, war von 1924 bis 1936 Religionslehrer an Paderborner Berufsschulen und später Pfarrer in der Paderborner St. Georgsgemeinde.¹⁰

⁷ Rund 90 Prozent der etwa 30.000 Einwohner Paderborns waren um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert katholisch, etwa 9 Prozent evangelisch; der jüdischen Glaubensgemeinschaft gehörten lediglich 0,7 Prozent der Bevölkerung an. Nach 1918 standen zahlreiche Paderborner wie wohl die meisten Zeitgenossen in Deutschland der Republik skeptisch gegenüber; sie fanden in der Orientierung an Heimat und Religion geistigen Halt. Bei den Septemberwahlen des Jahres 1930 verbuchte die NSDAP lediglich 4,9 Prozent gegenüber rund 60 Prozent für das katholische Zentrum. Von der vielerorts zu beobachtenden Militarisierung des öffentlichen Raums in der Endphase der Weimarer Republik kann für Paderborn nur ansatzweise gesprochen werden. Selbst im Jahre 1933 wählten lediglich rund 9 Prozent der Paderborner die NSDAP, woraus sich jedoch nicht schließen lässt, es sei hier bis zum Jahre 1935 nicht zu einer weitgehenden Gleichschaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens gekommen.

⁸ Vgl. Barbara Stambolis, Christoph Tölle (1898-1977). Politik aus christlicher Verantwortung für Demokratie und Frieden, Paderborn 1997.

⁹ Vgl. Theodor Fockele, Paderborner Jugend in Bünden und Verbänden. 1850-1945, Paderborn 1997, S. 53.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 25 f. sowie S. 27 und S. 132 (dort Abbildung Heinrich Hesses als Lagerkaplan bei den Kreuz-

Für ein Kurzbiogramm Tölles wären an erster Stelle seine kleinbürgerliche katholische Herkunft, seine prägenden Weltkriegserlebnisse, seine jugendbewegten Erfahrungen und ein dem sozialen und gesellschaftlichen Engagement verpflichtetes christliches Menschenbild zu nennen, womit auch manche weitere Paderborner charakterisiert werden könnten, die – etwa zwischen 1890 und 1910 geboren – vor allem deshalb heute noch bekannt sind, weil sie nach 1945 im politischen Leben der Stadt eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben.

Christoph Tölle wuchs zusammen mit elf Geschwistern in der Paderborner Innenstadt in der Schäfergasse auf; sein Vater war Reichsbahnarbeiter. Tölle besuchte nach der Volksschule die kaufmännische Fortbildungsschule, begann eine Lehre bei der Stadtverwaltung und wechselte dann zur Kreissparkasse. Aus den wenigen überlieferten Äußerungen zur eigenen Person geht hervor, dass sein Vater die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das von dem Zentrumsolitiker und Journalisten Joseph Joos seit 1905 geleitete Presseorgan der katholischen Arbeitervereine, gelesen habe, das auch seine eigene regelmäßige Lektüre geworden sei. 1923 wurde Tölle auf der Gründungsversammlung des Paderborner Windthorstbundes, der Jugendorganisation der Zentrumspartei, zu deren Vorsitzenden gewählt. Hier lernte er Heinrich Jüttemeyer kennen, der dem von Heinrich Hesse geleiteten Bund der „Kreuzfahrer“ angehörte, welcher in seiner Struktur dem Vorbild der bündischen Jugend stark verpflichtet war und in dem auch pazifistische Tendenzen auf Resonanz gestoßen waren, die wiederum mit Grundüberzeugungen Tölles in Einklang standen. Heinrich Jüttemeyer berichtete aus der Rückschau über die Gründungsversammlung des Windthorstbundes in einem Jugendhaus in der Innenstadt, dort seien „junge Menschen aus der Jugendbewegung, Handwerksgehlen, junge Eisenbahner und Primaner des Theodorianums [des Paderborner Traditionsgymnasiums]“ zusammengekommen: „Sie kamen in kurzen Hosen und Schillerkragen, ... in dieser Zeit für 19 und 20jährige das äußere Zeichen für fortschrittliche, wenn nicht sogar für revolutionäre Gesinnung.“ Über Tölle schreibt Jüttemeyer in diesen Zusammenhang:

„Da war einer anwesend, der keine kurze Hose mehr trug; er sollte schon Frontkämpfer im Kriege 1914 – 1918 gewesen sein, aber für uns Jüngere, die wir ihn nur vom Ansehen kannten, war er ein jugendbewegter Mensch. (...) Er wurde an diesem Abend einstimmig gewählt. Dass wir den richtigen gewählt hatten, sahen wir schon am 1. Abend. Politische Schulung und Tagespolitik waren die Themen; der letzte Satz aber hieß: ‚Tandaradei mitbringen‘.“¹¹

fahren). Der Autor des hier zitierten kommentierten Quellenheftes, der Lehrer Theodor Fockele (1925-2014), gehörte in den 1940er Jahren in Paderborn selbst einer katholischen Jugendgruppe an (ebd., S. 115).

¹¹ Stadtarchiv Paderborn S 2/361, Erinnerungen Heinrich Jüttemeyers, S. 17. Johannes Hatzfeldts „Tandaradei“ ist eine dem Wandervogelliederbuch „Zupfgeigenhans!“ vergleichbare Sammlung von Volks- und

Mitglieder des Windthorstbundes und der Kreuzfahrer bekannten sich zu Demokratie und Frieden und gaben ihrer Haltung beispielsweise bei Verfassungsfeiern Ausdruck, oder indem sie sich der von Tölle 1924 mitgegründeten Paderborner Gruppe des „Friedensbundes Deutscher Katholiken“ anschlossen. Auf Kritik in der Zentrumsparterie und in weiten Kreisen der lokalen Öffentlichkeit stieß beispielsweise eine vom Windthorstbund im Rathaus veranstaltete und von Mitgliedern der Gewerkschaften, des Piusarbeiterbundes und jugendbündischer Gruppen unterstützte Verfassungsfeier, auf der Joseph Rütter (1881-1972) sprach, ein führendes Mitglied des Friedensbundes in Westfalen. Die lokale Zentrumsführung reagierte auf diese Veranstaltung distanziert bis ablehnend. Der vom Windthorstbund, von Vertretern der Gewerkschaften und des Reichsbanners Schwarz Rot Gold 1930 verfasste Aufruf zum Besuch des Films „Im Westen nichts Neues“ nach dem 1929 erschienenen gleichnamigen Aufsehen erregenden Buch Erich Maria Remarques löste sogar heftigen öffentlichen Widerspruch aus. Als 1930 der Reichsverband des Friedensbundes Deutscher Katholiken in Paderborn seine Jahrestagung abhielt, bei der sich eine Reihe Paderborner Jugendbewegter engagierte, unter ihnen nicht zuletzt Heinrich Hesse, schienen sich die unterschiedlichen, teilweise auch generationell mitbedingten katholischen Milieuausprägungen ebenso ablehnend gegenüber zu stehen wie anlässlich eines Besuches Franz von Papens (1879-1969) im Paderborner Dom im Jahre 1932, dem zahlreiche Angehörige jugendbündischer Gruppen aus politischen Gründen fernblieben.

Lebensweltliche Resistenz in der NS-Zeit – aus „jugendbewegtem Geist“?

Im „schwarzen“ Paderborn habe es die HJ „nicht leicht“ gehabt, „festen Fuß zu fassen“, erinnerten sich nach 1945 und erinnern sich noch heute Paderborner Katholiken gern, die auf ihre Kindheit und Jugend in den 1930er Jahren zurückblicken. Frage man „bei Paderborner Erwachsenen der Jahrgänge 1920 bis 1935 bzgl. ihrer Mitgliedschaft in der HJ und im BDM nach“, so könnten einige auf eine gewisse lebensweltliche Resistenz bzw. Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus in ihrer engeren Umgebung verweisen, heißt es beispielsweise in einer auf Zeitzeugendokumenten und -erinnerungen gestützten Publikation.¹² Einige der Befragten berichteten von Jugendgottesdiensten in der NS-Zeit, beispielsweise in der frühmittelalterlichen Bartholomäuskapelle an der Nordseite des Domes. Diese Gottesdienste hätten sich bereits in der Weimarer Republik etabliert: „Quickborner“, Jugendliche aus

volkstümlichen Liedern, die in der katholischen Jugendbewegung verbreitet waren.

¹² Dominik Gehling u.a. (Hrsg.), Paderborner Zeitzeugen berichten: „Das müssen Sie mir alles aufschreiben ...“, Paderborn u.a. 2005.

dem Bund „Neudeutschland“ und dem „Heliand“, „Kreuzfahrer“ und „Sturmschärler“¹³ hätten sich hier regelmäßig auch noch nach der Gleichschaltung der katholischen Verbände zu Messen getroffen, seien in Pfarrheimen zusammengekommen, hätten gesungen und musiziert. Eine nicht unerhebliche Rolle spielten bei diesen Treffen die Pfarrvikare, zu denen neben Heinrich Hesse auch Augustinus Reineke (1908-1992)¹⁴, Hermann Bieker (1913-2004), Johannes B. Hirschmann (1909-1981) und Johannes Schmidtinger gehörten, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.¹⁵ Die Zusammenkünfte konnten auf Entwicklungen der 1920er Jahre aufbauen, nachdem Forderungen, die Kirche möge die religiösen Bedürfnisse der katholischen Jugend stärker berücksichtigen, erste Früchte zu tragen begonnen hatten: Besonders Jugend- und Bekenntnisfeiern hatten inzwischen – unter dem Einfluss der Liturgischen Bewegung – eine große Anziehungskraft entfaltet. So hatte auch das Lied „Fest soll mein Taufbund immer stehn“ eine neue, geradezu kämpferische Bedeutung erlangt. Es avancierte nach 1933 zum Inbegriff eines mutigen Jugendbekenntnisliedes auf katholischen Glaubensbekundungen; beispielsweise wurde es noch 1941 anlässlich der Weihe des neuen Paderborner Erzbischofs Lorenz Jaeger in programmatischer Absicht im Dom gesungen.

Zumeist jedoch trafen sich Jugendliche in Paderborn nach dem Verbot konfessioneller Jugendverbände ab 1937 nur noch in Privaträumen oder in gewisser Weise konspirativ im Schutz von Kloster- und Kirchenmauern. In den Kriegsjahren standen vor allem religiöse Gespräche und Gebete und die Trauer um den Tod von Freunden und Angehörigen im Mittelpunkt des Gruppenlebens.¹⁶ In unmittelbarer Nähe von Dom und Michaelskloster, im Paderquellgebiet, besaß jedoch inzwischen auch die Hitlerjugend ein wichtiges Aktionsfeld. Im einstigen Hospital des Abdinghofklosters, an der Wasserkunst, wurde nach der Enteignung des Pius-Arbeiterbundes 1938 ein HJ-Heim in der Nachbarschaft zu einer 1939 eingeweihten Freilicht-

¹³ Angeregt durch die Initiative von Franz Steber (1904-1984), dem Reichssturmscharführer von 1930 bis 1935, bildeten sich in der Herz-Jesu-, der Dom-, der Gaukirch- und der Marktkirchpfarrei Sturmchargruppen mit eigenen festen Treffpunkten. Sie kamen ab 1932 auch in einem eigenen Landheim zusammen; vgl. Theodor Fockele, Paderborner Jugend in Bündeln und Verbänden. 1850-1945, Paderborn 1997, S. 58 f., sowie Gehling, Paderborner Zeitzeugen berichten.

¹⁴ Ab 1939 Jugendseelsorger des Erzbistums Paderborn; vgl. Augustinus Reineke, Jugend zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Erinnerungen und Erlebnisse, Ereignisse und Dokumente, Paderborn 1987.

¹⁵ Personalunterlagen und weiteres Material im Archiv des Erzbischöflichen Generalvikariats Paderborn. Vgl. auch Ulrich Vogt, Die Kinder vom Ikenberg. Paderborn im Zweiten Weltkrieg, Paderborn 2003, S. 31-33. Zur Bartholomäuskapelle als Treffpunkt jugendbündischer Gruppen siehe Fockele, Paderborner Jugend in Bündeln und Verbänden, S. 55; vgl. ferner Gehling, Paderborner Zeitzeugen berichten.

¹⁶ Vgl. Georg Pahlke, Die Heliand-Burg Paderborn. Drei Jahrzehnte Jugendbewegung katholischer Mädchen, in: Barbara Stambolis (Hrsg.), Frauen in Paderborn. Weibliche Handlungsräume und Erinnerungsorte, Köln 2005, S. 82-109, hier: S. 102.

bühne eingerichtet, die die HJ und der BDM als Appellplatz nutzten. Im Stadtzentrum verfügte die HJ überdies über weitere Versammlungsräume, etwa in der Jugendherberge Heiersburg oder – nach deren Schließung – im ehemaligen jüdischen Waisenhaus an der Leostraße. In den überschaubaren innerstädtischen Bezirken begegneten sich also Jugendliche unterschiedlicher Herkunft, religiöser und weltanschaulicher Orientierung, aus freien Stücken oder zwangsläufig, und sie „verhielten sich“ zu den politischen Entwicklungen: Mehrheitlich arrangierten sich die Mitglieder der katholischen Jugendbünde mit den Verhältnissen – „mehr oder weniger“, sollte man wohl hinzufügen. Heinrich Hesse veröffentlichte z.B. bereits im Sommer 1933 eine Erklärung, in der er die Auflösung des Bundes der „Kreuzfahrer“ als unvermeidbar bezeichnete. Wörtlich schrieb er:

„Wir wollten Menschen sein, die vor eigener Verantwortung in freudiger Erfüllung ihres katholischen Glaubens ihr eigenes Leben gestalten, die aus der gleichen Grundhaltung ihre Aufgaben im Staat anfassen und erfüllen. Grundlegend für uns war das Bekenntnis zu einer weitreichenden persönlichen Freiheit, der wir die ihr entsprechende Eigenverantwortung gegenüberstellten. Die in Deutschland immer weiter fortschreitende nationale Revolution hat ein anderes Zielbild vom Staat und vom Menschen (...) Wir dürfen unseren Bund nicht in sein Gegenteil verkehren lassen. Wir sehen darum keine Möglichkeit, weiter zu bestehen.“¹⁷

In diesen Sätzen klingen die zentralen Stichworte der bereits an anderer Stelle erwähnten Meißnerformel an, mit der die Freideutsche Jugend 1913 ihr Selbstverständnis auf den Punkt zu bringen versucht hatte, nämlich „eigene Bestimmung“, „eigene Verantwortung“ und „innere Wahrhaftigkeit“, die im Sinne einer Absage an die NS-Diktatur gedeutet werden konnten, aber nicht mussten. Für Heinrich Jüttemeyer war der Hohe Meißner des Jahres 1913 in der NS-Zeit ein symbolischer Ort, an den er sich auf Wanderungen mit Gleichgesinnten zurückziehen konnte. Ob Paderborner Jugendbewegte 1937 tatsächlich bei einer Fahrt zum Meißner – auf einem Findling stehend – die Meißnerformel gesprochen haben, wie Jüttemeyer rückblickend glaubte, ist nicht nachzuweisen.¹⁸ Für manche Paderborner Jugendbewegte aus der Kriegs- und Kriegsjugendgeneration des Ersten Weltkriegs mag der Meißner zwar eine gewisse Bedeutung gehabt haben – die dem Dom-, Stadt- und Bistumspatron Liborius geweihte Kathedrale ihrer Heimatstadt besaß jedoch als Ort religiöser „Beheimatung“ wohl eine eindeutige Priorität, in deren Schutz und Windschatten sie versuchten, sich ihre lebensweltliche Katholizität unter den Bedingungen der NS-Diktatur zu erhalten. Mit dem oft zitierten Satz, wie Felsen seien die Mauern ei-

¹⁷ Heinrich Hesse, Letzte Sonnenwende, in: Fahrt ins Reich H. 6/1933, S. 89-91, hier: S. 90. Arno Klönne sei herzlich für diesen Hinweis gedankt.

¹⁸ Vgl. die Erinnerungen Jüttemeyers, Stadtarchiv Paderborn S 2/361, S. 17-19 sowie ebd., S 2/44, S. 5.

ner Stadt, wenn Heilige sie schützten, mag Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., bei seinem Paderborn-Besuch 1926 den Kern einer solchen paderbornspezifischen „symbolischen Ortsbezogenheit“ angesprochen haben.¹⁹

Rückblickende Selbstzeugnisse aus der Paderborner Zwischenkriegs- bzw. HJ- und BDM-Generation

Wie am Beispiel der 1925 in Paderborn geborenen Eva Sternheim-Peters gezeigt werden kann, war für Angehörige der Zwischenkriegsgeneration, die anders als beispielsweise Heinrich Jüttemeyer nicht über eine jugendbewegte Sozialisation „im Schutze des Domes“ verfügten, ein Spagat zwischen ererbter Frömmigkeit bzw. Verwurzelung im konfessionellen Milieu und der Faszination von HJ und BDM kennzeichnend. Sternheim-Peters, die ihre Adoleszenz als Aufwachsen in Jahren der ‚Täuschungen‘ und Verblendungen sieht²⁰, nennt ihre autobiographischen Schilderungen auch „ein Zeugnis des Jahrgangs 1925 und weniger benachbarter Jahrgänge, ein subjektives Geschichtsbuch“.²¹ Sie reichert ihre Schilderungen mit zahlreichen zeitgeschichtlichen Informationen an und nimmt immer wieder Bezug auf die Paderborner Stadtchronik. So erwähnt sie eine Protestkundgebung 1929 auf dem Paderborner Rathausplatz gegen die „Kriegsschuldlüge“, geht auf die Bedeutung des Militärs in der Garnisonstadt Paderborn ein und beschreibt die zahlreichen Bettler und Hausierer während der Weltwirtschaftskrise – unter diesen zahlreiche Kriegsverkehrte – als eine frühe kindliche Wahrnehmung aus der Distanz einer Tochter aus bürgerlichem Haus.

Das Paderborn der Kindheit und Jugend von Eva Sternheim-Peters ist einerseits von der Katholizität – von kirchlichen Festen wie der Erstkommunion und dem Libori-Fest, dem Fest zu Ehren des Dom-, Stadt- und Bistumspatrons – bestimmt, andererseits jedoch von dem heraufziehenden Faschismus, von politischen Kundgebungen, der Allgegenwart nationalsozialistischer Symbole im Straßenbild und der eigenen Begeisterung für das neue Regime. „Glückliche Gefühlszustände“ nennt sie

¹⁹ Es handelt sich um ein Zitat aus dem Werk „Dreizehnlinden“ des westfälischen Heimatdichters Friedrich Wilhelm Weber. Vgl. Barbara Stambolis, Religiöse Festkultur. Tradition und Neuformierung katholischer Frömmigkeit im 19. und 20. Jahrhundert. Das Liborifest in Paderborn und das Kilianifest in Würzburg im Vergleich, Paderborn u.a. 2000, S. 211. Zur „symbolischen Ortsbezogenheit“ s. Barbara Stambolis, Städtebaulicher Umbruch und lokale Identität. Zur Verknüpfung von Architektur- und Mentalitätsgeschichte am Beispiel des Neu- und Wiederaufbaus in Paderborn nach 1945, in: Die Alte Stadt H. 4/1995, S. 383-394.

²⁰ Eva Sternheim-Peters, Die Zeit der großen Täuschungen. Eine Jugend im Nationalsozialismus, Bielefeld 1987, im Jahre 2000 in dritter, überarbeiteter Aufl. erschienen unter dem Titel: Habe ich denn allein gebuhelt? Eine Jugend im Nationalsozialismus – im Folgenden zit. nach der Ausgabe aus dem Jahre 1987.

²¹ Sternheim-Peters, Die Zeit der großen Täuschungen, S. 8.

ihre Teilnahme am Gemeinschaftsleben im BDM.²² Aus der Rückschau schreibt sie, sie müsse wohl in der Nähe des Michaelsklosters oder in der Bachstraße im Paderquellgebiet der um acht Jahre älteren Jenny Rosenbaum, der späteren Schriftstellerin Jenny Aloni begegnet sein, deren Sicht der Ereignisse noch im nächsten Abschnitt Thema sein wird. Genau meint sich Sternheim-Peters als 16-jährige Jungmädelführerin im BDM auch an flüchtige zufällige Begegnungen mit jüdischen Mädchen zu erinnern, die einen gelben Stern getragen hätten²³, wobei sie sich bewusst ist, dass ihre Erinnerungen nachträgliche Rekonstruktionen von Wahrnehmungen sind, die sich nur schwer belegen lassen. Hatte sie tatsächlich einen Blick für ihre jüdische Mitschülerin Irmgard, die nicht als „blumenstreuendes ‚Engelchen‘“ an der Fronleichnamsprozession teilnahm und dadurch auffiel, dass sie am religiösen Alltag in der katholischen Kleinstadt Paderborn nicht teilnahm?²⁴ Sternheim-Peters unterscheidet zwischen der Eva, die als Kind halbbewusst Beobachtungen machte, die sich im Rückblick als Anfang einer unheilvollen Entwicklung deuten ließen, und der jugendlichen Eva, die sich bewusst im BDM engagierte und als überzeugte junge Nationalsozialistin beispielsweise die Vereidigungen der HJ im Paderborner Rathaus oder die „Westfalenfahrt der Alten Garde“²⁵ als faszinierende Ereignisse erlebte.

Eine Paderborner Jüdin, geboren 1917, und ihre „mentale Karte“ von Paderborn

Eindringlicher und pointierter als Sternheim-Peters hat Heinrich Böll nicht nur Skepsis gegenüber der „Synchronisierung persönlicher Erlebnisse mit geschichtlichen Ereignissen“, sondern auch Zweifel gegenüber dem Wahrheitsgehalt seiner Erinnerungen an seine Jugendzeit geäußert. Wenngleich, wie einleitend bereits angesprochen, ein vergleichbares literarisches Dokument für Paderborn nicht existiert, gibt es gleichwohl Paderborner Jugenderinnerungen, die mit denen Bölls in mehrfacher Hinsicht korrespondieren. Die deutsch-jüdische Schriftstellerin Jenny Aloni, geborene Rosenbaum (1917-1993), aufgewachsen in Paderborn, die mit Böll in regem brieflichen Austausch stand, wurde von diesem ermutigt, Erinnerungen an ihre Paderborner Jugend aufzuschreiben – eine Anregung, der Aloni tatsächlich nachgekommen ist. Am 18.9.1960 schrieb Böll, er sehe es als schicksalhaft an, dass sie beide 1917 geboren seien und 1937 zu schreiben begonnen hätten. Böll weiter: Er suche in Alonis „Manuskripten natürlich jene Jahre“ um 1933, die für ihn wie

²² Vgl. ebd., S. 262.

²³ Vgl. ebd., hier und im Folgenden S. 188-196.

²⁴ Vgl. ebd., S. 143.

²⁵ Gemeint ist ein Propagandazug westfälischer Nationalsozialisten der „ersten Stunde“ im Jahre 1938.

für sie „die entscheidendsten“ gewesen seien. Das Theater sei wohl Alonis „eigentliches Feld“; deshalb könne er sich vorstellen, dass sie eine Tragödie schreibe, „deren Arbeitstitel vielleicht heißen könnte: Am Beispiel Paderborns. (...) Verzeihen Sie mir, wenn ich Sie verletze, damit an Dinge rühre, an die Sie nicht gerührt haben wollen. Aber dieses Stück fehlt in diesem Lande hier.“²⁶ Die Tragödie, die Böll ihr zu verfassen empfahl, hat sie zwar nicht geschrieben, jedoch kürzere Prosastücke mit Schilderungen ihrer Jugend in Paderborn. Wie lässt sich Alonis „mentale Karte“ von Paderborn der Kölner Karte Bölls und vergleichbaren anderen Paderborner Karten gegenüberstellen – dies im Sinne von rückblickenden stadtraumbezogenen höchst unterschiedlichen Adoleszenz-Perspektiven auf eine katholische Umgebung, in die dann der Nationalsozialismus Einzug hielt?

Während Böll in Köln nach der Machtergreifung zunehmend weniger zu Fuß und mehr mit dem Fahrrad unterwegs war, um sich einem diffusen, aber verdichtenden Unbehagen gegenüber den bedrückenden politisch spürbaren Veränderungen zu entziehen, fühlte sich die als Jenny Rosenbaum geborene Aloni im katholischen Paderborn bereits vor 1933 von Fragen nach ihrer Identität als Paderbornerin und als Jüdin verunsichert. In ihrer Erzählung „Die Synagoge und der Dom“ beschreibt sie ihr Aufwachsen als Jüdin im katholischen Paderborn wie folgt als konfliktreich:

„Ein gelber, achteckiger Backsteinbau, (...) das war die Synagoge. Sie hätte nüchtern gewirkt, wäre nicht die runde Kuppel gewesen, welche ihr ein exotisches Aussehen verlieh in dieser Stadt der Türme und Kapellen, der Gotik und des Barocks. (...) Auf das Mädchen übte das (...) Bethaus (...) eine düstere Weihe aus. (...) Wenn auch bewusst die Lehre des Christentums nicht zu ihr drang, so sollte sie doch später erkennen, dass die Atmosphäre der Klosterschule und der katholischen Stadt – dessen Wahrzeichen der Dom war – tiefe Spuren in ihr hinterließ. Das jüdische Gebot ‚Du sollst‘ und ‚Du darfst‘ und der christliche Gedanke, so wie sie ihn verstand, dass einzig Leid frei ist von Schuld, lagen wie ein beständiger Druck auf ihr. (...) Gerne suchte sie den kleinen Domfriedhof auf (...) Es war ein friedlicher Winkel. Beim Verlassen umging sie dann wieder das mahnende Dämmern des Kreuzganges. (...) Draußen vor der wuchtigen Eichentür strömte das geschäftige Leben des Marktplatzes wieder auf sie ein. Doch Grelle und Lärm blieben noch eine Weile fern.“²⁷

²⁶ Hartmut Steinecke (Hrsg.), Jenny Aloni – Heinrich Böll, Briefwechsel. Ein deutsch-israelischer Dialog, Bielefeld 2013, S. 17.

²⁷ Jenny Aloni/Hartmut Steinecke, „... man müßte einer späteren Generation Bericht geben“. Ein literarisches Lesebuch zur deutsch-jüdischen Geschichte und eine Einführung in Leben und Werk Jenny Alonis, Paderborn u.a. 1995, S. 41-45.

Im Jahre 1933, als Jenny Rosenbaum 15 Jahre alt war, sah sie sich bereits einem nicht lösbaren Konflikt zwischen ihrer jüdischen und ihrer Paderborner Identität ausgesetzt; viel Zeit, über solche Fragen nachzudenken, blieb ihr jedoch nicht. Sie beendete ihre Schulzeit in der von Augustinerchorfrauen geleiteten katholischen höheren Mädchenschule St. Michael in Paderborn in der elften Klasse und beschloss, nach Palästina auszuwandern. In der Jugendalija fand sie eine Möglichkeit, sich auf das Leben in Israel vorzubereiten.²⁸ Im November 1938 besuchte sie ein letztes Mal vor ihrer Emigration ihre Heimatstadt, unmittelbar nach der in Paderborn dramatisch verlaufenen Pogromnacht, in der zahlreiche jüdische Geschäfte zerstört worden waren und die Synagoge in Flammen aufgegangen war. 1939 gelang ihr die Flucht nach Palästina, während der überwiegende Teil ihrer Familie Opfer der nationalsozialistischen Gewalt- und Vernichtungsmaschinerie wurde. Ihre Entwurzelung und Heimatlosigkeit fasste sie – trotz der wiederholten Aussage, sie sei in Israel „angekommen“ – in das Bild der Zugvögel, die rasten, jedoch nicht bleiben: „Sie wandern und sind nirgends zuhause. Nirgends und überall.“²⁹

Nach 1945: Anknüpfungsversuche an einen spezifischen jugendkulturellen Mikrokosmos der Zwischenkriegszeit

Anders als für deutsche katholische Jugendliche der Zwischenkriegsgeneration, für die der Dom und weitere kirchliche Zufluchtsorte vor allem in der Kriegszeit eine Selbstvergewisserung in einer Art Katakomben-Christentum darstellten, an den nach 1945 zu erinnern zweifellos leicht fiel, war Jenny Rosenbaums besuchsweise Rückkehr in die Stadt ihrer Kindheit und Jugend nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von traumatischen Erfahrungen überschattet. Ihre Familie war von den Nationalsozialisten ermordet worden, ihr Elternhaus und die Synagoge gab es nicht mehr. Auf Paderborn bezogene autobiographische Bezüge nehmen in ihrem Werk eine untergeordnete Bedeutung ein. 1967 erhielt Jenny Aloni in Paderborn den städtischen Kulturpreis.³⁰ Bürgermeister Tölle bezog sich aus diesem Anlass auf einen zentralen Satz in Alonis Erzählung „Synagoge und Dom“: Die Katastrophe habe „mit der Vernichtung der Synagoge“ begonnen und werde „mit der Zerstörung des Domes“ enden. Für ihn und einige andere seiner Altersgruppe, die mit Paderborns Geschichte lebensgeschichtlich aufs engste – und zwar zeitlebens – verwurzelt geblieben sind, stellte das Inferno der Bombennächte, in denen gegen Kriegsende 1945 Paderborns Altstadt in Flammen aufging, vor allem den Verlust ei-

²⁸ Vgl. Jenny Aloni, *Berichte, Gedichte in Prosa, Hörspiele, Gespräche*, Paderborn u.a. 1997.

²⁹ Jenny Aloni, *Kurze Prosa*, Paderborn u.a. 1996, S. 136.

³⁰ Vgl. Stambolis, *Jahrzehnte des Umbruchs*, S. 284 f.

ner „Mitte“ dar, die es mit dem Wiederaufbau nicht nur materiell, sondern mehr noch moralisch wiederzuerlangen galt.

Tölle gehörte zu denjenigen, die nach 1945 über mehr als 20 Jahre als Bürgermeister auf eine bescheiden-unauffällige Weise Politik „im Dienst des Friedens und der Begegnung“ gestaltete, unterstützt von einigen Lebensgefährten seiner Jugend, beispielsweise von Heinrich Jüttemeyer und Heinrich Hesse.³¹ Die Anfänge dieses Wirkens wurden dadurch erleichtert, dass die Britische Militärregierung auf die katholische Sozialisation von Angehörigen dieser Paderborner Altersgruppe vertraute, die aus den Prägungen ihrer Jugend eine Stärke bezogen, an die sie nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkriegs anknüpfen konnten. Als Stadtoberhaupt konnte Tölle auf pragmatische Weise zur Etablierung einer „zivilen Lebensform“ beitragen, seine pazifistischen Überzeugungen jedoch, die – wie Klönne betont hat³² – in einer spezifischen milieuhaften Subkultur verankert waren, nur noch ansatzweise mit seinem politischen Mandat verbinden. Gleichwohl finden sich Spuren dieser Überzeugungen im Zusammenhang mit der Wiederbewaffnungsdebatte sowie anlässlich von Denkmal-Einweihungen und in Reden bei Ehrungen oder Preisverleihungen.

In weiteren Recherchen wäre beispielsweise der Geschichte der Wieder- bzw. Neugründung der „Sturmschar“ in Paderborn nachzugehen³³ oder auch der von Arno Klönne ins Leben gerufenen katholischen Jungenschaft, in der bewusst an Traditionen der Zwischenkriegszeit und an Haltungen angeknüpft wurde, die einem von Klönne selbst als „paderbornspezifisch“ bezeichneten jugendkulturellen Milieu verbunden blieben.

**Prof. Barbara Stambolis, Historisches Institut an der Universität Paderborn,
barbarastambolis@aol.com**

³¹ Stambolis, Christoph Tölle (1898-1977), S. 34-37.

³² Klönne, Jugendbewegt-katholisch, S. 150-156.

³³ Vgl. Paderborner Zeitzeugen berichten, S. 156.

Städtische Ordnungsstrukturen der nichtorganisierten Berliner Großstadtjugend der Weimarer Republik

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie und woran sich die nichtorganisierte Jugend in sozialer und räumlicher Hinsicht im Berliner Großstadtleben orientieren konnte. Unter der nichtorganisierten Jugend sollen hier jene jungen Männer verstanden sein, die nicht in Jugendorganisationen der bürgerlichen oder proletarischen Bewegung, den gewerkschaftlichen, konfessionellen und politischen Gruppen, den Wanderbewegungen oder Sport- und Jugendverbänden organisiert waren. Vielmehr rücken jene Jugendlichen in den Fokus, die sich in losen Gruppen oder Bandenstrukturen zusammenfanden, aufgrund von räumlich gewachsener Identität und einem sie verbindenden sozialen Klassenempfinden. Diese Jugendlichen ausfindig zu machen, scheint schwierig zu sein, denn sie traten vor allem dann in Erscheinung, wenn sie städtischen Raum okkupierten, mit anderen Gruppen in Konflikt gerieten, im Fürsorgesystem registriert oder straffällig wurden.¹ So bemerkt die Schutzpolizei 1925:

„Der Platz vor dem Potsdamer-Bahnhof ist bei allen derartigen Gelegenheiten stets der Hauptsammelpunkt derjenigen Elemente – namentlich Jugendlicher –, die Zusammenstöße mit politisch Andersdenkenden herausfordern wollen. Da sich die Zusammenstöße meist zwischen einzelnen Personen an vielen Stellen gleichzeitig abspielen und in kürzester Zeit erledigt sind, lässt sich nicht immer ermöglichen, jede Reiberei zu verhindern.“²

Ausgehend von zeitgenössischen Aussagen sollen diese Jugendlichen zunächst sozial, ideologisch und räumlich eingeordnet werden, wobei der räumliche Aspekt besonders hervorzuheben ist: Zum einen, weil die Straße als sozialer Lernraum prägend für jene Jugendliche war³ und zum anderen, weil daran anknüpfend die Über-

¹ Vgl. Curt Bondy, Die jugendliche Verbrecherbande als psychologisches und sozialpädagogisches Problem, in: Die Erziehung. Monatsschrift für den Zusammenhang von Kultur und Erziehung in Wissenschaft und Leben, 1. Jg., 1926, S. 146-159, hier: S. 147.

² Zitiert wurde das Kommando der Schutzpolizei betreffend der Vorgänge am Potsdamer und Anhalter Bahnhof, vom 28.8.1925, in: LAB, Pr.Br.Rep. 030, Nr. 7530, Bl. 161.

³ Vgl. Detlev Peukert, Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weima-

legung angestellt werden soll, in welchem Ausmaß die Kiezkneipe ein elementarer Ort jener proletarischen Kultur war, der für die Jugendlichen als Schleuse in das kriminelle Milieu oder in politisch radikale Kreise diente.

In sozialer Hinsicht lassen sich diese Jugendlichen zwar dem Arbeitermilieu zuordnen, jedoch ist die gelegentliche Bezeichnung „Arbeiterjugendliche“ nicht korrekt, da viele Jugendliche im Zuge der Weltwirtschaftskrise keine oder nur unregelmäßige Arbeit hatten.⁴ Dies erschwerte es dem proletarisch-ideologischen Netzwerk, diese jungen Männer aufzufangen. Über die eigene Situation reflektierend, erinnert sich ein damals jugendlicher Zeitgenosse: „(...) Wir hatten ja gar kein Ziel. (...) Das ist ein Sich-treiben-lassen, wie es in Notsituationen überall ist. (...) Es wurde ja der, dann wurde der, ach, der ist auch arbeitslos und so.“⁵ Die zeitgenössische Forschung sprach deshalb alarmiert von einer Weimarer Straßenjugend, einer vernachlässigten und verwahrlosten Generation.⁶ Günther Dehn, ein evangelischer Pfarrer in Berlin-Moabit und pädagogisch engagierter Beobachter der proletarischen Jugend, hielt für die Triebfeder dieser jungen Generation „nun ganz gewiss nicht das Echte, das Einfache und Stille, sondern das Laute, Lärmende, in die Augen springende. (...) Die Atmosphäre der unmittelbaren Sinnlichkeit beherrscht den Menschen in so hohem Maße, daß dagegen gar nichts anderes aufkommen kann.“⁷ Detlev Peukert beschreibt die Jugendlichen der Weimarer Republik als im negativen Sinne Halbstarke, welche nur eine Minderheit der Unterschichtjugendlichen darstellten. Trotzdem galten sie in der Öffentlichkeit als außerordentlich charakteristisch und bedrohlich zugleich.⁸ Besonders bürgerlichen Gruppen wie den Wander-

rer Republik, Köln 1987, S. 277.

⁴ Vgl. Peukert, S. 255.

⁵ Zitat eines arbeitslosen Jugendlichen, entnommen aus Peukert, S. 59.

⁶ Dazu Winfried Speitkamp, *Jugend in der Neuzeit: Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*, Göttingen 1998, S. 169-172.

⁷ Günther Dehn, *Proletarische Jugend. Lebensgestaltung und Gedankenwelt der großstädtischen Proletarierjugend*, Berlin 1929, S. 99.

⁸ Vgl. Peukert, S. 251. Weiter beschreibt Peukert, dass die Urform der Cliques zunächst nichts anderes als die Fortsetzung der jugendlichen Peer-Group sei, die ihre alltägliche Freizeit in der Nachbarschaft oder an einem anderen gemeinsamen Treffpunkt (meist öffentliche Plätze) verbringe. Sie weise regelmäßige Treffen, eine informelle Gruppenstruktur und typische nach außen abgrenzende Insignien (Kleidung, Abzeichen) auf, die gleichzeitig identitätsstiftend seien (S. 253). Weiter zu den Wilden Cliques s. Andreas Mischok, „Wild und frei“. Wilde Cliques im Berlin der Weimarer Zeit, in: *Berliner Geschichtswerkstätten e. V. (Hrsg.), Vom Lagerfeuer zur Musikbox. Jugendkulturen 1900-1960*, Berlin 1985, S. 47-78. Laut Mischok hatte die Wilde Clique als Erscheinungsform in den frühen 1920er Jahren ihren Höhepunkt. Sie erreichte ihre größte Verbreitung gegen Ende des Jahrzehnts. Zu dieser Zeit gab es in Berlin ca. 250 bis 600 Wilde Cliques, deren Mitgliederzahl nach Schätzungen zwischen 3.000 und 15.000 lag. Die traten in Größen von 6-45 „Mitgliedern“ auf und gaben sich phantasievolle Namen wie Apachenblut, Südost-Zigeuner, Mädchenschau, Tatarenblut, Waldschreck, Wildsau, Santa Fe, Blutiger Knochen,

vögeln begegneten sie mit Missachtung, „(...) beklauten und schlugen sie und bestrafte sie so für ihre Klassenzugehörigkeit.“⁹ Ein Bewusstsein für die eigene Klassenzugehörigkeit und damit einhergehend eine etwaige tiefere politische Kenntnis scheinen jedoch in ihrer Verknüpfung überbewertet. Die Beweggründe, die diese Jugendlichen zu Abgrenzung und Krawallen antrieben, waren elementarer:

„(...) Ich war viel zu jung gewesen, was heißt jung, 16 Jahre war ich da. (...) Wir waren natürlich ein bißchen rüpelhaft, also det war ganz schön, wir waren ein roher Haufen. (...) Also wenn wir so auf dem Bahnhof saßen, standen, und da drüben waren noch so andere, ich kenne nur Apachenblut, mit den Apachen hatten wir ganz schöne Schwierigkeiten, wir haben ja nun auch Schlägereien untereinander gehabt (...) Dann kamen nun die kirchlichen Vereine, und da waren wir ja nun nicht fein. Ich halte das nicht für gut, aber das wurde eben gemacht. Zur damaligen Zeit waren ja fast alle Jugendlichen organisiert, möchte ich sagen. Wir hatten 32 Parteien und alle hatten sie Jugendgliederungen, (...) die Kirchen waren organisiert, diese Wandervögel, und die mochten wir ja nicht. Die waren uns zu zahm, zu lahm.“¹⁰

Triebfedern waren hier in erster Linie eine gewisse Territorialität, eine physische Aggression sowie die schon oben erwähnte Abneigung gegenüber bürgerlichen Vereinen und generell gesellschaftlichen Strukturen. Wie kanalisieren diese Halbstarcken nun ihre Suche nach Abenteuer und Identität? Die meisten von ihnen schlossen sich einer so genannten „Wilden Clique“ an.¹¹ Im Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt formuliert J. Ehrhardt das Aufnehmen der verwaorsten Jugend durch diese Cliquen:

„Da Arbeitslosigkeit und Jugendverwaorlung, soziale Not und Familienzerfall meist in Wechselwirkung stehen, ist es müßig, mit Schlagworten, wie ‚die heutige zuchtlose Jugend‘ eine strenge Strafpädagogik heraufbeschwören zu wollen. (...) Ist er verdienstlos, überkommen ihn [den Jugendlichen] bewusst und unbewusst die Minderwertigkeitsgefühle des Überflüssigen. (...) Die Clique bietet ihm da vollen Ersatz, er verschreibt sich ihr auf Gedeih und Verderben.“¹²

Die Clique bot aus psychologischer Sicht also eine Art Unterschlupf auf der Suche nach anerkannter und ebenbürtiger Gemeinschaft. Daneben war sie auch Format und Schauplatz des Zeitvertreibs sowie eine Form von Gegenwehr gegenüber vorgeformten und geregelten Gemeinschaften wie z.B. den Wandervögeln. Ein Mit-

Ostpiraten, Edelhirsch (S. 66).

⁹ Mischok, S. 73.

¹⁰ Aussage eines Cliquenmitglieds, zit. nach Mischok, S. 61.

¹¹ Der Terminus „Wilde Clique“ ist nicht eindeutig definiert und zeitgenössisch negativ konnotiert.

¹² Justus Ehrhardt, Cliquenwesen und Jugendverwaorlung, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt, 21:12, Berlin 1930, S. 413-414, hier: S. 414.

glied einer Wilden Clique berichtet anschaulich über die wenigen alternativen Identifikationsmöglichkeiten im Kiez und macht deutlich, wie pragmatisch sich Gruppenzugehörigkeiten herausbildeten:

„In den Arbeiterbezirken, Wedding und Neukölln, war die Situation ja einfach so, daß man Kommunist sein mußte, weil man keine Arbeit hatte und in Not lebte. Ihnen blieb weiter nichts übrig. Mit den Nazis war's damals noch nicht so doll, Sozialdemokraten waren wie gutsituierte Bürger, also blieben nur die Kommunisten übrig.“¹³

Dass sich solcherart Cliques zusammenfanden, scheint vor allem und im ersten Schritt territoriale Gründe gehabt zu haben. Und dass die Wilden Cliques in der Mehrheit linksorientiert waren¹⁴, begünstigte die Herausbildung einer übergreifenden Identität und führte auch zu gemeinsamen Feindbildern in räumlicher Hinsicht. Die Aussage eines weiteren Cliquesmitglieds verdeutlicht, welche Bedeutung das gemeinsame Revier für verschiedene Gruppen hatte und dass man nicht explizit politisch handelte, sondern vielmehr territorial und feindbildorientiert:

„Wir waren nicht politisch und doch waren wir wieder politisch, also, wenn wir Nazis gesehen haben. Also hier am Schlesischen Bahnhof [Kreuzberg] gab's 1930 noch kein SA-Lokal. Da ist einmal ein SA-Zug durchgekommen, da waren an jeder Reihe zwei Schupos, um die zu bewachen. Das brodelte wie ein Kessel. Das war unmöglich 1930, wenn ein SA-Mann da durchkam.“¹⁵

Ungeachtet der politischen Unkenntnis und Orientierungslosigkeit konnten politisch radikale Vereine oder Verbrecherclubs die Wilden Cliques akquirieren, wie weiter unten erläutert werden wird. In ihrem sozialen Umfeld, der proletarischen Nachbarschaft, fühlten sich die Jugendcliques geduldet, im Territorium rechtsgerichteter Gruppen waren sie dagegen feindliche Eindringlinge:

„Wir wurden voll toleriert. Es war ja nicht das Problem, dass sie nicht anerkannt wurden [die Cliques]. Wir hatten ja nur Schwierigkeiten in den Vororten von Berlin mit rechtsgerichteten Gruppen, mit kirchlichen Gruppen oder wenn wir mal was

¹³ Interview eines Cliquesmitglieds, zit. nach Mischok, S. 60.

¹⁴ Vgl. Dehn, Proletarische Jugend, S. 51. Mit „darauf ankommen“ ist gemeint, dass die Cliques bei politischen Straßenkämpfen oder bei der Verteidigung eines Lokals entscheiden mussten, auf wessen Seite sie kämpften.

¹⁵ Franz von Schmidt, Vorgeführt erscheint, Stuttgart 1955, S. 374. Das Zitat stammt aus einem Interview mit einem Mitglied der Wilden Clique „Ostpiraten“ am Schlesischen Bahnhof. Diese Wilde Clique entstand Ende der 1920er Jahre. Das Cliquesmitglied war zunächst in kommunistischen Jugendorganisationen, trat 1930 der Clique bei und verließ sie ein Jahr später wieder, um sich in der Antifa zu organisieren. Interview entnommen aus Mischok, S. 62.

organisieren wollten, dann hatten wir auch Schwierigkeiten. Aber sonst, die Bevölkerung hat sich nicht an uns gestört.“¹⁶

Ganz anders wurden sie jedoch in der Öffentlichkeit wahrgenommen, selbst in der linksorientierten Presse. So heißt es in der Weltbühne 1931:

„Ein Gespenst, unfassbar, unentlarvbar, lauert im Hintergrund fast aller berliner Strafprozesse, die gegen Jugendliche geführt werden: das Gespenst der Wilden Cliquen. (...) Sind sie etwa vergleichbar mit den pariser Apachen oder den wiener Plattenbrüdern? In mancher Hinsicht wohl: in ihrer Art der Lebensführung, in ihren Zielen, in ihrem Hass gegen die Gesellschaft.“

Weiter heißt es, die Wilden Cliquen seien Organisationen jugendlicher Verwahrloster, jugendlicher Dissozialer: „(...) [S]o kann man die Wilden Cliquen als eine Gemeinschaft Gemeinschaftsunfähiger bezeichnen.“¹⁷ Selbst- und Fremdbild unterschieden sich also erheblich. Die Pädagogen sahen ganze Straßenzüge und Stadtteile von gewalttätigen Jugendlichen beherrscht und terrorisiert.¹⁸ Tatsächlich lässt sich statistisch ablesen, dass zum Beispiel 1930 die mit Abstand am häufigsten von Jugendlichen begangene Tat Diebstahl war, gefolgt von Hehlerei, Betrug, Körperverletzung, Erpressung und Sachbeschädigung; die Jugendlichen waren meist männlich und zwischen 14 und 18 Jahren alt.¹⁹ Die Täter gingen meist gemeinschaftlich vor, was sich in der Erinnerung eines Cliquenmitglieds spiegelt:

„Aber ich muss sagen, nicht bei uns, aber das ging so manchmal ins Kriminelle doch rein. So mal Automaten aufknacken, mal schnell. (...) Nun, damals war ja ‘ne miese Zeit. Ich war auch erwerbslos, ich hab damals auch Stütze gekriegt.“²⁰

Das jugendliche Rowdytum war vor allem auch ein städtisches Problem, welches Dehn noch recht mild formuliert: Es seien die „verlorenen Kinder des vierten Standes“, welche „an den Straßenecken oder in den Hausfluren“ herumstünden und als Halbstarke dann zur Stelle seien, wenn „irgendwo etwas los“ sei.²¹ In der zeitgenössischen pädagogischen Diskussion werden demzufolge „echte Autoritätsinstanzen“ gefordert, z.B. der Arbeits- und Militärdienst, um diese Jugendlichen zu disziplinieren sowie ihnen Halt und Struktur zu geben.²²

¹⁶ Zit. nach Mischok, S. 64.

¹⁷ Christine Fournier, Ringvereine der Jugend, in: Die Weltbühne, 27:3, S. 89-95.

¹⁸ Vgl. Ehrhardt, S. 414.

¹⁹ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich für das Jahr 1930, S. 535. Ergänzend bemerkt Ehrhardt: „Um so auffallender und bedenklicher ist die Zunahme der Gewaltdelikte Jugendlicher wie Einbruch, Raub, räuberische Erpressung, Landfriedensbruch usw.“, S. 413.

²⁰ Zit. nach Mischok, S. 62.

²¹ Günther Dehn, Grossstadtjugend. Beobachtungen und Erfahrungen aus der Welt der Grossstädtischen Arbeiterjugend. Berlin 1922, S. 82.

²² Vgl. Benno Hafener, Jugend-Gewalt. Zwischen Erziehung, Kontrolle und Repression. Ein historischer Abriss, Opladen 1994, S. 141 f.

Eine geschlossene Kiezstruktur zu durchdringen und den Jugendlichen aus seiner disziplinelosen Umwelt zu „befreien“, gestaltete sich aber schon deshalb schwierig, weil diese Jugendlichen bereits von anderen ansässigen Gruppen eingespannt waren. Die Begegnung mit insbesondere kriminellen und politisch radikalen Gruppen geschah auf ganz belanglose und alltägliche Weise, wie sich ein damals 16-jähriger erinnert:

„Vom Spar- und Geselligkeitsverein war det Vajnün im Waldpark, det is’n kleiner Rummel im Grunewald. Betrunken war’n se alle, det is wie so’n ‚Toppkeller‘. Der Schaffner sagte schon in der Bahn zu mir und mein’ Freund und seiner Schwester, als wir hinfuhren, er müßte uns warnen, ob wir auch’n Messer eingesteckt hätten. Wissense, da jehn so Dienstbolzen hin, so Küchenschaben, und denn sind da Leute so vom Portiers bis zum Mechaniker. Aber ooch noch andere. Jrade wie in’n Toppkeller von F...S...in de W...straße. Mit Bierseidel und Stuhlbeene jehts da los. (...) Abends jeht man hin, wo Vergnügen ist, in die Spichersäle. Wir sind ne Corona, mal jibt der ne Lage, mal der. Jetanzt wird bis 3, ausgegeben wird 10-12 Mark.“²³

Dass die Kneipe im städtischen Raum und speziell in Arbeitervierteln einen besonderen Stellenwert hatte, wurde in der stadtgeschichtlichen Forschung bereits ausführlich behandelt.²⁴

„Kneipen und Gaststätten an Verkehrsknotenpunkten und Straßenecken waren für die anwohnende Bevölkerung ein unmittelbarer Bezugspunkt. Sie dienten als nachbarschaftlicher Treffpunkt, Fluchtort aus beengten Wohnverhältnissen sowie als Tagungsort für Vereine oder politische Gruppen. Somit sind diese Lokale als Stätten einer informellen Öffentlichkeit anzusehen, vor allem für Männer.“²⁵

Die wiederholten Kontakte in den Kneipen, Geschäften und Straßen schufen schließlich gegenseitige Berührungspunkte.²⁶ Wo „etwas los ist“ bedeutete also in diesem Kontext, sich auf der Straße und in den dazu gehörigen Kneipen aufzuhalten.²⁷ In den Arbeitervierteln Berlins waren diese Kiezkneipen aber nicht nur einfache Lokale für unbescholtene Arbeiter, sondern auch Vereinslokale und Stützpunkte für politische Kampfbünde und kriminelle Clubs. Die Übergänge zwischen den

²³ Zitat entnommen aus Peukert, S. 204.

²⁴ Dazu beispielhaft Detlef Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen, Bonn 1998; Karl-Heinz Fiebig u.a., Kreuzberger Mischung: die innerstädtische Verflechtung von Architektur, Kultur und Gewerbe, Berlin 1984.

²⁵ Fiebig, S. 242.

²⁶ Vgl. ebd., S. 252.

²⁷ Vgl. Mischok, S. 63. Neben der Straße und den öffentlichen Plätzen hielten sich die Cliques vor allem in Kneipen auf und tranken Bier.

mehr rowdyhaften als kriminellen Jugendlichen hin zu machtausübenden, organisierten Kriminellen und politischen Gewalttätern war allein räumlich äußerst verdichtet. Ein sich daraus ergebendes Zusammenwirken der Gruppen soll im Folgenden aufgezeigt werden.

Die oben zitierte Aussage über die Freizeitbeschäftigung des 16-jährigen Cliquenmitglieds zeigt auf, dass eine raue Umgangsart zum normalen Kneipengebaren ebenso gehörte wie das Tragen von Messern. Auch muss erwähnt sein, dass der Gastgeber des Vergnügens, der Spar- und Geselligkeitsverein, ein krimineller Unterweltverein war, auch „Ringverein“ genannt.²⁸ Die Gewöhnung der Jugendlichen an Gewalttätigkeit lässt sich sicher nicht nur an diesem einen Beispiel ablesen; es zeigt aber auf, wie alltäglich Gewalt und Kriminalität waren. Wie sich das Verhältnis zwischen kriminellen Clubs und Wilden Cliquen gestaltete, zeigt sich auch an deren gegenseitigem Nutzen füreinander: Einige Cliquen verteidigten Reviere, im Speziellen Kneipen und Bars, in denen Kriminelle ihren Geschäften nachgingen.²⁹ Ein Cliquenmitglied erinnert sich:

„Das war so, geprügelt wurde nur dann, wenn einer nicht mitmachen wollte, in so einen Ringverein einzutreten. (...) das muss so ähnlich gewesen sein wie man früher die ‚Brudervereine‘ hatte. Das waren doch die Kneipenleute. Wenn da was war, telefonierten die, und dann kam man denen zu Hilfe.“³⁰

So bestand die Arbeit vor allem darin, die Kneipen zu bewachen und sie vor nationalsozialistischen Sturmtruppen zu schützen. Diese marschierten ganz gezielt in solche Gegenden und versuchten, die Kneipen für ihre politische Agitation sowie als räumlichen Stützpunkt zu erobern.³¹ Durch die oben beschriebene gemeinsame räumliche Identität schien es für die Cliquen naheliegend zu sein, sich auf die Seite der im Milieu bereits ansässigen Gruppen zu schlagen und sich in ihre Strukturen zu fügen. Denn auf der anderen Seite zahlten manche Wilde Cliquen auch Revier-

²⁸ Vgl. Kriminalrat Ludwig Hoberg, „Ring- und Sparvereine“ – einst und jetzt, in: Bundeskriminalamt Wiesbaden (Hrsg.), Bekämpfung von Diebstahl, Einbruch und Raub, Wiesbaden 1958, S.143-152, hier: S. 149. Die namentliche Eintragung von Vereinen solcher Art diente Kriminellen zur Tarnung, sodass sie als Form der organisierten Kriminalität unbehelligt und mit einem gewissen bürgerlichen Anstrich ihren Tätigkeiten – meist Zuhälterei, Diebstahl und Hehlerei – nachgehen konnten. Zu den Ringvereinen s. exemplarisch Arthur Hartmann/Klaus von Lampe, The German Underworld and the Ringvereine from the 1890s through the 1950s, in: Global crime, 9:1, 2008, S. 108-135.

²⁹ Vgl. von Schmidt, S. 375.

³⁰ Zit. nach Mischok, S. 53.

³¹ Zum Vorgehen der nationalsozialistischen Sturmtrupps in den Berliner Arbeitervierteln s. Sven Reichardt, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln 2009; Bernhard Sauer, Goebbels Rabauken. Zur Geschichte der SA in Berlin-Brandenburg, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart, 25. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin, Berlin 2006, S. 107-164.

geld an die Ringvereine, um illegale Geschäfte tätigen zu können.³² So auch der zum „Freien Bund“ gehörige Verein „Die Wilde 13“ oder die „Nordpiraten“. Sie wurden verächtlich auch „Rattenvereine“ genannt, weil sich dort hauptsächlich jugendliche und besonders gewalttätige Schlägertypen zusammenfanden und Revierkämpfe heraufbeschworen. Missgünstig den territorial bessergestellten Vereinsbrüdern gegenüber, wilderten sie in fremden Revieren, was häufig zu Fehden zwischen den Gruppierungen führte.³³ Die alteingesessenen Ringvereine standen somit mit diesen in einem Generationenkonflikt um ihre städtischen Einflussgebiete.³⁴ Auch hier nahm die Öffentlichkeit Notiz:

„Die schlimmsten Feinde der Gesellschaft sind zugleich auch die erbittertesten der Ringvereine. Das ist die junge Verbrechergeneration. Diese Jugend (...) ist skrupellos, unberechenbar und fern jeder Ideologie. Sie ist durchaus nihilistisch gesonnen, sie verabscheut das bürgerliche Getue der Vereine, sie hat keinen Sinn für Stiftungsfeste oder Fahnenweihen (...). Diese Burschen morden kalt und sachlich um jeden Pfennig.“³⁵

Trotzdem hielten die kriminellen Clubs eine schützende Hand über diese Jugendlichen, was wiederum folgenden Eindruck erweckte: „In Berlin behaupteten z.B. Mitglieder des Vereins ‚Südost‘ mit vollem Ernst vor Gericht, sie hätten es für eine Vereinsaufgabe gehalten, Übergriffen sog. Halbstarker entgegenzutreten. (...) Imitiert diese Gesellschaft hier den für sie extremsten Exponenten der anderen Seite: die Polizei?“³⁶

Einerseits konnten die kriminellen Clubs die Abenteuerlust und Orientierungslosigkeit der Wilden Cliques strukturieren, indem sie ihnen Tätigkeiten auftrugen und sie in ihre Geschäfte einbanden. Auch wurden den Cliques für Bewachungsaufträge konkrete Orte zugeteilt, sodass die räumliche Identität die soziale noch unterstützte. Da diese ordnenden Strukturen nicht nur von kriminellen Vereinen, sondern auch von den Kampfbünden angewandt wurden, kann man von einer Konkurrenz um die Jugend sprechen.

Ähnlich wie die organisierten Kriminellen tagten auch politische Radikale in den Hinterzimmern günstig gelegener Kiezkneipen. Das klassische Arbeiterlokal sozialdemokratischer Färbung, anfänglich noch als Versammlungsort und Vereinslokal

³² Vgl. Mischok, S. 64.

³³ Vgl. Peter Feraru, Muskel Adolf & Co. Die Ringvereine und das organisierte Verbrechen in Berlin, Berlin 1995, S. 103.

³⁴ Vgl. Patrick Wagner, Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeption und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Hamburg 1996, S. 171.

³⁵ Elwenspoek, Mord und Totschlag. Polizei greift ein! Ein Buch vom Kampf der Kriminalpolizei, Stuttgart 1931, S. 170, zit. aus Wagner, S. 171, Anmerkung 110.

³⁶ Hoberg, S. 146.

genutzt, wurde im Zuge der politischen Radikalisierung – vor allem zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten – allmählich zum Stützpunkt im täglichen Straßenkampf.³⁷ Auf welchem kleinem Raum diese Kämpfe stattfanden, zeigt folgendes Beispiel: Die Bergmannstraße in Kreuzberg beherbergte bis zu sieben Lokale, welche als Stammkneipen oder Stützpunkte für die SA und den RFB dienten und regelmäßig wechselseitig neu erobert wurden.³⁸ Wie diese Kämpfe ausgetragen wurden, wird am Bericht eines 14-jährigen deutlich, der 1932 über einem Lokal des kommunistischen Rotfrontkämpferbundes wohnte. Vom Lärm draußen geweckt, begab er sich ans Fenster:

„Ich sah Mündungsfeuer aus Pistolen, die auf das Lokal gerichtet waren. In einem Auto fuhr die SA vorbei und schoss in das Lokal hinein. Die Schüsse gingen entweder zu hoch oder zu niedrig; denn niemand wurde verletzt, obwohl sie in die Fenster geschossen hatten. Das Auto fuhr weiter. Als Antwort flog zunächst ein Stuhl auf die Straße, die Fensterläden gingen runter, und als weiter nichts passierte, kamen die Menschen auf die Straße. Etwa eine Viertelstunde später war die Polizei da, aber ohne jemanden zu verfolgen, zu verhaften oder zu suchen. Am nächsten Tag stand in der Presse: ‚Kommunisten überfallen ein gutbürgerliches Lokal‘. (...) Am nächsten Abend wurde vom Kampfbund gegen den Faschismus eine Gegenaktion gemacht. Wir marschierten an dem Nazilokal vorbei. Wir marschierten mit Gesang vorbei, auch hier gingen sofort die Jalousien runter. Es blieb sonst alles ganz ruhig. Wir kehrten um und gingen wieder mit Gesang vorbei. Ungefähr 150 Meter vom Lokal entfernt, hörten wir hinter uns ein großes Geschrei, und als wir uns umsahen, kam die Polizei mit der SA zusammen auf uns losgestürmt, in die Dunkelheit schießend.“³⁹

Besonders auf die jungen und arbeitslosen Bewohner in den Arbeitervierteln übte das aktivistische Auftreten der Kommunisten eine starke Anziehungskraft aus.⁴⁰ Die Berührungspunkte der Jugendlichen-Cliquen mit den Kommunisten ergaben sich, wie auch bei den kriminellen Clubs, nicht allein durch gemeinsame Zuge-

³⁷ Dazu Sven Reichardt, Totalitäre Gewaltpolitik? Überlegungen zum Verhältnis von nationalsozialistischer und kommunistischer Gewalt in der Weimarer Republik, in: Wolfgang Hartwig (Hrsg.), Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900-1933, München 2007, S. 377-403. Zur politischen und sozialräumlichen Ebene der Kiezkneipe s. Schmiechen-Ackermann, S. 374-382.

³⁸ Schmiechen-Ackermann bezieht sich hier auf den kleinen Wedding in Charlottenburg, S. 185. Dieser Vorgang lässt sich jedoch verallgemeinern.

³⁹ Interview mit dem Kommunisten Wolfgang Szepanzki, in: Die Nazis dürfen nicht siegen. Erinnerungen und Bilder über den Arbeiterwiderstand in Berlin vor 1933. Ausstellungskatalog, herausgegeben von der Projektgruppe Kulturarbeit FU/PH Berlin 1979, S. 63-65.

⁴⁰ Vgl. Oliver Reschke, Der Kampf um die Macht in einem Berliner Arbeiterbezirk. Nationalsozialisten am Prenzlauer Berg 1925-1933, Berlin 2008, S. 23.

hörigkeit zur selben gesellschaftlichen Schicht, sondern zunächst vor allem durch die stadträumliche Überlagerung der jeweiligen Wohn- und Aktionsräume.

1930 wurde geschätzt, dass von den nicht originär kriminellen Cliques 71 Prozent unpolitisch waren, 21 Prozent politisch linksorientiert und 7 Prozent rechtsstehend.⁴¹ Diese Cliques stellten dennoch ein Rekrutierungspotential für politische Organisationen dar, zumal die Gewaltbereitschaft der meist arbeitslosen Jugendlichen genutzt werden konnte. So versuchten die Kommunisten, die zahlreichen in Berlin existierenden Wilden Cliques für eine Kooperation zu gewinnen. Meist wurden die Cliques zum Saal- und Demonstrationsschutz eingesetzt, weshalb sie der direkten gewalttätigen Konfrontation mit den Gegnern (Polizei und Nationalsozialisten) ausgesetzt waren. Die enge Verbindung z.B. zwischen der „Roten Jungfront“ und den Cliques zeigte sich etwa nach dem Verbot dieser Organisation 1929, als viele Mitglieder wieder zurück in die Cliques gingen.⁴² Aus der Perspektive eines kommunistischen Jungbannermittgliedes zeigten sich jedoch Risse in der gesellschaftlichen Front gegen das System und die politischen Gegner:

„Letztlich war der Jungverband nichts anderes als die Treppenterritororganisation der Partei. Für alle dummen Arbeiten wurden wir eingespannt, und wenn es gefährlich wurde, hieß es: Jugend voran! Die Parteibonzen sah man dann erst wieder bei ihren Brandreden auf dem Friedhof. Sie fassten die Beschlüsse, und wir lieferten ihnen die Propagandaleichen.“⁴³

Die Zusammenarbeit zwischen der KPD und den Cliques blieb also instabil, und die Schwierigkeit lag auch hier in der Organisation dieser Gruppen allein aufgrund ihrer mangelnden Disziplin und unkontrollierten Gewalttätigkeit.⁴⁴ Ein Cliquesmitglied erinnert sich:

„Also diese politischen Organisationen. Ich war zuerst in der Kommunistischen Jugend, da herrschte eine Strafverordnung. Und es ist vielen so gegangen, denen diese Strafverordnung nicht so gefiel. (...) Es war ja organisiert. Und da hatten wir

⁴¹ Vgl. Thomas Kurz, Blutmai. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Bonn 1988, S. 123. Eine zeitgenössische Zählung liefert folgende Zahlen: Insgesamt wurden 1929/30 600 Berliner Cliques unterschieden: 10% kriminelle Cliques, 20% Grenzcliques zwischen kriminellen Vereinigungen und Wanderformen, 70% Wandercliques. Von diesen seien 50% politisch uninteressiert, 5% politisch rechtsstehend, 15% politisch links orientiert. S. dazu Voß/Schön, Die Cliques jugendlicher Verwahrloster als sozialpädagogisches Problem, in: Carl Mennicke, „Erfahrungen der Jugend“, Potsdam 1930, S. 69-89, hier: S. 85.

⁴² Vgl. Kurz, S. 124.

⁴³ Erwin Jöris im Interview mit dem Autor Andreas Petersen, in: Ders., Deine Schnauze wird dir zufrieren. Ein Jahrhundertdiktat, Wiesbaden 2012, S. 67. Dazu auch Barbara Köster, Die junge Garde des Proletariats. Untersuchungen zum Kommunistischen Jungverband Deutschlands in der Weimarer Republik, Bielefeld 2005, S. 108.

⁴⁴ Vgl. Kurz, S. 125.

(...) diese Organisationen über. Wir waren zwar immer noch Kommunisten, aber wir hatten etwas mehr Freiheit, nicht diese Demonstrationen. Polizisten ärgern konnte man in Cliques auch.“⁴⁵

Die Unkontrollierbarkeit der Cliquesmitglieder führte dann zu regelmäßigen Ausschlüssen widerspenstiger Mitglieder, auch, um das Image der KPD zu schützen.⁴⁶

Viele Jugendliche und in Cliques Organisierte schlossen sich also politischen Gruppen an, hielten sich aber nicht dauerhaft an deren ideologische Leitlinien, denn die Perspektiven reichten meist nicht über den Kiezkosmos hinaus.⁴⁷ Ähnlich der Sorge zeitgenössischer Pädagogen, dass ein Zusammenhang zwischen jugendlicher Verwahrlosung und kriminellen Karrieren bestünde, wird auch das Verhältnis zwischen politischer Gewalt und jugendlicher Perspektivlosigkeit beobachtet. Der Sozialwissenschaftler Theodor Geiger hat die Auswirkungen der Dauerarbeitslosigkeit auf das Bewusstsein und das Verhalten junger Arbeitsloser damals folgendermaßen beschrieben:

„Es ist psychologisch unrichtig, wenn die Radikalisierung der Jungarbeiterschaft in der Hauptsache darauf zurückgeführt wird, dass eben wilde Parolen auf die Jugend mehr Eindruck machen als auf die Erwachsenen und dass der Mensch umso hemmungsloser werde, je weniger er in seiner augenblicklichen Lage zu verlieren hat. (...) Dieser teils wirklich noch ganz jugendlichen, teils schon in Mannesjahren entgegenreifenden Arbeitergeneration fehlt überhaupt eine eigentliche Interessensrichtung und Interessenbindung. Sie sind wirtschaftlich-sozial ohne Standort.“⁴⁸

Auch hier findet sich aus fachlicher Sicht die Feststellung, dass die Jugend nicht degeneriert oder schuldhaft gewesen, sondern aufgrund fehlender Ordnungsstrukturen in entsprechende Situationen hineingeraten sei. Dass die räumliche Verfügbarkeit und dominante Präsenz radikaler wie krimineller Gruppen einen weitreichenden Einfluss auf die ‚verlorene‘ Jugend hatte, wird jedoch nicht ausreichend in einen Zusammenhang gestellt. Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die nicht organisierten Jugendlichen zwar einerseits feste Ordnungsstrukturen bekämpften, andererseits sich eben diesen anschlossen und mit strikt organisierten Gruppen (nämlich politisch Radikalen oder kriminellen Clubs) zusammenarbeiteten. Dies taten sie jedoch nur so lange, bis ein beständiger und hierarchischer Organisationsgrad erforderlich wurde. Die Clique als Ausgangsbasis nutzend, waren sowohl politische Agitationen als auch Tätigkeiten im kriminellen Milieu möglich.

⁴⁵ Zit. nach Mischok, S. 56.

⁴⁶ Vgl. Hans-Rainer Sandvoß, Widerstand in Kreuzberg 1933-1945, Berlin 1997, S. 14.

⁴⁷ Vgl. Fiebig, S. 240.

⁴⁸ Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des Deutschen Volkes, Stuttgart 1932, S. 97.

Dabei wurden die jugendlichen Cliques als Teil einer proletarischen Gemeinschaft toleriert und es konnte eine – stark räumlich begründete – gemeinsame Identität entstehen. Trotzdem gab es Vorbehalte und Trennendes. Zum einen hatten diese Jugendlichen keine gelernten Fähigkeiten, Ausbildungen oder Arbeitserfahrungen vorzuweisen. Zum anderen war ihr Mitwirken in den Organisationen unstet; sie ordneten sich nicht hinreichend unter und ihr Auftreten war rüpelhaft. Räumlich gesehen wirkte die Straße als sozialer Lernort zwar strukturierend, jedoch in negativer Hinsicht. Die Kneipe erweist sich hier nicht nur als wichtiger Aufenthaltsort für kriminelle, politische und jugendliche Gruppen, sondern auch als Lernort für Gewalterfahrungen. Die Kneipe war ein Raum, in dem Gewalt und Kriminalität legitim waren. Auch war die Kiezneipe ein Kontaktraum zu brutaleren Milieus. Für jene Jugend, die tatsächlich nicht mehr in eine Berufstätigkeit fand, führte diese Schleuse in eine dauerhafte Mitgliedschaft in den politischen Kampfverbänden, was sich auch in deren steigenden Mitgliederzahlen widerspiegelte.⁴⁹ Die Straße und damit auch die Kneipe waren somit Ausgangspunkte der nichtorganisierten Jugendlichen, sich zu jenen Gruppen hin zu orientieren, welche diesen städtischen Raum am dominantesten beanspruchten. Die jugendlichen Wilden waren für staatliche Institutionen schwer einzuordnen und zu kontrollieren. Auch gegenüber kiezinternen Institutionen blieben sie unabhängig und schwer fassbar, wenn auch die dort ansässigen Gruppen noch einen gewissen Nutzen aus ihnen ziehen konnten. Offen bleibt die Frage, warum die Nachbarschaft diese Cliques ob ihrer sozialen und ideologischen Herkunft tolerierte, statt etwas gegen diese zu unternehmen. Denn sie übten ihre teils kriminellen Tätigkeiten nicht nur in einem Viertel am anderen Ende der Stadt aus, sondern auch direkt innerhalb ihrer Nachbarschaft. Auch das oben angesprochene Rowdytum beschränkte sich nicht auf den Kudamm, sondern störte ebenso in den Arbeitervierteln. Das Mitwirken der Wilden Cliques besonders in politischen Kämpfen erschien zwar wie ein Beitrag zur ideologisch-einheitlichen Front der Arbeiterschaft – im weiteren Sinne auch gegen den Sturm der Nationalsozialisten auf die Kieze. Es gab jedoch keine soziale Einheit der Arbeiterschaft, weshalb die Jugendlichen weiter haltlos blieben.

**Sharon Bäcker-Wilke, M.A., Universität Gießen,
Sharon.Baecker@geschichte.uni-giessen.de**

⁴⁹ Zu politischen Kampfverbänden s. Reichardt, Faschistische Kampfverbände (s. Anmerkung 31).

„ (...) typischer Ausdruck des Strebens junger Menschen nach Ungebundenheit“: Edelweißpiraten im „Dritten Reich“ in den Städten an Rhein und Ruhr

„Die Gruppen der sog. ‚Edelweißpiraten‘, die sich während des Krieges in zahlreichen Städten, vor allem des Ruhrgebiets, bildeten, waren ein typischer Ausdruck des Strebens junger Menschen nach Ungebundenheit. Das zeigt sich besonders darin, dass diese Gruppen keine feste Organisation (...) kannten, sondern sich zwanglos zusammenfanden. Ihr Hauptgegner war (...) der HJ-Streifendienst, (...) weil die Tätigkeit des HJ-Streifendienstes dem Bestreben nach ungebundenem und teilweise zügellosem Leben zuwiderlief. Kennzeichnend für die Gruppen der sog. ‚Edelweißpiraten‘ war, dass in ihnen in starkem Maße negative, insbesondere auch kriminelle Elemente einen starken Einfluss ausübten. (...) Nicht anders war es beim Kläger. Wenn er [von der Jugendkammer des Landgerichts Essen am 23. Juli 1943] mit 1 Jahr Gefängnis die weitaus höchste Strafe erhielt, so allein deshalb, weil er einige Jahre älter als die meisten anderen Mitglieder (...) und weil das Gericht in ihm [Bernhard G.] den ‚Häuptling der Edelweißpiraten‘ in Gelsenkirchen sah. Irgendwelche politischen Motive spielten auch bei der Verurteilung des Klägers – ebenso wenig wie bei den anderen Mitgliedern der Gruppe – keine Rolle.“¹

Diese Einschätzung der Edelweißpiraten – ähnliche nonkonforme Jugendgruppen wurden von den NS-Akteuren je nach Region zwischen 1933 und 1945 unter anderem auch als „Navajos“, „Meuten“, „Kittelbachpiraten“ und „wilde Bündische“ bezeichnet² – ist nicht dem Urteil eines Sondergerichts aus dem Jahre 1943 entnommen worden. Vielmehr liegt hier ein Beschluss der Entschädigungskammer des Landgerichts Münster vom 18. August 1959 vor. Der Blick der Volksgemeinschafts-

¹ Landesarchivverwaltung Nordrhein-Westfalen (LAV NRW), Abteilung Westfalen (W), Bestand Landgericht Münster Wiedergutmachungen (Q115a), Nr. 552, Bl.19 f; die folgenden Untertitel orientieren sich hieran.

² Die folgenden Ausführungen zur Sozialgeschichte dieser Jugendlichen stützen sich zum Teil auf Befunde aus: Alfons Kenkmann, *Wilde Jugend. Lebenswelt großstädtischer Jugendlicher zwischen Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus und Währungsreform*, Essen 1996.

kontrollierte des Dritten Reichs war offenbar aufrechterhalten worden, und die Stigmatisierung der Angehörigen dieser subkulturellen Jugendkultur fand über das Epochenjahr 1945 kein Ende. Das heißt: Der Einschätzung der Jugendlichen seitens der bundesdeutschen Richter fünfzehn Jahre nach der Befreiung vom NS-Regime sind wesentliche Hinweise sowohl auf Charakteristika dieser Jugendkultur als auch auf ihre Stigmatisierung zu entnehmen.

Im Folgenden sollen anhand der einzelnen Aussagen des einleitenden Zitats die Lebenswelt und –wirklichkeit der informellen Edelweißpiratengruppen entfaltet werden.

„Das zeigt sich besonders darin, dass diese Gruppen keine feste Organisation (...) kannten, sondern sich zwanglos zusammenfanden.“

Die geographische Verortung fällt leicht: Die Angehörigen der Edelweißpiraten wurden in den Städten, nicht auf dem Lande ausgemacht. Sie entstammten dem Arbeitermilieu. Die Orte der Zusammenkünfte sind präzise zu lokalisieren. Treffpunkte von Wuppertaler Cliquenangehörigen waren in Elberfeld die Wiesenstraße und in Barmen das in einer Grünanlage errichtete Ringel-Denkmal.³ Beliebter Treff Duisburger Kittelbachpiraten war der Binnenhafen; in Düsseldorf waren es für nonkonforme Jungen und Mädchen damals der Flora- und der Hofgarten.⁴ Die von den Jugendlichen frequentierten Treffs waren traditionelle Orte informeller Jugendgruppen aus dem Arbeitermilieu. Bei einer Befragung Kölner Volksschüler nannten diese bereits Anfang der 1920er Jahre als Lieblingsspielplätze die Plätze am Volksgarten und Königsplatz, vor allem aber die Festungswerke auf dem Eifelwall – sämtlich Orte, die später in den 1930er und 1940er Jahren dann auch als Treffs der Kölner Navajos und Edelweißpiraten dienten.⁵

Infolge der beengten familialen Wohnverhältnisse waren die Kinder und Jugendlichen gezwungen, ihre Freizeit außerhalb des unmittelbaren familiären Umfeldes zu gestalten. Zentrale Bedeutung kam in diesem Kontext dem sozialen Bezugssystem der informellen Gruppe und Clique zu, das die Herausbildung eines jugendspezifischen, alltagskulturellen Stils entscheidend beeinflusste. Über den Zusammen-

³ Vgl. LAV NRW, R (Abteilung Rheinland), Bestand Gestapopersonenakten (RW 58), Bd. 9457, Bl. 64; LAV R, Bestand Staatsanwaltschaft beim Landgericht Düsseldorf (Rep. 17), Bd. 230, Bl. 61.

⁴ Vgl. staatspolizeiliches Vernehmungsprotokoll (Vern.), in: LAV NRW R, RW 58/29376, Bl. 55 u. 90; Vern. Heinz C., Düsseldorf, Januar 1943, in: LAV NRW R, Bestand Sondergericht Düsseldorf (Rep. 114), Bd. 8529, Bl. 24.

⁵ Hans Langenberg, Jugendverwahrlosung und Erziehungsschule. Ein Beitrag zur Sozialpädagogik auf Grund von psychologischen und soziologischen Untersuchungen in Volksschulklassen der Stadt Köln, Paderborn 1923, S. 147 f.

halt der Clique hatten die Jugendlichen atavistische Vorstellungen: Es „soll[te] eine feste Kameradschaft bestehen; wenn dem einen etwas geschehe, soll[te] ihn der andere rächen.“⁶ Führungsqualitäten bewiesen jene Jugendlichen, die über einen längeren Zeitraum zur Clique zählten, Fahrten zu initiieren wussten und denen „alle einen gewissen Respekt (...) wegen (... ihrer) Körperkraft“ entgegenbrachten. Bernhard G. (s. u.) war offenkundig einer dieser „Häuptlinge“.

Die städtischen Alltagsstreifs wurden von den Jugendlichen „symbolisch in Besitz“ genommen. Sie kannten sie zumeist von Kindheit an. Das beanspruchte Gebiet war „meist klar definiert: durch Wirtshäuser, Geschäfte (...), durch Schulen und andere öffentliche Gebäude. (...) Sie bewegten sich hauptsächlich in Gruppen, und die Identität der Gruppe war deutlich an ihr Quartier gebunden. Manche Kindergruppen gaben sich Namen, die territoriale Gebundenheit signalisierten: Sie benannten sich nach der Gasse oder markanten Hausnamen oder nach dem in ihrem Revier gelegenen Park.“⁷ Kölner informelle Jugendgruppen sprachen untereinander von den „Navajos vom Heumarkt“ oder der „Clique vom Appellhofplatz“.⁸

Gegen vermeintliche Eindringlinge wurde das symbolisch besetzte Terrain vehement verteidigt. Diese Territorialkämpfe standen in einer langen Tradition jugendlichen Verhaltensstils. In der städtischen Kindheit entwickelte sich seit jeher ein „territoriale[s] Zusammengehörigkeitsbewußtsein“.⁹ Das geschah oft in „raueren Formen (...) als in besseren Wohngegenden: ‚Bandenkriege‘ und ‚Straßenschlachten‘ waren typische Erlebnisse des proletarischen, nicht des bürgerlichen Jugendlichen.“¹⁰ Nur für einige wenige zeitgenössische Beobachter war „der Bildungswert der Straße für den Großstadtschüler viel größer als ihre Gefahr.“¹¹ Volkskundliche Beiträge betonen, dass sich „die Konkurrenz um Räume in der Stadt [...] an der Straße fest machten.“¹² Aus Dresden ist eine Schilderung solcher rivalisierender Knabenkämpfe um 1815 überliefert.¹³ Auch während des Kaiserreichs war es zu zahlreichen Stra-

⁶ Vern. Hermann K., Köln, Oktober 1937, in: LAV NRW R, Rep. 17/248, Bl. 19.

⁷ Hans Safrian/Reinhard Sieder, Gassenkinder - Straßenkämpfer. Zur politischen Sozialisation einer Arbeitergeneration in Wien 1900 bis 1938, in: Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hrsg.), Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet, Band 3, Berlin/Bonn 1985, S. 117-151, hier: S. 121.

⁸ Vern. Hans R., Köln, 27. Oktober 1937, in: Rep. 17/256, Bl. 28.

⁹ Michael Mitterauer, Sozialgeschichte der Jugend, Frankfurt a. M. 1986, S. 207.

¹⁰ Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1988, S. 155; vgl. auch Gustav Vogel, Das Milieu des Rheinisch-Westfälischen Industriegebiets im Hinblick auf seine Kriminalität, Diss. med., Zeulenroda 1938, S. 37.

¹¹ Langenberg, Jugendverwahrlosung und Erziehungsschule, S. 198.

¹² Gisela Welz, Die Straße lebt. Bemerkungen zu einer urbanen Taktik, in: Zeitschrift für Volkskunde, 88:1, 1992, S. 1-15, hier: S. 9.

¹³ Vgl. Wilhelm von Kügelgen, Jugenderinnerungen eines alten Mannes, Ebenhausen bei München 1917,

ßenschlachten zwischen der Kölner „Jugend ganzer Stadtviertel“ gekommen.¹⁴ In Duisburg führte die Migration italienischer Arbeiter im Stadtteil Wehofen zu streitbaren italienischen Jugendcliquen mit dem sinnigen Gruppennamen „Kamorra“¹⁵, und von Territorialkämpfen zwischen Jugendlichen aus der Krupp’schen Arbeiterkolonie in Kronenberg und der alteingesessenen Jugend aus Altendorf, den Kindern der „Pohlbürger“, wird aus Essen berichtet.¹⁶ In Wuppertal erinnerte man sich noch Anfang der 1940er Jahre an die „unruhestiftende[n] Gruppen Halbwüchsiger“¹⁷ vor der nationalsozialistischen Machtübernahme.

Die Hitlerjugend, die die Alleinvertretung unter den Jugendlichen ab 1933 für sich beanspruchte, versuchte die Edelweißpiraten sowie die ihnen ähnlichen Kittelbachpiraten und Navajos von deren traditionellen Treffs zu vertreiben; die Jugendlichen wiederum verteidigten ihr Terrain.¹⁸ Damit wurden die Territorialkämpfe der Jugendlichen vor allem entlang der Scheidelinie Hitlerjugend – informelle Jugendgruppe ausgetragen.

Neben den alltäglichen Treffs in den Stadtvierteln prägten die zumeist an den Wochenenden durchgeführten Fahrten den Freizeitstil und den Zusammenhalt der jugendlichen Cliquenangehörigen. Der Leiter der Personalabteilung der Hitlerjugend, Gebiet Niederrhein, berichtete von einer enormen Zunahme des Wanderbetriebs in den Jahren 1933/34, die letztlich die Polizeiverordnung vom 1. April 1935 erforderlich gemacht habe.¹⁹

Der Kinobesuch an den Wochenenden war in gleichem Maße selbstverständlich wie die üblichen Wochenendfahrten.²⁰ Alle jugendpflegerischen Mahnungen und Einschränkungen vermochten die jugendliche Begeisterung für das Kino nicht zu

S. 174 f.

¹⁴ Langenberg, Jugendverwahrlosung und Erziehungsschule, S. 197; zu Cliquen in Köln im Jahre 1919 siehe Stadtarchiv Münster (StAMS), 30717, unpaginiert.

¹⁵ Vgl. Max Mikloweit/Manfred Tietz, Querschläge unterm Förderturm, in: Rudolf Tappe/Manfred Tietz (Hrsg.), Tatort Duisburg, 1933-1945. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus, Essen 1989, S. 233-309, hier: S. 273.

¹⁶ Vgl. Johannes Fritzen, Abschied von Kronenberg, in: Krupp, Zeitschrift der Krupp’schen Betriebsgemeinschaft, Jg. 1939, zit. nach Frank Bajohr, Zwischen Krupp und Kommune. Sozialdemokratie und Stadtverwaltung in Essen vor dem Ersten Weltkrieg, Essen 1988, S. 55 f.

¹⁷ Schreiben des Direktors der Carl-Duisberg-Schule, Oberschule für Jungen, Wuppertal-Barmen, an das Oberpräsidium der Rheinprovinz, Abteilung für höheres Schulwesen, Koblenz v. 22. Mai 1942, in: Landeshauptarchiv Koblenz (LHAK), 405-5738, unpaginiert.

¹⁸ Vgl. LAV R, Bestand Sondergericht Köln (Rep. 112), Bd. 2190, Bl. 35.

¹⁹ Vgl. Bericht über die Aufgaben des Streifendienstes der Hitler-Jugend im besonderen Hinblick auf seine Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden durch den Leiter der Personalabteilung der HJ, Gebiet Niederrhein, Bannführer D. (1937), in: LAV NRW R, Regierung Düsseldorf, 51390-II, Bl. 66.

²⁰ Vgl. Hochlarmarker Lesebuch, Kohle war nicht alles. 100 Jahre Ruhrgebietsgeschichte, Oberhausen 1981, S. 126.

mindern.²¹ Die Häufigkeit, mit der Edelweißpiraten oder – wie sie in der ersten Hälfte des NS-Regimes auch bezeichnet wurden – Navajos und Kittelbachpiraten in den 1930er Jahren bei Vernehmungen zu Protokoll gaben, sie hätten auf ihren Fahrten „Kinolieder“ gesungen, belegt diese Leidenschaft.²² Die Beobachtungen von Geheimer Staatspolizei und Hitlerjugend, die beide ständig ein „Herumtreiben“ und „Herumstehen“ von Jugendlichen vor den Kinos monierten, stützen diesen Befund ebenso wie die unter den Jugendlichen verbreiteten, häufig Kinofilmen entlehnten Fahrtennamen wie „Tarzan“ und „Kingkong“.²³

„Ihr Hauptgegner war (...) der HJ-Streifendienst, (...) weil die Tätigkeit des HJ-Streifendienstes dem Bestreben nach ungebundenem und teilweise zügellosem Leben zuwiderlief.“

Um die Jugendlichen in die Ordnung der NS-Volksgemeinschaft zu zwingen, arbeiteten Militärstreifen, (weibliche) Kriminalpolizei, Ordnungspolizei, Streifendienst, NSV-Jugendhilfe und Gesundheitsamt eng zusammen. Im Zeitraum vom 1. Mai 1940 bis zum 30. Oktober 1940 etwa stellten die Polizeibehörden in der Rheinprovinz allein 15.800 Jugendliche wegen Übertretens der Polizeiverordnung. Von diesen Verstößen richteten sich mehr als 50 Prozent ausschließlich gegen das Aufenthaltsverbot auf Straßen und Plätzen, 17 Prozent gegen das Kinoverbot, 13 Prozent gegen Überschreitungen des Lokalverbots, 10,5 Prozent gegen das Rauch- und sieben Prozent gegen das Tanzverbot.²⁴ Die Jugendlichen suchten die Bestimmungen der Polizeiverordnungen dadurch zu unterlaufen, indem sie die Altersangaben auf ihren Meldepapieren beziehungsweise Organisationsausweisen fälschten. Allein beim Delikt der Urkundenfälschung stieg die Zahl der Verstöße bis 1943 gegenüber

²¹ Vgl. Nora Bischoff, „Mit Reförmchen ist hier nichts getan!“ Jugend und Kino im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Leonard Schmieding/Alfons Kenkmann (Hrsg.), Kohte, Kanu, Kino und Kassetten. Jugend zwischen Wilhelm II. und Wiedervereinigung, Leipzig 2012, S. 33-58.

²² Vgl. LAV NRW R, Rep. 17/249, Bl. 327, 332.

²³ Vgl. Vern. Wilhelm K, Krefeld, Oktober 1935, in: LAV NRW R, Rep. 114/915. Siehe auch zum Leseverhalten Düsseldorfer Berufsschülerinnen Ilse Weickert, Das Buch im Urteil jugendlicher Leserinnen, in: Rheinische Jugend, 20:2, 1932, S. 37-41.

²⁴ Vgl. Bericht des Landesjugendamtes über die Auswirkung der Reichspolizeiverordnung zum Schutze der Jugend v. 9. März 1940 in der Rheinprovinz, o. J. (1941), in: AVLR 14130, unpaginiert. Die Zahlen basieren auf den Meldungen von 81 Jugendämtern bei einer Gesamtzahl von 97 Jugendämtern in der Rheinprovinz. Die Zahl der erfassten Übertretungen lag noch höher, da in den Bezirken einiger Jugendämter die Polizei nicht jede „Stellung“ eines Jugendlichen, wie vom Landesjugendamt im Januar 1941 empfohlen, an die Jugendämter weiterleitete, sondern nur die Fälle, in denen Bestrafungen erfolgten beziehungsweise schwere Verstöße vorlagen.

dem Vorkriegszeitraum um bis zu 250 Prozent.²⁵

Bei der Umsetzung der verschiedenen Verbotsverfügungen beließen es die NS-Kontrollure nicht. Vielmehr weiteten sie ihre Überwachungstätigkeit noch aus. So rühmte das Jugendamt Duisburg die eigene „eingehende Erziehungstätigkeit“ zur Bekämpfung jugendlicher „Verwahrlosung“, unter der die vorbeugende Überwachung tausender Jugendlicher zu verstehen sei.²⁶ Darüber hinaus waren die Jugendlichen ständig dem kontrollierenden Blick der NS-Funktionäre vor Ort ausgesetzt. Die an die Jugendlichen geknüpften Erwartungen an ihre Loyalität zum NS-Regime waren hoch. Kritisch betrachtet wurde bereits, wer dem NS-Staat „wenn nicht direkt ablehnend so aber doch auch nicht bejahend“²⁷ gegenüberstand. Der Betriebsobmann der Duisburger NIEMAG denunzierte z.B. einen Jugendlichen bei der Gestapo, weil dieser am 1. Mai nicht am Betriebsappell des Werkes teilgenommen hatte.²⁸ Ins Blickfeld der NS-Kontrollure gerieten Wuppertaler Cliquenangehörige, als sie auf ‚Fahrt‘ den Vorort Ronsdorf durchquerten, obwohl zu diesem Zeitpunkt eine Rede Hitlers im Rundfunk übertragen wurde. Der explizite schriftliche Protokolleintrag, ein Jugendlicher habe sich „nicht freiwillig“ zum Arbeitsdienst oder zur Wehrmacht gemeldet, bezeugt ebenfalls den alltäglichen Druck.²⁹

Bernhard G. als Beispiel: Er war zur Zeit seiner Festnahme Autoschlosserlehrling. Damit zählte er zu denjenigen Edelweißpiraten – es waren mehr als 50 Prozent –, die in einem als Vollhandwerk in Industrie und Handwerk ausgewiesenen Beruf eine Lehrstelle hatten oder in dem Beruf bereits arbeiteten. Fast jeder dritte von ihnen war ein ungelernter Arbeiter³⁰ – zum Teil, weil ihnen eine Lehrstelle versagt geblieben war, zum Teil, weil sie den vorrangigen Wunsch verspürten, „Geld [zu] verdienen“³¹, um möglichst früh finanziell unabhängig zu sein. Hier zeigt sich bereits eine der wesentlichen Konfliktlinien im Alltag der Jugendlichen mit den HJ-Führern vor Ort. Von diesen, zumeist Mittel- und Oberschülern, wollten sich die jun-

²⁵ Vgl. Informationsdienst des Reichsjustizministeriums, Beitrag 56 v. Oktober 1944, Die Jugendkriminalität im Kriege, in: BAK, R 22/4003, Bl. 88.

²⁶ Vgl. Schreiben des Jugendamtes der Stadt Duisburg an die Verwaltung des Provinzialverbandes, Fürsorgeerziehungsbehörde, in Düsseldorf v. 13. Dezember 1941, in: AVLR, 13924, Bl. 441.

²⁷ Schlussbericht der Gestapo Dortmund v. 4. Oktober 1939, in: LAV NRW R, RW 58/72029, Bl. 52.

²⁸ Vgl. Schreiben des DAF-Betriebsobmanns an die Gestapoaußenstelle Duisburg v. 2. Mai 1939, in: LAV NRW R, RW 58/48457, Bl. 195.

²⁹ Vgl. Bericht des DAF-Ortsobmanns aus Wuppertal-Ronsdorf an die NSDAP-Ortsgruppe Wuppertal-Ronsdorf v. 28. Februar 1938, in: LAV NRW R, Bestand Staatsanwaltschaft beim Landgericht Wuppertal (Rep. 92), Bd. 38, Bl. 2.

³⁰ Auf Grundlage der validen Fälle hatten den Status des ungelerten Arbeiters bei den Vernommenen 31,7 Prozent inne, bei deren Vätern aber nur 20,3 Prozent.

³¹ Vgl. Langenberg 1925, S. 63 f. Am Arbeitsplatz wurden ungelernete, jugendliche Arbeiterinnen im Gegensatz zu gleichaltrigen Lehrlingen bereits als Erwachsene angesehen; vgl. Weickert 1932b, S. 14.

gen Edelweißpiraten nichts sagen lassen, da diese „Drückeberger“ seien, die „in den Ferien die Zeit nicht um zu kriegen [würden und] (...) nicht arbeiten wollten“.³² Mit seiner Lehrstelle hatte Bernhard G. großes Glück, war der Beruf des Kfz-Schlossers doch unter den Jugendlichen sehr begehrt.³³ Schon in der Weimarer Republik hatte eine Fragebogenaktion in Düsseldorf ergeben, dass neben Lehrstellen in der Metallindustrie Ausbildungsplätze im Kfz-Gewerbe unter Jugendlichen ein besonders hohes Ansehen genossen.³⁴ Befragungen von Berufsschülern im westfälischen Industriegebiet zu Beginn der 1930er Jahre ergaben, dass die Jugendlichen anstelle ihrer ausgeübten Berufe lieber Autoschlosser geworden wären.³⁵

Die Durchführungsverordnung vom 10. März 1939 zur Dienstpflichtverordnung schränkte dann die Möglichkeiten einer freien Wahl des Arbeitsplatzes massiv ein und erlaubte keinen Arbeitsplatzwechsel mehr ohne Genehmigung des Arbeitsamtes.³⁶ Der erhoffte Erfolg blieb allerdings aus, denn am 1. September wurde eine weitere Bestimmung erlassen – die Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels. Sie sollte Eigeninitiativen der Arbeiter noch gezielter als bisher unterbinden. Ein Betrieb, der einen Lehrling einstellte, benötigte nun das Plazet des Arbeitsamtes. Die Verteilung der Lehrlinge erfolgte künftig über eine „zahlenmäßige Festlegung [...] auf die einzelnen Berufe“, um den „übermäßigen Zustrom Jugendlicher zu Modeberufen“ einzuschränken.³⁷

„Die Gruppen der sog. ‚Edelweißpiraten‘, die sich während des Krieges in zahlreichen Städten, vor allem des Ruhrgebiets, bildeten...“

Der Zweite Weltkrieg spielte im Leben der Jugendlichen eine große Rolle. Die gesellschaftlich katastrophale Situation in den Großstädten im Westen und Norden des

³² Brief Oberhausener Kittelbachpiraten an die Hitlerjugend in Oberhausen, undatiert (1941), in: LAV NRW R, RW 58/9213, Bl. 21.

³³ Vgl. F. Stäbler, Die Berufsnachwuchslenkung im Kriege, in: Die Rheinprovinz, 16:2, S. 41-43, hier: S. 43.

³⁴ Vgl. Hans Langenberg, Untersuchung über die pädagogischen Grundlagen des Düsseldorfer Erziehungsversuches und den Lebenskreis der Jugendlichen, in: Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises Düsseldorf (Hrsg.), Erwerbslose Großstadtjugend. Ein Düsseldorfer Erziehungsversuch an erwerbslosen Jugendlichen, Düsseldorf 1925, S. 25-79, hier: S. 63.

³⁵ Vgl. Hermann Wagener, Der jugendliche Industriearbeiter und die Industriefamilie, Münster 1931, S. 60.

³⁶ Vgl. RGBl. 1939, I, S. 444. Siehe auch Andreas Kranig, Arbeitnehmer, Arbeitsbeziehungen und Sozialpolitik unter dem Nationalsozialismus, in: Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 1992, S. 135-152, hier: S. 148.

³⁷ Beumann, Berufslenkung der Jugend, ein Gebot der Stunde, in: Die Rheinprovinz, 16:11, 1940, S. 299 f., hier: S. 300.

Reiches ab Mitte 1942 – fehlende legale Freizeitmöglichkeiten, Überbelastung am Arbeitsplatz, die schockhafte Erfahrung von Todesnähe – war für Jugendliche in der Zeit voller Ambivalenz. Sie beraubte sie jeder planbaren Handlungs- und Zukunftsperspektive. Man lebte im Ausnahmezustand. Im schwerindustriell geprägten Rhein-Ruhr-Gebiet waren die Wechselbeziehungen zwischen den zwei basalen Rahmenkategorien einer jeden lebensweltlichen Wahrnehmung – Raum und Zeit – grundlegend gestört. Die räumlichen Handlungsfelder der Jugendlichen unterlagen einer ständigen Veränderung. Besonders Städte im Nordwesten des Reichsgebiets, hier vor allem die Großstädte Wuppertal, Köln und Düsseldorf, waren von den alliierten Luftangriffen betroffen.³⁸ Hier wurden „mehr Städte zerstört“, so die zeitgenössische amerikanische Sicht, „als in jedem anderen Land Deutschlands.“³⁹ Ernst Jünger notierte z.B. auf der Rückreise nach Paris am 17. Juni 1943:

„Fahrt durch die ausgebrannten Städte Westdeutschlands, die sich in dunkler Kette aneinanderreihen, und da wieder der Gedanke: So sieht es in den Köpfen aus. Der Eindruck wurde durch die Gespräche der Reisegefährten noch verstärkt, in denen der Anblick dieser Schuttwelt nur den Wunsch nach ihrer Vergrößerung erweckte“.⁴⁰

Der Luftkrieg der Alliierten zerstörte die vertrauten räumlichen Strukturen. In den Trümmerlandschaften war die „subjektive Raumgeographie“ mit ihren Hauptbestandteilen Entfernung und Richtung auf Jahre empfindlich gestört. Die auf der „kognitiven Karte“ des Einzelnen gespeicherten Entfernungs- und Richtungsangaben verloren ihre Gültigkeit und mussten neu erfahren werden.⁴¹ Damit entstanden neue Fixpunkte kognitiven Kartierens. Ein eindrucksvolles literarisches Beispiel veränderter Raumkartierungen liefert der Literat Dieter Forte. Er schildert das Schicksal des jungen Deutsch-Tschechen und Fußballbegeisterten Varna in den Ruinen Düsseldorfs, der

„auf eine übersehene und nicht entschärfte Zeitzunderbombe lief und sich verwandelte (...) in Sternenstaub. Das Loch, das er in der Straße hinterließ, füllte sich nach und nach mit Wasser, man ließ es so, wie es war, weil man anderes zu tun

³⁸ Vgl. Marie-Luise Recker, Wohnen und Bombardierung im Zweiten Weltkrieg, in: Lutz Niethammer (Hrsg.), Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 408-428, hier: S. 408; Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990, S. 7.

³⁹ Janet Flender, Köln, 19. März 1945, in: Stig Dagermann/Alfred Döblin/Hans Magnus Enzensberger u.a. (Hrsg.), Europa in Ruinen. Augenzeugenberichte aus den Jahren 1944-1948, Frankfurt 1990, S. 79-87, hier: S. 79.

⁴⁰ Ernst Jünger, Strahlungen II. Das zweite Pariser Tagebuch, Köln 1965, S. 76.

⁴¹ Vgl. Roger M. Downs/David Stea, Kognitive Karten und Verhalten im Raum. Verfahren und Resultate der kognitiven Kartographie, in: Harro Schweizer (Hrsg.), Sprache und Raum. Psychologische und linguistische Aspekte der Aneignung und Verarbeitung von Räumlichkeit. Ein Arbeitsbuch für das Lehren von Forschung, Stuttgart 1985, S. 18-43, hier: S. 29 f.

hatte, auch eine gewisse Scheu stellte sich ein, genauso wie auf einem Friedhof. ... es wurde so etwas wie ein heiliges Stück Erde, genannt Varnas Loch, zu einer Wegmarke, an der man sich orientierte, rechts ging es in den Volksgarten, links zu Markt, geradeaus in die Stadt. Das waren die neuen Orientierungspunkte im Quartier, von denen es jetzt viele gab, sie waren nicht nur geographisch exakt, sie erzählten auch das Geschehene, jeder kannte ihre Bedeutung, fand sich danach zu recht, räumlich und zeitlich ...“⁴²

Anders als die Erwachsenen, bei denen die alten lokalen Kartierungen in den individuellen *mental maps* fest eingebunden waren, vermochten sich allerdings die vor Ort verbliebenen Jugendlichen sehr schnell in den Ruinenlandschaften zu orientieren und zurechtzufinden.

Auch die Wahrnehmung der zentralen lebensweltlichen Kategorie ‚Zeit‘ änderte sich fundamental: Fehlt dem Individuum die potentielle Vorgabe einer strukturierten Zeiterfahrung, kann es keine perspektivischen Sinnvorstellungen entwickeln. Die Wahrnehmung von Zeit wie ihrer Wirkungsmächtigkeit für die Strukturierung des Alltags erfuhr infolge der Luftangriffe der Alliierten weitreichende Veränderungen, denn es waren nicht mehr die Produktions- und Arbeitsrhythmen, die den Tagesablauf des Einzelnen bestimmten. Die Luftangriffe der Alliierten schufen einen neuen Lebensrhythmus mit immer schnelleren Takteinheiten. Eine „Endzeit-Stimmung“⁴³ prägte fortan die alltagsweltlichen Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen in den Großstädten. Duisburg z.B. durchlitt seit Sommer 1941 jeden zweiten Tag beziehungsweise jede zweite Nacht einen Luftalarm und jede Woche einen Angriff.⁴⁴ Während des Zweiten Weltkriegs wurde z.B. in Düsseldorf in 1.047 Fällen Luftalarm gegeben, der in Summe 1.045 Stunden und 38 Minuten dauerte.⁴⁵ Die vielen Luftangriffe „bei Tag und Nacht“, so ein Oberlandesgerichtspräsident im November 1944, ließen „die Menschen weder zur Arbeit noch zur Ruhe kommen.“⁴⁶ Der Luftkrieg führte zu unregelmäßigem Schulbesuch, der Zeitpunkt der Mahlzeiten wechselte ständig, „der [zeitliche] Rhythmus des Tages [wurde] wieder und wieder unterbrochen“.⁴⁷ Folge der „entgrenzten Zeit“ waren Gereiztheit, Tempera-

⁴² Dieter Forte, *Das Haus auf meinen Schultern. Romantrilogie*, Frankfurt a. M., S. 497.

⁴³ Alfons Kenkmann, *Kontakthalten in der Katastrophe. Familiäre Bindungen und geschlechterspezifische Wahrnehmungen*, in: Bernd A. Rusinek (Hrsg.), *Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiung in nationaler und internationaler Perspektive*, Göttingen 2004, S. 67-87, hier: S. 75.

⁴⁴ Vgl. Bericht des Oberlandesgerichtspräsidenten Düsseldorf an das Reichsjustizministerium v. 30. Juli 1943, in: Bundesarchiv Koblenz (BAK), Bestand Reichsjustizministerium (R 22), Bd. 3363, Bl. 295.

⁴⁵ Vgl. Fünfjahresbericht des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf, Jg. 37-41 für 1941-1945, zit. nach Hans Peter Görden, *Dokumentation zur Geschichte der Stadt Düsseldorf*, Bd. 4: Im „Dritten Reich“ 1935-1945, Quellensammlung, Düsseldorf 1983, S. 358.

⁴⁶ Bericht des Düsseldorfer Oberlandesgerichtspräsidenten v. 29. November 1944, zit. nach: ebd., S. 357.

⁴⁷ W[erner] Villinger, *Kriegsgeschädigte Kinder und Jugendliche*, in: *Monatsschrift für Kinderheilkunde*

mentsausbrüche und Streitigkeiten.⁴⁸ Der Generalstaatsanwalt von Hamm konstatierte: „Die fast regelmäßigen, oft sehr intensiven Unterbrechungen einer rationellen Nachtruhe, wie sie durch die Inanspruchnahme der Flakhelfer im Laufe des sich immer noch verstärkenden Terrorbombenkrieges verursacht werden, bedeuten für junge Menschen in Jahren des körperlichen Wachstums ein vorzeitiges Zehren von dem noch sorgsamer Schonung bedürftigen Nervenkapital.“⁴⁹

Die Quellen liefern zudem zahlreiche Hinweise auf einsetzende Nerven- und Herzkrankheiten bei den Erwachsenen.⁵⁰

Bei Jugendlichen, die an fünf Tagen in der Woche als Luftschutznachtwachen oder nachts als Melder beim Sicherheits- und Hilfsdienst tätig waren, tagsüber arbeiteten und lediglich noch über eine Stunde Freizeit verfügten, konnte sich kein normales Zeitempfinden mehr einstellen.⁵¹ Das unter Edelweißpiraten beliebte Lied „Wenn die Sirenen von Bord ertönen“ hatte, 1943 gesungen, jetzt einen ganz anderen Bezug zur Lebenswirklichkeit der Jugendlichen als noch Mitte der 1930er Jahre.⁵² Der kaufmännische Lehrling und Edelweißpirat Karl-Heinz S. aus Wuppertal, der ins ländliche thüringische Rudolstadt evakuiert worden war, entgegnete seinen HJ-begeisterten thüringischen Alterskollegen: „Wenn Ihr ein Jahr lang jeden Abend in den [Luftschutz]Keller müßtet, würdet (...) Ihr auch anders denken.“⁵³

Eine Überbetonung der Gegenwart war die Konsequenz aus dieser Art der „Zeitrechnung“. In einer der Hymnen der Edelweißpiraten, dem Lied „In Junkers Kneipe“, lautete nun der Refrain bezeichnenderweise: „Was kann das Leben uns denn noch geben, wir wollen Bündische [d.h. Edelweißpiraten, A.K.] sein.“⁵⁴ Mit anderen Worten: Bei der konkreten Verarbeitung der psychischen Kriegsbelastungen gab die informelle Gruppe dem einzelnen Jugendlichen dementsprechend einen großen Rückhalt. Ohne einen Glauben an die Perspektive „Tausendjähriges Reich“ und ohne Vorstellungen von einem sinnvollen Zukunftswurf war es schwierig, die jungen Menschen im sprichwörtlich pulverisierten Raum zur Disziplin am Arbeitsplatz, zu Pünktlichkeit, Ausdauer und ähnlichem anzuhalten.

103, 1955, S. 65-72, S. 69.

⁴⁸ Vgl. Peter Hüttenberger, Die Industrie- und Verwaltungsstadt (20. Jahrhundert), Düsseldorf 1989, S. 636.

⁴⁹ Lagebericht der Generalstaatsanwaltschaft Hamm an das Reichsjustizministerium v. 26. Januar 1944, in: BAK, R 22/3367.

⁵⁰ Vgl. Zeugenaussage Günter F., Duisburg, Mai 1944, in: LAV NRW R, RW 58/26408, Bl. 56).

⁵¹ Vgl. LAV NRW R, Bestand Staatsanwaltschaft beim Landgericht Krefeld (Rep. 30), Band 106, Bl. 98; vgl. auch Interview Alfons Kenkmann mit Robert Malone, Jg. 1926, Essen, 29. Juli 1992.

⁵² Vgl. LAV NRW R, RW 58/65439.

⁵³ Zit. nach einem Gestapobericht aus dem Jahr 1943, in: LAV NRW R, RW 58/59239.

⁵⁴ LAV NRW R, RW 58/575, unpaginiert.

„...dass in ihnen in starkem Maße negative, insbesondere auch kriminelle Elemente einen starken Einfluss ausübten“

Die hier zum Ausdruck kommende These von einer Nähe der Beschuldigten zum kleinkriminellen Milieu findet keine quantitative Bestätigung. So waren auf der Basis von 1.416 zwischen 1933 und 1944 staatspolizeilich wegen Edelweiß- bzw. Cliquenbildung außerhalb der Hitlerjugend im Regierungsbezirk Düsseldorf staatspolizeilich verantwortlich Vernommenen 81,4 Prozent (1.153 Personen) ohne Vorstrafe. Zehn Prozent (141 Personen) hatte die Gestapo bereits zuvor staatspolizeilich gewarnt. 2,9 Prozent (41 Personen) hatten bereits eine Gefängnisstrafe, 3,1 Prozent (44 Personen) eine Jugendarrest- beziehungsweise eine Wochenendarreststrafe oder einen Wochenendkarzer verbüßt.⁵⁵

„Irgendwelche politischen Motive spielten (...) bei der Verurteilung des Klägers (...) keine Rolle.“

In Bezug auf eventuell vorhandene politische Motive im Alltagshandeln der Edelweißpiraten liegt das Urteil des Gerichts nahe am Wahrheitskern. Die Widerstandszirkel der illegalen KPD fanden keinen Zugang zu den subkulturellen Jugendlichen. Ein wesentliches Moment lag in der unveränderten antifaschistischen Strategie, die HJ kommunistisch zu unterwandern und aus ihren Reihen heraus das NS-Regime zu bekämpfen. Hitlerjugend und Jungvolk sollten von innen zersetzt werden, indem „Anhänger aus (...) der HJ zu gewinnen“⁵⁶ seien. Die Strategie der Infiltration hatte die KPD gegen Ende der Weimarer Republik bereits im Organisationsnetzwerk der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung versucht – und war damit gescheitert. Dennoch wurde diese Infiltrationsstrategie während der zwölfjährigen Herrschaft des Nationalsozialismus ununterbrochen beibehalten. Die Hitlerjugend sei „das beste Betätigungsfeld für die kommunistische Arbeit“⁵⁷, hieß es. Im „Ruhr-Echo“, dem Organ der illegalen KPD, war im Oktober 1942 zu lesen:

„Mitglieder der HJ und des BDM, die Edelweißjugend ist nicht euer Feind, sondern euer Freund. (...) Sie kämpft gegen den nationalsozialistischen Staat, weil

⁵⁵ Des Weiteren hatten 0,6 Prozent (8 Personen) eine Geldstrafe erhalten, 0,4 Prozent (5 Personen) in Schutzhaft gesessen oder waren richterlich verwarnet worden; 0,2 Prozent (3 Personen) verfügten bereits über Erfahrungen einer Arbeiterziehungslagereinweisung, 1,2 Prozent (15 Personen) waren mit sonstigen Strafmaßnahmen in Berührung gekommen.

⁵⁶ Urteil des Oberlandesgerichts Hamm v. 31. März 1936, in: LAV NRW R, Rep. 114/97, unpaginiert.

⁵⁷ Vern. Alfons K., Düsseldorf, 1943, in: LAV NRW R, RW 58/16718, Bl. 11; Vgl. auch Beatrix Herlemann, Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Bonn 1986, S. 89 f.

Deutschland durch ihn in den Untergang getrieben wird. Darum, ihr Jungens und Mädels der HJ und des BDM, vereinigt euch mit der Edelweißjugend! Macht gemeinsame Sache, um Deutschland vor dem Untergang zu retten.“⁵⁸

Die Strategie der KPD scheiterte, da die Jugendlichen sich wegen persönlicher Frustrationsmomente von der HJ abgewendet hatten und die NS-Staatsjugend zur Zeit des totalen Krieges jungen Arbeitern weder attraktive Freizeitbetätigungen bot noch eine Sinnperspektive zu vermitteln vermochte. Zudem war es ein sehr verständliches Anliegen der Jugendlichen, die geringe Freizeit, die bei der immensen zeitlichen und physischen Belastung am Arbeitsplatz verblieb, mit gleichaltrigen Freunden und nicht mit HJ-Angehörigen zu verbringen. Die falsche Einschätzung der nonkonformen Jugendcliquen durch den illegalen kommunistischen Widerstand wiederholte sich auf Seiten der NS-Verfolger. Diese befürchteten eine Unterwanderung der Hitlerjugend, da die „marxistischen Gegner (...) den Plan gefasst (hätten), die ‚Edelweißpiraten‘ als sogenannte Stoßtrupps innerhalb der Jugend einzusetzen.“⁵⁹

„mit 1 Jahr Gefängnis die weitaus höchste Strafe“

Je mehr der Krieg an seinen Ausgangsort zurückkehrte, desto rigider reagierte die Justiz. Dies betraf vor allem die männlichen Jugendlichen – Edelweißpiratinnen wurden eher der Fürsorgeerziehung überstellt. Das eingangs von der Entschädigungskammer zitierte Urteil der Jugendkammer des Landgerichts Essen vom 23. Juli 1943 belegt, dass schon 1943 mehrmonatige Gefängnisstrafen gegen Edelweißpiraten keine Seltenheit waren.⁶⁰ Nun wurden Handlungsdirektiven verwirklicht, die zuvor in justiziellen Lageberichten zur „energischen“ Bekämpfung empfohlen worden waren.⁶¹ In Köln verurteilte ein Gericht im September 1943 Edelweißpiraten zu mehrjährigen Gefängnisstrafen „wegen jugendbündischer Betätigung“.⁶² Die besonders aktive Wuppertaler Justiz stellte zahlreiche Haftbefehle aus und zog verstärkt

⁵⁸ Zit. nach Michael Zimmermann, Edelweißpiraten in Oberhausen. „Ihr Treiben wirkte wie ein Magnet“, in: Joseph C. Rossaint/Michael Zimmermann: Widerstand gegen den Nazismus in Oberhausen. Frankfurt a. M. 1983, S. 1957-168, hier: S. 167.

⁵⁹ Reichssicherheitshauptamt über Edelweißpiraten am 15. März 1943, in: BAK, R 22/1177, Bl. 318-320, Bl. 319.

⁶⁰ Vgl. etwa den Hinweis auf ein Urteil aus dem Kreis Recklinghausen, in: Bericht des RSHA über Edelweißpiraten v. 15. März 1943, in: BAK, R 22/1177, Bl. 319.

⁶¹ Vgl. Lagebericht des Düsseldorfer Generalstaatsanwalts v. 6. Juni 1943, in: BAK, R 22/3363, Bl. 293.

⁶² Urteil des Sondergerichts 4 v. 15. September 1943, in: LAV NRW R. Rep. 112/18706, Bl. 757 f. Zu der höchst verwickelten und bis heute kontrovers diskutierten Situation in Köln s. neuerdings Winfried Seibert, Die Kölner Kontroverse. Legenden und Fakten um die NS-Verbrechen in Köln-Ehrenfeld, Essen 2014.

die Dolchstoßlegende zur Begründung der schärferen Sanktionierungspraxis heran.⁶³ Schon kurz nach dem militärischen Sieg über Polen hatten Gestapo und Justiz als ihr Hauptziel herausgestellt, ein „(erneutes) 1918, also eine Revolution im Innern des Landes“ zu verhindern.⁶⁴ Unter deutschen Juristen war die Dolchstoßlegende besonders präsent, erinnerte sie doch an den in den 1920er Jahren an ihre Adresse gerichteten Vorwurf, „sie hätten wegen mangelnder Konsequenz im Vorgehen gegen ‚zersetzende Elemente‘ an der Front und in der Heimat versagt.“⁶⁵ Das Reichsjustizministerium hatte bereits im Januar 1940 die Programmatik nationalsozialistischer Strafrechtspolitik unter den Bedingungen des Zweiten Weltkriegs offen gelegt. Im Krieg, so wurde betont, sei die zentrale Aufgabe der Justizbehörden die „Aussonderung hetzerisch und verbrecherisch eingestellter Elemente, die in kritischer Zeit einen Dolchstoß von hinten gegen die Front versuchen könnten.“⁶⁶ In einem Urteil gegen Essener „EdelweißstENZE“ heißt es, die jugendlichen Vergehen fielen in eine Zeit, „als das deutsche Volk zum Entscheidungskampf aufgerufen wurde und die Führung des deutschen Volkes die innere Geschlossenheit jedem Deutschen zur Pflicht machte.“⁶⁷ Das vierte Sondergericht in Köln machte das „Schändliche“ im Tun der Edelweißpiraten um den Leipziger Platz besonders darin aus, „dass sie im Rücken der kämpfenden Front ihr Unwesen trieben.“⁶⁸ Folge: Die Dolchstoßlegende war im Zeichen des „totalen Krieges“ zu dem zentralen Argument bei der Aburteilung junger Edelweißpiraten geworden.

Resümee

Die Verknennung der urbanen Jugendkultur der Edelweißpiraten hielt bis in die 1980er Jahre an. Erst der Siegeszug der Alltags- und Lokalgeschichte sensibilisierte für die Facetten jugendlichen Eigensinns unter dem Diktat der nationalsozialisti-

⁶³ Siehe die ausgestellten Haftbefehle des Wuppertaler Amtsgerichts v. 17. März 1944, in: LAV NRW R, RW 58/23848.

⁶⁴ Die Aufgaben der Geheimen Staatspolizei im Kriege, undatiert, in: LAV NRW R, RW 34/17, Bl. 8 f..

⁶⁵ Ludwig Nestler, Mit gepanzertem Herz – Zur Rolle der deutschen Justiz in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, in: Ders./Paul Heider/Kurt Meier u.a. (Hrsg.), Der Weg der deutschen Eliten in den Zweiten Weltkrieg. Nachtrag zu einer verhinderten deutsch-deutschen Publikation, Berlin (Ost) 1990, S. 121.

⁶⁶ Schreiben des Reichsjustizministeriums v. 26. Januar 1940, zit. nach Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933-1945. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988, S. 921.

⁶⁷ Urteil der III. Strafkammer des Landgerichts Essen v. 26. Juni 1940, in: LAV NRW R, RW 58/6187, Bl. 290. Vgl. auch Alfons Kenkmann, Jugendbewegter Eigensinn unter den Bedingungen der NS-Herrschaft, in: Germanisches Nationalmuseum (Hrsg.), Aufbruch der Jugend. Deutsche Jugendbewegung zwischen Selbstbestimmung und Verführung. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung, Nürnberg 2013, S. 137-147, hier: S. 144.

⁶⁸ Urteil des Sondergerichts 4 in Köln v. 15. September 1943, in: LAV NRW R, Rep. 112/18706, Bl. 780.

schen Volksgemeinschaft. Damit wurde der Blick frei auf eine in Vergessenheit geratene städtische Jugendkultur, die sich den Anforderungen des nationalsozialistischen Systems in Teilen zu entziehen vermochte – vor allem wegen der Freiräume, die infolge der Luftangriffe der Alliierten im vertrauten Quartier auftraten. Dass diese Jugendlichen – insbesondere die Edelweißpiratinnen – bis heute keine Entschädigung und Wiedergutmachung für ihre Haft-, Gefängnis- und Fürsorgeheimaufenthalte erhalten und erfahren haben, bleibt ein Skandal.⁶⁰

Prof. Alfons Kenkmann, Universität Leipzig, kenkmann@rz.uni-leipzig.de

⁶⁰ Zu den heutigen Treffen ehemaliger Edelweißpiraten und -piratinnen vgl. Doris Werheid/Jörg Seyffarth/Jan Krauthäuser, *Gefährliche Lieder. Lieder und Geschichten der unangepassten Jugend im Rheinland 1933-1945*, Köln 2010.

East Side Stories: Die "Mobilization for Youth" im New York der 1960er Jahre¹

Jugend und Stadt sind in besonderer Weise miteinander verbunden, da sie historisch gesehen beide nicht nur zur selben Zeit, sondern auch in Relation zueinander entstanden. Das Adjektiv „jung“ wurde in der Zeit der Industrialisierung und Verstädterung zur „Jugend“ substantiviert, und das Prädikat „Jugendlicher“ bezeichnete in seiner Entstehungszeit einen ähnlich negativ konnotierten Sozialtypus wie das Wort „Eckensteher“ oder der amerikanische „corner boy“.² Bezeichnet wurden damit zumeist männliche Industriearbeiter, die als problematische innerstädtische Gruppe galten und die es mithilfe umfangreicher Maßnahmen von Polizei und Sozialfürsorge zu kontrollieren galt.³ Nicht nur in Deutschland, auch in den USA wurde insbesondere die Gruppenbildung Jugendlicher in Großstädten als dringliches Problem betrachtet, das in engem Zusammenhang mit Urbanisierung und Migration stand. Schon in den 1930er Jahren hatte sich mit dem sogenannten „area approach“ ein eigener Zweig der Soziologie gebildet, der die Ursachen von Jugendproblemen in den Topographien von Stadtlandschaften verortete.⁴

In den 1950er Jahren galten als kriminogene Zonen insbesondere großstädtische Viertel, in denen Jugendkriminalität, so nahm man an, ein ideales Verbreitungsgebiet fände.⁵ In enger Zusammenwirkung mit solchen von Experten hervorgebrachten Narrativen, die architektonische Raumproduktion mit sozialen Prozessen zur

¹ Ich danke Volker Berghahn, der mir 2009 drei Monate lang die Columbia University öffnete, wo ich als „visiting scholar“ u.a. die umfangreiche Überlieferung der MFY in der Butler Library einsehen konnte. Den Mitgliedern des Postgraduate Seminars am dortigen History Department danke ich für Anregungen und Kritik.

² Vgl. Ulrich Hermann, ‚Der ‚Jüngling‘ und der ‚Jugendliche‘. Männliche Jugend im Spiegel polarisierender Wahrnehmungsmuster an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Deutschland, in: Geschichte und Gesellschaft H. 11/1985, S. 205-216.

³ Vgl. Detlev J.K. Peukert, Grenzen der Sozialdisziplinierung. Aufstieg und Grenzen der deutschen Jugendfürsorge 1878-1932, Köln 1986, S. 54.

⁴ Vgl. Bodo Mrozek, Subkultur und Cultural Studies, in: Alexa Geithövel/Ders., Popgeschichte. Band 1: Konzepte und Methoden, Bielefeld 2014, S. 103 f.

⁵ Jürgen Reulecke, Einige einleitende Anmerkungen zu Delinquenz, Generationalität und Generativität, in: Detlef Briesen/Klaus Weinbauer (Hrsg.): Jugend, Delinquenz und gesellschaftlicher Wandel. Bundesrepublik Deutschland und USA nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2007, S. 7-11.

Deckung brachten und oftmals als soziale Krankheit von pandemischen Ausmaßen imaginiert wurden, suchte man auch mit stadtplanerischen Maßnahmen auf die Jugendkriminalität einzuwirken. Die sogenannte „slum clearance“ setzte mit der Abrissbirne und der Block- und Rasterbauweise des Sozialen Wohnungsbaus die Ordnungsprinzipien der klassischen Moderne in alten Armutsvierteln durch. Jugend spielte als Argument für diese Maßnahmen eine besondere Rolle – sowohl als bedrohliche wie auch als eine (etwa von mangelhaften Wohnverhältnissen und den moralischen Gefahren urbaner Vergnügungslandschaften) bedrohte Gruppe. Die internationale Aufmerksamkeit richtete sich dabei auf Großstädte in den USA, da „amerikanische Zustände“ im 20. Jahrhundert ein geradezu dystopisches Bedrohungspotenzial entfalteten, das durch popkulturelle Aneignungen etwa des Kinos fiktional ausgestaltet wurde und als Negativmodell für die Städte anderer Staaten galten. Auf kaum eine Stadt traf dies mehr zu als auf New York City.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der New Yorker „Mobilization for Youth (MFY)“, die in den 1960er Jahren mithilfe neuer Theorien mit den etablierten Theorien und Methoden sozialer Arbeit zu brechen versuchte. Anhand dieser sowohl privat wie auch staatlich und kommunal geförderten Nichtregierungsorganisation wird auf Grundlage von Dokumenten der MFY gezeigt, wie Jugend nicht mehr als bedrohliche, sondern in erster Linie als marginalisierte Gruppe konzipiert und damit als Argument für einen Politikwandel operationalisiert wurde, der sich vom Narrativ der kriminogenen Stadt entfernte und stattdessen Fragen gesellschaftlicher Diskriminierung in den Vordergrund rückte. Die Entwicklung der MFY von einem lokalen Stadtteilprojekt in New York zur nationalen Initiative mit dem Ziel der Ermächtigung marginalisierter Gruppen zu politischer Partizipation wird anhand ihrer theoretischen Unterfütterung nachvollzogen. Am Beispiel einer konservativen Kampagne gegen die MFY wird demonstriert, wie in den 1960er Jahren Strategien zum Umgang mit urbaner Jugend als Gegenstand der Politisierung innenpolitischer Fragen dienten.

Born in the East Side: die Gründung der MFY

Die „Mobilization for Youth Inc. (MFY)“ wurde als Initiative zur Bekämpfung von Jugendkriminalität in der Lower East Side von New York gegründet. Die Idee zur Gründung der MFY entstand im Juni 1957 bei einem Treffen des Board of Directors der „Henry Street Settlement“, eines 1893 gegründeten Wohnprojekts in Manhattan, und war eine Reaktion auf die finanzielle Krise öffentlicher Sozialfürsorge in den späten 1950er Jahren.⁶ Die Anfänge wurden als pragmatisch beschrieben:

⁶ Vgl. Joseph H. Helfgot, *Professional Reforming. Mobilization for Youth and the Failure of Social*

„One evening in 1957, local agency people met at the Henry Street House to discuss these various efforts. A Henry Street board member was apparently sufficiently impressed by the urgency of the problem to offer a small grant to explore ‘what it would take, as one participant put it, ‘to really do the job’.”⁷

Das von der MFY identifizierte Problemgebiet umfasste 67 Blocks mit insgesamt 18.903 Wohneinheiten sowohl privater Vermieter als auch öffentlich geförderten Wohnens und reichte von der East 14th Street bis südlich der Brooklyn Bridge. Ein Drittel der Wohnhäuser wurde als „unzureichend“ klassifiziert.⁸ Die Non-Profit-Organisation setzte es sich zur Aufgabe, reformbereite Akteure in diesem Bezirk zusammenzubringen und mit Institutionen zu vernetzen, darunter die Schulbehörde, die Sozialarbeiter der New York School of Social Work, der Columbia Universität und verschiedene Repräsentanten der Stadt. Dabei widmete sich die MFY ganz besonders der Bekämpfung der Gangs. Der Kampf gegen „juvenile delinquency“ war u.a. durch die teils im Fernsehen übertragenen Experten-Hearings eines Ausschusses des US-Senats, teils durch fiktionale Darstellungen in sogenannten „JD (= juvenile delinquency) movies“ auf die nationale Agenda geraten und – wie Nina Mackert gezeigt hat – zu einem Schlüsselthema amerikanischer Politik der 1950er und 1960er Jahre avanciert.⁹ Im Zuge der sogenannten „delinquency scare“ (Mackert) waren auch städtische Instanzen unter Druck geraten, allen voran der New Yorker Bürgermeister Wagner, der sich mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog dem wahlkampfrelevanten Thema gegenüber zu positionieren suchte.¹⁰ Jugendkriminalität war so zur Chiffre für die Probleme der Großstädte geworden, denn in Jugenddebatten wurde stets auch die Zukunft der städtischen Gesellschaften verhandelt. Während soziale Programme etwa des Wohnungsbaus zunehmend auf Widerstände stießen, erwies sich das „rassialisierte“ Thema „juvenile delinquency“ als äußerst effektives Argument zur Mobilisierung von Geldern:

„It held out the promise to of new services to blacks and, simultaneously, the promise of law and order to whites. The very services which would appeal to the

Science, Lexington (Mass.)/Toronto 1981, S. 3.

⁷ Frances Fox Piven, *The New Urban Programs: The Strategy of Federal Intervention*, in: Ders./Richard A. Cloward (Hrsg.), *The Politics of Turmoil. Essays on Poverty, Race and the Urban Crisis*, New York 1965, S. 284-313, hier: S. 292.

⁸ Vgl. *Facts about Mobilization for Youth* [Typoskript], o.J.; *Collection of Correspondence and Manuscript Documents*, Butler Library, Columbia University.

⁹ Vgl. Nina Mackert, *Jugenddelinquenz. Die Produktivität eines Problems in den USA der späten 1940er bis 1960er Jahre*, Konstanz 2014.

¹⁰ Vgl. Draft: *Mayor Wagner's Testimony before Senator Lehman's Subcommittee vom 16.11.1955*; Wagner Dept. Box 52, 4093; New York City Municipal Archives (NYCMA).

swelling numbers in the ghettos would also assuage the whites who feared the ghettos.“¹¹

Als Unterstützerin konnte die MFY die „Ford Foundation“ gewinnen, die sich seit Jahren in zahlreichen Feldern der Urbanisierung engagierte und öffentliche Programme unterstützte, die im weitesten Sinne den „urban problems“ zugerechnet wurden, darunter Stadterneuerung, Erziehung und Strafverfolgung. Wenn auch die Definition von „delinquency“ keineswegs einheitlich war, da darunter ein breites Set unterschiedlicher Regelverstöße vom Tabak- und Alkoholkonsum über Diebstähle und Körperverletzungen bis hin zu kapitalen Verbrechen verstanden wurde, so beförderten dennoch insbesondere polizeistatistische Erhebungen den Entscheidungsdruck und die Bereitschaft der politischen Eliten, auch unkonventionelle Maßnahmen und neue Theorien in Erwägung zu ziehen.

Direktor der MFY wurde Jim McCarthy, der sich für diese Position nicht nur durch seine vorherige Stellung in gleicher Position im New Yorker „Youthboard“ qualifiziert hatte, sondern auch eine ungewöhnliche Biographie und Physiognomie mitbrachte, die ihn als ehemaliges Gang-Mitglied auswies:

„Big Jim McCarthy knows what he is talking about. In the days when gangs used to fight with their fists, Big Jim’s 190-pound frame was a weight to be reckoned with on the streets.“¹²

Damit etablierte die MFY ein bereits in den 1950er Jahren erprobtes Konzept von „Streetwork“, das in den Persönlichkeiten der in aller Regel männlichen Sozialarbeiter „authentische“ Vorbilder suchte, die aufgrund eigener Lebenserfahrung über ein gleichsam „organisches Körperwissen“ verfügten, das sie im Kontakt mit gefährdeten Jugendlichen als glaubwürdig auswies, da sie selbst vergleichbar schwierige Bedingungen erfolgreich „bewältigt“ hatten.¹³ Anfänglich keiner bestimmten theoretischen Richtung verpflichtet, suchten die Initiatoren auch Kontakt zu Soziologen der Columbia-Universität. Ein Mitglied des Boards drückte es so aus: „We were very much interested in the conception of opportunity systems, value systems, cultures and subcultures.“¹⁴

¹¹ Piven, *The New Urban Programs*. S. 287

¹² Homer Page, „We Can Beat J.D.“, in: *Parent’s Magazine* 39:10, 1969, S. 56-58 u. 90-94, hier: S. 58, zit. n. Mackert: *Jugenddelinquenz*, S. 120.

¹³ Ebd., S. 121.

¹⁴ Ebd., S. 288.

Soziale Arbeit als Politik: die „opportunity theory“ im „war on poverty“

Als theoretisches Fundament für ihr Programm adaptierte die MFY die Theorie der Soziologen Richard Cloward und Lloyd E. Ohlin.¹⁵ Die Cloward/Ohlin-Pespektive gehörte der sogenannten „opportunity theory“ an und ging davon aus, dass Delinquenz und Rassismus in erster Linie soziale und materielle Ursachen hätten. Jugendliche, die durch ihre schlechte Stellung von den Erfolgen ihrer bessergestellten Altersgenossen ausgeschlossen seien, würden dieses Defizit durch kriminelle Erfolgserlebnisse ausgleichen und damit auf das amerikanische Konzept sozialer Mobilität reagieren. Wenn dies auch nicht die einzige Perspektive war, die die MFY adaptierte, so folgten viele ihrer programmatischen Äußerungen doch dieser Linie, die Jugendlichen bessere wirtschaftliche Chancen verschaffen sollte.¹⁶ Dennoch zielten viele Aktionsprogramme der MFY darauf ab, die Individuen durch Trainingsprogramme soweit zu optimieren, dass sie mit Jugendlichen der Mittelschicht konkurrenzfähig würden, was einen gewissen Widerspruch zur Opportunity-Theorie darstellte, die auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Chancen und nicht der Benachteiligten selbst abzielte.¹⁷ Wie genau die Gesellschaft verändert werden sollte, blieb in den Konzeptpapieren vorerst nebulös, konkretisierte sich jedoch im Verlauf der 1960er Jahre zunehmend in politischen Aktionen zur Beseitigung sozialer Ungleichheit.

Ein Entwurf vom September 1962 empfahl zur „reduction of poverty“ die Zusammenarbeit mit anderen Programmen, die Bereitstellung von „psychologischer erster Hilfe“, Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit.¹⁸ Außerdem wurde ein sogenannter „Social Broker Service“ eingerichtet: eine Einrichtung von Beratern, die zwischen Parteien vermitteln und Betroffenen bei Konflikten mit Einrichtungen, Behörden, Krankenhäusern usw. helfen sollten.¹⁹ Ein besonderes Problem stellte dabei das Ver-

¹⁵ Wenig später ist als Buch erschienen: Richard A. Cloward/Lloyd E. Ohlin, *Delinquency and Opportunity: A Theorie of Delinquent Gangs*, Glencoe/Illinois 1960.

¹⁶ Viele Autoren hatten die exklusive Rolle der Cloward/Ohlin-Perspektive betont, darunter: John Donovan, *The Politics of Poverty*, New York 1967; Peter Marris/Martin Rein, *Dilemmas of Social Reform*, London 1968; Daniel P. Moynihan, *Maximum Feasible Misunderstanding*, New York 1969. Dass die MFY aber auch die Culture-Conflict-Theorie von Thorsten Sellin (1931) sowie die Gang-Studien von Frederic Trasher (1927), Albert Cohen (1955) sowie Herbert Bloch und Arthur Neiderhoffer (1958) adaptierte, betont: Helfgot, *Professional Reforming*, S. 46, S. 61.

¹⁷ Ebd., S. 48, S. 51-52.

¹⁸ Vgl. Hettie Jones/Harold H. Weissman, *Psychological Help for the Poor*, in: Ders., *Individual and Group Services in the Mobilization for Youth Experience*, New York 1969, S. 94-106.

¹⁹ Margaret Shea, *The Program Of Individual Services, Mobilization For Youth*, 8. September 1962, New York City, S. 9. [Typoskript]; *Mobilization For Youth, Inc.; Office Files; Rare Books & Manuscript Library, Columbia University, New York City* [im Folgenden: RBML/CU].

hältnis zwischen der armen Bevölkerung und dem New Yorker Polizei-Department (NYPD) dar. Einer Untersuchung der MFY zufolge hatte sich insbesondere die Kommunikation zwischen der Polizei und den Bewohnern der Lower East Side in den fünfziger und frühen sechziger Jahren verschlechtert. Verschiedene Maßnahmen, darunter die Schulung von Polizisten in puerto-ricanischer Kultur, Treffen zwischen Anwohnern und Beamten sowie Schulbesuche von Polizisten und Diskussionsgruppen wurden daher mit einem Jahresetat in Höhe von 100.000 Dollar projektiert.²⁰ All diese Maßnahmen zielten jedoch nicht auf strukturelle Veränderungen ab, sondern auf die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Akteuren – unter der Kontrolle eigens ausgebildeter Fachkräfte.

In späteren Papieren wurden die Probleme der East Side mit solchen ambulanten Maßnahmen in größere ökonomische Zusammenhänge gestellt. Die Hintergründe in den urbanen Verschiebungen suchte man dabei auf der Landkarte der ethnischen Besiedelung New Yorks und speziell der Lower East Side, die als Erstansiedlungsgebiet für Einwanderer galt:

„What no one said (but everybody knew) was the local agencies needed money. Contributions had been falling off as a result of the shifting population of the lower East Side. The earlier Jewish poor, who had drawn contributions from Jewish philanthropies, were being replaced by Puerto Ricans and Negroes, who did not attract philanthropic contributions.“²¹

Noch Anfang der 1960er Jahre hatte sich die Situation der Lower East Side nach Meinung vieler Experten nicht verbessert. Ein Gutachten des technischen Komitees der MFY charakterisierte die Wohngegend um 1960 als „slum“, dessen Probleme teils noch dieselben seien wie um die Jahrhundertwende. Mietskasernen, die nur durch schmale Schächte mit Frischluft und Licht versorgt würden, überfüllte Wohnungen, Ratten und Ungeziefer, unzureichende oder gar keine Heizungen, kein Warmwasser, undichte Wände und zerbrochene Fenster seien typische Merkmale der meisten Wohnungen der Lower East Side.²² Dies waren Probleme, die sich nicht durch Sozialarbeit lösen ließen. Diese Einsicht führte zu einer zunehmenden Politisierung der MFY:

„The urban ghetto is a hard, closed, sullen fact of American life. The melting pot has cooled, leaving behind a lot of Americans with no pot at all. It is becoming clear that the comforting adage ‘the poor but mobile American,’ reaching for his boot-strap and hauling himself up into some kind of homogeneous middle class is senti-

²⁰ A Preliminary Proposal To Improve Police-Community Relations, New York City o.J. Typoskript; Mobilization For Youth, Inc., Office Files. Police-Community Relations; RBML/CU.

²¹ Piven, *The New Urban Programs*, S. 292.

²² *The Slum Housing Problem & The Role Of MFY New York City* [Typoskript], o.J. (um 1967), S. 9; Mobilization for Youth Collection, Office Files; RBML/CU.

mental nonsense that doesn't square with the facts. For a whole host of reasons, we can no longer rely upon an absorbent outside economy to eliminate poverty and solve the incredible human problems that fester and regenerate inside the jaw of the ghetto."²³

Anstatt auf Hilfe und Mildtätigkeit von außen zu hoffen, sollte, so hieß es, das „Ghetto“ als Ressource ernst genommen werden und eine eigene Wirtschaftskraft entwickeln. Als Voraussetzung hierzu wurde ein Konzept urbaner Gemeindekooperativen empfohlen, die sich gesamtgesellschaftlich als konkurrenzfähig erweisen sollten. Solche Gedanken wurden 1964 im *Economic Opportunity Act* umgesetzt.

Das Papier betonte besonders die neuen „Realitäten der Hautfarbe“, die sich in der Ghetto-Situation der Armen in gesteigerter Form zeigten. Der Anteil der armen Bevölkerung nahm zu, während gleichzeitig die Mieten stiegen – das Resultat waren Obdachlosigkeit und Überfüllung. Auch hier gab es eine rassische Grenze. Die Volkszählung von 1960 hatte erbracht, dass 43,5 Prozent der Haushalte nichtweißer Bewohner in der Lower East Side überfüllt gewesen seien (mehr als eine Person pro Raum), wohingegen unter der weißen Bevölkerung der Anteil nur 26,3 Prozent betragen habe. Der Mietanteil an den Gesamtausgaben der Haushalte war zudem bei der nichtweißen Bevölkerung der höchste, bei den weißen Mietern hingegen der geringste.²⁴ Die Politik der MFY zielte daher darauf ab, die Mieten in der Lower East Side mit Preisbindungen niedrig zu halten. Auf diese Weise wollte man eine Verdrängung der Armen verhindern, die sonst die Probleme auf bekannte Weise nur in andere Stadtteile exportiert hätten.²⁵ Als besonders problematisch wurden die Auswirkungen dieser sozialen Verhältnisse auf die Chancen der jungen Generation eingestuft:

„Lower East Side youth, as youth in any urban ghetto, are so often trapped [...] in a societally produced cycle of events – lack of orientation toward education, poor performance, relegation to a lower status high school program and diploma and grades which are not acceptable to college administrators. The result is the continued limitation of social and economic participation in society.“²⁶

Dabei ging es zunehmend darum, auch solche Jugendlichen zu integrieren, die sich in sogenannten „street clubs“ organisierten, wie der wertneutrale Oberbegriff für Straßenbanden lautete. In einem Konzeptpapier von 1962 heißt es:

²³ For A Program Of Major Urban Cooperative Development On New York City's Lower East Side [um 1967], S. 1; Mobilization For Youth, Inc., Office Files. Police-Community Relations; RBML/CU.

²⁴ The Slum Housing Problem, S. 11-12.

²⁵ Ebd., S. 26.

²⁶ The University Outpost Project, o.J. [um 1965], S. 1; Mobilization for Youth Collection, Office Files; RBML/CU.

„The program is intended to ‚reach out‘ to delinquent street-corner groups on their home grounds, by the school playground, the local pool hall, or the streets. A form which measures indices of problem behavior, such as police contacts, fighting (bopping) etc., will be filled out by the agency and examined to measure that appropriate youngsters are served.“²⁷

Während solche Strategien auch von anderen Organisationen – etwa dem „New York Youth Board“ – verfolgt wurden, ging die MFY über die therapeutischen und präventiven Konzeptionen sozialer Arbeit hinaus und verfolgte einen dezidiert politischen Ansatz, der die Subjekte sozialer Arbeit bei ihrer Selbstermächtigung als politische Akteure zu unterstützen suchte. Unter den unterschiedlichen Initiativen, die seit Jahrzehnten mit Mitteln der „street work“- Jugend in städtischen Wohngebieten präventiv und ambulant zu arbeiten versuchten, erreichte die MFY mit etwa 450 Mitarbeitern Mitte der 1960er Jahre eine bemerkenswerte Größe; die Gesamtzahl der für die MFY tätigen Personen wird auf 3.400 veranschlagt.²⁸ Dieses Wachstum verdankte sich auch dem Umstand, dass die MFY eine der Organisationen war, die von den 30 Millionen Dollar profitierten, die der noch unter der Regierung Eisenhower beschlossene „Juvenile Delinquency and Youth Offenses Control Act“ 1961 bereitgestellt hatte.²⁹ Mit Lloyd D. Ohlin saß zudem einer der geistigen Väter der MFY in dem im selben Jahr gegründeten Ausschuss des Präsidenten zur Jugenddelinquenz und Jugendkriminalität.³⁰

Ihre Konzepte suchte die MFY ab 1963 zunehmend mithilfe dezidiert politischer Aktionen umzusetzen und unterschied sich damit insofern von anderen Konzeptionen städtischer Jugendarbeit, da sie Jugendliche nicht als passive Objekte verstand, die es mithilfe von Therapie zu integrieren oder notfalls mit Regierungstechnologien und Polizei zu kontrollieren galt, sondern sie zum politischen Protest zu ermächtigen suchte. Ende 1963 / Anfang 1964 war die MFY u.a. an einer Protestaktion puerto-ricanischer Mütter gegen Diskriminierung in Schulen, einem Mietstreik gegen schlechte Wohnverhältnisse und einem Schulboykott afroamerikanischer Schüler be-

²⁷ Mobilization For Youth, World Of Education. Therapeutic Curriculum [Typoskript]; Minutes. Board of Trustees/Executive Committee; Mobilization For Youth, Inc.; Office Files Collection, Manuscript Collections; Columbia University Libraries. Mit *bopping* bzw. *gang banging* wurden verabredete und teils bewaffnete Kämpfe zwischen so genannten *groups in conflict* (oder auch *bopping gangs*) verstanden.

²⁸ Vgl. Helfgot, Professional Reforming, S. 4.

²⁹ Vgl. Frances Fox Piven, Politics and Planning: Mobilization as a Model, in: Harold H. Weissman (Hrsg.): Justice and the Law in the Mobilization for Youth Experience, New York 1969, S. 167-191, hier: S. 167.

³⁰ Vgl. Noel Cazenave, Impossible Democracy. The Unlikely Success of the War on Poverty Community Action Programs, Albany 2007, S. 22, zit. n. Mackert, Jugenddelinquenz, S. 127-128.

teiligt; außerdem bestanden enge Verbindungen zu Organisationen der Bürgerrechtsbewegung.³¹

Die Kampagne gegen die MFY

Im August 1964 wurden politische Vorwürfe gegen die MFY laut.³² Es wurde kritisiert, der Verwaltungsdirektor habe innerhalb von knapp zwei Jahren 23.304 Dollar Projektmittel ausgegeben – in Restaurants der gehobenen Klasse.³³ Der Vorsitzende der Bürgerrechtsgruppe CORE verteidigte die MFY gegen die Vorwürfe in einem in der New York Times veröffentlichten Leserbrief, in dem er äußerte, das Finanzmanagement der MFY sei weitaus effektiver als die Sozialabteilung der Stadtbehörde. Es handele sich um eine von den Republikanern nahestehenden Medien gestützte Kampagne, die sich vor allem daran störe, dass die MFY den Armen selbst eine Stimme verschaffen wolle: „Mobilization for Youth’s major ‚error‘ was in seriously trying to succeed in bringing social change to the ghetto by involving the slum dweller himself.“³⁴ Tatsächlich hatte die MFY eine allgemeine Kritik formuliert und gefordert, über kurzfristige ambulante Maßnahmen zur Beseitigung der Kriminalität deutlich hinauszugehen und die Jugendkriminalität in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen. So war 1963 auf dem Treffen des „Executive Committee“ ein Memorandum vorgelegt worden, das politische Implikationen enthielt:

„Since its inception, Mobilization for Youth has stressed the necessity of providing adolescents in our urban low income areas with decent opportunities for education and work. No one concerned with the delinquency problem can possibly suppose that violence in the streets, drug addiction and youthful criminality can be reduced or prevented except as the society is willing to provide lower income young people with opportunities to find dignity through work and otherwise to make a place in American life. The plain fact is [...] that hundreds of thousands of young men are growing up without an opportunity to find manhood through work, are growing up in a society which neither needs them nor wants them.“³⁵

Dazu hatte die MFY Zahlen aus dem Jahr 1962 aufgelistet, die das Problem nicht als eines von lokalen Gangs schilderten, sondern die soziale Benachteiligung Jugendlicher in großstädtischen Gebieten verorteten. Demnach waren 700.000 Ju-

³¹ Vgl. Mackert, Jugenddelinquenz, S. 124 f.

³² Vgl. New York Daily News vom 16. August 1964.

³³ Vgl. Murray Kempton, Public’s Own Enemy, in: World Telegram vom 17. November 1964.

³⁴ New York Times (NYT) vom 11. November 1964.

³⁵ Memorandum To The Public. A Statement By Mobilization For Youth On Youth Unemployment; RBML/CU.

gendliche zwischen 16 und 21 Jahren weder in der Schule noch in einer Anstellung; die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen war dreimal so hoch wie die der Erwachsenen. In Erwartung des sogenannten Babybooms sagte das Papier 26 Millionen junge Arbeitssuchende für die kommenden Jahre voraus und berechnete, dass diesem Ansturm nur Stand gehalten werden könne, wenn die amerikanische Wirtschaft zehn Jahre lang 25.000 neue Jobs kreieren würde – pro Woche! In einem Papier über die sogenannten „slum lords“, die Hausbesitzer in den sozial schwachen Wohngebieten, hatte die MFY-Angestellte Ezra Birnbaum geäußert, das Justizsystem sei zu einem Werkzeug der Grundbesitzer geworden. Äußerungen wie diese versuchte ein Untersuchungsausschuss als Beweis für eine marxistische Unterwanderung zu werten – zunächst allerdings mit nur geringem Erfolg.³⁶

Als Kritiker aus dem republikanischen Lager der Initiative eine Unterwanderung durch Kommunisten unterstellten, zeichnete sich eine systematische Kampagne gegen die MFY ab.³⁷ Unter anderem ging es um einen Mitarbeiter, der Mitglied der „Socialist Worker’s Party“ gewesen sei. In einer Rechtfertigung erklärte der Vorsitzende der MFY, diese Partei sei vom „U.S. Subversive Activities Control Board“ nicht als „subversiv“ eingestuft worden. Dennoch musste sich eine Projektmitarbeiterin im November 1964 vor einer Senatskommission Fragen stellen, die auf Kontakte zu „politisch subversiven“ Personen zielten.³⁸ Anfang des Jahres hatte dem New Yorker Bürgermeister Wagner bereits eine Liste mit den Namen von 150 unerwünschten MFY-Mitarbeitern vorgelegen.³⁹ Ein Vorstandsmitglied der MFY konstatierte nach etlichen Anschuldigungen, die durch die Presse gingen, es habe sich um eine „slashing, low-level and devastating attack“ gehandelt.⁴⁰ Weitere Kritik zielte darauf ab, dass die MFY rund 700 Jugendliche aus der Lower East Side zur Teilnahme an einer Demonstration in Washington gegen Rassismus mobilisiert hatte, was zu einer Untersuchung des FBI führte.⁴¹ Getragen wurden solche Aktionen von politisch orientierten Untergruppen der MFY wie der „Young Adult Action Group (YAAG)“, der „Negro Action Group (NAG)“, den „United Puertorriqueños (UPR)“ oder der „Mobilization for Mothers (MFM)“.⁴²

³⁶ Vgl. New York Post vom 18. November 1964.

³⁷ Vgl. Herald Tribune vom 16. November 1964, S. 23.

³⁸ Die Befragung verlief wenig erfolgreich, da die Befragte die meisten Fragen mit der Antwort abschmettern konnte, sie sei als Angestellte der Stadt einer Bundeskommission keine Rechenschaft über ihre Arbeit schuldig; vgl. World Telegram vom 17. November 1964.

³⁹ Vgl. Mackert, Jugenddelinquenz, S. 125.

⁴⁰ Vgl. Herald Tribune vom 19. November 1964.

⁴¹ Vgl. Helfgot, Professional Reforming, S. 92.

⁴² Vgl. ebd., S. 87; Beverly Luther, Negro Youth and Social Action, in: Weissmann (Hg.), Individual and Group Services, S. 151-161.

Auch hatte die MFY einen Streik gegen überhöhte Mieten der sogenannten „slum lords“ unterstützt und an einem Schulstreik teilgenommen, bei dem bessere Bildung für ethnische Minoritäten in sogenannten „urban slums“ gefordert wurde.⁴³

Unterstützung kam zunächst von der „Association of Social Workers“, die sich in einer 16 Paragraphen langen Erklärung vom 15. November 1964 solidarisch erklärte.⁴⁴ Mehr Gewicht hatte jedoch die „President’s Commission on Juvenile Delinquency“, die ihre Autorität als Bundesbehörde in die Debatte einbrachte und die MFY zur weiteren Förderung empfahl. Schließlich sprach auch Präsident Lyndon B. Johnson der MFY am 8. Juli 1964 sein Vertrauen aus.⁴⁵ Diese Erklärung beendete die Debatte und brachte die Kritiker aus dem rechten Lager zunächst zum Schweigen. Die Initiative selbst hatte dennoch Schaden erlitten. Im Februar 1965 traten etliche Mitglieder des Board of Directors zurück. Der ehemalige Executive Director, der Kongressabgeordnete James W. Fogarty, fügte seinem Rücktritt eine Begründung bei, warum er die Arbeit nicht mehr mittragen könne:

„I do not believe that Mobilization for Youth has related itself to the health and welfare community in a meaningful fashion nor has it made any special attempt to establish a meaningful communication to this community.“⁴⁶

Auch wurde kritisiert, dass sich die MFY-Ziele teils gegenseitig widersprachen und die konkreten Maßnahmen „at best unclear“ gewesen seien.⁴⁷ Der größte Erfolg des MFY-Programms habe darin bestanden, Bundesgelder zu akquirieren und in die Stadtentwicklung der Lower East Side fließen zu lassen, die zu einem 67 Block großen Laboratorium zur Bekämpfung von Teenager-Banden erklärt worden sei.

Fazit

Anhand der New Yorker „Mobilization for Youth“ lässt sich nachvollziehen, wie sich der Kampf gegen „Jugenddelinquenz“ in den 1950er und 1960er Jahren von einem lokalen zu einem nationalen Thema mit hoher Regierungspriorität wandelte. Dabei entfernte sich die als lokale Maßnahme in einer konkreten Wohnsiedlung entstandene Initiative von den bisher erzählten *Stories* „kriminogener Zonen“ der

⁴³ Vgl. A Statement Of The Undersigned Staff Members Of Mobilization For Youth [Typoscript], 14. September 1964; Mobilization for Youth Collection, Office Files (23); RBML/CU.

⁴⁴ Vgl. Typoskript „Whereas“; Mobilization for Youth Collection, Office Files (23); Manuscript Collection, Columbia University Libraries.

⁴⁵ Wörtlich: „The Mobilization of Youth has my deep interest and support“, zit. n. NYT vom 9.7.1964, S. 17.

⁴⁶ Brief an den Präsidenten vom 8. Februar 1965, Typoskript. Board of Directors, Committee on Administration: Subcommittee on Personnel Practices; Mobilization For Youth, Inc., Office Files; RBML/CU.

⁴⁷ Piven, *The New Urban Programs*, S. 302.

Stadt, die in „architekturellen“ Diskursen die Ursache für soziale Probleme suchten oder diese zumindest dafür mitverantwortlich hielten. Christiane Reinecke hat im Anschluss an Christian Topalov gezeigt, wie in verschiedenen amerikanischen und europäischen Metropolen der 1960er Jahre Narrative der Destabilisierung von Lebensverhältnissen durch die Zerstörung „gewachsener Strukturen“ vom Slum des 19. Jahrhunderts auf die Neubauten des Sozialen Wohnungsbaus des 20. Jahrhunderts übertragen wurden, die nun nicht mehr als Lösung des Problems, sondern als „kalte“ und „anonyme“ Räume ebenfalls für die Ursache von Delinquenz insbesondere von Jugendlichen verantwortlich gemacht wurden.⁴⁸ Anstelle solcher Narrative suchte die MFY stattdessen die politische Partizipation marginalisierter Gruppen als Maßnahme gegen Jugenddelinquenz und Benachteiligung zu setzen. Dafür diente ihr die um 1960 entwickelte „Opportunity Theory“ der Soziologen Cloward und Ohlin, die zur Politisierung sozialer Arbeit beitrug.

Es konnte im vorliegenden Beitrag nicht dargestellt werden, wie die angespannte innen- und außenpolitische Situation unter dem Eindruck innerstädtischer „Riots“ und des „Kalten Kriegs“ zur Verschärfung kommunaler Probleme beitrug. Es kann aber festgehalten werden, dass auch in dem von ideologischen Konfrontationen geprägten Klima der 1960er Jahre der Umgang mit urbaner Jugend ein zentrales Konfliktthema war, das neue Strategien sozialer Arbeit zur politischen Partizipation hervorbrachte und öffentliche Gelder auf nationaler Ebene mobilisierte. Auch lässt sich an der „Mobilization for Youth“ zeigen, wie theoretisches Expertenwissen als Ressource der Politik genutzt wurde und vernetzte Experten zu handelnden Akteuren wurden, die Politik aktiv mitgestalteten. Jugend wurde auch in den USA der 1960er Jahre als eine „problematische“ Gruppe innerhalb der Städte konzipiert, die im Zentrum innen- und kommunalpolitischer Prozesse stand.

Bodo Mrozek, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam / FU Berlin, bodo.mrozek@fu-berlin.de

⁴⁸ Vgl. Christian Topalov, „Traditional Working-Class Neighborhoods“: An Inquiry into the Emergence of a Sociological Model in the 1950s and 1960s, in: *Osiris* H. 18/2003, S. 212-233; Christiane Reinecke, Am Rande der Gesellschaft? Das Märkische Viertel und seine Darstellung, in: *Zeithistorische Forschungen* 11:2, 2014, S. 212-234, bes. S. 221.

„Das ist unser Haus“: Aneignung, Konstitution und Nutzung von Räumen in der Jugendzentrumsbewegung in Wertheim 1971-1976

Die Aneignung und Nutzung spezifischer Räume spielt für die Herausbildung von Jugendkulturen eine zentrale Rolle. So eigneten sich Subkulturen der Arbeiterjugend wie die „wilden Cliques“ in den 1920er und die „Halbstarken“ in den 1950er Jahren öffentlichen Raum an, um selbstbestimmt die Freizeit gemeinsam zu verbringen und einen eigenen Stil auszudrücken.¹ Dem entgegenwirkend bemühten sich staatliche Jugendpolitik ebenso wie Kirchen und andere gesellschaftliche Institutionen, Räume „für die Jugend“ zu schaffen, um diese „von der Straße zu holen“ und pädagogisch zu beeinflussen – seit den 1950er Jahren u.a. in Form der „Häuser der offenen Tür“, die von westdeutschen Kommunen eingerichtet wurden. Im Gefolge der 68er-Proteste und geprägt von der zeitgenössischen Politisierung entstanden in den frühen 1970er Jahren hunderte Initiativgruppen von Jugendlichen, die sich für die Einrichtung von Jugendzentren „in Selbstverwaltung“ einsetzten. Diese rasch als „Jugendzentrumsbewegung“ firmierende soziale Bewegung erhob die Ansprüche Jugendlicher nach selbstbestimmter Freizeitgestaltung in eigenen Räumlichkeiten zu ihrem Programm – dies auch, indem sie bestehende Jugendfreizeitheimen und kommerzielle Angebote einer scharfen Kritik unterzog.²

Im Folgenden sollen die Programmatik und Praxis dieser Bewegung sowie die damit verbundene Einrichtung selbstverwalteter Jugendzentren unter dem Aspekt der Konstruktion, Aneignung und Produktion von Räumen in den Blick genommen werden. Der französische Theoretiker Henri Lefebvre hat betont, dass Raum erst durch gesellschaftliche Praxis geschaffen werde, und dazu aufgefordert, „den Raum

¹ Vgl. Detlev J. K. Peukert, *Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik*, Köln 1987; Sebastian Kurme, *Halbstärke. Jugendprotest in den 1950er Jahren in Deutschland und den USA*, Frankfurt a. M. 2006.

² Vgl. David Templin, *Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre*, Göttingen 2015. Vergleiche des Wertheimer Falls mit Initiativen in anderen Orten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf diese Arbeit.

im Prozess seiner Produktion zu betrachten.“³ Der Begriff „Raum“ kann dabei sowohl Räume im materiellen Sinne – also konkrete Gebäude, was Fragen nach deren Größe, Einrichtung oder Standort aufwirft – als auch soziale Kommunikationsräume oder mentale Konstruktionen bezeichnen.⁴

Um entsprechende Raumproduktionen durch die Jugendzentrumsbewegung der 1970er Jahre in den Blick zu nehmen, sollen exemplarisch die Entwicklungen in der baden-württembergischen Kleinstadt Wertheim in den Jahren 1971 bis 1976 untersucht werden. Nach einem kurzen Überblick über die Ausgangsbedingungen und die Charakteristika der Bewegung in Wertheim wird in einem ersten Schritt aufgezeigt, wie die Jugendlichen das von ihnen angestrebte „selbstverwaltete Jugendhaus“ bereits vor dessen Einrichtung konstruierten, imaginierten und mit spezifischen Vorstellungen aufluden. In einem zweiten Schritt werden Prozesse der praktischen Aneignung von Räumen, aber auch die Konflikte und Aushandlungsprozesse in deren Konstitution analysiert. Als drittes soll das Jugendhaus als sozialer Raum, der von der Interaktion unterschiedlicher Gruppen von Jugendlichen geprägt wurde, in den Blick genommen werden.

Jugendzentrumsbewegung in Wertheim

An der Mündung der Tauber in den Main und nahe der Grenze zu Bayern liegt Wertheim in relativ großer Entfernung zu industriellen Ballungsgebieten und Großstädten wie Würzburg, Aschaffenburg und Frankfurt. Im Zuge der Gemeindegebietsreform und infolge von Eingemeindungen kam es nach 1970 zu einem sprunghaften Anstieg der Bevölkerungszahl – von 12.034 (1971) auf 21.371 (1975). Die Einwohnerschaft wuchs damit um rund drei Viertel, die Stadtfläche vergrößerte sich um das Siebenfache.⁵ An der Spitze der Stadtverwaltung stand seit den 1940er Jahren ein Bürgermeister mit SPD-Parteibuch – zwischen 1961 und 1981 der 1927 geborene Karl-Josef Scheuermann.⁶ In der Stadt existierten weder ein Jugendamt noch eine kommunale Jugendeinrichtung. In der Jugendarbeit ebenso wie im gesellschaftlichen Leben Wertheims dominierten die Vereine und Verbände.

Trotz der relativ großen räumlichen Distanz zu den Universitätsstädten fanden auch in Wertheim die Jugendrevolte und jugendliche Politisierung der Jahre um 1968 ihren Niederschlag. Mit gewisser zeitlicher Verspätung entstand eine Schüler-

³ Henri Lefebvre, Die Produktion des städtischen Raums, in: Arch+, 34:6, 1977, S. 52-57, hier: S. 52.

⁴ Vgl. Martina Löw, Raumsoziologie, Frankfurt a. M. 2001.

⁵ Vgl. Thomas Ellwein/Ralf Zoll, Wertheim. Politik und Machtstruktur einer deutschen Stadt, München 1982, S. 57 f.

⁶ Vgl. Main-Netz, 17.2.2012, www.main-netz.de/nachrichten/region/wertheim/wertheim/art4003,1996617 (zuletzt abgerufen am 21.4.2015).

bewegung, die im Winter 1969/70 im Protest gegen die Entlassung eines Lehrers am örtlichen Gymnasium und in Protesten gegen einen NPD-Parteitag kulminierte.⁷ Im Anschluss an diese Phase intensiver Mobilisierung thematisierten die Jugendlichen verstärkt das Fehlen eines eigenen Treffpunktes. Zeitweise war ein Jugendraum von einem Lehrer angemietet worden; zudem bildete sich eine erste Wohngemeinschaft in der Altstadt. Da es sich in beiden Fällen letztlich um Provisorien handelte, gründete sich im Winter 1970/71 aus der „Unabhängigen Schülerinitiative“ die „Aktion Jugendhaus“. Im Unterschied zu Jugendzentrumsinitiativen in den meisten anderen Klein- und Mittelstädten spielten politische Jugendorganisationen wie etwa die Jungsozialisten bei dieser Gründung keine Rolle; die Kerngruppe bildete vielmehr eine Clique parteiungebundener Jugendlicher, der neben Schülern und Schülerinnen auch Lehrlinge angehörten.⁸

In den folgenden fünf Jahren entwickelte sich die „Aktion Jugendhaus Wertheim“ zu einer von Ideen und Aktionsformen der „Spontis“ beeinflussten Gruppierung.⁹ 1971, 1973 und 1975 besetzte sie jeweils ein Haus, um ihre Forderung nach einem selbstverwalteten Zentrum zu untermauern. Voraus gingen diesen Hausbesetzungen Phasen, in denen sich die Initiative an die Stadt und die lokale Öffentlichkeit wandte: Unterschriften wurden gesammelt und symbolische Aktionen organisiert, um so auf das Fehlen eines Freizeittreffpunktes aufmerksam zu machen.¹⁰ Der Bürgermeister und der Gemeinderat standen den Bestrebungen der Gruppe weitgehend ablehnend gegenüber. Mit ihrem wiederholten Rückgriff auf die illegale Aktionsform der Hausbesetzung, die eher in Großstädten wie West-Berlin oder Frankfurt verbreitet war, stellte die „Aktion Jugendhaus“ im Vergleich zu anderen Jugendzentrumsinitiativen im ländlich-kleinstädtischen Raum eine Ausnahme dar.¹¹

Die erste, noch relativ spontan durchgeführte Hausbesetzung vom 19. Juni 1971 wurde nach mehreren Tagen freiwillig aufgegeben und die zweite, die am 10. März 1973 stattfand, bereits nach drei Tagen polizeilich geräumt. Erfolgreicher entwickelte sich die dritte Besetzungsaktion vom 7. März 1975. Es kam zu Verhandlungen

⁷ Vgl. Traum-A-Land, in: Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe, Nr. 8, Juni 1979, S. 22 f.

⁸ Interview des Verfassers mit Albert Herrenknecht, Wertheim, 26.1.2011.

⁹ Zu den „Spontis“ vgl. Sven Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014, S. 115-135; Wolfgang Kraushaar, Die Frankfurter Sponti-Szene. Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung, in: Archiv für Sozialgeschichte H. 44/2004, S. 105-121.

¹⁰ Vgl. Aktion Jugendhaus, Dokumentation. Die Geschichte der Aktion Jugendhaus ist eine Geschichte von Hausbesetzungen, Wertheim 1976.

¹¹ Vgl. David Templin, Freiräume vom Provinzalltag. Jugendzentrumsinitiativen im ländlich-kleinstädtischen Raum in den 1970er Jahren, in: Heike Kempe (Hrsg.), Die „andere“ Provinz. Kulturelle Auf- und Ausbrüche im Bodenseeraum seit den 1960er Jahren, Konstanz/München 2014, S. 299-326.

mit der Stadt, die den Jugendlichen eine zeitlich begrenzte Nutzung unter Auflagen gestattete. Was folgte, waren konfliktreiche Aushandlungsprozesse. Ein Brand zerstörte schließlich das Gebäude im März 1976 und beendete die Besetzung.¹² In den folgenden Jahren publizierten die Akteure ihre Erfahrungen aus sechs Jahren „Jugendhauskampf“ und setzten sich weiter für die Einrichtung eines Zentrums ein. 1978 schließlich stellte die Stadt einen Sozialarbeiter ein und beauftragte diesen mit der Planung eines Jugendhauses¹³ und am 6. Januar 1979 nahm ein städtisch gefördertes Jugendhaus seinen Betrieb auf. Zunächst mit relativ weitgehender Selbstverwaltung ausgestattet, wurde die Einrichtung 1981/82 in ein Kulturzentrum eingegliedert und die Selbstverwaltung zugunsten eines „weitgehende[n] Mitbestimmungsprogramm[s]“ aufgegeben.¹⁴

Räume der Selbstverwaltung: „der Versuch, sich die ‚ganze Welt‘ anzueignen“

In ihren Bemühungen um eigene Räume gingen die Jugendzentrumsinitiativen von ganz spezifischen Vorstellungen aus, was diese leisten und wie sie aussehen sollten. Entsprechende Überlegungen und Forderungen erfolgten in expliziter Abgrenzung von existierenden öffentlichen Freizeiteinrichtungen und -angeboten. Zur Leitidee der Bewegung avancierte rasch der Gedanke der Selbstverwaltung. 1971 waren die programmatischen Vorstellungen in Wertheim allerdings noch recht vage; im Flugblatt zur ersten Besetzung hieß es lediglich: „Ein Haus für die Jugend! Noch 3 Jahre auf der Straße? Ohne uns!“ Der Straße als Ort der Langeweile wurde das frisch besetzte Gebäude gegenübergestellt, das „als freies und selbstverwaltetes Jugendhaus allen Jugendlichen zur Verfügung“ stehen sollte.¹⁵

Ein Jahr später versuchte in einer Leserbriefdiskussion in den *Fränkischen Nachrichten* ein Sprecher der Initiative das eigene Verständnis von Selbstverwaltung zu verdeutlichen. Vorausgegangen war die Einführung einer Clubkarte in der Diskothek des evangelischen Gemeindezentrums – eine Maßnahme, auf die Jugendliche mit Protesten reagierten. Einer von ihnen, Hans Müller, beklagte für die Aktion Ju-

¹² Vgl. Aktion Jugendhaus, S. 25-30, S. 37-48, S. 60-91.

¹³ Vgl. Protokoll Gemeinderat Wertheim vom 16.10.1978, in: Stadtarchiv (StA) Wertheim, S Pr_195; vgl. ID. Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten, Nr. 268, 10.2.1979, S. 24 f.

¹⁴ Jugendhaus Rückschau 81/82, S. 0, S. 4, in: StA Wertheim, A 52 II, Teil 1, Nr. 51 (Zitat); Jugendhaus Wertheim (Hrsg.), Ich denk´ nicht übers Jugendhaus nach – ich geh´ rein. Erfahrungen, Beobachtungen, Erkenntnisse und Folgerungen aus über einem Jahr offener Jugendarbeit in Wertheim, Wertheim 1980, S. 7-9, in: StA Wertheim, Wf 23.

¹⁵ Flugblatt Aktion Jugendhaus, [19.6.1971], in: StA Wertheim, III, 1323. Die Wendung „freies, selbstverwaltetes Jugendhaus“ wurde auch in den folgenden Jahren von der Initiative gebraucht (vgl. Fränkische Nachrichten, 18.1. [1975], in: Aktion Jugendhaus, S. 56).

gendhaus, dass „die Jugend in Wertheim (...) immer wieder aus den Plätzen verdrängt [werde], in die sie sich ersatzweise hat zurückziehen müssen. Plätze, die ohnehin ungeeignet waren, engeren Kontakt unter den Jugendlichen zu ermöglichen.“¹⁶ Müller bekräftigte, dass auch „die unorganisierten Jugendlichen“ ein Recht darauf hätten, „ihre Freizeit selbst und unabhängig von Gruppeninteressen, Verbänden und Gönnern gestalten zu können.“ Dieser Abgrenzung gegenüber der Einbindung in die kirchliche Jugendarbeit folgte die Erläuterung der eigenen Vorstellungen: „Dazu sind Räume nötig, zu denen jeder Zutritt hat, wo man arbeiten und diskutieren kann und wo man sich auch ungezwungen und anonym treffen kann. Diese Funktionen kann nur ein freies und selbstverwaltetes Jugendhaus erfüllen (...)“, denn es gehe darum, so Müller, die Isolierung der Jugendlichen zu durchbrechen und Möglichkeiten zu schaffen, „sich sinnvoll zu betätigen“. Mit Rückgriff auf den Topos der „sinnvollen Freizeitgestaltung“ – ein bereits in den 1950er und 1960er Jahren von Pädagogen verwendeter Terminus – wandten sich die Jugendzentrumsinitiativen gegen kommerzielle Angebote und Diskotheken, die als konsumorientiert und kommunikationsfeindlich charakterisiert wurden. In ihrer Vorstellung von selbstverwalteten Zentren stellten die Aktivistinnen und Aktivisten Offenheit, Ungezwungenheit und die Möglichkeit zur Kommunikation der „Kontrolle“ und dem Bindungszwang in den Freizeit- bzw. Raumangeboten der Jugendverbände gegenüber.

Als die „Aktion Jugendhaus“ im Januar 1973 erneut mit Versammlungen und Aktionen an die Öffentlichkeit ging, versuchte sie die Schaffung eines Jugendhauses als „im allgemeinen Interesse liegend“ darzustellen. Argumentiert wurde mit dem Verweis auf das „Herumstehen am Brunnen und Marktplatz“, das „für Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen störend und lästig“ sei.¹⁷ Gaststätten und Diskotheken wiederum böten keine Möglichkeit, gemeinsamen Interessen nachzugehen, und stellten für viele Jugendliche eine finanzielle Belastung dar. In der *Wertheimer Zeitung* verdeutlichten Mitglieder der Initiative, dass die Nutzung solcher Räume für sie nur eine Notlösung darstelle: „Sie seien es satt‘, so sagen sie, ‚weiterhin in Kneipen und Diskotheken herumzusitzen und auf ihr Haus zu warten‘.“¹⁸ Im Gegensatz zu kommerziellen Angeboten sollte jenes eine „Stätte der ständigen Kommunikation“ sein und „Räume zur Selbstentfaltung“ bieten.¹⁹

Die Vorstellung eines Jugendhauses in Selbstverwaltung wurde von den Jugendlichen aber nicht nur in Abgrenzung zu bestehenden Angeboten formuliert, son-

¹⁶ Fränkische Nachrichten, 24.4.1972, in: Aktion Jugendhaus, S. 31 (auch die folgenden Zitate).

¹⁷ Wertheimer Zeitung, 13.1.1973, S. 16.

¹⁸ Wertheimer Zeitung, 26.2.1973, S. 15.

¹⁹ Fränkische Nachrichten, 14.2.1973, S. 18; Fränkische Nachrichten, 10.2.1975, in: Aktion Jugendhaus, S. 57.

dern auch in Form spezifischer Modelle konzipiert und ausgearbeitet. Ende März 1973 verabschiedete eine von rund 80 Jugendlichen besuchte Versammlung ein Organisationsmodell, das die angestrebte Selbstverwaltung konkretisieren sollte – in Form basisdemokratischer Entscheidungsstrukturen. Ein von der Aktion Jugendhaus zu gründender Trägerverein sollte mit der Stadt einen Nutzungsvertrag abschließen und die juristische Verantwortung übernehmen. Als Gremien der inneren Selbstverwaltung wurden die Vollversammlung aller Nutzerinnen und Nutzer, ein „Jugendhausrat“, der sich aus 15 gewählten Vertretern und Vertreterinnen und dem Vereinsvorstand zusammensetzen sollte, sowie drei Ausschüsse für Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit und Programmgestaltung bestimmt und in Form einer Grafik visualisiert.²⁰ Eine enge „Verzahnung von Beteiligung und Verantwortung“, so die „Aktion Jugendhaus“ in einem Leserbrief, charakterisiere die angestrebte Selbstverwaltung.²¹ In Diskussionen mit Stadtvertretern hoben die Jugendlichen zudem ihre Vorstellungen hinsichtlich der räumlichen Ausstattung eines künftigen Gebäudes hervor. So sollte unbedingt ein „Gemeinschaftsraum“ bzw. ein großer Raum für die Vollversammlungen eingerichtet werden; außerdem benötige man Räume für mindestens sechs Arbeitskreise.²² Im Unterschied zu Jugendzentrumsinitiativen in anderen Orten erstellte die Wertheimer Gruppe allerdings keinen detaillierten Raumnutzungsplan.

Nach dem Scheitern der drei Besetzungsversuche reflektierten die Wertheimer Aktivistinnen und Aktivisten im Frühjahr 1976 in einer Broschüre ihre bisherigen Aktivitäten. Dabei setzten sie sich u.a. mit der Idee der Selbstverwaltung auseinander und hoben deren Probleme, aber auch ihren potentiell systemüberwindenden Charakter hervor:

„Eine Insel, ein Freiraum ist unmöglich. Obwohl das Haus keine Insel sein kann, muss es doch in jedem Fall zu einer Gegeninstitution werden, in dem sich alternative Lebensweisen entwickeln können. Durch die Ausweitung dieses Ausgangspunktes zur Gegenöffentlichkeit können Ansätze geschaffen werden, die die ‚Keime‘ (Marx) einer neuen Gesellschaftsordnung bilden.“²³

Deutlich wird hier eine utopische Aufladung des Begriffs, die von der Rezeption marxistischer Theorien, aber auch durch die einsetzende Alternativbewegung geprägt war.²⁴ In 15 Thesen zur Selbstverwaltung führten die Autoren und Autorinnen diesen Gedanken näher aus: So sei Selbstverwaltung ein „Kampfbegriff gegen eine

²⁰ Vgl. Aktion Jugendhaus an Stadtverwaltung Wertheim (mit Anlagen), 29.3.1973, in: StA Wertheim, III, 1323; vgl. Wertheimer Zeitung, 31.3.1973, S. 18.

²¹ Fränkische Nachrichten, 22.2.1975, in: Aktion Jugendhaus, S. 24.

²² Vgl. Fränkische Nachrichten, 14./15.4.1973, S. 14.

²³ Aktion Jugendhaus, S. 5.

²⁴ Zu den „Vergemeinschaftungsräumen“ der linksalternativen Szene vgl. Reichardt, S. 572-625.

Gesellschaftsordnung“, deren Grundprinzip in der „Fremdherrschaft“ erblickt wurde; sie sei „Teil der Gegenbewegung, Weg und Ziel der neuen Gesellschaftsordnung“ und damit „der Versuch, sich die ‚ganze Welt‘ anzueignen, sich auszuweiten.“²⁵ Neben dieser Aufladung der Idee (und des zu schaffenden Raumes) mit revolutionären Aspirationen hoben die Jugendlichen jedoch auch die subjektive Dimension der Selbstverwaltung hervor. Als ein „Lernprozess, unser Leben anders zu gestalten, Herrschaft untereinander abzubauen, besser zueinander zu finden“, wurde dieser auch ein kulturrevolutionäres Moment zugesprochen, das den Alltag verändere. Kurz: Selbstverwaltung müsse „gelebt werden“.

In der utopischen Aufladung, die die Leitidee „Selbstverwaltung“ hier erhielt, klangen noch die Ideen der 68er-Revolte, die Gesellschaft ebenso wie das Individuum zu revolutionieren, nach. Entsprechend hohe Ansprüche und Erwartungen formulierten die Akteure an die zu schaffenden Räume – wenn auch einschränkend zu betonen ist, dass sicher nicht alle beteiligten Jugendlichen solche politisierten Vorstellungen gehegt haben dürften.

Aneignung von Räumen und konstitutive Aushandlungsprozesse

Die Wertheimer Hausbesetzungen waren Ausdruck einer Zuspitzung in der Auseinandersetzung über ein selbstverwaltetes Jugendzentrum; sie waren aber nicht die einzige Form, in der sich die Jugendlichen Raum aneigneten. Darauf weisen bereits die despektierlichen Charakterisierungen als „Eckensteher“ und „Brunnenhocker“ hin, über die sich die Jugendlichen beklagten.²⁶ Angesichts fehlender Gebäude wichen sie auf den öffentlichen Raum und Treffpunkte im Freien, beispielsweise am Main-Ufer, aus.²⁷ Zugleich kam es zur temporären und symbolischen Inbesitznahme des öffentlichen Raums durch die Bewegung – mit dem Ziel, öffentlich auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. 1971 brachte die Aktion Jugendhaus am Löwenbrunnen in der Altstadt ein Plakat mit der Aufschrift „unser Jugendhaus für die nächsten zwei bis drei Jahre“ an, um das Fehlen eines Gebäudes hervorzuheben.²⁸ In die gleiche Richtung zielte der demonstrative Bau einer „Mauer“ auf dem örtlichen Marktplatz im Februar 1973 durch 70 bis 100 Jugendliche – symbolisieren sollte diese „Mauer“ die erste von vier Wänden eines zukünftigen Jugendhauses.²⁹ Nicht bloß symbolisch vorweggenommen wurde die Praxis eines Jugendzentrums mit Musik- und Tanzveranstaltungen. Dafür mietete die Gruppe beispielsweise eine

²⁵ Aktion Jugendhaus, S. 16 (auch die folgenden Zitate).

²⁶ Vgl. Aktion Jugendhaus an Gemeinderat Wertheim, 8.6.1971, in: StA Wertheim, III, 1323.

²⁷ Vgl. ebd., S. 52.

²⁸ Main-Post, 18.6.1971, S. 9.

²⁹ Vgl. Wertheimer Zeitung, 14.2.1973, S. 14; Aktion Jugendhaus, S. 35.

Turnhalle an, in der vor hunderten Jugendlichen Beat- und Rockbands auftraten.³⁰ In solchen kulturellen Aktivitäten, die von politischen Mobilisierungsbemühungen begleitet wurden, zeigte sich die „Fusion von Politik und Kultur“, die für die Jugendzentrumsbewegung charakteristisch war.³¹

Mit den Hausbesetzungen eigneten sich die jugendlichen Aktivisten und Aktivistinnen leer stehende Gebäude an, die zumeist zum Abriss bestimmt waren. Während das erste besetzte Haus am Rande der Stadt im Ortsteil Alt-Bestenheid lag, handelte es sich bei den anderen um Gebäude in zentraler Lage in der Wertheimer Altstadt, die früher als fürstliches Rentamt und als Kindergarten genutzt worden waren.³² Die ersten Aktivitäten in den Häusern zeichneten sich durch drei Elemente aus: die Ausgestaltung der Räume, die emotionale Aufladung dieser Inbesitznahme und die Etablierung spezifischer Organisations- und Nutzungsstrukturen. So brachten die Hausbesetzer 1971 zunächst Transparente und Plakate am Gebäude an, um dessen Umfunktionierung zum selbstverwalteten Jugendhaus auch optisch zu signalisieren. Die Parole „Das ist unser Haus“ auf einem Transparent unterstrich 1975 ganz explizit diese Inbesitznahme.³³ Als erste Maßnahmen zur Einrichtung wurden Möbel organisiert, ein Büro hergerichtet, die Fassade gestrichen und die einzelnen Räume gesäubert – von „wahre(n) Putzkolonnen von Jugendlichen“, wie die lokale Presse 1971 anerkennend vermerkte.³⁴

Eine Hausbesetzung stellte zudem einen extrem gemeinschaftsstiftenden Akt dar; verbunden mit den ersten Aktivitäten war zumeist ein emotionales Hochgefühl der Beteiligten. Die Wertheimer Jugendhaus-Aktivistinnen und -Aktivistinnen charakterisierten dieses folgendermaßen: „So eine Hausbesetzung ist nicht nur ein spektakuläres Ereignis, mit dem der graue Alltag durchbrochen wird und endlich was los ist, sondern vor allem ein Befreiungsakt. In solch einem Haus wird alles das nachgeholt, was man sonst nicht tun darf oder tun kann.“³⁵ Dutzende Jugendliche übernachteten 1975 im besetzten Gebäude, eine „Dauer-Fest-Stimmung“, aber auch die Organisation von Nachtwachen und die damit verbundene Anspannung prägten

³⁰ Vgl. Wertheimer Zeitung, 12.3.1973, S. 15; Aktion Jugendhaus, S. 18 f., S. 59.

³¹ Damit knüpfte sie an die „Gegenkultur“ der Jahre um 1968 an; vgl. Detlef Siegfried, *Time Is On My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006, S. 429-644.

³² Vgl. Wertheimer Zeitung, 21.6.1971, S. 5; ebd., 15.3.1973, S. 11; Fränkische Nachrichten, 12.3.1973, S. 20; Aktion Jugendhaus, S. 52, S. 62. Für die dritte Besetzung wurde ein denkmalgeschütztes Haus ausgewählt (ebd.).

³³ Vgl. Fränkische Nachrichten, 8.3.1975, in: Aktion Jugendhaus, S. 62.

³⁴ Wertheimer Zeitung, 21.6.1971, S. 5; vgl. Fränkische Nachrichten, 21.6.1971, S. 18; ebd., 12.3.1973, S. 20; Main-Post, 21.6.1971, S. 13.

³⁵ Aktion Jugendhaus, S. 28 (Rechtschreibung korrigiert).

die ersten Tage der Besetzung.³⁶ Parallel dazu wurden Organisations- und Arbeitsstrukturen etabliert, von der Einberufung täglicher Vollversammlungen über die Bildung von Arbeitsgruppen, die sich mit Instandsetzungsarbeiten, kulturellen Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit beschäftigten, bis zur Erstellung von Hausordnungen. So versuchte man mit Nutzungsregeln wie dem Verbot des „Kiffens“ und der Ermahnung, Mofas abseits des Hauses zu parken, möglicher Strafverfolgung oder Anwohnerbeschwerden wegen Lärmbelästigung vorzubeugen.³⁷ Die hohen Erwartungen, die an das Selbstverwaltungsmodell geknüpft waren, erlitten in der Praxis der Vollversammlungen allerdings rasch erste Dämpfer: Beklagt wurden das Desinteresse vieler Nutzer und Nutzerinnen, die Reduzierung auf ein „Informationsforum“ und die Machtkämpfe zwischen den Aktiven. In der Rückschau resümierten die Hauptakteure dann 1976: „Glücklicherweise ist das Jugendhaus mehr als die Vollversammlung!“³⁸

Die städtischen Reaktionen auf die Besetzungen waren zunächst von Ablehnung geprägt, sowohl was die Raumforderung betraf als auch hinsichtlich des Gedankens der Selbstverwaltung.³⁹ Erst nach größeren Protesten und einer öffentlichen Debatte im Gefolge der Räumung des besetzten Hauses im März 1973 kam die Stadt den Jugendlichen einen Schritt entgegen. Der Gemeinderat offerierte der Initiative ein Haus im Ortsteil Alt-Bestenheid als „Experimentierfeld jugendlicher Selbstverwaltung“ sowie einen Zuschuss von 7.000 DM für die Renovierungsarbeiten – unter der Bedingung, ein Organisationsmodell und eine Hausordnung vorzulegen, die Jugendschutzgesetze einzuhalten und Verantwortliche zu benennen.⁴⁰ Die „Aktion Jugendhaus“ ging zunächst auf diese Bedingungen ein und erklärte, zur Übernahme der Trägerschaft einen Verein gründen zu wollen, lehnte das konkrete Haus dann jedoch ab. Die frühere Schmiede mit fünf Räumen wurde als ungeeignet, zu klein und als heruntergekommen, kurz: als „Bruchbude“, bewertet – eine Einschätzung, der sich auch die lokale Presse anschloss.⁴¹ Die ersten Verhandlungen zwischen Stadt und Initiative um ein Jugendhaus scheiterten damit nicht an den Auflagen,

³⁶ Vgl. ebd., S. 62, S. 40.

³⁷ Vgl. Protokoll der Vollversammlung vom 10.3.1975, in: Aktion Jugendhaus, S. 63; so auch die Ermahnung zur Hygiene: „In die Badewanne (...) sollte nicht geschiffert werden!!!“ (ebd., S. 69).

³⁸ Ebd., S. 15.

³⁹ Vgl. die in der Presse zitierte Aussage Scheuermanns bei einem Gespräch mit der Initiative: „Ein Haus, in dem Sie ohne Aufsicht sind, in dem es kein Ziel und keine Arbeit gibt?“, in: Fränkische Nachrichten, 14.2.1973, S. 18.

⁴⁰ Vgl. Fränkische Nachrichten, 21.3.1973, S. 22; ebd., 7./8.4.1973, S. 14 (Zitat).

⁴¹ Vgl. Wertheimer Zeitung, 31.3.1973, S. 18; ebd., 14.4.1973, S. 18; ebd., 18.5.1973, S. 16 (Zitat); ebd., 24.5.1973, S. 13; Fränkische Nachrichten, 1.6.1973, S. 14. Der Stadtbaumeister wies diese Kritik zurück und warf den Jugendlichen vor, zu „konstruktiven Leistungen“ nicht bereit zu sein (Wertheimer Zeitung, 14.6.1973, S. 13).

die den Jugendlichen gemacht wurden, sondern an der Frage des Gebäudes, das von der Stadt angeboten wurde – ein Angebot, das aus Sicht der Jugendlichen keines war.

Bei den Aushandlungsprozessen im Gefolge der dritten Besetzung, die ein Jahr währte, entzündete sich der Konflikt demgegenüber an den Modalitäten der Nutzung. Auch wenn die Stadtverwaltung die Hausbesetzer zunächst zur Räumung aufforderte, kam es nach wenigen Tagen zu Verhandlungen, bei denen die Stadt drei Bedingungen für eine „stillschweigende“ Tolerierung der Besetzung formulierte. Das Haus sollte von 22 bis 8 Uhr nicht betreten, Gesetze sollten eingehalten und die Nachbarschaft nicht belästigt werden.⁴² In den folgenden Monaten lehnte die „Aktion Jugendhaus“ diese Bedingungen zunächst als Eingriff in die Selbstverwaltung ab, um sie dann doch teilweise zu erfüllen. So entfernte sie Transparente und Parolen am Haus und kam damit einer weiteren vom Gemeinderat formulierten Auflage nach.⁴³ Zu einem zentralen Streitpunkt entwickelte sich neben der Frage der Schließungszeiten und Übernachtungen die Zusammensetzung des Trägervereins.

Während die Stadt ein Modell präferierte, bei dem sich der Verein paritätisch aus Vertretern und Vertreterinnen von Stadt und Initiative zusammensetzte, um so „eine bessere Kontrolle über die Verwendung der finanziellen Mittel zu haben“, forderte die „Aktion Jugendhaus“ ein rein von Jugendlichen besetztes Gremium. Als ergänzendes Korrektiv schlug sie die Einrichtung eines „Schlichtungsausschusses“ vor.⁴⁴ Am Rande kam auch die Einstellung eines Sozialarbeiters zur Sprache – eine Frage, bei der die „Aktion Jugendhaus“ auf einem Mitspracherecht bei der Auswahl beharrte.⁴⁵

Während dieses „Grabenkrieges“, wie die Jugendlichen die monatelangen Auseinandersetzungen rückblickend titulierten, tolerierte die Stadt die Besetzung und ließ sogar sanitäre Anlagen installieren.⁴⁶ Bürgermeister Scheuermann äußerte die Hoffnung, dass „dieses Experiment gelänge“, auch wenn der Rechtsbruch nachträglich nicht legalisiert werden könne, und der Gemeinderat beschloss, ein Ersatzgebäude im Sanierungsgebiet zu suchen.⁴⁷ Da die „Aktion Jugendhaus“ jedoch der Aufforderung, einen Verein zu gründen, nicht nachkam, unternahm die Stadt selbst

⁴² Vgl. Fränkische Nachrichten, 11.3.1975, in: Aktion Jugendhaus, S. 66; ebd., S. 64.

⁴³ Vgl. Aktion Jugendhaus, S. 74 f.

⁴⁴ Fränkische Nachrichten, 19.3.1973 und 24.3.1973, in: Aktion Jugendhaus, S. 71 f.

⁴⁵ Vgl. ebd.

⁴⁶ Vgl. Aktion Jugendhaus, S. 76.

⁴⁷ Vgl. Wertheimer Zeitung, 16.4.1975 (Zitat), in: Aktion Jugendhaus, S. 77; Fränkische Nachrichten, 26.3.1973, in: ebd., S. 73.

im November 1975 diesen Schritt.⁴⁸ Zwar wählten die Jugendlichen in der Folge Verbindungspersonen für den Kontakt zum Verein und legten eine Hausordnung vor, die Öffnungszeiten bis 24 Uhr vorsah. Auf einer Pressekonferenz im März 1976 warfen sie jedoch der Stadt vor, eine „Aushungerungsstrategie“ zu betreiben. Da diese das besetzte Haus kurz zuvor an eine Privatperson verkauft hatte, ein anvisiertes Ersatzgebäude jedoch erst im März 1977 zur Verfügung stünde, fühlte sich die Initiative „verraten und verkauft“.⁴⁹ Wenige Tage später brachen Unbekannte in das Haus ein und verwüsteten es; eine Woche darauf kam es aus ungeklärten Gründen zu einem Brand, der das Gebäude unbenutzbar machte.⁵⁰ Die Aussicht auf die Einrichtung und städtische Förderung eines selbstverwalteten Jugendhauses war damit zunächst gestorben.

Das Jugendhaus als Kommunikations- und Interaktionsraum

Das besetzte Jugendhaus war nicht bloß von den Aushandlungen und dem Kräfteverhältnis zwischen Stadt und Initiativgruppe geprägt, die sich in spezifischen Nutzungsbestimmungen niederschlugen. Es konstituierte auch einen sozialen Raum, in dem Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Herkunftsmilieus, Altersgruppen und Nationalitäten zusammentrafen und interagierten. Diesen Aspekt strich die Wertheimer Initiativgruppe heraus, wenn sie betonte, dass „nicht das Gebäude zählt, sondern das, was in ihm geschieht – die Beziehungen der Leute zueinander.“⁵¹ Das Bedürfnis nach alternativen Formen der Vergemeinschaftung wird in einem Gedicht aus den Reihen der Initiative von 1973 deutlich, in dem erklärt wurde: „Unser Haus soll keine Kleinfamilie sein, sondern eine große Familie.“⁵² Die Zielvorstellung eines „Kontaktzentrums“ schien sich zumindest in den ersten Tagen einer Besetzung zu erfüllen, wenn enthusiastisch hervorgehoben wurde, dass „man mit Leuten, zu denen man vorher überhaupt keine Beziehung hatte, Kontakt bekam.“⁵³

Bei den Nutzern der besetzten Jugendhäuser handelte es sich wohl primär um Schüler und Schülerinnen, auch wenn „Lehrlinge und Jungarbeiter genauso wie

⁴⁸ Vgl. Aktion Jugendhaus, S. 78 (Zitat), S. 84. Der Verein bestand aus Vertretern der Stadt und des Stadtjugendringes; er sollte die Zusammenarbeit mit „einem Selbstverwaltungsgremium der Jugendlichen“ suchen und „die Selbstverwaltung im Jugendhaus (...) fördern und (...) unterstützen“ (Wertheimer Zeitung, 26.11.1975, in: ebd.).

⁴⁹ Wertheimer Zeitung, 6.3.1975, in: Aktion Jugendhaus, S. 89.

⁵⁰ Vgl. Aktion Jugendhaus, S. 90 f.

⁵¹ Ebd., S. 5.

⁵² Ebd., S. 37.

⁵³ Ebd., S. 6.

Gastarbeiter“ diese ebenfalls besuchten.⁵⁴ Insbesondere das Verhalten von „Gastarbeiterkindern“ im Haus wurde von den Aktivistinnen und Aktivisten als „Problem“ identifiziert, mit dem ein behutsamer Umgang gefunden werden sollte: „Sich um die Kinder kümmern; nicht aufpassen, sondern mitarbeiten lassen; über Geld (Klaunen) mit ihnen reden; ihre soziale Herkunft berücksichtigen“, hieß es mit einem leicht paternalistischen Unterton im Protokoll einer Vollversammlung im März 1975.⁵⁵ Mit Blick auf die unterschiedlichen Altersgruppen wurde im Rückblick herausgestrichen, dass sich auch „jüngere“ Jugendliche eigenmächtig einen Raum eingerichtet hätten.⁵⁶

Die Heterogenität der Nutzer und Nutzerinnen brachte jedoch auch Probleme mit sich: Betrunkene und randalierende Jugendliche verursachten Zerstörungen und provozierten Schlägereien in den Häusern. Die Clique der Aktiven kapselte sich ab und eine Kluft zwischen politischen und unpolitischen Jugendlichen bildete sich heraus – die Aktiven sprachen von einer Spaltung in die sogenannten „Politiker“, die sich als Teil der Jugendzentrumsbewegung verstünden, und die „Pilsfraktion“, die das Haus in erster Linie als Aufenthaltsraum und zum Alkoholkonsum nutzte. Sie beklagten sich über Jugendliche, „denen jedes Gefühl und damit wahrscheinlich auch jedes Interesse am Haus abging.“⁵⁷ Das Problem, dass sich nur wenige um die Sauberkeit des Hauses kümmerten, kam regelmäßig auf Versammlungen zur Sprache, ohne dass sich etwas änderte.

Mit diesen inneren Konflikten und Problemen, die sich im Alltag des besetzten Raumes herauskristallisierten und die sich in zahlreichen anderen (nicht besetzten) selbstverwalteten Jugendzentren dieser Jahre wiederfinden lassen, wurde die Selbstverwaltung als basisdemokratisches, von allen Nutzerinnen und Nutzern getragenes Organisationsprinzip tendenziell in Frage gestellt. Die Hauptakteure sahen sich „in die Macher-Rolle gedrängt“ und zeigten sich frustriert von der Aussicht, weiterhin „Aufpasser zu spielen, Ersatz-Hausmeister, Putzfrau und Hilfs-Sozialarbeiter zu sein.“⁵⁸ Trotz solcher Desillusionierungen hielt die Initiativgruppe aber auch nach dem Scheitern der dritten Besetzung am Leitbild der Selbstverwaltung fest.

⁵⁴ Ebd., S. 40. In den Fränkischen Nachrichten, 14.3.1973, S. 18, wurde demgegenüber das Bedauern der Jugendlichen dokumentiert, dass „nur Real- und Oberschüler den Weg ins Jugendhaus gefunden haben.“

⁵⁵ Protokoll der Vollversammlung vom 10.3.1975, in: Aktion Jugendhaus, S. 63.

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 40.

⁵⁷ Ebd., S. 5 (Zitat), S. 17. Vgl. Die „innere“ Geschichte der Aktion Jugendhaus, „Jugendhausalltag zwischen Alltagselend und Alltagsk(r)ampf“. 1 Jahr Erfahrung 7.3.75 – 22.3.76 mit Selbstverwaltung, [1977], S. 8, in: Archiv der deutschen Jugendbewegung (AdjB), A202, Nr. 902.

⁵⁸ Die „innere“ Geschichte der Aktion Jugendhaus, S. 9, in: AdjB, A202, Nr. 902.

Fazit

Mit der Jugendzentrumsbewegung kam es in den 1970er Jahren zu einer deutlichen Politisierung des Bestrebens Jugendlicher nach selbstbestimmten Freizeiträumen; lokalpolitische Konflikte, die etliche Klein- und Mittelstädte der Bundesrepublik mitunter über Jahre beschäftigten, waren die Folge. Letztlich erhöhte sich in der Hochphase der Bewegung die Zahl an Jugendfreizeitheimen in Westdeutschland um 60 Prozent, begleitet von der Durchsetzung der offenen Jugendarbeit im ländlich-kleinstädtischen Raum.⁵⁹

In den Jugendzentrumsinitiativen entwickelten Jugendliche – vor allem Schüler und Schülerinnen, aber auch Lehrlinge – eigene Vorstellungen von Räumen „in Selbstverwaltung“, die mit utopischen Hoffnungen aufgeladen und in Form konkreter Raum- und Organisationsmodelle geplant wurden. Die Praxis der Gruppenbewegte sich dabei zwischen dem Appell an die Stadt einerseits und der eigenmächtigen Aneignung von Raum andererseits – sei es des öffentlichen Raums für symbolische Protestaktionen oder leer stehender Gebäude, die durch Hausbesetzungen zu Jugendhäusern umfunktioniert wurden. Bei selbstverwalteten Jugendzentren handelte es sich zumeist um prekäre und instabile Raumkonfigurationen, was zum einen durch die Konflikte zwischen kommunalen Behörden und jugendlichen Initiativgruppen zu erklären ist, aber auch durch die Probleme, die die innere Selbstverwaltung, die Heterogenität der Besucherschaft sowie generationelle Wechsel mit sich brachten. Bei besetzten Häusern waren diese Merkmale aufgrund ihres illegalen Status noch ungleich stärker ausgeprägt. Der Großteil der besetzten Häuser wurde nach wenigen Stunden oder Tagen geräumt; insofern stellten die Wertheimer Aushandlungsprozesse des Jahres 1975/76 auch in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar.⁶⁰

Auch wenn sich diese Prozesse im Kontext einer Besetzung vollzogen, lässt sich das gezeichnete Bild der Konflikte um die Modalitäten der Raumkonstitution und -nutzung – Fragen des Gebäudes und Standortes, der Öffnungszeiten, der Trägerschaft und juristischen Absicherung, der pädagogischen Betreuung sowie der Reichweite und Grenzen jugendlicher Selbstverwaltung – verallgemeinern, da sie sich in ähnlicher Form auch in zahlreichen anderen Städten abspielten. Die Konstituierung und Etablierung eines selbstverwalteten Jugendzentrums setzte letztlich erfolgrei-

⁵⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Fachserie K: Öffentliche Sozialleistungen. Reihe 2: Öffentliche Jugendhilfe 1968, Stuttgart/Mainz 1969, S. 23; Ders. (Hrsg.): Fachserie 13: Sozialleistungen. Reihe 6: Öffentliche Jugendhilfe 1976, Stuttgart/Mainz 1978, S. 13, S. 72; vgl. Templin, Freiräume, S. 317-319.

⁶⁰ Für die Jahre 1971 bis 1974 konnte ich 48 Hausbesetzungen im Kontext der Jugendzentrumsbewegung identifizieren, darunter lediglich 14 in Mittel- und fünf in Kleinstädten – zwei davon in Wertheim (Datenbank des Verfassers zur „Jugendzentrumsbewegung 1970-1982“).

che Aushandlungsprozesse zwischen Stadtverwaltung und Initiativgruppe voraus – Prozesse, die in Wertheim mehrfach scheiterten und erst 1978/79 zum Erfolg führen sollten.

David Templin, Wiss. Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg, templin@zeitgeschichte-hamburg.de

S E B A S T I A N H A U M A N N

Hausbesetzungen und kommunale Jugendpolitik am Beispiel der Stadt Hilden Anfang der 1980er Jahre

Mit den Hausbesetzungen der 1970er und 1980er Jahre wurde und wird eine ganze Reihe von urbanen Konfliktfeldern in Verbindung gebracht: so unter anderem die Auseinandersetzungen um „Kahlschlagsanierungen“, die „neue Wohnungsnot“ und Konflikte um Freiräume des links-alternativen Milieus.¹ Zwischen Spätsommer 1980 und 1982 kam es zu einer regelrechten Welle von Besetzungen, auf deren Höhepunkt fast 600 besetzte Gebäude gezählt wurden. Das auffälligste Merkmal dieser Welle von Hausbesetzungen war, dass sie nicht auf die üblichen Hochburgen des links-alternativen Protests beschränkt blieb, sondern die Bundesrepublik nahezu

¹ Vgl. Thomas Stahel, *Wo-Wo-Wonige! Stadt- und wohnpolitische Bewegungen in Zürich nach 1968*, Diss. Zürich 2006; Freia Anders, *Wohnraum, Freiraum, Widerstand. Die Formierung der Autonomen in den Konflikten um Hausbesetzungen Anfang der achtziger Jahre*, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa, 1968-1983*, Göttingen 2010, S. 473-498; Carla MacDougall, *In the Shadow of the Wall. Urban Space and Everyday Life in Kreuzberg*, in: Timothy S. Brown (Hrsg.), *Between the Avant-Garde and the Everyday. Subversive Politics in Europe from 1957 to the Present*, New York 2011, S. 154-173; Sabine Bieri, *Vom Häuserkampf zu neuen urbanen Lebensformen. Städtische Bewegungen der 1980er Jahre aus einer raumtheoretischen Perspektive*, Bielefeld 2012; Alexander Sedlmaier, *Consumption and Violence. Radical Protest in Cold-War West Germany*, Ann Arbor 2014, S. 207-211.

flächendeckend erfasste. Die Liste von Städten, in denen das Bundeskriminalamt im August 1981 Besetzungen verzeichnete, umfasste z.B. Kommunen wie Bergneustadt, Buxtehude, Goslar, Leonberg, Memmingen oder Hilden.² Hausbesetzungen als charakteristisches mittel- und kleinstädtisches Phänomen lassen sich jedoch nur unzureichend mit den genannten urbanen Konfliktfeldern erklären. In der Breite, in der sich zwischen 1980 und 1982 eine veritable Hausbesetzerbewegung in der Bundesrepublik ausbreitete, war sie in erster Linie eine Auseinandersetzung um Jugendpolitik.³

Die Auseinandersetzung um Jugendpolitik in den Kommunen hatte zwei Dimensionen, die sich wechselseitig verstärkten und in den Konflikten um besetzte Häuser kulminierten: Erstens stand das qualitativ und quantitativ unzureichend empfundene Angebot der Jugendarbeit von Jugendzentren bis zur Heimerziehung zur Debatte. Zweitens spitzte sich in den Hausbesetzerkonflikten auch eine Kontroverse über die Anrechte und die gesellschaftliche Rolle der Jugend zu. Dem lag ein fundamentaler Wandel der Erziehungsziele, aber auch des Selbstverständnisses der Jugendlichen selbst zu Grunde. Zum einen entdeckten Gruppen aus dem Umfeld der Studentenbewegung die Jugendpolitik als Aktionsfeld. Zum anderen wurde die Jugendpolitik wie kaum ein anderes Politikfeld von gesellschaftspolitischen Reformen erfasst. Die Vorstellung von der gesellschaftlichen Rolle der Jugend machte sich stärker als je zuvor an Selbstbestimmung und politischer Mündigkeit fest.⁴

Als originärer Zuständigkeitsbereich der Kommunen stand die Jugendpolitik seit den späten 1960er Jahren unter Veränderungsdruck. Gerade kleine und mittelgroße Kommunen stellte das vor enorme Herausforderungen. Diese mobilisierten selten die nötigen Ressourcen, um den wachsenden Ansprüchen gerecht zu werden. Dem

² Vgl. Bundeskriminalamt, Hausbesetzungen und damit zusammenhängende Demonstrationen, 31.8.1981, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, NW 474, 133; Sven Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Frankfurt a. M. 2014, S. 501 f.

³ Vgl. Detlef Siegfried, „Einstürzende Neubauten“. Wohngemeinschaften, Jugendzentren und private Präferenzen kommunistischer „Kader“ als Formen jugendlicher Subkultur, in: Archiv für Sozialgeschichte H. 44/2004, S. 39-66; David Templin, Freiräume vom Provinzalltag. Jugendzentrumsinitiativen im ländlich-kleinstädtischen Raum in den 1970er Jahren, in: Heike Kempe (Hrsg.), Die „andere“ Provinz. Kulturelle Auf- und Ausbrüche im Bodenseeraum seit den 1960er Jahren, Konstanz 2014, S. 299-326.

⁴ Vgl. Julia Ubbelohde, Der Umgang mit jugendlichen Normverstößen, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung, 1945-1980, Göttingen 2002, S. 402-435; Reinhard Uhle, Pädagogik der siebziger Jahre. Zwischen wissenschaftsorientierter Bildung und repressionsarmer Erziehung, in: Werner Faulstich (Hrsg.), Die Kultur der siebziger Jahre, München 2004, S. 49-63; Sven Steinacker, „... daß die Arbeitsbedingungen im Interesse aller verändert werden müssen!!!“. Alternative Pädagogik und linke Politik in der sozialen Arbeit der sechziger und siebziger Jahre, in: Reichardt/Siegfried, Das alternative Milieu, S. 353-374.

zugrunde lagen oft – dies womöglich ausgeprägter als in Großstädten – erhebliche Beharrungskräfte, die die Jugendpolitik an traditionellen Vorstellungen der gesellschaftlichen Rolle von Jugend ausrichteten und Veränderung erschwerten.⁵ Ein Großteil der Hausbesetzungen der Jahre 1980 bis 1982 ist in das Spannungsfeld aus reformerischen Impulsen und Politisierung der Jugendlichen einerseits und der diesen Ansprüchen hinterherhinkenden Jugendpolitik in Klein- und Mittelstädten andererseits einzuordnen. Am Beispiel der insgesamt sechs aufeinander folgenden Besetzungen, die in diesen Jahren in der rheinischen Stadt Hilden mit ihren 50.000 Einwohnern stattfanden⁶, soll im Folgenden exemplarisch gezeigt werden, wie die Besetzungen in die umstrittene kommunale Jugendpolitik eingebettet waren.

Kommunale Jugendarbeit als umstrittenes Feld

Im August 1980 kam es zu einer ersten Hausbesetzung in Hilden, eines Gebäudes in der Klotzstraße. Deren Vorgeschichte reichte bis in das Jahr 1974 zurück.⁷ In diesem Jahr hatte eine Gruppe um den 16-jährigen Schüler Klaus-Dieter Bartel eine Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum gegründet. In einem offenen Brief beklagten die Mitglieder dieser Gruppe, dass das Freizeitangebot für Jugendliche zu gering und falsch konzeptioniert sei. Das bestehende kommunale „Haus der Jugend“ beschrieben sie als „dürftige[s], phantasielose[s], über die Köpfe der Betroffenen hinweg verordnete[s] Sach- und Raumangebot. (...). Vor allem (...) bleibt nichts anderes übrig, als sich diesem starren Programm zu unterwerfen. (...) Es besteht eine vollständige Abhängigkeit von der Heimleitung.“⁸ Das als autoritär charakterisierte kommunale Angebot schien den Zielen einer zeitgemäßen Jugendpolitik zu widersprechen, die Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung fördern sollte.⁹ Das sahen Mitglieder der oppositionellen SPD-Stadtratsfraktion genauso. Die Sozialdemokraten konstatierten, dass die Ratsmehrheit aus CDU und FDP nicht den nötigen Reformwillen in der Jugendpolitik erkennen lasse. Demgegenüber beurteilten sie das Engagement der Jugendzentrumsinitiative wohlwollend und nahmen es

⁵ Vgl. Heike Kempe (Hrsg.), Die „andere“ Provinz. Kulturelle Auf- und Ausbrüche im Bodenseeraum seit den 1960er Jahren, Konstanz 2014.

⁶ Für einen Überblick über die Dynamik der Proteste in Hilden vgl. Sebastian Haumann, Hausbesetzungen 1980-1982 in Hilden. Möglichkeiten der Mikroforschung für die Protestgeschichte, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen H. 34/2005, S. 155-172.

⁷ Vgl. „Ohne jeden Zwischenfall“, in: Rheinische Post (RP), 4.8.1980.

⁸ Initiative Selbstverwaltetes Jugendzentrum, Offener Brief, 1974, Stadtarchiv Hilden (StAH), Hängeregister, „Jugendarbeit, Bd. 2“.

⁹ Zur Jugendzentrumsbewegung vgl. den Beitrag von David Templin in diesem Heft und: David Templin, Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, Göttingen 2015.

zum Anlass, ebenfalls mit der Forderung nach Umbau und Ausweitung der Jugendarbeit an die Öffentlichkeit zu treten.¹⁰

Auch in den zuständigen Ämtern der Stadt gab es durchaus ein Bewusstsein für die Notwendigkeit, das Konzept der städtischen Jugendarbeit zu verändern.¹¹ Gemeinsam mit Vertretern der Jugendzentrumsinitiative führte der Jugendwohlfahrtsausschuss des Stadtrates sogar eine Besichtigungsfahrt in nahegelegene selbstverwaltete Jugendzentren durch. Dabei wurde festgestellt, dass diese Zentren „verantwortungsbewusst“ von Jugendlichen selbst geführt würden und sich sogar dem hohen Anspruch stellten, auffällige und aggressive Jugendliche zu integrieren.¹² Der Selbstverwaltung wurde therapeutisches und pädagogisches Potenzial zugeschrieben, und zwar auch von reformbereiten SPD-Politikern und Jugendarbeitern in kommunalen Diensten.

Entsprechende Forderungen bezogen sich zunehmend nicht mehr nur auf ein Jugendzentrum, sondern auch auf selbstverwaltete Wohngruppen als Alternative zur Heimerziehung. Reformorientierte Stimmen in der Sozialpädagogik hatten sich seit den frühen 1970ern mit der Vorstellung, dass das Zusammenleben in offenen und selbstverwalteten Hausgemeinschaften pädagogisch sinnvoll sei, im professionellen Diskurs weitgehend durchgesetzt. Wohnprojekte, die sich an der eigenständigen Organisation des Alltags und der Mitbestimmung durch Jugendliche orientierten, ersetzten als Ideal die in die Kritik geratene Erziehung in Heimen. Immer wieder spielten bei der Beschaffung solchen Wohnraums Hausbesetzungen eine Rolle, die zum Teil von den Stadtverwaltungen in Kauf genommen und geduldet wurden¹³ – so auch in Hilden.

Auf die nur wenige Tage andauernde und rein symbolische Besetzung des Gebäudes in der Klotzstraße folgte im April 1981 die Besetzung eines Hauses in der Marktstraße. Mit dieser Aktion verfolgten die Aktivisten der Jugendzentrumsinitiative um Bartel, der inzwischen Student an der erziehungswissenschaftlich-heilpädagogischen Fakultät der Universität Köln war, eine andere Strategie. Sie organisierten in dem besetzten Gebäude eine Wohngruppe für Jugendliche mit sozialen Pro-

¹⁰ Vgl. „Stadthalle jetzt bauen?“, in: RP, 25.8.1975; „Gewalt verurteilt“, in: RP, 1.11.1978; Templin, Freiräume vom Provinzalltag, S. 305.

¹¹ Vgl. Stadt Hilden, Niederschrift der Sitzung des JWA vom 4.12.1974; „Mach' was aus deiner Freizeit“, in: RP, 30.1.1975; vgl. Christian Heppner, Von der „Stadtkrone“ zum Jugendfreizeitheim. Integrations- und Desintegrationsprozesse in der Gründungsphase eines Kommunikationszentrums in Garbsen, in: Adelheid von Saldern (Hrsg.), Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten, Stuttgart 2006, S. 328-349.

¹² Vgl. Stadt Hilden, Kurzniederschrift über eine Besichtigungsfahrt, 22.7.1974, StAH, Hängeregister, „Jugendarbeit, Bd. 2“.

¹³ Vgl. Ubbelohde, Umgang, S. 428-432; Steinacker, Alternative Pädagogik, S. 366-371; Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 405-408.

blemen.¹⁴ Anders als in der Klotzstraße verließen die Besetzer das Haus dann auch nicht freiwillig, sondern forderten von der Stadt im Gegenzug Räumlichkeiten, in denen ihre Wohngruppe weiter bestehen konnte. Die Besetzer argumentierten mit dem sozialpädagogischen Wert ihrer im besetzten Haus verwirklichten Wohngemeinschaft.¹⁵ Wieder sekundierte die SPD, indem sie betonte, dass sozialpädagogische Wohngruppen notwendig seien, die Stadt aber bisher kein vergleichbares Angebot bereithalte und die Initiative der Besetzer daher zu unterstützen sei. Ratsmitglied Schneller meinte gar, die städtische Jugendpolitik habe die Einrichtung derartiger Wohngruppen verschlafen und deren Notwendigkeit sei durch die Dramaturgie der Besetzung endlich ins politische Bewusstsein gerufen worden.¹⁶

In gleicher Weise schaltete sich auch die in Hilden lebende Professorin am Fachbereich Sozialpädagogik der FH Düsseldorf, Gisela Losseff-Tillmanns, in die Debatte ein. Losseff-Tillmanns organisierte einen Patenkreis aus Hildener Bürgerinnen und Bürgern, der für die sozialpädagogische Sinnhaftigkeit der im besetzten Haus entstandenen Wohngruppe bürgen sollte. In einem pädagogischen Rahmenkonzept, das die Paten vorlegten, hoben sie das Potenzial von selbstverwalteten Wohngruppen hervor: Solche Freiräume böten Jugendlichen mit sozialen Problemen die Chance, sich zu stabilisieren und eigenverantwortliches Handeln in der Gruppe zu erlernen.¹⁷ Gerade die jugendlichen Hausbesetzer hätten das Vertrauen in die Gesellschaft und die Institutionen der Jugendhilfe verloren. Die Schuld für die Probleme der Jugendlichen wurde dabei in der Gesellschaft gesucht, da sie Jugendliche mit abweichendem und auffälligem Verhalten ausgrenze.¹⁸ Selbstverwaltete Wohngruppen, die in den besetzten Häusern entstanden seien, böten die einzige Möglichkeit, diese Jugendlichen zu erreichen und wieder zu integrieren, denn nur so könne „dem jungen Erwachsenen die Möglichkeit gegeben werden, in weitestgehend selbstgestalteter Lebenspraxis eine schützende Distanz zu den Ursachen seiner bisherigen gesellschaftlichen Fehlintegration zu entwickeln und neue Formen der

¹⁴ Vgl. „Dann müssen die mich schon raustragen“, in: Westdeutsche Zeitung (WZ), 7.4.1981; Telefonat Eckerth vom 7.4.1981, StAH, Dez. I, Amt 10, Ablief. 9.2.1983 P1, „Hausbesetzung: Markt 11“ (im Folgenden: StAH, I, 10 „Markt“).

¹⁵ Vgl. die Erklärung der Instandbesetzer an die Stadtverwaltung, April 1981, StAH, I, 10 „Markt“.

¹⁶ Vgl. SPD-Ortsverein/SPD-Ratsfraktion, Offener Brief, 15.4.1981, StAH, I, 10 „Markt“; Stadt Hilden, Niederschrift der Sitzung des JWA und des Ausschusses für Wohnungs- und Obdachlosenwesen vom 11.5.1981.

¹⁷ Vgl. Förderverein Jugendwohnhaus e.V., Pädagogisches Rahmenkonzept für das Projekt Jugendwohnhaus in Hilden, StAH, Hängeregister, „Benrather Str.: Hausbesetzung“; Werner Lindner, Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn, Opladen 1996, S. 366.

¹⁸ Vgl. Leserbrief Gisela Losseff-Tillmanns, in: RP, 28.1.1982.

Konfliktbewältigung auf der Basis von realitätsbezogenem, selbstverantwortlichem Handeln ohne administrativen Überbau zu erarbeiten und umzusetzen.“¹⁹

Auf der Grundlage dieser sozialpädagogischen Prämissen gründete die Gruppe um Losseff-Tillmanns dann einen „Förderverein Jugendwohnhaus“, der sich zum Ziel setzte, die Besetzung in ein jugendpolitisches Pilotprojekt zu überführen.²⁰

Der professionelle Diskurs innerhalb der Sozialpädagogik, auf dem das Engagement Losseff-Tillmanns gründete, beeinflusste deutlich auch das Handeln des Hildener Jugendamtes. Schon wenige Tage nach der Besetzung in der Marktstraße hatten Mitarbeiter des Jugendamtes das Gespräch mit den Besetzern gesucht.²¹ Die Gespräche und die folgenden Aktivitäten des Jugendamtes deuten auf das Bestehen eines starken Interesses hin, selbstverwaltete sozialpädagogische Wohngruppen zu fördern und aus der Illegalität der Besetzung herauszuführen. Angeregt durch den professionellen Diskurs in der Sozialpädagogik wollte man alternative Formen der Jugendarbeit erproben, die in der konservativ dominierten Kommunalpolitik Hildens ohne den öffentlichen Druck der Hausbesetzung wahrscheinlich nicht durchzusetzen gewesen wären.²²

Jedenfalls führten Mitarbeiter des Jugendamtes nicht nur Gespräche mit den Besetzern, sondern suchten auch nach Räumlichkeiten für ein Wohnprojekt der Besetzer. Besonderes Augenmerk richtete sich dabei auf eine weitere zum Abriss vorgesehene Häusergruppe in der Benrather Straße.²³ Die Vorarbeit des Jugendamtes und der öffentliche Druck, das sozialpädagogische Angebot der Kommune zu reformieren, führten schließlich dazu, dass die Ratsmehrheit aus CDU und FDP – freilich erst nach der Räumung des besetzten Hauses in der Marktstraße – nachgab und im Mai 1981 der vorübergehenden Einrichtung selbstverwalteter Wohngruppen in der Benrather Straße zustimmte. Ausdrücklich bestand die Ratsmehrheit aber darauf, dass sich das Angebot ausschließlich an Jugendliche in akuten Gefährdungssituationen richtete und die sozialpädagogische Betreuung der Wohngruppen sichergestellt war.²⁴ Noch im Juni zogen die ersten Jugendlichen in die Wohnungen an der Benrather Straße ein. Nach einigen Monaten konstatierte etwa der Ortsverband der Ar-

¹⁹ Förderverein Jugendwohnhaus, Pädagogisches Rahmenkonzept.

²⁰ Vgl. „Förderverein Jugendwohnhaus‘ gegründet“, in: RP, 27.5.1982.

²¹ Vgl. Jugendamt, Gespräch Marktstr. 11, 6.4.1981; und: Jugendamt, Gespräch mit den „Instandbesetzern“, 7.4.1981; alles in: StAH, Dez. V, Amt 51, Ablief. 12.10.1993 P117, „Notwohnungen“ (im Folgenden: StAH, V, 51 „Notwohnungen“).

²² Vgl. Brief Jugendberatung/Teestube an Jugendamt, 8.2.1982, StAH, V, 51 „Notwohnungen“; vgl. Templin, Freiräume vom Provinzalltag, S. 318 f.

²³ Vgl. Stadt Hilden: Niederschrift der Sitzung der Verwaltungskonferenz vom 28.4.1981.

²⁴ Vgl. Stadt Hilden, Sitzungsvorlage 51/68, 15.5.1981; Stadt Hilden, Niederschrift der Ratssitzung vom 9.9.1981.

beiterwohlfahrt, dass das selbstverwaltete Wohnprojekt in den Häusern an der Benrather Straße einen großen pädagogischen Erfolg darstelle und viele Jugendliche ihre Probleme durch größtmögliche Eigenständigkeit hätten lösen können.²⁵ Das Jugendamt stellte später die gelungene Kombination des Wohnprojekts mit der Drogenberatung heraus: Auf diese Weise könne sichergestellt werden, dass drogengefährdete Jugendliche ihre Lebenssituation stabilisierten und sich auf die angebotene Hilfe einließen.²⁶

Das jugendpolitische Experiment schien sich also erfolgreich zu entwickeln. Auch die ehemaligen Besetzer, die nun in der Benrather Straße lebten, äußerten sich positiv über die Hilfsangebote der betreuenden Jugendarbeiter.²⁷ Tatsächlich wurde das Angebot stark nachgefragt, und immer mehr Jugendliche aus dem Umfeld der ehemaligen Besetzer meldeten sich, um Wohnraum in der Benrather Straße zu erhalten.²⁸ Schon im September 1981 zeichnete sich jedoch ab, dass der Zuzug von Jugendlichen in die Gebäude außer Kontrolle geraten würde. Im Dezember verhängte die Stadt einen Aufnahmestopp, aber den 21 offiziell betreuten Jugendlichen zogen weitere unerlaubterweise nach.²⁹ Der konservativen Ratsmehrheit bot diese Entwicklung den Anlass, das Experiment abzubrechen und die Wohngruppen in der Benrather Straße zum März 1982 aufzulösen. Die Sozialpädagogin Losseff-Tillmanns lamentierte daraufhin, „all die ersten Anstrengungen der Jugendlichen, wieder Selbstvertrauen, Eigenständigkeit und Perspektiven zu gewinnen, w[e]rden ad Absurdum geführt. Das [muss] bei diesen Betroffenen den Eindruck verstärken, dass unsere Gesellschaft, hier die Stadt Hilden, die Probleme solcher Jugendlicher nicht ernst nimmt.“³⁰ Die Jugendlichen, die inzwischen in der Benrather Straße lebten, ignorierten die Aufforderungen der Stadt, die Gebäude zu verlassen. Sie blieben – als Besetzer.

Die umstrittene gesellschaftliche Rolle der Jugend

Der anhaltende illegale Zuzug von Jugendlichen in die selbstverwalteten Wohngruppen, durch den die Situation im Frühjahr 1982 eskalierte, deutet auf eine weitere Dimension des Konfliktes um die Jugendpolitik hin, der sich in den Hausbesetzungen entlud. Die Zustimmung zu dem Experiment mit selbstverwalteten Wohn-

²⁵ Vgl. AWO OV Hilden, Offener Brief, 24.3.1982, StAH, Hängeregister, „Benrather Str.: Hausbesetzung“.

²⁶ Vgl. Stadt Hilden, Niederschrift der Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses am 27.9.1982.

²⁷ Vgl. „Was kommt nach dem Abbruch?“, in: Neue Rhein Zeitung (NRZ), 24.1.1982.

²⁸ Vgl. Brief betroffener Jugendlicher an die Stadt Hilden, 20.9.1981, StAH, Dez. III, Amt 36, Ablief. 11.12.1990 P11, „AWN Wohnprobleme junger Menschen 80-82“ (im Folgenden: StAH, III, 36 „AWN“).

²⁹ Vgl. Stadt Hilden, Sitzungsvorlage 51/103, 16.6.1982.

³⁰ Leserbrief Gisela Losseff-Tillmanns, in: RP, 28.1.1982.

gruppen durch die Ratsmehrheit aus CDU und FDP war an die Bedingung geknüpft, das Angebot auf Jugendliche in akuten Gefährdungssituationen zu beschränken. Diesen Grundsatz unterliefen die Zuzügler. Die Besetzer bestanden darauf, dass alle Jugendlichen, unabhängig davon, ob ihnen das Jugendamt soziale Probleme attestierte oder nicht, ein Anrecht auf eine Wohnung hätten. Sie sprachen von einem „Lebensraum, der uns zusteht, – weil wir erwachsene Menschen sind; – weil wir ein Recht auf eigenständiges Leben haben“.³¹ Die Besetzer postulierten also ein Grundrecht auf Wohnraum und behaupteten, dass dieses Recht Jugendlichen ohne eigenes Einkommen systematisch verwehrt bleibe.

Gerade Jugendlichen und jungen Erwachsenen erschien die Loslösung von den Eltern wichtig für die eigene Entwicklung, die sich ihrer Meinung nach nur mit einer eigenen Wohnung, insbesondere aber in Wohngemeinschaften, realisieren ließ. Der Prozess der Loslösung war oft von heftigen innerfamiliären Konflikten begleitet, was einen Rückzugsort außerhalb der Familie noch dringlicher machte.³² Die Biographien einiger Hildener Hausbesetzer dokumentieren dies:

„Mutter mit der Erziehung überfordert. W. akzeptiert seinen Vater nicht, nimmt ihn nicht ernst. (...) Bleibt wegen der angespannten Situation oft auch nachts von zu Hause weg. Das Wegbleiben (...) erlebt die Mutter als einen unkontrollierten schwarzen Fleck. (...) Er ignoriert seine Eltern, bleibt cool, um unterschwellige Aggressionen zu überspielen. Die Eltern regen sich zu häufig auf, laute Musik, sie wollten immer wissen, wo er hingeht. Der Wunsch nach einer eigenen Wohnung kommt auf, gemeinsam mit einem Freund. Er musste das Elternhaus verlassen, wegen Differenzen im Lebensstil. 1981/82 ist er an einer weiteren Hausbesetzung in Düsseldorf beteiligt (...)“.³³

In vielen Fällen waren die Eltern ebenso wie ihre Kinder am Entstehen der innerfamiliären Konflikte beteiligt. Über den 20-jährigen S. heißt es: „häusliche Verhältnisse zerrüttet durch Gerichtsverfahren (...) Eltern disziplinieren ihn wie ein Kleinkind“, und über N.: „junges Mädchen (...), Rockermilieu, Eltern sind völlig überfordert mit Erziehungsaufgabe und wollen Tochter abschieben.“³⁴ Über solche individuellen Problemlagen hinaus entwickelte sich in den 1970er Jahren ein allgemeiner Trend zur früheren Loslösung vom Elternhaus und zum Zusammenleben in

³¹ Erklärung der Hildener Instandbesetzer zur Wohnungsnot junger Hildener Bürger, Mai 1981, StAH, Hängeregister, „Gaststätten: Hochdahler Str. 232“.

³² Vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend '81. Lebensentwürfe – Alltagskulturen – Zukunftsbilder, Hamburg 1981, S. 103-107; Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 353-358.

³³ „Wolfgang E.“, StAH, Dez. V, Amt 51, Ablief. 10.1.1989 P27/II.

³⁴ Jugendamt, Wohnungslose/-suchende Jugendliche und Heranwachsende, StAH, V, 51 „Notwohnungen“.

Wohngemeinschaften.³⁵ Neu war, dass selbstbestimmtes Wohnen als politischer Anspruch und gesellschaftliche Aufgabe vorgetragen wurde. Das Amt für Wohnungswesen der Stadt Hilden konstatierte: „Der Wunsch Jugendlicher, sich selbständig mit eigenem Wohnraum zu versorgen, wird (...) immer stärker werdend vorgetragen.“³⁶

Die familiären Konflikte, die sich am Lebensstil festmachten, galten aus Sicht der Hausbesetzer als legitimer Grund, eigenen Wohnraum zu verlangen. Aber auch die Mitarbeiter des Jugendamtes, die die biographischen Notizen der Hildener Hausbesetzer sammelten, scheinen diese Meinung unterstützt zu haben. Die Familienkonflikte wurden als zwar nicht unproblematische, aber als im Grundsatz erwünschte Symptome auf dem Weg in die Selbständigkeit gedeutet. Aus dieser Perspektive war die Bereitstellung von Wohnraum für Jugendliche ein Mittel, die Persönlichkeitsentwicklung zu fördern – ein legitimes jugendpolitisches Ziel.³⁷ Freilich war diese Argumentation umstritten. Für die konservative Hildener Ratsmehrheit war die Forderung nach Wohnraum keineswegs legitim. Sie äußerten sich geradezu despektierlich über den Wunsch der Jugendlichen: „... es muss sichergestellt werden, dass Jugendliche – nur weil sie sich mit den Eltern nicht verstehen oder sonst Probleme haben – nicht bevorzugt (...) behandelt werden.“³⁸ Auch in der Lokalpresse wurde kolportiert, die Besetzer „haben lediglich ‚Krach‘ mit ihren Eltern.“³⁹

Den Hintergrund für die Verknüpfung der Diskussion um die freie Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen mit dem Anrecht auf eigenen Wohnraum bildete die bundesweit geführte Debatte um die „neue Wohnungsnot“. In den 1970er Jahren begannen die geburtenstarken Jahrgänge auf den Wohnungsmarkt zu drängen, auf dem tendenziell immer weniger preiswerter Wohnraum angeboten wurde. Diese Entwicklung schien die Chancen auf freie Persönlichkeitsentwicklung in der eigenen Wohnung erheblich zu beeinträchtigen.⁴⁰ Die wachsende Diskrepanz wurde zunächst von Aktivisten aus dem links-alternativen Milieu problematisiert. In Düsseldorf gründete sich etwa 1979 eine „Aktion Wohnungsnot“, die auch in Hil-

³⁵ Vgl. Siegfried, *Einstürzende Neubauten*, S. 45 f.

³⁶ Brief des Amtes für Wohnungswesen an das Rechtsamt, 16.4.1981, StAH, III, 36 „AWN“.

³⁷ Vgl. Brief des Jugendamts an den Beigeordneten Schroerscharz, 28.2.1980, StAH, V, 51 „Notwohnungen“; Dieter Schwab, *Familienrecht in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts*, in: Martin Löhnig/Mareike Preisner/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Reform und Revolte. Eine Rechtsgeschichte der 1960er und 1970er Jahre*, Tübingen 2012, S. 119-135, hier: S. 133 f.

³⁸ Horst Welke, *Positionsbestimmung*, 7.5.1982, StAH, Hängeregister: „Benrather Str.: Hausbesetzung“.

³⁹ Kommentar, in: RP, 2.6.1982.

⁴⁰ Vgl. Otmar Bernhard/Dietmar Görgmaier, *Hausbesetzungen. Symptom einer Fehlentwicklung und Medium der Gesellschaftskritik*, in: *Politische Studien* H. 32/1981, S. 581-593; Leserbrief Alfred Platow, in: RP, 9.4.1981.

den aktiv wurde.⁴¹ Unmittelbar vor der Besetzung in der Marktstraße im April 1981 hatte die „Aktion Wohnungsnot“ in Hilden eine Diskussion veranstaltet, auf der sie auf die wachsenden Probleme aufmerksam machte und zu Aktionen aufrief.⁴² Zu diesem Zeitpunkt war die Öffentlichkeit für das Thema bereits stark sensibilisiert. Nicht nur die Berichte über dramatische Hausbesetzungen in West-Berlin wiesen auf die Dringlichkeit des Problems hin. Selbst die Bundesregierung konstatierte, dass sich der Wohnungsmarkt für Jugendliche zunehmend schwierig darstellte: Gerade im preiswerten Marktsegment sei es in den 1970er Jahren zu starken Mietpreissteigerungen gekommen, während das Angebot an solchen Wohnungen durch Sanierungen geschrumpft sei.⁴³

Das Problem der hohen Mieten war das eine; das andere war, dass sich viele Jugendliche in ihren Bemühungen um eigenen Wohnraum zurückgesetzt fühlen mussten, denn einerseits standen ihnen in der Regel keine Sozialleistungen zu, mit denen sie die eigene Wohnung hätten finanzieren können. Auch die volljährigen jungen Erwachsenen blieben durch diese Unzulänglichkeit der Gesetzeslage finanziell abhängig von ihren unterhaltspflichtigen Eltern.⁴⁴ Andererseits erfuhren sie auf dem Wohnungsmarkt eine offene Diskriminierung.⁴⁵ Selbst Initiativen der Verwaltung, einzelnen Jugendlichen Wohnungen zu vermitteln, scheiterten regelmäßig, wenn diese den Vermietern vorgestellt wurden, da sie um den Hausfrieden fürchteten.⁴⁶ Eine spätere Hausbesetzerin beklagte sich, dass ihr aus fadenscheinigen Gründen wegen ruhestörenden Lärms gekündigt worden sei. Andere behaupteten, lediglich als „Knechte“ in Bauernhöfen untergekommen zu sein oder im Sommer gar auf der Straße zu leben.⁴⁷

Die Jugendlichen, die eine eigene Wohnung als essentielle Voraussetzung ihrer Persönlichkeitsentwicklung betrachteten, fühlten sich nicht nur diskriminiert, sondern geradezu entrechtet. Sie sahen sich als Opfer eines repressiven Systems, das ihnen das Recht auf freie Entfaltung verwehrte. Formulierungen, wie die eines ironischen Graffitis in der Hildener Innenstadt, „CDU – Für die Ausrottung der aufmüp-

⁴¹ Vgl. Klaus Martin Becker/Volker Rekitke, Politische Aktionen gegen Wohnungsnot und Umstrukturierung und die HausbesetzerInnenbewegung in Düsseldorf von 1972 bis heute, Dipl. Düsseldorf 1995; „Leerstehende Häuser bis zum Abbruch vermieten“, in: WZ, 31.1.1980.

⁴² Vgl. Aktion Wohnungsnot, Die Aktion Wohnungsnot informiert, März 1981, StAH, I, 10 „Markt“.

⁴³ Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 9/341.

⁴⁴ Vgl. Patenkreis, Bürgerantrag, 19.4.1982.

⁴⁵ Vgl. Briefe Jugendlicher an die Stadt Hilden, März 1981, StAH, I, 10 „Markt“.

⁴⁶ Vgl. Stadt Hilden, Niederschrift der Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses, 11.11.1982.

⁴⁷ Vgl. Amt für Wohnungswesen, Aktenvermerk, 27.4.1981; und: Jugendamt, Ablaufvermerk, 27.4.1981; beides in: StAH, I, 10 „Markt“; Brief betroffener Jugendlicher an die Stadt Hilden, 20.9.1981, StAH, III, 36 „AWN“.

figen Jugend“⁴⁸ waren sicherlich überspitzt, gaben aber die Selbstwahrnehmung der Jugendlichen wieder, systematisch und gezielt marginalisiert zu werden. Die krisenhafte wirtschaftliche und weltpolitische Lage der frühen 1980er Jahre mit steigender Jugendarbeitslosigkeit und atomarer Bedrohung verstärkte das Gefühl, dass das Recht auf Selbstverwirklichung ökonomischen und politischen Zwängen geopfert werde. Das Problem der Wohnungsnot stand stellvertretend für Zukunftsängste und die Flucht in eine Opferrolle, die besonders im links-alternativen Milieu weit verbreitet war.⁴⁹

Gleichzeitig war die gesellschaftliche und im engeren Sinne auch die politische Rolle der Jugend eigentlich positiv konnotiert. Selbst die konservative Hildener Ratsmehrheit räumte ein, dass die Kritik der Hausbesetzer an der kommunalen Jugendpolitik prinzipiell legitim war, wenn dabei nicht Grenzen der Umgangsform überschritten wurden. Als beispielsweise im Juni 1982 die Stimmung während einer hitzigen Ratssitzung kippte, die Bürgermeisterin Ellen Wiederhold mit: „Du alte Tülle, du gehörst längst ins Krematorium“ beschimpft wurde und Bierdosen flogen, war dies eher eine Ausnahme.⁵⁰ Typisch war die harte, aber sachliche Auseinandersetzung. Jugendliche nutzten Sitzungen der kommunalen Gremien, um Ratspolitiker mit ihren Problemen und Forderungen zu konfrontieren:⁵¹ „Im Raum allerdings blieb die von Jasmin in die Konferenz geschleuderte Frage: 'Wo sollen wir heute Nacht pennen?' Auf sie wusste auch der Stadtdirektor keine Antwort.“⁵² Unmittelbar nach der Räumung des Hauses in der Marktstraße im Mai 1981 hatten die ehemaligen Besetzer ihrem Unmut mit deutlichen Zwischenrufen während einer Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses Luft gemacht. Dennoch wurde ihnen in einer Sitzungsunterbrechung Gelegenheit gegeben, ihre Sicht auf die Besetzung darzustellen.⁵³ Die Besetzungen selber – zweifelsohne ein illegaler Akt – wurden ebenfalls erstaunlich selten geahndet, da die Kommunen entsprechende Strafanträge zurückzogen und auch die Gerichte den Aktionen eine gewisse Legitimität als politischem Ausdrucksmittel zubilligten.⁵⁴

Die Aggressivität und Kriminalität, die im Zusammenhang mit Hausbesetzungen auch von wohlgesonnenen Beobachtern immer wieder konstatiert wurden, waren

⁴⁸ Foto Schmierereien, 20.06.1982, StAH, LWF0009.

⁴⁹ Vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 178-180.

⁵⁰ Vgl. Leserbrief Horst Welke, in: RP, 9.6.1982; Leserbrief Thomas Hendele, in: RP, 10.6.1982.

⁵¹ Vgl. Stadt Hilden, Niederschrift der Ratssitzung, 2.6.1982.

⁵² „Polizei räumt die Häuser an der Benrather Straße“, in: NRZ, 2.6.1982.

⁵³ Vgl. „Instandbesetzer. Für 200 Personen Wohnraum“, in: NRZ, 12.5.1981.

⁵⁴ Vgl. Stadtdirektor, Sekretariat, Aktennotiz, 7.6.1982, StAH, Hängeregister, „Benrather Str.: Hausbesetzung“, „Positive Gesinnungstäter“, in: NRZ, 14.4.1982; „Hausbesetzer vor Gericht erfolgreich“, in: NRZ, 29.5.1982; Bernhard/Görgmaier, Hausbesetzungen; Sedlmaier, Consumption, S. 209f.

aber keineswegs nur Symptome überschäumenden jugendlichen Engagements, das als solches zu tolerieren war.⁵⁵ Die vom Hildener Jugendamt gemachten biographischen Notizen zeigen eine Spannweite von kriminellen und zum Teil tragischen Karrieren der Besetzer. B. etwa wurde zum ersten Mal im Alter von 15 Jahren beim Diebstahl eines Mopeds aufgegriffen. Ein Jahr darauf tauchte er unter, nachdem er wegen Körperverletzung und Bedrohung mit einer Gaspistole angezeigt worden war. Ab seinem 18. Lebensjahr häuften sich die Bewährungsstrafen wegen Körperverletzung und Autodiebstahl.⁵⁶ S. (Jg. 1962) wurde zwischen 1979 und 1982 immer wieder wegen Drogenbesitz verhaftet. Bei einer Gelegenheit wurde er mit einer größeren Menge Haschisch aufgegriffen. Später wurde ihm vorgeworfen, mit einem Luftgewehr aus einem der besetzten Häusern an der Benrather Straße auf die benachbarte Stadthalle geschossen zu haben.⁵⁷ Diebstahl, Körperverletzung und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz waren die häufigsten Vorwürfe, mit denen sich Besetzer konfrontiert sahen. Auch Brandstiftung und sogar fahrlässige Tötung wegen Alkohols am Steuer gehörten zur Biographie einzelner Besetzer. Gerade diese Jugendlichen waren aber häufig auch Opfer: von Missbrauchsfällen, von in den 1970er Jahren stark zunehmender Drogenabhängigkeit sowie sozialer Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit.⁵⁸

An dem Umgang mit Kriminalität und deviantem Verhalten zerbrachen dann aber zuerst der unausgesprochene Konsens zwischen Hausbesetzern und sozialpädagogisch-sozialdemokratischem Reformwillen und später auch die Hausbesetzerbewegung selbst. Bei aller Unterstützung von Seiten der SPD und von Sozialpädagogen war deren Ziel in erster Linie immer die Integration Jugendlicher in die Gesellschaft gewesen, sowohl solcher, die sozial unauffällig waren, als auch der evidenten Problemfälle. Jugend war aus ihrer Perspektive eine kritische Phase auf dem Weg einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Dabei konnten und sollten Jugendliche sich auch als politisch mündige Bürger erproben und Kritik üben. Unter Hausbesetzern dominierten aber andere Zielvorstellungen und ein anderes Selbstverständnis: Unter dem Schlagwort der „Autonomie“ hatten sich Vorstellungen festgesetzt, nach

⁵⁵ Vgl. Matthias Manrique, *Marginalisierung und Militanz. Jugendliche Bewegungsmilieus im Aufruhr*, Frankfurt a. M. 1992, S. 101.

⁵⁶ Vgl. „Klaus B.“, StAH, Dez. V, Amt 51, Ablief. 10.1.1989 P26/III.

⁵⁷ Vgl. „Lothar S.“, StAH, Dez. V, Amt 51, Ablief. 10.1.1989 P34/I.

⁵⁸ Vgl. Jugendamt, *Wohnungslose/-suchende Jugendliche und Heranwachsende*, 27.4.1981, StAH, V, 51 „Notwohnungen“; Lindner, *Jugendprotest*, S. 324; Detlef Briesen, *Die Drogenwelle in der Bundesrepublik Deutschland in den frühen 1970er Jahren. Beispiele, Verallgemeinerungen und ein Blick auf die Post-68er Generation*, in: Detlef Briesen/Klaus Weinbauer (Hrsg.), *Jugend, Delinquenz und gesellschaftlicher Wandel. Bundesrepublik Deutschland und USA nach dem Zweiten Weltkrieg*, Essen 2007, S. 43-69; Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft*, S. 537.

denen sich die Hausbesetzerbewegung in grundsätzlichem Gegensatz zur bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft verstand. Ziel war, sich möglichst vollständig abzugrenzen – räumlich in den besetzten Häusern – und aus dieser Abgrenzung heraus die Gesellschaft zu revolutionieren.⁵⁹ Zu dieser Abgrenzung gehörte auch, dass kriminelles und deviantes Verhalten, durch bürgerliche Normen stigmatisiert, unter Hausbesetzern prinzipiell positiv und als potenzieller Beitrag zur Revolutionierung der Gesellschaft gesehen wurde. Denn gerade die aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft auffälligen Jugendlichen trugen den Widerspruch zu bürgerlichen Normen in ihrem Verhalten.⁶⁰

Dass kriminelles und deviantes Verhalten von einigen Besetzern begrüßt wurde, bot einerseits konservativen Politikern und der Presse einen willkommenen Anlass, die besetzten Häuser als „Kriminelle Fluchtburgen“ und „Wallfahrtsorte für Rauschgiftabhängige und Dealer“ zu stilisieren und ein hartes Durchgreifen zu fordern.⁶¹ Aber auch die Hausbesetzergemeinschaften selber stellte es vor immense Probleme. Zwar wurden sie nicht müde, darauf hinzuweisen, dass Kriminalität und Drogenabhängigkeit ein von der bürgerlichen Gesellschaft gemachtes Problem sei⁶² – aber es half nichts: Politischer Anspruch und abweichendes Verhalten blockierten sich gegenseitig. Die Gruppe war schließlich mit der Situation überfordert, dass abweichendes Verhalten zwar politisch positiv bewertet wurde, im Alltag der besetzten Häuser aber offensichtlich erhebliche Schwierigkeiten bereitete.⁶³ Andererseits, so hieß es, sei es aber auch eine „Tatsache (...), daß viele wirklich hilfsbedürftige junge Menschen aus falsch verstandener Solidarität zu Chaoten und Anarchisten in einen Sog geraten, in dem sie zu ertrinken drohen.“⁶⁴ In diesem Sog ertrank letztlich die Hausbesetzerbewegung selbst – in Hilden im Herbst 1982.

⁵⁹ Vgl. Anders, Wohnraum, S. 491-494.

⁶⁰ Vgl. Ubbelohde, Umgang, S. 431.

⁶¹ Helmut Willems, Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern, Wiesbaden 1997, 277 f.; Rolf Amann, Der moralische Aufschrei. Presse und abweichendes Verhalten am Beispiel der Hausbesetzungen in Berlin, Frankfurt a. M. 1985; „Benrather Straße gestern geräumt“, in: RP, 2.6.1982.

⁶² Vgl. Bürger fragen – Bagger antworten, Juni 1982, StAH, Hängeregister, „Benrather Str.: Hausbesetzung“.

⁶³ Vgl. Jugendamt, Vermerk zur Situation Benrather Str. 19-23, StAH, V, 51 „Notwohnungen“.

⁶⁴ Kommentar, in: RP, 3.6.1982; zum Zusammenhang von Protest und Jugenddelinquenz vgl. Klaus Weinbauer, Urbane Jugendproteste, Jugendbanden und soziale Ungleichheit seit dem 19. Jahrhundert. Vergleichende und transnationale Perspektiven auf Deutschland, England und die USA, in: Arne Schäfer (Hrsg.), Kulturen jugendlichen Aufbegehrens. Jugendprotest und soziale Ungleichheit, Weinheim 2011, S. 25-48.

Fazit

In der Welle von Hausbesetzungen, die die Klein- und Mittelstädte der Bundesrepublik in den Jahren 1980 bis 1982 nahezu flächendeckend erfasste, spitzten sich Kontroversen um die kommunale Jugendpolitik zu. Umstritten waren einerseits die Prioritäten der kommunalen Jugendarbeit: Waren selbstverwaltete Jugendzentren und Wohngruppen wünschenswert und förderungswürdig? Andererseits wurde die gesellschaftliche Rolle der Jugend diskutiert: Leiteten sich aus dem Charakter dieser Lebensphase als Übergang in die Selbständigkeit besondere Anrechte auf Wohnraum und Formen politischer Kritik ab, und inwieweit ging dies mit kriminell und deviantem Verhalten einher? Gerade in der „Provinz“ hatten in den 1970er Jahren Konflikte um die Jugendpolitik, insbesondere um Jugendfreizeiteinrichtungen und den Umgang mit abweichendem Verhalten, das Protestgeschehen bestimmt. Zugleich war die Jugendpolitik eines der klassischen Kompetenzfelder der kommunalen Selbstverwaltung: Hier sahen nicht nur die politisch engagierten Jugendlichen Handlungsbedarf.

Die Einbettung der Hausbesetzungen in jugendpolitische Kontroversen prägte auch die Akteurskonstellationen, in denen sich die Hildener Hausbesetzer wiederfanden. Jugendpolitik war ein umstrittenes Politikfeld, in dem sich nicht nur die Besetzer und konservative Politiker gegenüberstanden, sondern auf das auch Politiker der sozialdemokratischen Minderheitsfraktion und Sozialpädagogen sowie Mitarbeiter des städtischen Jugendamtes Einfluss zu nehmen suchten. Wichtig war sicherlich, dass die SPD hier – anders als in den meisten Großstädten jener Zeit – nicht die Stadtregierung stellte. Dadurch hatte sie einen wesentlich größeren Spielraum, die jugendpolitischen Forderungen der Besetzer, die sich ja in erster Linie gegen die konservative Ratsmehrheit richtete, zu unterstützen. Die Mitarbeiter des städtischen Jugendamtes hatten ein ziemlich klares Bild von den Hausbesetzern, die zum Teil ihre Klienten waren, und sie setzten diese Informationen ein, um die kommunale Jugendarbeit zu reformieren und auszuweiten. Überhaupt waren die relativ engen persönlichen Verflechtungen ein markantes Kennzeichen dieser Konstellation: Kontakte der Besetzer in die Stadtpolitik bestanden über Mitarbeiter des Jugendamtes, aber auch durch ihr eigenes langjähriges politisches Engagement, über die Eltern und die Schule. Von den 86 Jugendlichen, die in Hilden im Zuge der Hausbesetzerkonflikte festgenommen wurden, hatten 57 ihren langjährigen Wohnsitz in dieser Stadt mit 50.000 Einwohnern. Das wurde auch beim Aufeinandertreffen deutlich, als Besetzer Sitzungen des Stadtrates besuchten und dort alles andere als eine anonyme Gruppe waren. In Klein- und Mittelstädten existierte ein soziales Netz-

werk, das um einiges enger als in Großstädten war und in das letztlich auch die Hausbesetzer eingebunden waren.⁶⁵

In alldem unterschieden sich die Konflikte um besetzte Häuser nicht nur in Hilden, sondern auch in anderen Klein- und Mittelstädten von denen in Groß- und Universitätsstädten. Zwar mögen auch dort jugendpolitische Auseinandersetzungen eine Rolle gespielt haben, genauso wie sich in Hilden der Protest an Gebäuden festmachte, die für städtebauliche Maßnahmen abgerissen werden sollten. Aber der Hauptakzent der Konflikte lag in Klein- und Mittelstädten deutlich auf der umstrittenen kommunalen Jugendpolitik.

**Dr. Sebastian Haumann, Neuere Geschichte an der TU Darmstadt,
haumann@pg.tu-darmstadt.de**

⁶⁵ Vgl. Sebastian Haumann, Hausbesetzungen in Hilden 1980-1982. Protest im Kontext lokaler Ambitionen und Realität, in: Brigitta Schmidt-Lauber (Hrsg.), *Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole*, Frankfurt a. M. 2010, S. 207-222; s. auch Templin, *Freiräume vom Provinzalltag*, S. 303.

Unter dem Eindruck der Massenmotorisierung: Mobilität und Verkehrspolitik in mittelgroßen Industriestädten der Bundesrepublik am Beispiel von Rüsselsheim und Völklingen (1955 – 1975)

Im Laufe des 20. Jahrhunderts haben sich im Zuge der Automobilisierung (urbane) Mobilitätsmuster und das Bild der Städte maßgeblich verändert. In den späten 1950er Jahren begann sich der Pkw allmählich zu einem allgemein erschwinglichen Konsumgut zu entwickeln. Spätestens seit den 1960er Jahren kann schließlich von einer Massenmotorisierung gesprochen werden, bei der sich das Auto als verbreitetes Verkehrsmittel etablierte.¹ Der wachsende Autoverkehr geriet als neues Problem auf die Agenda der städtischen Verkehrspolitik. Mit der Massenmotorisierung trat das Auto verstärkt in Konkurrenz mit anderen Verkehrsmitteln: Der Autoverkehr übernahm immer mehr Beförderungsanteile des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs. Ob bei dieser Konkurrenz ein Verkehrsmittel Vorrang erhielt, war stets auch Ergebnis politischer Entscheidungen auf kommunaler Ebene, wobei Konflikte um Mobilitätsformen gerade im städtischen Raum auftraten und Städte bei ihrer verkehrlichen Entwicklung lokale Entscheidungsspielräume besaßen.²

¹ Vgl. Christopher Kopper, Der Durchbruch des PKW zum Massenkonsumgut 1950–1964, in: *JbWG* 51:1, 2010, S. 19-36; Axel Schildt, Vom Wohlstandsbarometer zum Belastungsfaktor – Autovision und Autoängste in der westdeutschen Presse von den 50er bis zu den 70er Jahren, in: Hans-Liudger Dienel/Helmuth Trischler (Hrsg.), *Geschichte der Zukunft des Verkehrs. Verkehrskonzepte von der Frühen Neuzeit bis zum 21. Jahrhundert*, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 289-309, hier: S. 296.

² Vgl. Hans-Liudger Dienel, Konkurrenz und Kooperation von Verkehrssystemen, in: Bettina Gundler/Michael Hascher/Helmuth Trischler (Hrsg.), *Unterwegs und mobil. Verkehrswelten im Museum*, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 111-129; Ueli Haefeli, *Verkehrspolitik und urbane Mobilität. Deutsche und Schweizer Städte im Vergleich 1950 – 1990*, Stuttgart 2008, S. 16 f., S. 297-303.

In der historischen Forschung wurden in Hinblick auf den Einfluss der Motorisierung in der Bundesrepublik auf städtischer Ebene insbesondere die städtebaulichen Auswirkungen und der Wandel von verkehrsplanerischen Leitbildern untersucht.³ Dabei wurde der Einfluss von Verkehrsplanern bei der Umsetzung des Konzepts der „autogerechten Stadt“, insbesondere der Trennung der Verkehrsarten und der weitestmöglichen Flächenbereitstellung für den automobilen Verkehr, betont, sowie die in den 1970er Jahren allmählich beginnende Wandlung des Leitbilds hin zum „stadtgerechten Verkehr“.⁴ Für die Verkehrspolitik bundesdeutscher Großstädte wurden bereits übergreifende Entwicklungslinien herausgearbeitet:⁵ Spätestens seit Ende der 1950er Jahre herrschte ein gesellschaftlicher Motorisierungskonsens, der sich in einer Favorisierung des Autos als primäres Transportmittel niederschlug, während der ÖPNV im Vergleich vernachlässigt wurde und lediglich dazu dienen sollte, den motorisierten Individualverkehr (MIV) zu entlasten – insbesondere über den Bau von U-Bahnen, der dem Autoverkehr an der Oberfläche Platz verschaffen sollte. Zusätzlich unterstützt wurde diese auf das Auto fokussierte Infrastrukturpolitik vom Bund, der den Kommunen finanzielle Anreize bot in den Ausbau von Infrastrukturen zu investieren, die dem Autoverkehr dienten.⁶ Gegen Ende der 1960er Jahre kehrte sich dieser Konsens in eine breitere Kritik bezüglich des Autoverkehrs um und die Verkehrspolitik wandelte sich in Richtung einer Art Doppelförderung von öffentlichem und Individualverkehr.

Bislang vernachlässigt wurden in der (verkehrs-)historischen Forschung Mittelstädte. Aus den gegenüber Großstädten anderen räumlichen Gegebenheiten resultieren hier einige Besonderheiten: Einerseits können geringere Entfernungen der Wohngebiete zur Innenstadt und zwischen Stadtteilen sowie eine kleinteilige Siedlungsstruktur die Nutzung von nicht-motorisierten Verkehrsmitteln begünstigen. Andererseits benachteiligen die geringere Einwohnerzahl und -dichte die ÖPNV-Erschließung bzw. begünstigen die MIV-Nutzung. So entstehen insbesondere Begünstigungen für den Autoverkehr sowohl bei der Anbindung an regionale Ziele, vor al-

³ Auch im Rahmen einzelner Fallstudien, vgl. z.B. Sven Bardua/Gert Kähler, *Die Stadt und das Auto. Wie der Verkehr Hamburg veränderte*, München/Hamburg 2012; Hans-Christian Herrmann/Ruth Bauer (Hrsg.), *Saarbrücken in Fahrt. 125 Jahre Automobil an der Saar*, Marpingen-Alsweiler 2011.

⁴ Vgl. Barbara Schmucki, *Der Traum vom Verkehrsfluss. Städtische Verkehrsplanung seit 1945 im deutsch-deutschen Vergleich*, Frankfurt a. M./New York 2001.

⁵ Grundlegend: Haefeli, *Verkehrspolitik*. Wenngleich sich bei Haefelis Studie der vergleichende Ansatz als fruchtbar erwiesen hat, um Gemeinsamkeiten, aber gerade auch Unterschiede städtischer Mobilität und Verkehrspolitik herauszuarbeiten, herrscht noch ein Mangel an solchen vergleichenden Untersuchungen.

⁶ Vgl. Dietmar Klenke, „Freier Stau für freie Bürger“. *Die Geschichte der Bundesdeutschen Verkehrspolitik 1949 – 1994*, Darmstadt 1995.

lem an umliegende Großstädte, als auch beim Erreichen der mittelstädtischen Stadtkerne als bedeutende Konsum- und Versorgungsbereiche.⁷

Einen besonderen Fall bilden monostrukturelle mittelgroße Industriestädte: Hier erhält die Frage nach der Konkurrenz von Mobilitätssystemen zusätzliche Brisanz, da diese Städte meist wichtige regionale Beschäftigungszentren darstellen, mit starkem Einpendlerzustrom im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl. Gerade kleinere bzw. mittelgroße Industriestädte sind dabei historisch oft von einem dominierenden ansässigen industriellen Großunternehmen strukturell abhängig und verfügen über eine schwächer ausgeprägte wirtschaftliche und soziale Diversifizierung. Mit dem jeweiligen industriellen Großunternehmen als größtem Arbeitgeber und Gewerbesteuerzahler, oft zentral im Stadtraum gelegen, kommt zudem ein wichtiger Akteur in der lokalen Politik hinzu.⁸

Im Folgenden soll – mit Fokus auf den Personenverkehr – untersucht werden, wie sich Mobilitätssysteme und Verkehrspolitik in mittelgroßen Industriestädten angesichts der sich durchsetzenden Massenmotorisierung von den ausgehenden 1950er bis zu den frühen 1970er Jahren entwickelten. Dazu werden zwei monostrukturierte Industriestädte verglichen: Das saarländische Völklingen, geprägt durch das dort ansässige Eisen- und Stahlwerk, und das hessische Rüsselsheim, geprägt durch das Automobilunternehmen Opel.⁹ Rüsselsheim kann dem Typus der *Autostadt* zugeordnet werden, gekennzeichnet vor allem durch eine starke Bindung an das Produkt Auto und die lokale Autoindustrie.¹⁰ Es wird davon ausgegangen, dass auf der einen Seite beide Städte in ihrer Verkehrspolitik ähnlichen allgemeinen

⁷ Vgl. Eva Müßener/Jürgen Senst/Jürg Sparmann, Verkehrskonzepte für die mittelstädtische Region, in: Informationen zur Raumentwicklung H. 5/1984, S. 439-451, hier: S. 439-442; Brigitta Schmidt-Lauber, Urbanes Leben in der Mittelstadt: Kulturwissenschaftliche Annäherungen an ein interdisziplinäres Forschungsfeld, in: Dies (Hrsg.), Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole, Frankfurt a. M./New York 2010, S. 11-36, hier: S. 22 f.

⁸ Vgl. ausführlich zur Industriestadtforschung: Martina Heßler/Clemens Zimmermann, Perspektiven historischer Industriestadtforschung. Neubetrachtungen eines etablierten Forschungsfelds, in: AfS H. 51/2011, S. 661-694.

⁹ Das Völklinger Hüttenwerk beschäftigte im Untersuchungszeitraum etwa 16.000 Personen, Opels Belegschaft stieg von 26.000 (1955) auf über 37.000 (1964) und schwankte anschließend um 35.000. Während Völklingen seit den 1960ern bei etwa 40.000 Einwohnern leichte Schrumpfungstendenzen aufwies, wuchs Rüsselsheim in den 1950er/60er Jahren rasant von etwa 20.000 auf über 60.000 Einwohner. Beide Städte verzeichneten mit 20.000 Einpendlern ein in Relation zur jeweiligen Einwohnerzahl überdurchschnittlich hohes Einpendleraufkommen.

¹⁰ Vgl. Martina Heßler, Die Geschichte von Autostädten in globaler Perspektive. Plädoyer für eine global orientierte Zeitgeschichtsschreibung, in: IMS H. 1/2011, S. 91-100, hier: S. 91-93; Clemens Zimmermann, Autostadt Rüsselsheim: Räume, Akteure und Selbstbilder zwischen Lokalität und Globalität, in: Martina Heßler/Günter Riederer (Hrsg.), Autostädte im 20. Jahrhundert. Wachstums- und Schrumpfungsprozesse in globaler Perspektive, Stuttgart 2014, S. 49-67.

Entwicklungstendenzen folgten wie Großstädte und sich spätestens seit Mitte der 1950er primär auf die Belange des Autoverkehrs ausrichteten, bevor dieser ab den späten 1960er Jahren in die Kritik geraten zu begann. Die autobezogene Verkehrspolitik stellte dabei auch über den engeren Betrachtungszeitraum hinaus wesentliche Grundlagen und Anreize für einen automobilen Mobilitätswandel und die Herausbildung einer automobilen Gesellschaft und war Teil der Etablierung eines Komplexes der „Automobilität“, der sich im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelte – einem wirkungsmächtigen „System“ aus wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen sowie räumlichen bzw. infrastrukturellen Elementen, die sich wiederum gegenseitig bedingten und dynamisierten, mit dem Auto als bedeutendem Industrieprodukt, Jobgenerator, Symbol und Konsumgut.¹¹ Die Verkehrspolitik förderte insofern die Festigung des Systems Automobilität, ging gleichzeitig jedoch auch aus dessen Faktoren hervor.

Auf der anderen Seite soll im Folgenden unter der Annahme, dass die jeweiligen industriellen Großbetriebe ein wichtiger Einflussfaktor waren, der sich unterschiedlich auf die urbane Mobilität und Verkehrspolitik auswirkte, der Fokus auch auf lokale Unterschiede in der Entwicklung gelegt werden, indem davon ausgegangen wird, dass in der Autostadt Rüsselsheim früher als in Völklingen ein automobiles Mobilitätssystem entstand und sich die Verkehrspolitik in Rüsselsheim stärker auf das Auto fokussierte.¹²

Entwicklung der Mobilitätsstrukturen in Rüsselsheim und Völklingen

Sowohl in Rüsselsheim als auch in Völklingen lässt sich seit den späten 1950er Jahren ein Wandel in der Verkehrsmittelwahl und dem Mobilitätsverhalten feststellen: Der Autoverkehr nahm auf Kosten anderer Verkehrsmittel zu; in der Autostadt Rüsselsheim begann diese Entwicklung jedoch früher und schritt zudem schneller voran. Dies zeigt sich erstens an der Zahl der zugelassenen Pkw: Beide Städte folgten zwar dem bundesdeutschen Trend, indem sich die Motorisierung seit den 1950er und verstärkt in den 1960er Jahren nahezu ungebrochen fortsetzte. Während Völklingen allerdings stets weit unter dem bundesdeutschen Schnitt lag, verlief die Motorisierung in Rüsselsheim deutlich rasanter. Rüsselsheim gehörte dauerhaft zu den

¹¹ Vgl. John Urry, The 'System' of Automobility, in: *Theory, Culture & Society* 21:4/5, 2004, S. 25-41.

¹² Der Vergleich verschiedener Industriestadttypen und die damit zusammenhängende Bedeutung unterschiedlicher Industriebranchen für die jeweilige Stadtentwicklung nach 1945 sind Gegenstand des laufenden, von der DFG finanzierten Projektes „Industriestädte – Krisen, Krisenwahrnehmungen und Entwicklungsalternativen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, einer Kooperation des Lehrstuhls für Kultur- und Mediengeschichte der Universität des Saarlandes mit dem Lehrstuhl für Neuere Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

deutschen Städten mit der höchsten Pkw-Dichte.¹³ Dies lag in erster Linie an finanziellen Vorteilen bei der Autoanschaffung, etwa über Werksrabatte für Opelmitarbeiter, die einen großen Anteil an den Neuzulassungen hatten.¹⁴

Ein zweiter Indikator ist die Nutzung des städtischen ÖPNV (Abb. 1). Insgesamt hatte dieser für die Mobilität in Völklingen eine größere Bedeutung als in Rüsselsheim: So stiegen die Fahrgastzahlen in Rüsselsheim kaum an, obwohl die Stadt ein enormes Wachstum verzeichnete. Erst zu Beginn der 1970er Jahre kam es zu einem nennenswerten Zuwachs, bevor die Zahlen langfristig wieder zurückgingen. Der Völklinger ÖPNV wurde dagegen in den 1950ern sehr stark genutzt, insbesondere von Berufstätigen, verlor um 1960 jedoch vor allem mit der Einführung der Fünftagewoche deutlich an Passagierzahlen und der langfristige Trend ging auch hier seit den 1960er Jahren in Richtung einer langsamen Abkehr vom ÖPNV zugunsten des Autos.

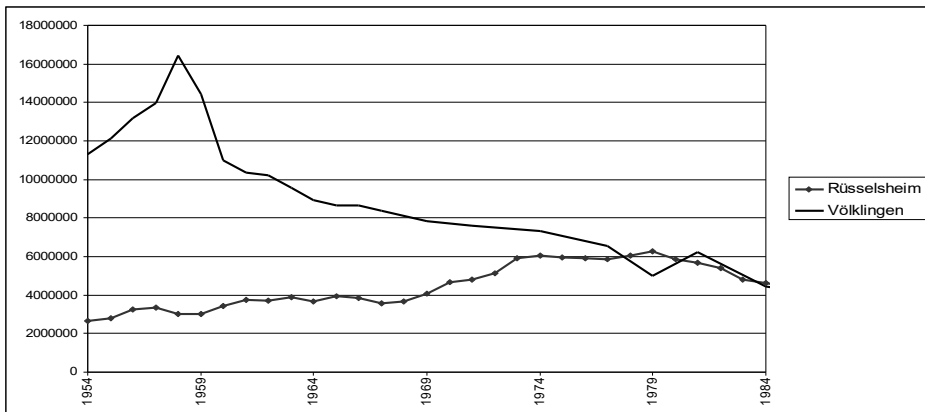


Abb. 1: Jährlich beförderte Personen in den städtischen Verkehrsbetrieben von Rüsselsheim und Völklingen.

Ein dritter Indikator ist die Verkehrsmittelnutzung von Pendlern, da sowohl Rüsselsheim als auch Völklingen starke Einpendlerströme verzeichneten. Für den Ein- sowie Auspendlerverkehr beider Städte zeichnen sich drei deutliche Trends ab: Erstens nahm die Pkw-Nutzung gegen Ende der 1950er Jahre enorm zu, das Auto ent-

¹³ Vgl. Zahlen zur Motorisierung in: Magistrat der Stadt Rüsselsheim (Hrsg.), Stadt Rüsselsheim. Statistische Berichte, verschiedene Jahrgänge; Deutscher Städtetag (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, verschiedene Jahrgänge.

¹⁴ Vgl. o. A., Verkehrszählung. Die meisten mit dem Wagen, in: Opel-Post 28:5, 197), S. 6; G. Ehlers, Die Entwicklung des Opel-Werkes Rüsselsheim und seine Verflechtung mit dem Stadtgebiet, Rüsselsheim 1972, S. 72, in: Stadtarchiv Rüsselsheim (StAR), Sammlung Opel, 5.1.1.1.

wickelte sich zum dominierenden Transportmittel. Allerdings war der automobiler Einpendlerverkehr nach Rüsselsheim deutlich stärker und früher entwickelt als der nach Völklingen: Bereits 1961 benutzte jeder fünfte Einpendler nach Rüsselsheim einen Pkw, in Völklingen nur jeder vierzehnte. Dies dürfte wiederum vor allem auf den erhöhten Motorisierungsgrad der Opelbelegschaft zurückzuführen sein. Zweitens verlor die Eisenbahn enorm an Bedeutung, genauso wie das Fahrrad und das Motorrad, die zunächst als „Autoersatz“ gedient hatten.¹⁵ Drittens blieb der Bus für die Einpendler nach beiden Städten bis in die 1970er Jahre ein sehr wichtiges – in Völklingen sogar das wichtigste – Verkehrsmittel. Von entscheidender Bedeutung dürfte hierbei der Werksverkehr der Völklinger Hütte und des Opelwerks gewesen sein, der zu einem großen Teil über zusätzliche private sowie werkseigene Busse abgewickelt wurde.¹⁶ Gerade für die Belegschaft der Völklinger Hütte war der Busverkehr zentral: 1967 nutzte erst ein Viertel der nach Völklingen einpendelnden Hüttenbeschäftigten einen Pkw und etwa die Hälfte den Bus.¹⁷ Zu diesem Zeitpunkt war das Auto schon zum wichtigsten Transportmittel der Opelbelegschaft aufgestiegen (Abb. 2). Hier zeigt sich die entstehende Dominanz des Pkw-Verkehrs noch deutlicher. Der Busverkehr ging über den gesamten Zeitraum leicht zurück, insbesondere der Anteil der Privatbusse, Bahn und Motorrad wurden verdrängt.¹⁸ Fahrrad- und Fußgängerverkehr hielten sich trotz leichter Reduzierung relativ stabil. Dass das Fahrrad im Rüsselsheimer Stadtverkehr noch in den 1970er Jahren eine Rolle spielte, dürfte wesentlich auf die Topographie der Stadt zurückgehen.¹⁹

Verkehrspolitik in Rüsselsheim

In den verkehrspolitischen Diskussionen in Rüsselsheim herrschte über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg Konsens darüber, dass der Pkw mit Abstand wichtigstes Transportmittel sei und deshalb die bestmögliche Infrastruktur vorfinden solle. Wesentliche Impulse gingen von „Verkehrsexperten“ im städtischen Tiefbauamt aus, die einen verstärkt auf die Motorisierung ausgerichteten Straßenbau forderten. Sie betonten:

¹⁵ Vgl. auch Arne Andersen, *Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute*, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 159.

¹⁶ Vgl. o. A., *Die gelben OPEL-Busse. Wen und wohin fahren sie?*, in: *Opel-Post* 18:8, 1966, S. 12.

¹⁷ Vgl. Joachim Pauly, *Völklingen. Studien zur Wirtschafts-, Sozial- und Siedlungsstruktur einer saarländischen Industriestadt, Saarbrücken 1975*, S. 51; Peter Engel, *Stillegung von Omnibuslinien im Saarland*, in: *Der Völklinger Hüttenmann* 13:12, 1959, S. 222.

¹⁸ Vgl. Ehlers, *Die Entwicklung des Opel-Werkes*, S. 48.

¹⁹ Vgl. Magistrat der Stadt Rüsselsheim, *Jahrespressebericht 1967*, S. 26, in: *StAR*, 963.2.

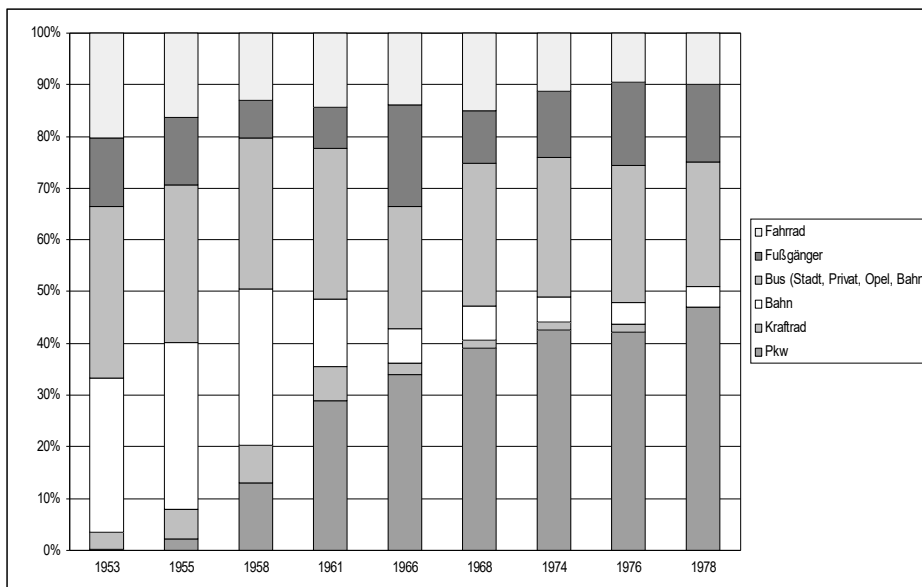


Abb. 2: Verkehrsmittelnutzung der Belegschaft des Opelwerks Rüsselsheim).

„Wenn nun [...] die schlummernden Reserven der Kraftfahrzeug- und der Zubehörindustrie bis zum Letzten ausgeschöpft werden, dann sind im Straßenbau durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um das Gespenst des Verkehrschaos und des Verkehrstodes zu bannen.“²⁰

Bekräftigt durch ein Verkehrsgutachten eines externen Ingenieurbüros erfuhr das städtische Straßennetz eine radikale Ausweitung nach dem Leitbild der „autogerechten Stadt“, das heißt, man richtete sich voll auf die erwartete und gewünschte Expansion des Autoverkehrs aus.²¹ Nachdem bereits zu Beginn der 1950er Jahre die Entscheidung zum Bau einer vierspurigen Ringstraße zur Entlastung der innerstädtischen Straßen gefallen war, wurde der Straßenbau in der lokalen Verkehrspolitik spätestens in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre zum dominierenden Faktor.²²

²⁰ Tiefbauamt der Stadt Rüsselsheim, Studie über den verkehrsmäßig, technisch und wirtschaftlich zweckmäßigsten Um- bzw. Ausbau der Ringstraße (B 43), Rüsselsheim 1964, S. 3.

²¹ Vgl. Ingenieurbüro Dorsch-Gehrmann, Verkehrsuntersuchung Rüsselsheim. Im Auftrag des Magistrats der Stadt Rüsselsheim, Wiesbaden 1964, in: Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD), O 5355/55.

²² Vgl. Tiefbauamt der Stadt Rüsselsheim, Ringstraße (B 43), S. 9; Rudolf Otto, Baukräne über Rüsselsheim. 25 Jahre Stadtentwicklung (1950 – 75), Flörsheim 1981, S. 147, 210-219.

Zum einen wurde der Ausbau bzw. die Verbreiterung vieler bestehender Straßen seit den späten 1950er Jahren intensiv vorangetrieben. Die Verbreiterungen gingen dabei häufig auf Kosten von Gehwegen und die Straßen säumenden Bäumen.²³ Neben Straßen im Innenstadtbereich wurden besonders die Zubringerstraßen zur neu angelegten Autobahn im Süden und Osten der Stadt ausgebaut.²⁴ Zum anderen unterstützte man die Anlegung neuer breiter Straßen, etwa eine kreuzungsfreie, autobahnähnliche Ringstraße (Evreux-/Kurt-Schumacher-Ring). Die Stadtverordneten verwiesen darauf, „daß nur durch eine solche großzügige Lösung den Aufgaben des Verkehrs in der Zukunft Rechnung getragen werden“ könne²⁵, wobei „Verkehr“ stets mit automobilem Verkehr gleichgesetzt wurde. Der Motorisierung wurde damit in den verkehrspolitischen Diskussionen eine Art „naturwüchsiger“ Charakter verliehen: Das automobiler Verkehrswachstum schien weder verhindert werden zu können, noch *sollte* es überhaupt gebremst werden. Im Rahmen einer sich ausbildenden automobilen Gesellschaft, in der das Auto Symbol für Fortschritt und Wohlstand war und Verkehrswachstum als Zeichen von Wirtschaftswachstum galt, sowie einer technokratischen Planungseuphorie wurden große Straßenbauprojekte von der Stadtverordnetenversammlung fraktionsübergreifend begrüßt und die Infrastrukturpolitik unterstützt.²⁶ Gerade zwischen SPD und CDU herrschte in der Regel Einigkeit über den verkehrspolitischen Kurs.²⁷

Die Förderung anderer Verkehrsarten erschien demgegenüber als vernachlässigbar. Zwar wurden mehrfach auch Über- und Unterführungen für Fahrräder und Fußgänger sowie Fahrradwege eingerichtet. Dabei sollte jedoch nicht vornehmlich der Radverkehr gefördert, sondern Rad- und Pkw-Verkehr sollten voneinander entkoppelt werden, um einen ungehinderten Autoverkehrsfluss zu erreichen.²⁸ Der städtische Busverkehr blieb bis Anfang der 1970er Jahre nur schwach entwickelt. Im Verkehrsgutachten wurde kein Wert auf eine Förderung des ÖPNV gelegt und die Stadt erweiterte trotz ihrer starken Finanzkraft den Nahverkehr nur geringfügig: Die jährlich gefahrenen Wagenkilometer und die Zahl der Busse bei den Verkehrsbetrieben stiegen trotz des enormen Stadtwachstums kaum und blieben im Vergleich zu Völklingen deutlich zurück.²⁹ Insofern beschränkte sich die Verkehrspolitik bis An-

²³ Vgl. Otto, Baukräne, S. 204; „Dritte Fahrspur wird abgezwickt“, in: Rüsselsheimer Echo (RE) 6.11.1964.

²⁴ Vgl. Tiefbauamt der Stadt Rüsselsheim, Ringstraße (B 43), S. 10 f.

²⁵ „Großzügig und für die Zukunft planen“, in: RE 23.9.1965.

²⁶ In der Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung dominierte die SPD über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg.

²⁷ Vgl. auch Haefeli, Verkehrspolitik, S. 310 f.

²⁸ Vgl. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 4.2.1960, in: Beschlussprotokolle der Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim 1960, in: StAR, unverz.

²⁹ Vgl. Deutscher Städtetag, Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, verschiedene Jahrgänge.

fang der 1970er Jahre vor allem darauf, dem Pkw-Verkehr Straßen- und Abstellflächen zu verschaffen.³⁰

Die Straßen sollten dabei auch deshalb möglichst groß dimensioniert ausfallen, da die Verwaltung nach dem enormen Stadtwachstum im Automobilboom der 1950er/60er Jahre davon ausging, Rüsselsheim werde sich zu einer kleinen Großstadt mit über 100.000 Einwohnern entwickeln. Parallel erwartete sie damit eine drastische Erhöhung des Autoverkehrs.³¹ Darüber hinaus galt der Bau von städtischen Schnellstraßen als Zeichen von Modernität: Mehrspurige, kreuzungsfreie Straßen oder Hochstraßen, möglichst „großzügig“ angelegt, erschienen als ästhetisch, modern und „zeitgemäß“. ³² Eine Werbebroschüre der SPD-Fraktion betonte:

„Rüsselsheim wird die moderne aufstrebende Stadt im Rhein-Main-Dreieck – im Schnittpunkt des internationalen Verkehrs. Großzügige Straßen verbinden unsere neuen und alten Stadtteile zu einer harmonischen Einheit.“³³

In Stadtbroschüren wurden regelmäßig breite Straßenbänder und Schnellstraßenmodelle als „Lebensadern der modernen Stadt“³⁴ oder auch „Visitenkarte unserer Stadt“³⁵ mit großen Abbildungen beworben (Abb. 3).

Ein weiteres wesentliches Motiv zum Ausbau der Straßenverkehrsfläche war der Gedanke, damit die Erreichbarkeit des Stadtkerns für den MIV zu verbessern und so den Handel zu stärken. Ab Ende der 1960er Jahre versuchte die Verwaltung, Rüsselsheim im Rahmen einer Stadtkernsanierung verstärkt als Versorgungszentrum für die umliegenden Gemeinden gegen die Konkurrenz der Metropolen Frankfurt und Mainz aufzustellen. Zur Steigerung der Einzelhandelsattraktivität sollte der Pkw-Verkehr bis unmittelbar vor die Geschäfte reichen. Aus diesem Grund beschloss die Stadt ausreichend Parkflächen und einen breiten Straßenring um einen Fußgängerbereich anzulegen.³⁶

³⁰ Vgl. „Stadtparlament und Magistrat konstituiert“, in: Main-Spitze (MS) 13.11.1964.

³¹ Vgl. „In zehn Jahren soll Rüsselsheim Großstadt sein“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 27.8.1971.

³² Vgl. Barbara Schmucki, Schneisen durch die Stadt – Sinnbild der ‚modernen‘ Stadt: Stadtautobahnen und amerikanisches Vorbild in Ost- und Westdeutschland 1925–1975, in: WerkstattGeschichte H. 20/1998, S. 43-63.

³³ O. A., So bauen wir unsere Stadt, Werbebroschüre der SPD, Rüsselsheim 1968, o. S., in: StAR, 963/28.

³⁴ Magistrat der Stadt Rüsselsheim, Presseamt (Hrsg.), Rüsselsheim, Rüsselsheim 1968, o.S.

³⁵ Magistrat der Stadt Rüsselsheim, Presse- und Verkehrsamt (Hrsg.), Opelstadt Rüsselsheim, Rüsselsheim [o. J.], in: StAR, 964/5.1.

³⁶ Vgl. Otto, Baukräne, S. 160-193; „Stadtzentren lassen sich schlecht verlegen“, in: RE 22.5.1970; „Das moderne Rüsselsheim stellt sich zur Schau“, in: MS 26.10.1970; „Verkehrsumkrepelungen schon in den Opelferien?“, in: MS 6./7.5.1972.

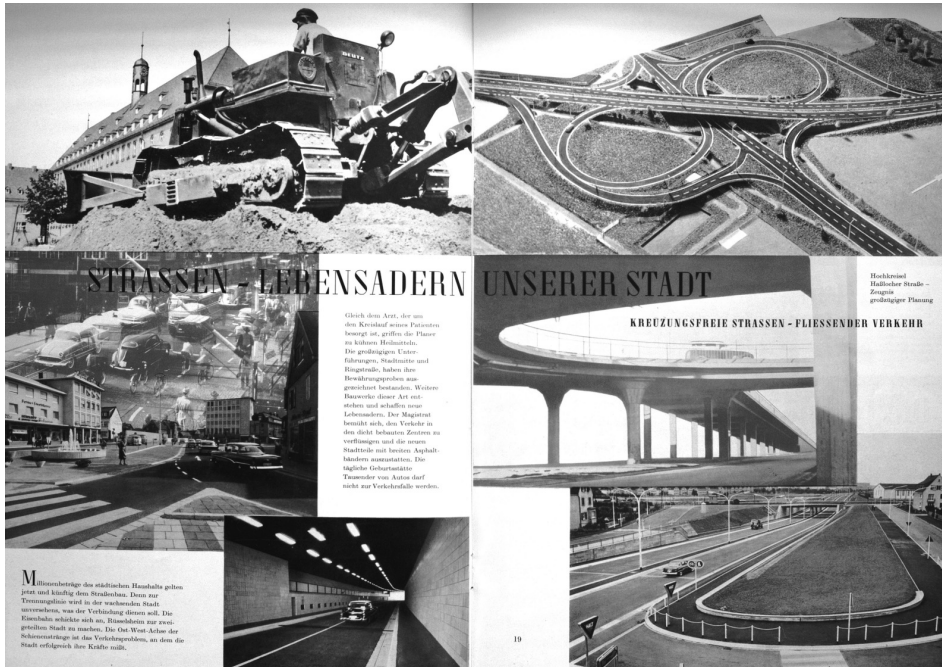


Abb. 3: Ausschnitt aus Stadtbroschüre „Rüsselsheim heute“ (1960).

Der Einkaufsbereich sollte laut Magistrat so gestaltet sein, „daß es für einen Käufer in diesem Zentrum keine besonderen Umstände erfordert, sein Auto in der Nähe zu parken und es in kürzester Zeit auch wieder zu erreichen.“³⁷ Unterstützt wurde diese autofreundliche Politik vom Rüsselsheimer Gewerbeverein. Dieser sprach sich dabei zum Teil gegen die Umwandlung von Straßen in Fußgängerzonen aus, die als Nachteil für den Autoverkehr betrachtet wurden.³⁸ Vom örtlichen Handel gingen darüber hinaus wesentliche Impulse zur Schaffung einer innerstädtischen Tiefgarage aus.³⁹

Ein zentraler Einflussfaktor in der Rüsselsheimer Verkehrspolitik war das Opelwerk: Mit der Vergabe von günstigen Werkswagen und dem Bau eigener Verkehrsinfrastruktur regte Opel die Automobilnutzung der Pendler an. Dazu legte das Werk auf seinem Gelände riesige Pkw-Parkflächen an und verfügte bereits 1964 über

³⁷ „Wie es war, wie es ist und wie es einmal sein wird“, in: RE 22.3.1966.

³⁸ Vgl. „Breite Straße gegen Fußgängerboulevard“, in: FAZ 9.12.1965.

³⁹ Vgl. „Bürger wollen Tiefgarage“, in: FAZ 1.4.1970.

10.000 Parkplätze.⁴⁰ Auf die zunehmende Pkw-Nutzung der Opel-Pendler seit den späten 1950er Jahren reagierte die Stadtverwaltung mit einem umfassenden Straßenbauprogramm, das primär für den Opel-Schichtverkehr, der als ein zentrales Verkehrsproblem betrachtet wurde, ausgelegt war.⁴¹ Darüber hinaus richtete die Stadt ihren ÖPNV stark nach den Betriebszeiten des Opel-Werks aus.⁴² Damit wiederum unmittelbar zusammen hing die Identifikation mit und die Abhängigkeit der Stadt von Opel. In den 1950er und 1960er Jahren, in denen sich die Stadt stolz als „Opelstadt“ inszenierte, bestand eine „vollkommene symbolische Identität von Opel und Rüsselsheim“.⁴³ Die Nachfrage nach Autos war der zentrale Wachstums- und Wirtschaftsmotor der Stadt, weshalb die Motorisierung von Seiten der Stadtpolitik explizit erwünscht war. Bürgermeister Köbel betonte 1964: „Wir sind eine Autostadt und wir freuen uns über jeden Wagen, der neu zugelassen wird.“⁴⁴ Die Verkehrspolitik berücksichtigte die Interessen Opels und sorgte für Straßen, die auch dem Werk dienen sollten, etwa dem Zuliefererverkehr.⁴⁵ Das Opelwerk brachte sich eher indirekt in politische Sachverhalte ein, mit Ausnahme der direkten Vertretung in einer städtischen „Verkehrsdeputation“, die dem Magistrat bei Verkehrsfragen als beratendes Gremium diente.⁴⁶ Dabei war sicherlich auch Opel an einer automobilorientierten städtischen Verkehrspolitik interessiert: Zum Thema Stadtverkehr veröffentlichte die Werkszeitschrift mehrfach Artikel, die sich positiv über den Ausbau städtischer Straßenflächen äußerten.⁴⁷

Zudem lieferte Opel die wesentliche finanzielle Ausgangsbasis für die kommunale Verkehrspolitik: Die Frage nach Finanzierung des Straßenbaus war für Rüsselsheim aufgrund der finanziellen Kraft der Stadt, die insbesondere durch die hohen Gewerbesteuerzahlungen Opels bestand, kaum Diskussionsthema. Zwar boten die

⁴⁰ Vgl. o. A., Bis Ende 1964 Parkraum für 10 000 PKW, in: Opel-Post 16:5, 1964, S. 20.

⁴¹ Vgl. „Kühnes Straßenbauprojekt reift der Vollendung entgegen“, in: MS 10.6.1958; „Schichtverkehr muß raus aus Innenstadt“, in: RE 6.9.1974; Bericht über durchgeführte Verkehrsuntersuchungen im Raume Rüsselsheim, 25.1.1966, in: Beschlussprotokolle der Magistratssitzungen Rüsselsheim 1966, in: StAR, unverz.; Magistratsbeschluss vom 30.5.1960, in: Beschlussprotokolle der Magistratssitzungen Rüsselsheim 1960, in: StAR, unverz.

⁴² Vgl. Stadtwerke Rüsselsheim (Hrsg.), 75 Jahre Stadtwerke Rüsselsheim, Rüsselsheim 2014, S. 69-71; Boyé, Kurzsichtige Verkehrspolitik, in: RE 17.12.1974.

⁴³ Zimmermann, Autostadt Rüsselsheim, S. 56.

⁴⁴ Magistrat der Stadt Rüsselsheim, Presse-, Sport und Verkehrsamt (Hrsg.), Rüsselsheim, Rüsselsheim 1964, S. 1.

⁴⁵ Vgl. „Sparsam gewirtschaftet und doch viel erreicht“, in: MS 7.2.1958; Tiefbauamt der Stadt Rüsselsheim, Ringstraße (B 43), S. 6.

⁴⁶ Vgl. auch Zimmermann, Autostadt Rüsselsheim.

⁴⁷ Vgl. u.a. o. A., Straßen und Brücken rund um Rüsselsheim, in: Opel-Post 15:1/2, 1963, S. 22; o. A., Der OPEL-Berufsverkehr, in: Opel-Post 19:10/11, 1967, S. 29.

Finanzierungshilfen des Bundes einen zusätzlichen Anreiz zum kommunalen Straßenbau und gab der Bund wichtige Impulse mit der Anlage eines hochverdichteten Autobahnnetzes um Rüsselsheim.⁴⁸ Die Stadt war jedoch bereit, auch aus ihrem eigenen Haushalt enorme Summen in den Straßenbau zu investieren.

Neben dem Opel-Schichtverkehr war das zweite zentrale Problem der Rüsselsheimer Verkehrspolitik, der aufgrund des regional stark anwachsenden Pkw-Verkehrs hohe städtische Durchgangsverkehr. Hier spielte die hohe Motorisierung in der gesamten Rhein-Main-Region ebenso eine Rolle wie Rüsselsheims verkehrsgeografisch zentrale Lage innerhalb der Region. Dementsprechend wurden einerseits die geplanten Autobahnen als Entlastung begrüßt.⁴⁹ Andererseits wollte die Stadt selbst dem regionalen Verkehr Rechnung tragen. Mit einem Mitte der 1960er geplanten Ausbau der durch die Stadt verlaufenden B 43 zu einer autobahnähnlichen Schnellstraße, dem „Unter-Main-Schnellweg“, sollte der regionale Durchgangs- und Schichtverkehr besser aufgenommen und die Stadt an die Region angebunden werden.⁵⁰

An diesem Projekt zeichneten sich zugleich jedoch erste Risse im bisherigen Konsens über die städtische Straßenbaupolitik ab. Das aufwendige Straßenprojekt rief massive Widerstände seitens der Anwohner hervor, die sich zu einer „Interessengemeinschaft der Ringstraßenanwohner e.V.“ zusammenschlossen und den Bau verhindern wollten. Sie befürchteten verstärkte Abgas- und Lärmbelastungen sowie eine Wertminderung der anliegenden Grundstücke. Des Weiteren kritisierten einzelne Stadtverordnete die „Zerschneidung“ der Stadt, sollte die Schnellstraße als Hochstraße realisiert werden. Dennoch handelte es sich nicht um eine grundsätzliche Kritik an einer einseitigen Autoförderungspolitik. Die Stadtverordneten begrüßten fraktionsübergreifend einen Ausbau der B 43 als Tiefstraße und auch der Protest der Bürger richtete sich lediglich gegen die negativen Einflüsse im unmittelbaren Umfeld der Betroffenen.⁵¹

Erst in den frühen 1970er Jahren begann der Motorisierungskonsens breitere Kritik zu erfahren, ohne jedoch völlig aufgelöst zu werden. Nun tauchten verstärkt in der Bevölkerung kritische Stimmen auf, die grundsätzlich auf negative Auswirkungen des Autoverkehrs hinwiesen, sich insbesondere gegen Lärm-, aber auch Luftbelastung wandten und sich für eine Verminderung des Autoverkehrs einsetz-

⁴⁸ Vgl. Magistrat der Stadt Rüsselsheim, Presse-, Sport und Verkehrsamt, Rüsselsheim, S. 1; „Ringstraßen und der ‚Kreisel‘ Hochstraßen?“, in: MS 3.7.1964.

⁴⁹ Vgl. „Einmütig die Brücke zum neuen Etat geschlagen“, in: RE 7.2.1958.

⁵⁰ Vgl. Tiefbauamt der Stadt Rüsselsheim, Ringstraße (B 43), S. 4, 10, 37.

⁵¹ Vgl. „Weil die Stadt ihr Projekt dennoch vorantreibt...“, in: MS 13.10.1964; „Ringstraße und der ‚Kreisel‘ Hochstraßen?“, in: MS 3.7.1964; „Auch Tiefstraße wird abgelehnt“, in: RE 13.10.1964.

ten.⁵² Des Weiteren begann sich langsam Kritik an der bisherigen Vernachlässigung des ÖPNV zu regen: Der Ortsverband der Jungen Union bemängelte den zu schwachen, unattraktiven Busverkehr. In der Stadtverordnetenversammlung schloss sich die FDP-Fraktion dieser Kritik an.⁵³ Sie kritisierte außerdem Fahrpreiserhöhungen scharf und bezeichnete den Umgang der Stadt mit ihrem ÖPNV als „kurzsichtige Verkehrspolitik“.⁵⁴ Tatsächlich zeigte die Verwaltung zu Beginn der 1970er Jahre, dass sie zu gewissen Verbesserungen im ÖPNV bereit war: Der Wagenpark wurde allmählich erneuert und erweitert, der Busverkehr etwas ausgeweitet und mit der geplanten Einrichtung einer S-Bahn-Haltestelle in Rüsselsheim sollten Umsteigemöglichkeiten im ÖPNV verbessert werden.⁵⁵ Darüber hinaus betonte Bürgermeister Storsberg 1972 die Bedeutung eines Verkehrsverbundes für den ÖPNV im Rhein-Main-Gebiet als „Aufgabe der Zukunft“.⁵⁶

Dennoch blieb die Zahl der geleisteten Wagenkilometer der städtischen Verkehrsbetriebe immer noch verhältnismäßig gering. 1972 verhinderte der Magistrat ein Hearing der Jungsozialisten zu dem Thema „Öffentlicher Nahverkehr, Alternative zum PKW“. Anscheinend befürchteten Verwaltung und SPD-Fraktion, die vehement den Kurs der Förderung des Autoverkehrs weiterverfolgten, sie könne mit einer entschiedenen Förderung des ÖPNV Opel brüskieren.⁵⁷ Insgesamt blieb der ÖPNV ein zögerlich erweitertes Zusatzangebot zum dominierenden Pkw-Verkehr und die autofreundliche Verkehrspolitik wurde fortgesetzt: Obwohl die Pläne zum Ausbau der B 43 im Zuge der Anwohnerproteste vorerst zurückgestellt wurden, blieben Überlegungen zu einem teilweisen Ausbau der Straße bestehen, ein neu entwickelter Generalverkehrsplan maß dem Autoverkehr und dem Straßenbau zentrale Bedeutung zu und die Pkw-Erreichbarkeit der Innenstadt blieb ein wichtiges Thema.⁵⁸ Mit der 1970 eingerichteten „Verkehrsdeputation“ wurde außerdem die Inter-

⁵² Vgl. „Geplagte Autobahn-Nachbarn im Dicken Busch stöhnen: ‚Den Lärm bekommen wir Tag und Nacht gratis geliefert‘“, in: MS 27./28.5.1972; „„Schon jetzt finden wir nachts kaum noch Ruhe““, in: RE 22.5.1973.

⁵³ Vgl. „Der Fahrplan ist Flickwerk“, in: FAZ 27.12.1971; Beschlussantrag der FDP 8.8.1973, in: Beschlussprotokolle der Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim 1973, in: StAR, unverz.

⁵⁴ Boyé: Kurzsichtige Verkehrspolitik, in: RE 17.12.1974.

⁵⁵ Vgl. Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Rüsselsheim vom 4. März 1971, S. 35 f., 46, StAR, 963.6; Magistrat der Stadt Rüsselsheim, Jahresbericht 1971 der Stadt Rüsselsheim, S. 162, in: StAR, 963.2; Dorsch Consult Ingenieurgesellschaft mbH, Regionale Verkehrsuntersuchung Mainspitze. Teilbereich Rüsselsheim. Ergebnisbericht, Wiesbaden 1975, S. 190 f., in: StAR, 962/22.

⁵⁶ „Dr. Storsberg bekräftigt Forderung nach Verkehrsverbund“, in: MS 14.4.1972.

⁵⁷ Vgl. Egon Winter, Der Einfluss von Großunternehmen auf die Kommunen unter Berücksichtigung lokalen Funktionswandels und veränderter Rahmenbedingungen in der BRD – Fallbeispiel Rüsselsheim, Diss. Frankfurt a. M. 1981, S. 190.

⁵⁸ Vgl. Dorsch Consult Ingenieurgesellschaft mbH, Regionale Verkehrsuntersuchung; „Schichtverkehr

essenvertretung der Autolobby in einem städtischen Beratungsgremium garantiert: Ihr gehörten neben neun Stadtverordneten ein Mitglied des Opel-Betriebsrates sowie jeweils ein Vertreter des ADAC, der Fahrlehrervereinigung, des Gewerbevereins und der Verkehrswacht an.⁵⁹

Verkehrspolitik in Völklingen

Wie in Rüsselsheim stieg auch in Völklingen in den späten 1950er Jahren die beginnende Automobilisierung zum mit Abstand wichtigsten verkehrspolitischen Thema auf. Unter den Schlagworten „Verkehrschaos“⁶⁰ und „Verkehrsmisere“⁶¹ klagten Presse und Politik über Staus und steigende Unfallzahlen auf den Völklinger Straßen. Grundsätzlich wurde jedoch auch hier nicht der wachsende Autoverkehr *an sich* problematisiert; vielmehr wurde die bestehende, für den zunehmenden Verkehr zu enge Straßeninfrastruktur für die Verkehrsprobleme verantwortlich gemacht.⁶² Wie in Rüsselsheim lag die allgemein akzeptierte Lösung darin, dem Autoverkehr durch den Neu- und Ausbau von Straßen mehr Platz zu verschaffen und die Fraktionen im Stadtrat stimmten im verkehrspolitischen Kurs überein.⁶³ So beteuerte man im Stadtrat fraktionsübergreifend, „bei der Verkehrsplanung nicht kleinlich vor[zu]gehen“⁶⁴ und durch möglichst großzügige Bauten für den Automobilverkehr „das Verkehrsproblem auf lange Sicht zu lösen“.⁶⁵ Dabei erschien auch hier der Schnellstraßenbau als Symbol für Modernität: Stadtbroschüren präsentierten wichtige Verkehrsbauten mit großformatigen Abbildungen.⁶⁶ Für die Attraktivität Völklingens warb man mit dem „großzügige[n] Ausbau innerstädtischer Straßen, ihre[r] Anbindung an die überregionalen Verkehrsstraßen“ sowie dem „Vorhalten hinrei-

muß raus aus Innenstadt“, in: RE 6.9.1974.

⁵⁹ Vgl. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 9.7.1970, in: Beschlussprotokolle der Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim 1970, in: StAR, unverz.

⁶⁰ „Beigeordneter Wiesen: Verkehrschaos lösbar?“, in: Völklinger Stadtanzeiger (VSA) 23.10.1959.

⁶¹ Stadtratsmitglied Kohler (FBL), Stadtratssitzung 29.4.1965, in: Niederschriften über die Stadtratssitzungen Völklingen 1965, S. 264, in: Stadtarchiv Völklingen (StAV), A2 71.

⁶² Vgl. Beigeordneter Wiesen, Stadtratssitzung vom 30.1.1961, in: Niederschriften über die Stadtratssitzungen Völklingen 1961, S. 34, in: StAV, A2 59.

⁶³ Im Völklinger Stadtrat war bis 1964 das christlich-konservative Lager mit knapper Mehrheit am stärksten vertreten, danach stellte die SPD im Untersuchungszeitraum die stärkste Fraktion.

⁶⁴ Stadtratsmitglied Fischer (SPD), Stadtratssitzung vom 17.3.1958, in: Niederschriften über die Stadtratssitzungen Völklingen 1958, S. 696, in: StAV, A2 53.

⁶⁵ Bürgermeister Hemmer, Stadtratssitzung vom 30.5.1961, in: Niederschriften über die Stadtratssitzungen Völklingen 1961, S. 335, in: StAV, A2 60.

⁶⁶ Vgl. Stadt Völklingen (Hrsg.), Völklingen 1969/70. Ereignisse und Rückblick, Saarbrücken 1971, S. 8 f., 61.

chender Parkmöglichkeiten“, die „dem Stadtbild großstädtische Akzente“⁶⁷ gäben. Ebenso wurden neue Straßenbauwerke in der lokalen Presse euphorisch begrüßt.⁶⁸ Insgesamt unterstützte die Politik den Straßenausbau – ergänzt durch Teiländerungen in der Verkehrsführung – als die beste und scheinbar alternativlose Lösung, um dem steigenden Pkw-Verkehr zu begegnen, der auch hier als Zeichen wachsenden Lebensstandards und Wirtschaftswachstums gesehen wurde. Alternative Vorschläge, die auf eine Reduzierung des Autoverkehrs abzielten, tauchten daher in den Diskussionen nicht auf.⁶⁹

Konkret wurden zum einen in Hauptstraßen der Stadtmitte die Straßenflächen vergrößert und dafür Erdgeschosssteile zu Arkadengängen umgebaut, Eisenbahnunterführungen verbreitert, an mehreren Straßen Bäume entfernt, Bürgersteige verschmälert.⁷⁰ Zum anderen ging es auch in Völklingen gerade um den Straßenneubau. Als mit Abstand größtes Problem wurde in den Diskussionen der Durchgangsverkehr angesehen. Problematisch war hier die Tallage der Stadt zusammen mit der Nähe zum regionalen Zentrum Saarbrücken. Daher sollten insbesondere die Hauptstraßen, die Völklingen mit den umgebenden Orten verbanden und als Durchgangsstraßen dienten, erweitert werden, um so dem Verkehr in der Innenstadt Platz zu verschaffen.⁷¹ Wie in Rüsselsheim lieferten hier die Verkehrsplaner des städtischen Bauamtes wichtige Impulse: Sie schlugen die Anlage eines weitgehend kreuzungsfreien, mehrspurigen Verkehrsrings um die Innenstadt vor. Im Stadtrat wurde dieser Plan allerdings kritisiert – man hatte insbesondere städtebauliche Bedenken: Die breiten Schnellstraßen hätten eine zerschneidende Wirkung, die geplanten „Verkehrsschneisen“ „zerstörten [...] die Stadt als Organismus“.⁷² Dennoch favorisierte man den Straßenbau als verkehrspolitisch beste Lösung und schlug lediglich eine weitläufiger verlaufende Straßenanlage vor.⁷³

Der Verwaltungsvorschlag wurde letztendlich nur zum Teil realisiert. Dies hatte finanzielle Gründe: Im Gegensatz zum „reichen“ Rüsselsheim war für Völklingen

⁶⁷ Stadt Völklingen, Städtisches Verkehrsbüro (Hrsg.), Standort Völklingen, Völklingen 1968, o. S.

⁶⁸ Vgl. z.B. „Dem ständig wachsenden Verkehr durch Umgehungen ausweichen“, in: Völklinger Anzeiger (VA) 13.11.64; „Moderne Straßenbrücke führt durch den Haller“, in: Saarbrücker Zeitung (SZ) 4.9.1967; „Verkehrsengpässe bald beseitigt“, in: SZ 20.8.1968.

⁶⁹ Vgl. Stadtverwaltung Völklingen (Hrsg.), Stadtspiegel Völklingen 1964 – 1966, Völklingen 1967, S. 51.

⁷⁰ Vgl. Dirk Bubel, Es war einmal eine Stadt. Gespräch mit Hans Obermann, dem Archivar der Mittelstadt Völklingen, in: Saarbrücker Hefte H. 77/1997, S. 4-13, hier: S. 6; „Der Verkehrsstrom wächst uferlos an“, in: VA 23.9.1960; „Völklingen will den Verkehrsknoten entwirren“, in: SZ 14.10.1964.

⁷¹ Vgl. Beigeordneter Wiesen, Stadtratssitzung vom 30.1.1961, in: Niederschriften über die Stadtratssitzungen Völklingen 1961, S. 34, in: StAV, A2 59.

⁷² Stadratsmitglied Bertram (FBL), Stadtratssitzung vom 30.5.1961, in: Niederschriften über die Stadtratssitzungen Völklingen 1961, S. 329, StAV, A2 60.

⁷³ Vgl. ebd., S. 330-332.

aufgrund finanzieller Engpässe die Förderung seitens des Bundes und des Landes für die Realisierung größerer Verkehrsprojekte bereits in den 1960er Jahren von vorneherein entscheidend. Mit Änderung des Bundesfernstraßengesetzes 1962 hatte sich der Bund bereiterklärt, den Ausbau des südlichen Teils des von der Verwaltung vorgeschlagenen Verkehrsrings als autobahnähnliche Hochstraße zu finanzieren. Damit war für die Stadt ein wesentlicher Anreiz geschaffen, diese „Südtangente“ zu verwirklichen, deren Bau zuvor noch mit Kosten von über 30 Mio. DM als zu teuer erschienen war.⁷⁴ Auch vormalige vereinzelte Bedenken ästhetischer und städtebaulicher Art fielen nun nicht mehr ins Gewicht und der Stadtrat beschloss 1962 einstimmig, die Planungen auszuarbeiten. Indem der Bund die Kosten übernahm, regte er in der Völklinger Verkehrspolitik zum Bau von groß dimensionierter Verkehrsinfrastruktur an.

Wie in Rüsselsheim wollte auch in Völklingen die Stadtverwaltung mit Hilfe der Infrastrukturpolitik die Erreichbarkeit des Stadtkerns für den Autoverkehr verbessern, um so den Handel zu stärken. In den 1960er Jahren versuchte Völklingen sich gegenüber den Konkurrenten Saarlouis und vor allem Saarbrücken als „Einkaufszentrum“⁷⁵ aufzustellen. Um die Attraktivität des Völklinger Einzelhandels zu steigern, sollte der Pkw-Verkehr problemlos in die Nähe der Geschäfte fahren können – darüber war man sich bereits Ende der 1950er Jahre einig. Daher plante die Verwaltung den innerstädtischen Straßenring dicht um den Stadtkern zu legen und dort möglichst viele Parkplätze einzurichten. Eine solche Heranführung des MIV, so argumentierte Bürgermeister Hemmer, „begünstigt eine gute ‚Citybildung‘“, da „ein allzu weites Abführen der Verkehrsstraßen von dem Geschäfts- und Behördenviertel zu einer Cityverödung führt.“⁷⁶ Angetrieben wurde diese Politik vom Völklinger Gewerbeverein. Dieser forderte im Laufe der 1960er Jahre von der Stadtverwaltung stets die Anlage neuer Parkflächen für den Autoverkehr. In einem Schreiben an den Bürgermeister warnte der Verein: „Handel und Gewerbe von Völklingen sieht in der Parkraumnot das wichtigste Moment, den derzeitigen Umsatz zu halten und eine ernstliche Existenzgefährdung zu vermeiden.“⁷⁷

Anders als in Rüsselsheim wurde in den Diskussionen zum Autoverkehr der Werksverkehr zur Hütte nur selten explizit thematisiert. Von Bedeutung dürfte dabei gewesen sein, dass die Motorisierung der Hüttenbelegschaft vergleichsweise langsam voranschritt. Allerdings nahmen mit wachsender Motorisierung Pläne der

⁷⁴ Vgl. Beigeordneter Wiesen, Stadtratssitzung vom 18.9.1962, in: Niederschriften über die Stadtratssitzungen Völklingen 1962, S. 1108, in: StAV, A2 64.

⁷⁵ „Morgen 9 Uhr PEKA auch bei uns“, in: Völklinger Stadtrundschau (VSR) August 1968.

⁷⁶ Bürgermeister Hemmer, Stadtratssitzung vom 30.1.1961, in: Niederschriften über die Stadtratssitzungen Völklingen 1961, S. 35, in: StAV, A2 59.

⁷⁷ Zit. nach: „Besorgt über das Völklinger Parkproblem“, in: VA 12.10.1962.

Stadtverwaltung zum Straßenneubau Ende der 1960er stärkeren Bezug auf die Hütte, indem etwa Zufahrten zu Hüttenoren mit eingeplant wurden.⁷⁸ Auch von Seiten der Hütte gingen scheinbar wenig verkehrspolitische Aktivitäten bezüglich des Pkw-Verkehrs aus. So schuf die Hütte nur verhältnismäßig wenige werkseigene Pkw-Stellflächen: Noch 1975 verfügte sie erst über 3.650 Parkplätze.⁷⁹ In Völklingen war der ansässige industrielle Großbetrieb in erster Linie in Bezug auf den städtischen ÖPNV ein wichtiger Faktor der Verkehrspolitik. Die Stadtwerke hatten die starke ÖPNV-Nachfrage der Hüttenpendler zu Zeiten des Schichtwechsels zu bedienen, wozu zusätzlicher, die Stadt finanziell belastender Sonderverkehr eingesetzt werden musste. Beispielsweise übernahmen die städtischen Verkehrsbetriebe 1967 die An- und Abfahrt der Belegschaft des Walzwerks der Hütte. Hier zeigt sich, dass das Hüttenwerk die Ausgestaltung der Völklinger Verkehrspolitik eher indirekt beeinflusste. Die Hütte selbst unterstützte den Busverkehr, indem sie eigens einen Busbahnhof einrichtete.⁸⁰

Bereits in den späten 1950er Jahren stand der verkehrspolitische Umgang mit dem ÖPNV zugleich im Schatten der Motorisierung; er schien in den Augen der Stadt insgesamt keine ernsthafte Alternative zum MIV darzustellen. Wie viele deutsche Mittel- und Kleinstädte schaffte auch Völklingen seine Straßenbahn im Laufe der 1950er Jahre ab.⁸¹ Nicht nur sah man die Straßenbahn als veraltetes „Verkehrshindernis“⁸² für den MIV an, die Anlagen waren auch stark modernisierungsbedürftig und die Stadt nicht bereit, eine grundlegende Sanierung der Straßenbahninfrastruktur zu finanzieren. Obwohl sich die Stadtverwaltung bewusst war, dass die fortlaufende Motorisierung für die weiter sinkenden Fahrgastzahlen verantwortlich war, wurden kaum ernsthafte Maßnahmen getroffen, die die Abwanderung vom ÖPNV zum MIV verhindern sollten. Wichtiger waren der Verwaltung und den Stadtwerken innerbetriebliche Rationalisierungen, da die Verkehrsbetriebe trotz hoher Fahrgastzahlen seit den 1950er Jahren finanzielle Defizite verzeichneten.⁸³

⁷⁸ Vgl. Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Planungsausschusses und des Bau- und Grundstücksausschusses, 26.2.1969, in: StAV, A 2860; „Die neue Führung der Rathausstraße“, in: VSR September 1969.

⁷⁹ Vgl. o. A., Für Autofahrer eine Fußgängerbrücke, in: Der Hüttenmann 29:7-9, 1975, S. 31.

⁸⁰ Vgl. Hubert Kesternich, Die Völklinger Hütte zwischen 1957 und 1974, in: Kurt Harrer (Hrsg.), Völklingen zwischen 1957 und 1974, Völklingen 2009, S. 21-32, hier: S. 21-24.

⁸¹ Vgl. Eckehard Frenz, Die Straßenbahnstilllegung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Reinhart Köstlin/Hellmut Wollmann (Hrsg.), Renaissance der Straßenbahn, Basel/Boston 1987, S. 47-87, hier: S. 61 f.

⁸² Stadtverwaltung Völklingen (Hrsg.), Völklingen 1957 – 1963, Völklingen 1964, S. 420.

⁸³ Vgl. ebd., S. 420-422; „Völklinger Verkehrsbetriebe befördern jährlich etwa 12 Millionen Fahrgäste“, in: VA 15.11.1963; Stadtverwaltung Völklingen, Stadtspiegel Völklingen, S. 98.

Gegen Ende der 1960er bahnte sich eine „Repolitisierung des Verkehrs“⁸⁴ an: Das Auto geriet stärker in die Kritik, während insbesondere Bus- und Fußgängerverkehr eine Aufwertung erfuhren. Seit den frühen 1970er Jahren wurden Lärm- und Luftbelastung des Autoverkehrs öffentlich thematisiert.⁸⁵ Zum einen begannen zunehmend Anwohner vielbefahrener Straßen zu protestieren. Zum anderen realisierte auch die Politik allmählich, dass Lärmpegel sowie Luftbelastung aufgrund des wachsenden Pkw-Verkehrs anstiegen, wobei umweltpolitisch die Debatten um die starken industriellen Luftbelastungen überwogen.⁸⁶ Des Weiteren erhielt der ÖPNV eine Aufwertung: Ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurde vereinzelt Kritik an der Vernachlässigung des ÖPNV laut. Bürgermeister Durand betonte 1972: „Dem öffentlichen Nahverkehr kommt in Zukunft besondere Bedeutung zu, weil der Individualverkehr Probleme bringt, die nur der öffentliche Nahverkehr lösen kann.“⁸⁷ Erstmals verwies man darauf, dass auch bessere ÖPNV-Anbindungen die Zentralität und Attraktivität Völklingens als Einzelhandelsstandort steigern könnten.⁸⁸

Als zentrales Streitobjekt stand der ÖPNV zudem kurzzeitig im Sommer 1969 im Fokus öffentlicher Proteste: Nachdem die Stadt die Fahrpreise erhöht hatte, fanden in Völklingen im Juli Unterschriftenaktionen, Demonstrationzüge und „sit-ins“ in Straßen der Innenstadt und vor dem Rathaus statt, an denen sich hauptsächlich Studenten beteiligten. Die Demonstranten forderten vom Stadtrat, den Beschluss zur Tarifierhöhung wieder aufzuheben. Ein zentrales Element der Proteste war auch die Aktion „Roter Punkt“: Busse und Bus-Depot wurden blockiert, dafür signalisierten private Pkw mit einem roten Punkt an der Windschutzscheibe, dass der jeweilige Fahrer bereit war, wartende ÖPNV-Fahrgäste mitzunehmen.⁸⁹ Die Proteste endeten, als der saarländische Wirtschaftsminister die Zustimmung zu den neuen Tarifen verweigerte. Die Proteste waren jedoch nicht primär ökologisch, sondern sozialpolitisch motiviert. Nur am Rande wurde betont, dass durch die Einführung von Null-Tarifen im ÖPNV mehr Personen den Bus und weniger das Auto nutzen würden und dadurch externe Kosten des Pkw-Verkehrs verringert werden könnten.⁹⁰

⁸⁴ Haefeli, Verkehrspolitik, S. 232.

⁸⁵ Vgl. z.B.: „Umweltschutz: Politische Herausforderung unseres Jahrzehnts“, in: VSA 14.4.1971; „Ist unsere Stadt noch zu retten?“, in: VSA 30.6.1971.

⁸⁶ Vgl. „Der Stadtteil Völklingen-Fenne hat auch seine Probleme“, in: Völklinger Stadtbrille H. 11/1974; „Stadt kämpft für bessere Umwelt“, in: SZ 14.12.1972; Stadtoberamtsrat Wilbois, Stadtratssitzung vom 12.12.1972, in: Niederschriften über die Stadtratssitzungen Völklingen 1972, S. 2403 f., in: StAV, A2 91.

⁸⁷ „Die Leistungen verdienen Anerkennung“, in: SZ Weihnachten 1972.

⁸⁸ Vgl. Stadt Völklingen, Völklingen 1969/70, S. 8, 40; „Interessengemeinschaft sieht Chance für Völklingen“, in: SZ 14.9.1970; „Verstärkter Nahverkehr zu sozialem Preis“, in: VSA 18.4.1974.

⁸⁹ Vgl. auch Hans-Heinrich Bass, Verkehrspolitik unter dem Druck der Straße. Die Dortmunder Fahrpreissenruhen von 1971, in: WerkstattGeschichte H. 61/2012, S. 49-64.

⁹⁰ Vgl. „Demonstration zur Probe“, in: SZ 17.7.1969; „Vorschlag des OB abgelehnt“, in: SZ 19./20.7.1969;

Auch wenn der ÖPNV insgesamt eine Aufwertung erhielt, hatte sich das Auto als Konsumgut und selbstverständliches Transportmittel im Alltag fest etabliert, auf das – trotz aller Kritik – kaum jemand völlig verzichten wollte. So waren weder Verwaltung noch Stadtrat bereit, das Auto umfassenden Einschränkungen auszusetzen⁹¹ und die Politik konnte sich nicht zu einer vorrangigen Förderung von Alternativen zum MIV durchringen. So behielt auch der Straßenbau seine wichtige Stellung: In einem 10-Punkte-Programm zur Stadtentwicklung forderte die CDU noch 1974 den „dringend erforderlich[en]“ Aus- und Neubau von größeren Straßen sowie mehr Raum für den ruhenden Verkehr.⁹² Auch der Weiterbau der „Südtangente“ wurde weiterhin stark befürwortet. Örtlicher Handel und Politik forderten darüber hinaus immer noch dauerhaft, die Verkehrsflächen für den Autoverkehr zu optimieren, um Völklingen als Einkaufsstandort zu etablieren.⁹³ Im Rahmen einer Stadtkernsanierung wollte die Stadt in den frühen 1970ern dem Autoverkehr gerecht werden. Der Rahmenplan zur Sanierung sah vor, dass die umliegenden Straßen ausgebaut werden und mehrere Straßenschleifen in eine innere Einkaufszone verlaufen sollten, um dort möglichst nah bei den Geschäften Parkplätze bereitzustellen.⁹⁴ Zwar wurden in dem Plan auch ÖPNV-Haltestellen vorgesehen und sollten mehrere Straßen in der Innenstadt zur „Erhöhung der Lebensqualität“⁹⁵ zu Fußgängerzonen umgebaut werden, eine wirkliche Abkehr von der autofreundlichen Politik bedeutete dies jedoch nicht. Letztendlich verfolgte die Verkehrspolitik eine Art Doppelförderung von Auto und ÖPNV.

Fazit

Bei der Untersuchung der Verkehrspolitik der beiden mittelgroßen Industriestädte zeigen sich einige besondere Charakteristika: Als Mittelstädte im Umfeld von regionalen Oberzentren war einer der zentralen Punkte in den verkehrspolitischen Diskussionen die Frage nach dem regionalen Durchgangsverkehr, der sich insbesondere durch die jeweilige großstadtnahe Lage ergab. Hinsichtlich der Industriestadtper-

„Nächste Woche wieder neue Demonstrationen“, in: *SZ* 26./27.7.1969; Hermann, *Wissenschaftspraxis bei den Wiwis*, in: *Speculum. Saarbrücker Studentenzeitschrift* 15:11, 1969, S. 9.

⁹¹ Vgl. Gregor M. Rinn, *Das Automobil als nationales Identifikationssymbol. Zur politischen Bedeutungsprägung des Kraftfahrzeugs in Modernitätskonzeptionen des „Dritten Reichs“ und der Bundesrepublik*, Diss. phil. Berlin 2008, S. 139 f.

⁹² Vgl. Christlich-Demokratische Union Deutschlands Stadtverband Völklingen, *10-Punkte-Entwicklungsprogramm für Völklingen*, [Völklingen 1974], S. 21.

⁹³ Vgl. „OB Fischer exklusiv zur Stadtkernsanierung“, in: *VSA* 1.7.1970.

⁹⁴ Vgl. Planungsbüro Max Guther, *Stadtkernerneuerung Völklingen*, Darmstadt 1973.

⁹⁵ Raymund Durand, *Innenstadt muß attraktiver werden*, in: *VSA* 10.4.1974.

spektive sind zwei Charakteristika besonders zu betonen: Zum einen war der Schichtverkehr der Großunternehmen in beiden Städten ein zentraler Diskussionspunkt. Zum anderen sind Unterschiede in der jeweiligen lokalen Verkehrspolitik sowie der Entwicklung der Mobilitätssysteme zum Teil auf die ansässigen dominierenden Industrieunternehmen zurückzuführen. Die Verkehrspolitik in der Autostadt Rüsselsheim konzentrierte sich stärker als in der montanindustriellen Stadt Völklingen auf den Pkw. Hier bildeten sich früher Mobilitätsmuster, die auf dem Autoverkehr aufbauten, und eine radikalere „autogerechte“ Struktur und Politik heraus.⁹⁶ Demgegenüber schenkte Völklingen seinem ÖPNV im Laufe der 1960er und vor allem zu Beginn der 1970er mehr Beachtung. Der Pkw-Werksverkehr spielte in Rüsselsheim eine wesentlich größere Rolle als in Völklingen. Zentral war hierbei der schon früh ausgebildete Rüsselsheimer automobile Opel-Schichtverkehr in Verbindung mit einer ausgeprägteren automobilen Kultur insbesondere über die Identifikation als „Opelstadt“ sowie klaren ökonomischen Interessen der Stadt hinsichtlich der Förderung Opels bzw. dem Pkw als wirtschaftlicher Existenzgrundlage der Stadt. Opel wiederum lieferte der Stadt die finanzielle Basis für den autogerechten Ausbau. Insofern spielten Fördermittel des Bundes für Völklingen eine wichtigere Rolle als für Rüsselsheim, wenngleich sie für beide Städte Anreize zum Straßenbau bot. Mit der Differenzierung der beiden Industriestadttypen konnten insofern Unterschiede in der Entwicklung der lokalen Mobilitätssysteme und Verkehrspolitik aufgezeigt werden.⁹⁷

Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass auch Mittelstädte bei der Entwicklung ihrer Verkehrspolitik und urbanen Mobilität ähnlichen Entwicklungslinien wie Großstädte folgten. Spätestens seit Ende der 1950er Jahre sowie in den 1960er Jahren beherrschte ein umfassender Motorisierungskonsens die lokale Verkehrspolitik: Sie fokussierte auf das sich verbreitende Auto als primäres Transportmittel der Zukunft, während ÖPNV und Fahrrad nicht als förderungswürdige Alternative gesehen wurden. Der gewünschten Massenmotorisierung sowie dem zunehmenden (automobilen) Verkehrswachstum als Zeichen für wachsenden Lebensstandard und Wirtschaftswachstum sowie quasi „naturwüchsigem“ Prozess galt es, die entsprechende Infrastruktur bereitzustellen. Dementsprechend lief die Verkehrspolitik auf eine einseitige Infrastrukturpolitik hinaus. Eine wichtige Rolle spielten Verkehrsingenieure, die mit Plänen für große Straßenbauten entscheidende Impulse lieferten. Solche Projekte wurden in den 1960er Jahren allgemein begrüßt und es gab keine Opposition ge-

⁹⁶ Dies schließt freilich nicht aus, dass sich auch andere Städte ohne ansässige Automobilindustrie stark nach dem Leitbild der autogerechten Stadt ausrichteten.

⁹⁷ Ein weiterführender Ansatz wäre hier sicherlich auch der Einbezug des bislang in der Forschung vernachlässigten Güterverkehrs.

gen diesen gesellschaftlichen Konsens. Erst gegen Ende der 1960er Jahre begann das Auto zunehmend hinsichtlich Lärm- und Umweltbelastung in die Kritik zu geraten. Die Kritik ging einher mit einer Aufwertung des ÖPNV und Fußgängerverkehrs, bedeutete jedoch keine Abkehr von der primären Fokussierung auf den mittlerweile im Alltag fest etablierten Autoverkehr.

Insgesamt bildete der Untersuchungszeitraum in beiden Städten eine zentrale Etappe bei der Etablierung eines Mobilitätssystems, das grundlegend auf dem Automobil aufbaute. Das Auto entwickelte sich zum primären Transportmittel auf Kosten anderer Verkehrsarten, ohne diese jedoch völlig zu ersetzen. Die autoorientierte Verkehrspolitik hat diesen Wandel zwar nicht ausgelöst, aber doch durch den enormen Ausbau der Pkw-Verkehrsinfrastruktur *ermöglicht*. Sie stellte die infrastrukturellen Grundlagen für den Mobilitätswandel und die Herausbildung einer automobilen Gesellschaft bereit sowie für die Verfestigung des „Systems“ der „Automobilität“. Eine Änderung dieses Systems erwies (und erweist) sich auf Dauer jedoch als schwierig: Pfadabhängigkeiten und Beharrungskräfte wirken sowohl auf materieller Ebene wie im Alltagsverhalten der Menschen.⁹⁸

Michael Röhrig, M.A., Universität des Saarlandes, m.roehrig@mx.uni-saarland.de

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Eigene Darstellung; Quelle: Stadtverwaltung Völklingen, Verwaltungsberichte der Stadt Völklingen, versch. Jg.; Deutscher Städtetag, Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, versch. Jg.; Magistrat der Stadt Rüsselsheim, Stadt Rüsselsheim. Statistische Berichte, versch. Jg..

Abb. 2: Eigene Darstellung; Quelle: Opel-Post; Erwin Lang, Der Kreis Groß-Gerau. Die kommunalpolitische Situation eines hessischen Landkreises im Ballungsraum „Engeres Untermaingebiet“, Mühlheim a. M. 1965, Anlage 1, 2; Tiefbauamt der Stadt Rüsselsheim, Studie über den verkehrsmäßig, technisch und wirtschaftlich zweckmäßigsten Um- bzw. Ausbau der Ringstraße (B 43), Rüsselsheim 1964, S. 5.

Abb. 3: Magistrat der Stadt Rüsselsheim, Presseamt (Hrsg.), Rüsselsheim heute, Rüsselsheim 1960, S. 18 f.

⁹⁸ Vgl. Dirk van Laak, Infra-Strukturgeschichte, in: GG H. 27/2001, S. 367-393, hier: S. 368.

Imaginierte Räume. Zur Geschichte nicht-realisierter Stadtplanungsprojekte

Stadtgeschichte beschäftigt sich in der Regel mit der Geschichte gebauter Räume, mit städtischen Ereignissen, Stadtbewohnern und -bewohnerinnen oder stadtbezogenen sozialen oder wirtschaftlichen Prozessen.¹ Die Geschichte der Stadtplanung widmet sich der Geschichte der Planung ganzer Städte, von Stadtvierteln und Peripherien oder städtischen Infrastrukturen, häufig in Verbindung mit den damit einhergehenden politischen oder sozialen Utopien.² Sprachwissenschaftlich ausgedrückt, handelt es sich im ersten Fall um einen Realis, im zweiten um einen Potentials.

Der folgende Beitrag widmet sich dagegen dem Sonderfall nicht realisierter, aber doch vollständig geplanter, also entworfener, diskutierter, gezeichneter, imaginiertes Stadträume, die in der Stadtgeschichtsschreibung bislang nicht systematisch berücksichtigt wurden. Sprachwissenschaftlich betrachtet entspräche dies dem Modus des Irrealis. Um welche Art von Geschichtsschreibung aber handelt es sich hier? Im Gegensatz zur kontrafaktischen oder virtuellen Geschichte, die darüber spekuliert, was geschehen wäre, wenn bestimmte Tatsachen nicht oder anders eingetroffen wären³, handelt es sich im Fall von nicht oder nur partiell realisierten Stadtplanungen um imaginierte Geschichten, also um vergangene, historisch nachweisbare und kontextualisierbare städtische Zukunftsvisionen, die meistens auch materielle Spuren hinterlassen haben.

¹ Auf die Vielzahl der Stadtdefinitionen im stadtgeschichtlichen Kontext soll hier nicht eingegangen werden, vgl. stellvertretend Peter Johaneck/Franz-Joseph Post (Hrsg.), *Vielerlei Städte. Der Stadtbegriff*, Köln u.a. 2004; zuletzt zur Stadt als „gebaute Entität“: Dieter Schott, *Europäische Urbanisierung (1000-2000). Eine umwelthistorische Einführung*, Köln u.a. 2014, S. 14.

² Hildegard Schröteler-von Brandt, *Stadt- und Stadtplanungsgeschichte. Eine Einführung*, Wiesbaden 2014; Susanne Rau, *Stadtplanung*, in: Friedrich Jaeger (Hrsg.), *Enzyklopädie der Neuzeit*, Bd. 12, Stuttgart 2010, S. 782-785; ebenfalls mit stadtbezogenen Beiträgen: Christoph Bernhardt u.a. (Hrsg.), *Geschichte der Planung des öffentlichen Raums*, Darmstadt 2005.

³ Vgl. Niall Ferguson (Hrsg.), *Virtual History. Alternatives and Counterfactuals*, London 2003; Alexander Demandt, *Ungeschehene Geschichte. Ein Traktat über die Frage: Was wäre geschehen, wenn ...?*, Göttingen 2001.

Am ehesten berücksichtigt wurde dieser Modus der Stadtgeschichte bislang im Kontext der Geschichte politisch-sozialer Utopien, die ihren imaginierten Ort der Realisierung bisweilen in Städten hatten. Zu solcherart realisierten oder nicht-realisierten Entwürfen zählen auch Idealstädte wie Sforzinda, Palmanova oder Freudensstadt.⁴ Ansonsten lassen sich Spurensuchen nach nicht realisierten Planungen auch schon zu einzelnen Städten finden.⁵

Stadtgeschichte in raumzeitlicher Perspektive: theoretische Überlegungen

Theoretisch lässt sich das Themenfeld der geplanten, aber nicht realisierten Stadträume auch mit einem erweiterten Raumbegriff begründen, der sich nicht auf den gebauten Raum beschränkt. Freilich gibt es auch andere Forschungen zu imaginierten oder virtuellen Räumen, beispielsweise in der Mediävistik.⁶ Das Konzept ist also durchaus schon vorhanden, wurde bislang jedoch nicht speziell auf Städte bezogen. Auch unterscheidet es – bis dato jedenfalls – noch nicht zwischen „rein“ imaginierten und für eine konkrete Planung imaginierten, also entworfenen Räumen. Daher möchte ich die Raumtheorie Henri Lefebvres heranziehen, die mit den Begriffen „espace perçu“, „espace conçu“ und „espace vécu“ mehrere Ebenen unterscheidet, die sich auch wechselseitig durchdringen, verstärken oder widersprechen können.⁷ Der „espace perçu“ steht dabei für den erfahrenen, wahrgenommenen oder genutzten Raum, der „espace conçu“ für den gedachten, geplanten oder vorgestellten Raum und der „espace vécu“ schließlich für den erlebten oder gelebten Raum. Daraus leitet Lefebvre eine Dreiheit des Raums ab, die sich in räumlicher Praxis, räumlicher Repräsentation und Räumen der Repräsentation aufschlüsseln lässt. Lefebvre hat diese Unterscheidung in seiner Theorie der Produktion des Raums eingeführt. Neben der Distinktion der drei Ebenen hat sie zudem den Vorteil, dass sie Raum nicht als etwas Gegebenes voraussetzt, sondern als etwas von Menschen Gemachtes, also als Produkt gesellschaftlicher Prozesse und Praktiken, in dem sich dann auch Gesellschaft widerspiegelt.

⁴ Vgl. Hanno-Walter Kruft, Städte in Utopia. Die Idealstadt vom 15. bis zum 18. Jahrhundert zwischen Stadtutopie und Wirklichkeit, München 1989; vgl. auch Josef Ponten, Architektur, die nicht gebaut wurde, 2 Bde., Stuttgart 1925.

⁵ Beispielhaft sei hier genannt: Ulrich Höhns (Hrsg.), Das ungebaute Hamburg. Visionen einer anderen Stadt in architektonischen Entwürfen der letzten hundertfünfzig Jahre, Hamburg 1991.

⁶ Vgl. Elisabeth Vavra (Hrsg.), Virtuelle Räume. Raumwahrnehmung und Raumvorstellung im Mittelalter, Berlin 2005.

⁷ Henri Lefebvre, La production de l'espace, Paris, 2000, bes. S. 35-81; vgl. dazu Susanne Rau, Räume. Konzepte, Wahrnehmungen, Nutzungen, Frankfurt a. M. 2013, S. 47-50.

Mit der Lefebvreschen Theorie im Gepäck lassen sich nun auch die geplanten, also „konzipierten“ Stadträume besser fassen. Diese können, müssen aber nicht zwangsläufig in eine materielle Objektivation überführt werden. Und selbst wenn dies geschähe, könnten sie wiederum anders genutzt und gelebt werden als in der Planung vorgesehen. Ohne die kategoriale Fassung als eine gedachte städtische Realität, deren Konzeptionsprozess meist auch Diskussionen, Texte und Zeichnungen hervorgebracht hat, blieben diese Versuche, Stadtraum zu schaffen, leicht unberücksichtigt. Damit aber würde Stadt(planungs)geschichte allzu leicht auf eine Erfolgsgeschichte (im Sinne „erfolgter“ Realisierungen) reduziert werden. Indem Versuche beziehungsweise gescheiterte Projekte ausgeblendet würden, wäre Stadt(planungs)geschichte dann eine weitgehend lineare Erzählung – verarmt um Diskontinuitäten wie Vorgriffe, Verzögerungen, Gegenläufigkeiten oder Rückschläge. Weshalb aber sollten diese Aspekte zu einer Stadtplanungsgeschichte nicht dazugehören?

Um an einem Konzept für eine – möglicherweise als diskontinuierlich zu bezeichnende – Stadt- und Raumgeschichte zu arbeiten, werden im Folgenden einige Beispiele gescheiterter oder nur partiell realisierter Raumplanungen vorgestellt. Anschließend werden Überlegungen zu einer Stadtgeschichte in raumzeitlicher Perspektive angestellt. Die Konsequenz könnte sein, Stadtgeschichte nicht nur als Geschichte gebauter Räume zu begreifen, sondern auch als eine Geschichte der Modalität und der Zeitlichkeit dieser Räume, verstanden als imaginierte, geplante, realisierte, gelebte Räume. Um nicht den Eindruck zu erwecken, Stadtplanungsprojekte der Neuzeit beschränkten sich auf Peripherieplanungen (so die gewählten Beispiele) und konzentrierten sich auf das 19. Jahrhundert, soll zunächst kurz das Spektrum der Möglichkeiten skizziert werden.

Wie man eine Stadt „vergrößert“

Die Forschung zu städtischen Erweiterungsprojekten ging lange und geht bisweilen immer noch davon aus, dass Stadterweiterungsprojekte in Europa in der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzten, als im Zuge von Industrialisierung und Bevölkerungswachstum auch der Verstädterungsgrad zunahm.⁸ Der Erweiterungsplan (*ensanche*)

⁸ Vgl. Jean-Luc Pinol/François Walter, *La ville contemporaine jusqu'à la Seconde Guerre mondiale*, in: Jean-Luc Pinol (Hrsg.), *Histoire de l'Europe urbaine*, Bd. 2, Paris 2003, S. 22 f. (zur Eingemeindung von Vorstädten als Lösung), S. 27-30 (Bevölkerungsentwicklung), S. 137-142 (Stadtplanung). Lenger beschreibt drei Modelle seit 1850: Haussmann (Paris), Cerdá (Barcelona), Hobrecht (Berlin), vgl. Friedrich Lenger, *European Cities in the Modern Era, 1850-1914*, Leiden 2012, S. 157-172. Bei Schott setzt die Erzählung mit Paris um 1850 („Haussmannisierung“) ein; weitere Beispiele sind Wien (Ringstraße) und Berlin (Hobrecht-Plan); vgl. Schott, *Urbanisierung*, S. 253-273, 306-312. Auf Hauptstädte beschränkt bleibt: Thomas Hall, *Planung europäischer Hauptstädte. Zur Entwicklung des Städtebaues im 19. Jahr-*

Ildefons Cerdàs für Barcelona (1859) bildet hier eine wichtige Zäsur.⁹ Von der Madrider Zentralregierung mit der Erweiterung der katalanischen Stadt beauftragt, entwickelte der Ingenieur 1859 auch eine Theorie der Städteplanung sowie eine allgemeine Theorie der Urbanisierung, die 1867 erstmals publiziert wurde.¹⁰ Städtische Erweiterungsprojekte lassen sich jedoch auch schon früher beobachten: in Ferrara, Palermo und Antwerpen im 16. Jahrhundert, in Marseille und Toulon im 17. Jahrhundert, in Bordeaux, Nantes, Lyon und Le Havre im 18. Jahrhundert.¹¹ In den nordamerikanischen Städten fallen die großen Erweiterungspläne und -planungen meist in eine spätere Zeit: so beispielsweise Chicago (1909).¹² Nicht einbezogen sind hier die zahlreichen Innenstadtprojekte beziehungsweise einige Städteneugründungen (Festungsstädte, Residenzstädte, Exulantenstädte, Bergstädte). Insgesamt scheint die Mehrzahl der größeren Bauprojekte im 18. Jahrhundert jedoch die städtischen Peripherien betroffen zu haben, konstatierte schon der französische Rechtshistoriker und Urbanist Harouel.¹³ Damals wie heute ist mit den Bauprojekten an der städtischen Peripherie nicht nur die Schaffung von Wohnraum und Arbeitsplätzen, sondern auch die Entstehung von Problemen verbunden.¹⁴ Die Erweiterungen vergrößern ja nicht einfach nur die Fläche, sondern sie verändern auch die räumlichen Relationen innerhalb einer Stadt und betreffen damit auch die Wahrnehmungen und Lebensweisen ihrer Bewohner und Besucher. Häufig zogen

hundert, Stockholm 1986. In der klassischen Studie von Sutcliffe werden immerhin die historischen Vorläufer seit dem Ende des 18. Jahrhunderts erwähnt, vgl. Anthony Sutcliffe, *Towards the Planned City. Germany, Britain, the United States and France, 1780-1914*, Oxford 1981.

⁹ Vgl. Glòria Santa-Maria Batlló, *Decidir la ciutat futura. Barcelona 1859*, Barcelona 2009; Juan Rodríguez-Lores, Ildefonso Cerdà. Die Wissenschaft des Städtebaues und der Bebauungsplan von Barcelona (1859), in: Gerhard Fehl/Juan Rodríguez-Lores (Hrsg.), *Städtebau um die Jahrhundertwende. Materialien zur Entstehung der Disziplin Städtebau*, Köln 1980, S. 36-83.

¹⁰ Vgl. Ildefons Cerdà, *Teoría general de la urbanización y aplicación de sus principios y doctrinas a la reforma y ensanche de Barcelona*, Madrid 1867.

¹¹ Vgl. Paul Lavedan/Jeanne Huguency/Philippe Henrat, *L'urbanisme à l'époque moderne, XVIIe-XVIIIe siècles*, Genf 1982, S. 47 f., 62 f., 167-172; zur deutschen Entwicklung vgl. Gerd Kuhn, *Suburbanisierung in historischer Perspektive*, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.), *Zentralität und Raumgefüge der Großstädte im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006, S. 61-81.

¹² Vgl. Gerald A. Danzer, *The Plan of Chicago* by Daniel H. Burnham and Edward H. Bennett. Cartographic and Historical Perspectives, in: David Buisseret (Hrsg.), *Envisioning the City. Six Studies in Urban Cartography*, Chicago/London 1998, S. 144-173.

¹³ Vgl. Jean-Louis Harouel, *L'embellissement des villes. L'urbanisme français au XVIIIe siècle*, Paris 1993, S. 313.

¹⁴ Die Krise speziell der französischen Vorstädte ist seit den Unruhen von 2005 weithin bekannt. Sie wird in den sozialen Medien ebenso diskutiert wie im Fernsehen. Es gibt inzwischen eine Reihe von Dokumentationen, öffentlichen Sachberichten, Musikstücken etc.; vgl. deshalb nur: Sylvie Tissot, *L'état et la banlieue. Sociologie des politiques urbaines*, Paris 2007.

die gewaltigen Eingriffe in die städtische Baustruktur soziale Polarisierungen nach sich, so etwa, wenn die Pariser Arbeiterschaft im Zuge der „Hausmannisierung“ an den Stadtrand verdrängt wurde.¹⁵

Da mit der Entstehung von Peripherien nicht nur ein eigener Raum am Rand einer Stadt entstand, sondern sich das Neue immer auch in Relation zum Vorhandenen befindet, erscheint es angebracht, die städtische Peripherie beziehungsweise den suburbanen Raum nach Jacques Lévy als eigenen „Geotypus“ zu betrachten.¹⁶ Dieser ist als eine entstehende räumliche Konfiguration zu verstehen, gelegen am Rand einer städtischen Siedlung sowie in der Regel gekennzeichnet durch eine geringere Dichte und eine geringere soziale Diversität (als Zeichen sozialer und funktionaler Segregation).¹⁷ Die Stadt und ihre Peripherie stehen dabei in einem räumlich diskontinuierlichen Verhältnis. Im Unterschied zur älteren Dichotomie Stadt vs. Umland beziehungsweise städtische vs. ländliche Gesellschaft zeichnet sich die urbane Peripherie durch eine neue Art der Urbanität aus, die von der Stadt in der Regel nicht mehr durch eine Mauer getrennt, sondern primär durch andere soziale und räumliche Muster gekennzeichnet ist.

Während in den europäischen Kolonien noch zahlreiche Städte gegründet wurden¹⁸, gilt dies für das Europa der Neuzeit – anders als noch im Mittelalter – nicht mehr.¹⁹ Hier handelt es sich vielmehr um eine Phase des Wachstums bereits existierender Städte beziehungsweise Siedlungen, wobei temporäre Bevölkerungsverluste und schrumpfende Städte, die vor 1700 durchaus noch regelhaft auftauchten, freilich nicht ausgeblendet werden sollten. Doch auch bei den wachsenden Städten ist zu beachten, dass es recht verschiedene Möglichkeiten für deren Vergrößerung beziehungsweise der Schaffung neuen Wohnraums gab, die keineswegs auf eine Peripherieplanung beschränkt ist, was die hier gewählten Fallbeispiele suggerieren könnten. Ein systematisch-vergleichender Blick auf die Entwicklung europäischer Städte in der Neuzeit zeigt, dass demographische Urbanisierungsprozesse mit verschiedenen räumlichen Veränderungsprozessen einher gehen beziehungsweise, mit Lefebvres gesprochen, auf verschiedene Weise Raum produzieren konnten. Unbe-

¹⁵ Vgl. Schott, *Urbanisierung*, S. 271.

¹⁶ Ein Geotyp besteht, Jacques Lévy zufolge, nicht nur aus einem Raum, sondern zeichnet sich durch Inter-Spatialität von mindestens zwei Räumen, also durch Ko-Spatialität aus. Charakteristisch für einen Geotyp ist zudem, dass er auf den ersten Blick suggeriert, es handle sich um einen einzelnen, homogenen, unveränderlichen Raum; vgl. Jacques Lévy, *Géotype*, in: Ders./Michel Lussault (Hrsg.), *Dictionnaire de la géographie et de l'espace des sociétés*, Paris 2003, S. 412 f.

¹⁷ Vgl. Laurent Cailly, *Périurbain*, in: Lévy/Lussault, *Dictionnaire*, S. 706-708. Festgehalten sei hier allerdings, dass der Begriff des Periurbanen bzw. der Periurbanisierung erst in den 1960er Jahren aufgekommen ist und erst seitdem als analytische Kategorie verwendet wird.

¹⁸ Vgl. dazu Odile Goerg, Xavier Huetz de Lempis, *La ville coloniale, XV^e-XX^e siècle*, Paris 2003.

¹⁹ Vgl. Heinz Schilling, *Die Stadt in der Frühen Neuzeit, Berlin/Boston 2010*, S. 2.

schadet von Überschneidungen oder Mischformen können idealtypisch vier Formen ausgemacht werden:

1. Bisweilen blieben Form und Ausdehnung einer Stadt lange erhalten, während sich das Umland oder das Städtesystem der Region veränderten. Dies etwa lässt sich im frühneuzeitlichen Katalonien beobachten, wo man die weitgehende Konstanz der städtischen Strukturen lange Zeit als Stagnation gedeutet hat. Während die Bevölkerung Barcelonas, die schon zeitgenössisch als „Krone“ der katalanischen Städte und Siedlungen bezeichnet wurde, im 17. Jahrhundert noch weitgehend stagnierte, stieg sie erst im 18. Jahrhundert – hier vornehmlich in der zweiten Hälfte – von 43.000 auf 115.000 Einwohner an.²⁰ Doch schon zur Mitte des 17. Jahrhunderts hatte sich ein entscheidender Bedeutungswandel in der Region vollzogen. Im Verlauf dieser Veränderungen wurde Barcelona, das politische Zentrum Kataloniens, auch zur wirtschaftlich dominierenden Stadt. Sie wandelte sich von einer selbst produzierenden und handelnden Stadt zu einer Stadt, in der vornehmlich in den Nachbarorten hergestellte Produkte vermarktet wurden. Barcelona entwickelte sich also zu einem Marktort mit Zentralitätscharakter.²¹ Eine Belebung der Handelsaktivitäten trat ab 1765 im Zuge der Privilegierung für den direkten Amerikahandel ein.

2. Viele Städte wurden zunächst im Innern ausgebaut, indem man auf freie Flächen, sofern verfügbar, zurückgriff oder indem man Häuser aufstockte (im 18. Jahrhundert oft schon auf fünf oder sechs Etagen), wenn neue Bauflächen ein knappes Gut darstellten.²² In Lyon wurde um 1740 der Vorschlag formuliert, einige Konvente abzureißen und die religiösen Gemeinschaften der Stadt zu verpflichten, die Bauplätze an Bürger und Einwohner zu verkaufen.²³ Für die Umsetzung eines solch radikalen, auch antiklerikalen Vorschlags war die Zeit allerdings noch nicht ganz reif. In Barcelona wich man seit Mitte des 18. Jahrhunderts auf den Raval, ein agrarisch und kirchlich geprägtes Viertel im Südwesten der Stadt aus.²⁴ 1753 wurde auf Be-

²⁰ Vgl. Herbert Knittler, *Die europäische Stadt in der frühen Neuzeit. Institutionen, Strukturen, Entwicklungen*, Wien, München 2000, S. 28 u. 207-220; Ekkehard Schönherr, *The Expansion of Barcelona in the Early Modern Age. Aspects of a Historian's Access to Historical Maps and the Search for new Representations of Historical Spatial Information*, in: *e-Perimetron* 7:2, 2012, S. 62-72, bes. S. 63.

²¹ Vgl. zu den Grundlagen des späteren „Aufstiegs“ der Stadt innerhalb der Region: Albert García Espuche, *Un siglo decisivo. Barcelona y Cataluña, 1550-1640*, Madrid 1998.

²² Vgl. Guy Saupin, *Les villes en France à l'époque moderne (XVI^e-XVIII^e siècles)*, Paris 2002, S. 52-59.

²³ Vgl. Archives municipales de Lyon, DD 274, Nr. 4, *Mémoire sur la nécessité d'agrandir la ville de Lyon avec les motifs qui y engagent et les moïens de l'agrandir et de l'embelir*; vgl. auch Émile Leroudier, *Les agrandissements de Lyon à la fin du XVIIIe siècle*, in: *Revue d'histoire de Lyon* H. 9/1910, S. 81-102, hier S. 85.

²⁴ Vgl. Manuel Guàrdia Bassols/Albert García Espuche, *La ciudad inmovil*, in: Manuel Guàrdia Bassols/Francisco Javier Monclús/José Luis Oyón (Hrsg.), *Atlas histórico de ciudades europeas. Península*

treiben einiger Militäringenieure anstelle einer Barackensiedlung am Hafen – außerhalb der damaligen Stadtmauer – das Viertel La Barceloneta angelegt. Einem zeitgenössischen Beobachter zufolge wohnten dort 1775 schon rund 10.000 Menschen.²⁵

3. Wenn durch Bevölkerungszunahme oder Zuwanderung die Städte zu aus den Nähten zu platzen drohten, griffen sie – das heißt in der Regel die Stadträte – nicht selten zu einer imperialen Machtgeste, indem sie Dörfer, Vorstädte oder Kleinstädte im Umland, die noch über Platzreserven verfügten, einfach eingemeindeten.²⁶ Dies ist vor allem im 19. und frühen 20. Jahrhundert in Berlin, Frankfurt, Wien, Zürich, aber auch in Barcelona und Ferrara zu beobachten. In Hamburg wurde die Eingemeindung Altonas und Wandsbeks erst durch das Groß-Hamburg-Gesetz 1937 vollzogen.²⁷ In Frankreich sind Eingemeindungen nur in Lyon (1852: la Guillotière) und in Paris (1860: Auteuil, Batignolles-Monceau, Belleville, Charonne, Grenelle, Montmartre, Passy, Vaugirard et La Villette) zu beobachten.²⁸

4. Eine weitere Möglichkeit bestand in der Erweiterung der Städte an ihrer Peripherie: Neustädte, die meist heute noch so heißen, wurden in unmittelbarer Nachbarschaft angelegt²⁹ oder eine neue Stadtmauer mehr oder weniger konzentrisch um die alte gelegt, wie dies schon für das mittelalterliche Paris bekannt ist³⁰ und im 18. und 19. Jahrhundert dort wiederholt wurde.³¹ Amsterdam wurde ebenfalls um einen mittelalterlichen Kern sukzessive nach außen vergrößert, insbesondere im 17.

Ibérica, Barcelona 1994, S. 68 f.; Dies., La ruptura de los equilibrios, in: ebd., S. 70 f.

²⁵ Siehe Johann Jakob Volkmann, Neueste Reisen durch Spanien vorzüglich in Ansehung der Künste, Handlung, Oekonomie, und Manufakturen auß den besten Nachrichten und neueren Schriften zusammengetragen, Leipzig 1789, S. 354: „Er [der Marquis de la Mina, S.R.] legte, weil die Stadt wegen der Festungswerke nicht vergrößert werden konnte, auf der in die See gehenden Strecke Landes, welche den Hafen formirt, 1752 eine neue kleine Stadt Barceloneta an, welche 1775 schon aus mehr als 2,000 Häusern und gegen 10,000 Einwohnern bestand. Sie macht ein längliches Viereck aus, und hat ohngefähr 20 schöne gerade breite Gassen.“

²⁶ Vgl. Pinol/Walter, Ville contemporaine, S. 22 f.

²⁷ Vgl. Holger Martens, Hamburgs Weg zur Metropole. Von der Groß-Hamburg-Frage zum Bezirksverwaltungsgesetz, Hamburg 2004.

²⁸ Vgl. Florence Bourillon/Annie Fourcaut (Hrsg.), Agrandir Paris. 1860-1970, Paris 2012.

²⁹ Auch das oben erwähnte La Barceloneta wurde im 18. Jahrhundert häufig als Neustadt bezeichnet; vgl. Susanne Rau, Writing Spatial Relations and Dynamics. Movements in Urban Space (Barcelona, 16th – 19th century), in: Dies./Ekkehard Schönherr (Hrsg.), Mapping Spatial Relations, Their Perceptions and Dynamics. The City Today and in the Past, Cham (CH) 2014, S. 148.

³⁰ Es handelt sich um die Stadtmauern von Philippe Auguste (ca. 1190-1215) und Charles V (1356-1383); vgl. dazu Maurice Garden, L'extension du Paris médiéval: l'importance de l'Église, in: Jean-Luc Pinol (Hrsg.), Atlas historique des villes de France, Barcelona, Paris 1996, S. 30f.; ALAPGE. AnaLyse diachronique de l'espace urbain PArisien: approche GEomatique, URL: <http://alpage.huma-num.fr/en/> (zuletzt eingesehen am 1.8.2015).

³¹ Vgl. Bourillon/Fourcaut, Agrandir Paris.

Jahrhundert. Dabei handelte es sich zwar nicht um konzentrische Kreise, aber doch um mehrere Grachten, die halbkreisförmig um den älteren Kern herum angelegt wurden. In den dadurch entstehenden Zwischenräumen wurden neue Baugrundstücke gewonnen.³² Die Erweiterung einer Stadt fand häufig, wenn es die räumlich-geographischen oder die Besitzverhältnisse nicht anders zuließen, nur in eine Richtung statt. Dann erfuhren die Städte eben Ausbuchtungen, deren Unförmigkeit auch den Zeitgenossen nicht verborgen blieb. Einen solchen Fall finden wir in Lyon vor.

Lyon

Ein frühes Beispiel eines groß angelegten städtischen Erweiterungsprojekts stammt aus der ostfranzösischen Stadt Lyon. Im Grunde handelt es sich um mehrere Projekte und mehrere Versuche: 1738/39 (Delorme: im Süden der Stadt), 1740 (anonym: innerstädtisch), 1764 ff. (Morand: im Osten, Perrache: im Süden). Bei allen Projekten handelt es sich um frühe Beispiele bürgerlichen Engagements in der Stadtplanung. Die Urbanisierungsprojekte von Morand und Perrache sind in den Grundzügen schon relativ gut erforscht.³³ Weitgehend unberücksichtigt blieb dabei das – nicht realisierte – Projekt Delormes. Deshalb, aber auch, weil es als eine vergangene, materialisierte Zukunftsvision nicht verloren gehen soll, wird es etwas ausführlicher vorgestellt. Doch zunächst einige Bemerkungen zu Demographie und Aussehen der Stadt in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts und zum Anlass des Ausbauplans.

Den Hintergrund der Pläne bildete die Verdreifachung der Einwohnerzahl im Lauf des 17. Jahrhunderts.³⁴ Vergleichbare Zuwachsraten finden sich unter den europäischen Großstädten des 17. Jahrhunderts sonst nur in Amsterdam und annäherungsweise in London und Paris.³⁵ Die Möglichkeiten der inneren Stadterweiterung waren zudem nahezu ausgeschöpft. Lyon gehörte zu dieser Zeit schon zu den am dichtest besiedelten Städten.³⁶ Nicht nur Einheimische, auch Fremde nahmen dies wahr, wie das Zeugnis des Straßburger Reisenden Elias Brackenhoffer (1618-1682)

³² Vgl. Leonardo Benevolo, *Geschichte der Stadt*, Frankfurt a. M. 1990, S. 756-763, bes. S. 758.

³³ Zuletzt: Pierre Claude Reynard, *Ambitions Tamed. Urban Expansion in Pre-Revolutionary Lyon*, Montreal 2009; Susanne Rau, *The Urbanization of the Periphery: A Spatio-Temporal History of Lyon Since the Eighteenth Century*, in: *Historical Social Research* 38:3, 2013, S. 150-175.

³⁴ Vgl. Olivier Zeller, *Les recensements lyonnais de 1597 et 1636. Démographie historique et géographie sociale*. Lyon 1983; Françoise Bayard, *Vivre à Lyon sous l'Ancien Régime*, Paris 1997, S. 109 f.

³⁵ Vgl. dazu Knittler, *Europäische Stadt*, S. 28.

³⁶ Vgl. Bayard, *Vivre à Lyon*, S. 237

aus den Jahren 1643/44 zeigt. Nach Beschreibung der Lage und Schönheit Lyons geht er auch auf ihre räumliche Enge ein:

„Cette ville est très grande, d'étendue considérable, parce qu'elle contient dans son enceinte ses champs de tir, ses cimetières, des vignes, des champs, des prés et autres terrains. (...) C'est en soi une belle ville (...).

Mais il y a principalement trois choses qui la déparent: (...) 2. Les rues étroites et très boueuses, en raison du grand nombre de passants. (...)

On construit encore journallement beaucoup de maisons, et dans quelques années la ville sera belle. On nettoie les rues aussi bien qu'on peu, on emporte les gadoues à dos d'âne aux granges."³⁷

Da sich seit dem späten Mittelalter die Stadt stets nur innerhalb der Stadtmauern, die bisweilen auch schon verlegt worden waren, vergrößert hatte, präsentierte sich der Stadtkörper Lyons zu Beginn des 18. Jahrhunderts noch relativ kompakt. Er hatte die Form dessen, was man üblicherweise als okzidentale Stadt beschreibt: eine verdichtete Siedlung, eingekreist durch eine ursprünglich zu Verteidigungszwecken angelegte Stadtmauer. Auf den zeitgenössischen Karten hat sich dieses Bild eingepreßt (s. Abb.1). Die Saône schlängelte sich mitten durch die Stadt und teilte sie in zwei (ungleiche) Hälften: rechts lag die alte Bischofsstadt mit den Vierteln Saint-Paul, Saint-Jean und Saint-Georges, links die ehemalige Händlerstadt mit den Vierteln Saint-Vincent, Saint-Nizier und Ainay. Die Stadt war immer noch weitgehend von Mauern umschlossen und im Osten durch die Rhône begrenzt. Auf dem Fourvière-Hügel lagen die beiden mittelalterlichen Vorstädte (*burgi*) Saint-Just und Saint-Irénée. Das Flussbett wies diverse Inseln auf, im Süden die Île Mognat (oder Mogniat). Im südlicheren Teil der Stadt, ganz in der Nähe des Hôtel-Dieu, führte eine alte Steinbrücke über die Rhône, auf der man zu dem Dorf La Guillotière gelangte, das auf der Karte noch in Form eines Straßendorfs dargestellt ist. Der Stadtplan, von anonymer Hand 1711 gezeichnet, von einem Epigonen mit den Initialen L. S. im Jahr 1843 kopiert, besticht in dem überlieferten Exemplar durch die markante Farbwahl. Der Kartograph schien damit einen Akzent auf die religiösen Gebäude legen zu wollen, denn die Kirchen sind rot, die Konvente sowie einige politisch besetzte Gebäude (Rathaus, Gouverneurspalast) kräftig schwarz, die übrigen Häuser erscheinen dagegen auf braunen Flächen, dazwischen – und insbesondere auf den Hügeln – befinden sich, grün eingefärbt, Gärten. Des Weiteren finden sich Hinweise auf die antiken Überreste der Stadt: Aquädukte (am oberen Rand), ein antikes Theater (auf dem Fourvière-Hügel) und ein Amphitheater (auf der Halbinsel, Nr. 31 der Legende). Anlass wie Zweck des Stadtplans sind unbekannt. Die Widmung dürfte jedoch darauf schließen lassen, dass er im Zusammenhang mit der

³⁷ Élie Brackenholfer, Voyage en France 1643-44, Paris/Straßburg 1925, S. 110 f.

Ausgestaltung des Platzes Bellecour entstand, der mit Aufstellen der Reiterstatue von Ludwig dem Großen (1715) für einige Jahrzehnte *Place Louis-le-Grand* heißen sollte.



Abb. 1: La ville de Lyon sous le règne de Louis le Grand (Lyon in der Herrschaftszeit Ludwigs des Großen).

Nach einem kurzen Einbruch 1709/10 infolge eines kalten Winters und hoher Sterblichkeit wuchs die Bevölkerung mehr oder weniger kontinuierlich, bereichert durch Zuwanderer aus dem Lyonnais und der Dauphiné. Der erste Versuch, die drohende Überbevölkerung und die damit verbundene räumliche Beengtheit durch die Erschließung der Peripherie der Stadt zu lösen³⁸, geht auf den Architekten und Inge-

³⁸ Ergänzend sei hier auf das Projekt von Jules Hardouin-Mansart verwiesen, der 1677 ein Projekt für den Südteil der Stadt entwarf. Der königliche Architekt wollte damals aber eine Art Klein-Versailles mit Gärten und Verwaltungsgebäuden errichten – jedenfalls keinen neuen Stadtteil für die Bürger; vgl. Félix Rivet, *Le quartier Perrache (1766-1946). Étude d'histoire et de géographie urbaines*, Lyon 1951, S. 5 f.; sowie Archives municipales de Lyon, 1 S 00113, *Projet d'une cité administrative dans un jardin public*, 17.

nieur Guillaume Marie Delorme (1700 – 1782) zurück, der erstmals 1738 vor der Akademie der Schönen Künste in Lyon³⁹, deren Mitglied er war, sein Erweiterungsprojekt vortrug (Abb. 2).⁴⁰ Dieses sah die Verbindung der Südspitze der Presqu'île mit der Insel Mogniat vor. Aus dem Sitzungsprotokoll der Akademie zum 11. Dezember 1738 geht hervor, dass Delorme sein Projekt bereits dem Stadtrat vorgetragen hatte.⁴¹ Mit Hilfe eines Projektplans erläuterte er sein Vorhaben den Akademiemitgliedern näher. Kurz gefasst hatte er folgenden Plan: An beiden Ufern der Halbinsel solle eine Straße (*chaussée*) gebaut werden, die bis zur südlich gelegenen Insel Mogniat führe. Dadurch entstehe zwischen den beiden Chausseen und südlich der Gärten der Abtei von Ainay ein Bassin, dessen Wasser auch dem Antrieb von Mühlen dienen solle. Das Nützliche, nämlich die Vergrößerung der Stadt, solle hier mit dem Schönen und Angenehmen verbunden werden. Die Insel sei so auch leichter für Spaziergänge erreichbar: „Le plan donne à cette ville un agrandissement nécessaire et convenable. [...] La disposition du tout est unique, elle renferme avec économie l'utilité, l'agréable et le magnifique“, hielt der Sekretär der Akademie am 11. Dezember 1738 fest.⁴² Am 15. Dezember 1738 kamen die Akademiemitglieder nochmals zusammen, um über den Plan zu beraten.⁴³

Der verschriftlichten Rede Delormes vor der Akademie liegt ein kolorierter Plan bei, dessen linke Seite, quer positioniert, eine Kurzversion des Projekts enthält, das sich wie folgt übersetzen lässt:

„Dieser Plan enthält verschiedene Elemente zum Nutzen und zur Verschönerung der Stadt. Sie befinden sich alle Richtung Zusammenfluss von Rhône und Saône. Hier soll die Stadt eine Vergrößerung erfahren durch neue, in Rot⁴⁴ eingezeichnete

September 1677.

³⁹ Académie des Sciences, Belles Lettres et Arts de Lyon. Ich danke den Lyoner Akademiemitgliedern, insbes. Louis David und Jean Burdy, für den Empfang in der Bibliothek der Akademie und den Zugang zu den Dokumenten.

⁴⁰ Vgl. François-Régis Cottin, Les Architectes et l'Académie de Lyon au XVIIIe siècle, in: Revue du Lyonnais I, H. 1/1977, S. 41-54 (verschriftlichter Vortrag vom 22. März 1977, ohne Quellenbelege). Zu Delormes Projekt: ebd., S. 52 f. Delorme war außerdem bekannt für seine archäologischen Studien zu den römischen Aquädukten im Lyonnais, deren Resultate er 1760 unter dem Titel „Recherches sur les aqueducs de Lyon, construits par les Romains“ publizierte; vgl. dazu Jean Burdy, Les aqueducs romains de Lyon, Lyon 2002; Ders., Guillaume Marie Delorme, 1700-1782. Recherches sur les aqueducs de Lyon, construits par les Romains. Textes et dessins, Messimy 2015.

⁴¹ Vgl. dazu Archives municipales de Lyon, DD 275-1, Nr. 1: Projet pour la jonction de l'Isle Mogniat à la ville de Lyon sur un plan proposé, décembre 1738.

⁴² Bibliothèque de l'Académie de Lyon, Journal de l'Académie des Beaux-Arts, Ms. 266-XXII, S. 95.

⁴³ Vgl. ebd. Anwesend waren folgende Personen: Grollier, Borde, Du Ruolz, Duclos, Chenet, de Vaternod (Abt), Pestalozzi, Gavinet, Albouy, Berthaud, Garon, Bollioud, la Croix (Abt), Delorme, Christin.

⁴⁴ Die Farbe Rot steht hier also für die Zukunft bzw. den erst noch zu schaffenden, dann zu bebauenden Grund.



Abb. 2: Guillaume-Marie Delorme, *Plan meridional de la ville de Lion avec des augmentations et des changemens proposés*, 1738.

Bauplätze auf der Befestigungsmauer, den Gärten und den Kieswegen von Ainay sowie auf den zwei breiten Chausseen, die durch die Rhône⁴⁵ bis zur Insel Mogniat gebaut werden sollen. Die beiden Chausseen dienen der Verbindung des neuen Viertels mit der Insel und um ein großes Bassin zu konstruieren, das sie trennt. Man wird einen großen Nutzen aus der Chaussee ziehen, die sich im Osten befindet; sie lenkt den Lauf der Rhône und leitet sie zum südlichen Teil der Insel, wo sich die neue Verbindung mit der Saône vollziehen soll. Und durch Schleusenöffnungen in der Chaussee bildet das Wasser der Rhône, das vor dem Zusammenfluss immer höher ist als das der Saône, in diesen Öffnungen Wasserfälle, die alle möglichen Arten

⁴⁵ Dass hier nur einer der beiden Flüsse erwähnt wird, obgleich die Chausseen auf beiden Seiten in Verlängerung der Halbinsel geplant wurden, hängt vermutlich damit zusammen, dass sich die Lage der westlichen Chaussee vor der Verlegung des Zusammenflusses nach Süden geographisch am Ort des Rhôneverlaufs befand.

von auf den Chaussees platzierten Maschinen (*artifices*) antreiben können, insbesondere eine ausreichende Anzahl von Getreidemühlen. Durch eine Schleuse gelangt man von der Rhone in das neue Bassin und umgekehrt. Der sich im Bassin befindliche Hafen dient dazu, das Viertel mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen. Durch ihre Ausdehnung und ihre Lage wird die Insel Mogniat ein Ort der Gärten, der Wege und der lieblichen Promenaden, für die man sie vorgesehen hat. Des Weiteren sieht man auf dem Plan einige Kais und eine neue Brücke über der Saône mit verschiedenen Straßen, die zur allgemeinen Bequemlichkeit bis zum Platz Louis le Grand durchgehen. Das Ganze folgt dem Projekt des Sieur Delorme von 1738. Vorgelegt Herrn Perrichon, dem Marktpräfecten, und anschließend der Akademie der schönen Künste. G. M. Delorme.⁴⁶

Auch wenn in dem französischen Text immer wieder von „commodité“ oder „décoration“ die Rede ist, so war Delormes Projekt gewiss keine reine Verschönerungsmaßnahme. Der im Französischen hierfür stehende Begriff „embellissement“ ist vielmehr als zeitgenössischer Begriff für „urbanisme“ (Stadtplanung) zu verstehen, der architektonische Schönheit genauso einschloss wie Straßenbegradigung, Platz- und Fassadengestaltung oder das Anlegen neuer Viertel.⁴⁷ Neben Repräsentations- und Raumplanungsaspekten spielten im zeitgenössischen Diskurs immer auch schon Licht, Luft, Sauberkeit und Hygiene eine Rolle, wie sich Voltaires Städtebautraktat entnehmen lässt.⁴⁸ Der ästhetische Aspekt war mithin nur einer der Aspekte, mit dem Delorme nicht zuletzt für seinen Plan werben konnte. Dass es Delorme also nicht nur um eine Verschönerung der Stadt ging, zeigt sich sowohl an der schon recht detaillierten Ausarbeitung technischer Details, denen Vermessungen vorangegangen sein müssen, wie auch an seinem dezidierten Interesse an Landgewinnung, um für die Einwohner neuen Wohnraum schaffen zu können.

In der Landgewinnung lag die ganze Hoffnung des Projekts. Dem Kapitel „Des emplacements a bâtir“ sind sowohl die Größe der Bauplätze als auch der Wohnraum, der darauf geschaffen werden sollte, zu entnehmen. Allein um das Bassin herum waren neun neue Bauplätze geplant, fünf davon in einer Größe von rund

⁴⁶ Bibliothèque de l'Académie de Lyon, Ms. 307, fol. 159 (der ursprünglich beigelegte kolorierte Plan wurde hier entnommen und an einem gesonderten Ort verwahrt; siehe Anmerkung im Manuskript); vgl. auch Archives municipales de Lyon, DD 275, Nr. 1 (mit einer Skizze des Projekts). Die Version des in der Akademie verwahrten Projektentwurfs (Ms. 307) wurde transkribiert und in der Digitalen Bibliothek Thüringens veröffentlicht, URL: <http://www.db-thueringen.de/>.

⁴⁷ Vgl. Harouel, Embellissement; Youri Carbonnier, La monarchie et l'urbanisme parisien au siècle des Lumières. Grands projets et faiblesse du pouvoir, in: Histoire urbaine 24:1, 2009, S. 33-46, bes. Fußnote 4: „Le terme ‚embellissement‘ ne concerne donc pas uniquement le dégagement des grands monuments et leur mise en valeur ou la démolition des maisons sur les ponts, il recouvre aussi la notion d'aménagement de la ville.“

⁴⁸ Voltaire, Des embellissements de Paris, Paris 1749.

30.000 Quadratmetern [300 x 50 toises], die vier anderen (je zwei auf einer Chaussee) ergeben zusammen 16.000 Quadratmeter [180 x 45 toises]. Zusammen mit den weiteren Baugrundstücken lasse, so der Autor, die gesamte Fläche den Bau von 107 Häusern zu, in denen 10.700 Menschen wohnen könnten.⁴⁹ Es wurden im Schnitt also offenbar 100 Bewohner pro Haus angenommen. In angrenzenden Straßen (rue Neuve, rue Saint-Hélène, rue d'Auvergne, rue Sala) sowie in der Nähe des Arsenal im gegenüberliegenden Viertel Saint-Georges könnten weitere Häuser gebaut und dort 4.800 Personen einquartiert werden. Zusammen könne also Wohnraum für insgesamt 15.500 Menschen geschaffen werden, wenn man das Projekt realisiere. Delorme betont, dass dies zum Nutzen und Wohl der Stadt geschehen solle und dass er all diese Berechnungen mache, damit sein Projekt niemandem utopisch (*chimérique*) erscheine.⁵⁰ Des Weiteren sieht er die Anlage neuer Kais entlang der Flüsse vor, wofür auch etwa 120 alte Häuser zerstört werden müssten. Die neu zu errichtenden Häuser zwischen Feuillée und Steinbrücke aber könnten dann Wohnraum für weitere 8.900 Menschen bieten.⁵¹

Nach einem Kapitel über das Bassin folgt eines über dessen Hafen, der ein sicheres Asyl für die Schiffe darstelle und der Anlieferung von Holz, Nahrungsmitteln und anderen Waren dienen könne. Unterhalb des aufgeschütteten Kais waren etwa 60 Werkstätten für Steinhauer, Steinmetze, Zimmerer, Stellmacher und andere vorgesehen. Mit den Werkstätten wie auch dem Bassin selbst sollte eine weitere Auffüllung des gewonnenen Zwischenraums umgangen werden. Die mit rustikalen Bögen ausgestatteten Ateliers sollten direkt vom Hafen aus zugänglich sein.

Der eigentliche Nutzen aber sollte in der Installation von neuen Getreidemühlen liegen, da die alten sowohl bei niedrigem wie bei hohem Wasser ihre Probleme hätten und bei Nicht-Funktionieren schnell eine allgemeine Hungersnot für die Stadt auslösen könnten.⁵² Delorme schlug dagegen die Nutzung der unterschiedlichen Wasserstände von Saône und Rhône vor, um die Mühlen durch die Wasserkraft, die durch den Wasserfall entstehe, anzutreiben. Da die Differenz der Wasserstände immer gleich sei, könnten die Mühlen, die fest installiert werden sollten, auch bei Niedrigwasser betrieben werden. Durch diese neuartigen Mühlen könne die Stadt ständig mit Mehl versorgt werden. Des Weiteren könnten Walk- und Seidenmühlen installiert werden, die für die Wirtschaft der Stadt von Nutzen seien. Mühlen hatten im Rhônetal keine ausgeprägte Tradition. Die im Umland stationierten Windmühlen wurden von den Lyoner Bürgern nicht stark frequentiert. Inso-

⁴⁹ Bibliothèque de l'Académie de Lyon, Ms. 307, fol. 155v.

⁵⁰ Ebd., fol. 156r.

⁵¹ Ebd., fol. 155r-156r.

⁵² Bibliothèque de l'Académie de Lyon, Ms. 307, fol. 156v-157r.

fern blieb nur das Wasser als Energiequelle. Seit dem 14. Jahrhundert sind einige schwimmende Mühlen bekannt, die die Form eines Katamarans hatten und mit ein oder zwei Mühlrädern ausgestattet waren.⁵³ Aber ihr Funktionieren war – neben der Größe des Mühlrades und der Qualität des Mühlsteins – von der Strömung des Wassers abhängig. In einiger Distanz zum Ufer installiert, waren sie unfallgefährdet und wurden bei starker Strömung bisweilen fortgetragen. Delorme griff diese Problematik auf und integrierte in sein Stadterweiterungsprojekt auch dieses Mühlenprojekt, das sowohl technisch innovativ wie ernährungspolitisch sinnvoll sein sollte. Doch da sein Projekt bekanntermaßen nicht umgesetzt wurde, trat die eigentliche Mühlen-Revolution erst mit Einführung der Dampfmaschine ein.

Nach einigen Ausführungen zu den Promenaden und Baumalleen auf der Insel Mogniat, die zur Verschönerung der Stadt und zum Vergnügen der Bürger angelegt werden sollten⁵⁴, schließt Delorme mit einer Betrachtung der Gesamtanlage.⁵⁵ Er stellt sich auf den imaginierten Kai in der Nähe von Ainay und schaut nach Süden. Von dort sieht er bereits all das, was er sich zu erschaffen vorgenommen hat. Er schließt mit seiner Verblüffung über die Schönheit aller Aspekte, die wiederum verschiedene Standpunkte darstellen würden, die kaum alle zu beschreiben seien. „Je ne sai [sic] s’il y a un plus beau lieu au monde et plus propre pour y donner des fêtes brillantes“, lautet einer der letzten Sätze des Traktats.⁵⁶

Einige Monate später, in der Sitzung vom 27. April 1739, berichtet Delorme von sechs Einwänden, die gegen das Projekt vorgebracht worden seien.⁵⁷ Ein Teil der Einwände betraf die grundsätzliche Realisierbarkeit des großen Projekts, ein anderer Teil die Frage, ob die notwendige Wasserkraft (*chute d'eau suffisante*) für die zu installierenden Maschinen (*artifices*) immer vorhanden sei.⁵⁸ Delorme positionierte sich zu allen Einwänden und versicherte nochmals, dass das Projekt durchaus realisierbar und der kontinuierliche Wasserfall zum Betrieb der Maschinen garantiert sei. Außerdem verwies er nochmal auf die Chancen der so entstehenden Wohnungen.

⁵³ Vgl. Jacques Rossiaud, *Lyon, la rivière et le fleuve*, Lyon 2013, S. 60-64.

⁵⁴ Bibliothèque de l'Académie de Lyon, Ms. 307, fol. 157r-157v.

⁵⁵ Ebd., fol. 157v-158r: De la vue du tout ensemble.

⁵⁶ Bibliothèque de l'Académie de Lyon, Ms. 307, fol. 158r.: „Ich weiß nicht, ob es einen schöneren und besser geeigneten Ort auf der Welt gibt, um glänzende Feste zu geben.“

⁵⁷ Siehe Bibliothèque de l'Académie de Lyon, Ms. 266-XXII, S. 115 f.

⁵⁸ Das ausführliche *Mémoire* der „Objections et Reponses“ findet sich in: Bibliothèque de l'Académie de Lyon, Ms. 307, nr. 160, fol. 161r-168v.

Verzögerte Realisierung

Delorme ist es nicht gelungen, die Vorurteile und Einwände zu entkräften. Schon in seiner Verteidigungsrede vor der Akademie meinte er halb resigniert, Vorurteile seien schwieriger zu bekämpfen als die Naturgewalt der Rhône.⁵⁹ In der Mitte des Jahrhunderts ging man zuerst daran, die Innenstadt zu verschönern. Das Viertel Saint-Clair entstand mit einer Straße, zwei Plätzen und einer neuen Kaianlage. Erst gegen Ende des Jahrhunderts wurde die Stadt allmählich erweitert: angefangen mit einer neuen Brücke über der Rhône (1774 eröffnet) und der Anlage eines neuen, rechteckigen Straßensystems, mit dem die alten gewachsenen, das heißt krummen, Straßenverläufe auch bald überformt wurden. Im Süden wurde die Halbinsel tatsächlich verlängert, eine Brücke über den Fluss zu La Mulatière geschlagen und ein Bassin angelegt, das im 19. Jahrhundert dem Bau der Eisenbahn und einem Bahnhof zum Opfer fiel, der heute noch den Namen Perrache trägt.

Das von Delorme konzipierte Erweiterungsprojekt steht damit für ein nicht realisiertes Stadtplanungsprojekt, das weder eine rein politische Utopie noch ein vergleichbares bloßes Gedankenspiel war. Es war ganz eng mit der städtischen Lebenswelt verknüpft, da es einerseits die konkreten räumlichen Probleme der Stadt aufgriff und diese zu lösen versuchte, andererseits auch Spuren hinterlassen hat: Diese materialisierten sich in dem kolorierten Plan, in den Sitzungsprotokollen der Lyoner Akademie sowie in dem Traktat („Projet pour la jonction de l'isle Mogniat à la ville de Lyon“), das in mindestens zwei handschriftlichen Exemplaren überliefert ist. Dies war auch die Voraussetzung dafür, dass das Projekt dem städtischen Gedächtnis nicht verloren ging und 30 Jahre später wieder aufgegriffen werden konnte.

Und in anderen Städten?

Ist Delormes Erweiterungsplan nun die Ausnahme oder die Regel? Im Grunde genommen ist er beides. Zunächst handelt es sich um ein recht frühes Beispiel einer städtischen Erweiterungsplanung, die zudem nur einen Typus von Erweiterungen darstellt, nämlich den, der mit Landgewinnung und einer Vergrößerung der Fläche der älteren Altstadt einhergeht. Andere Städte, wie zum Beispiel Palma auf Mallorca, haben zunächst die Stadtmauern erhalten und sich auf die Anlage von Vorstädten konzentriert. In Palma schuf die Desamortisierung des Kirchenbesitzes die Gele-

⁵⁹ Vgl. Bibliothèque de l'Académie de Lyon, Ms. 307, fol. 168v: „Je sai que les prejugés seront plus difficiles à vaincre que l'impetuosité du Rhone.“

genheit, die Innenstadt baulich umzugestalten.⁶⁰ Doch die Bevölkerungszunahme – von rund 40.000 (1840) auf rund 60.000 (1887) – wurde eher außerhalb der Stadt, zum Beispiel in dem Arbeiterviertel Santa Catalina, aufgefangen. 1859 gab es einen ersten Antrag zur Stadterweiterung im Stadtrat. Konkret gehandelt wurde allerdings erst im Zuge der Choleraepidemie von 1865. 1885 legte Eusebio Estada ein umfassendes, statistikbasiertes Stadterweiterungsprojekt vor. Mit dem Abriss der Stadtmauern aber wurde erst 1902 begonnen. Auch an diesem Beispiel ist zu sehen, dass manchmal viele Jahrzehnte vergingen und dass es vieler Anläufe und Umwege bedurfte, bis konkrete Maßnahmen unternommen und die Vorhaben umgesetzt wurden.

In Barcelona, das seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ebenfalls mit dem Problem einer starken Bevölkerungszunahme konfrontiert war, finden wir noch ein anderes Muster. Im Grunde ließ der im Westen der Stadt gelegene Raval auch schon in der Frühen Neuzeit genügend Raum zum Ausweichen. Die erste Erweiterung wurde jedoch außerhalb der Stadt, mit der Anlage Barcelonetas, des neuen Viertels am Hafen (1753), vorgenommen. Erst als 1775 die innere Stadtmauer abgerissen wurde, begann die Urbanisierung der Rambla und des Ravals. Im Zuge dessen verschob sich auch das Zentrum des städtischen Lebens in diese Richtung.

Doch auch hier lassen sich bei genauerer Betrachtung Projektideen finden, die nicht realisiert oder zugunsten anderer Projekte zurückgestellt worden waren – noch lange vor der großen *Ensanche* Cerdàs. So hatte es im Vorfeld der Planungen Barcelonetas bereits Pläne zum Abriss der Stadtmauer gegeben mit dem Ziel, die Stadt zu erweitern.⁶¹ Die Regierung wies den Vorschlag jedoch zurück und entschied sich für den Bau Barcelonetas. Auch über andere Projekte wurde im 18. Jahrhundert diskutiert. Beispielweise boten sich ausländische Investoren an, einen neuen, vom Fluss direkt in den Hafen mündenden Kanal zu bauen, wenn ihnen die Stadt dafür Zollprivilegien für einen Zeitraum von zehn Jahren garantiere.⁶² Doch

⁶⁰ Vgl. Ekkehard Schönherr, *Infrastrukturen des Glücks. Eine Bild-, Raum- und Infrastrukturgegeschichte Mallorcas im 19. und 20. Jahrhundert unter Berücksichtigung des Tourismus*, Dissertation Universität Erfurt, 2014, S. 124-141.

⁶¹ Vgl. Joseph Barette, *Voyage de Londres à Gênes. Passant par l'Angleterre, le Portugal, l'Espagne, et la France*, Bd. 4, Amsterdam 1777, S. 85: „Le commerce a fait ici depuis quelques années de si grands progrès, & a si fort augmenté la population, que le Gouvernement ne voulant point agrandir Barcelone aux dépens des fortifications qui l'entourent, & porté cependant à favoriser cette augmentation que le manque de place auroit pu arrêter, a ordonné qu'on bâtit une nouvelle ville à environ un mille de distance de celle-ci.“

⁶² Vgl. Henry Swinburne, *Travels through Spain, in the years 1775 and 1776*, Bd. 1, London 1787, S. 25: „Some years ago a company of Dutch and English adventurers offered to bring the river into the port by means of a canal, if government would allow them a free importation for ten years. This project might have cleared away the sand-banks, but might also have given a fatal check to the infant manu-

dieses Projekt wurde zum Schutz der kleinen Manufakturen des Umlands abgelehnt.

Das vollständige oder auch nur partielle Ausbleiben der Realisierung von Projekten, um Städte zu erweitern oder in anderer Weise massiv in ihre bauliche Substanz und Infrastrukturen einzugreifen, scheint also doch so etwas wie eine Regel (gewesen) zu sein.⁶³ Gründe für das Scheitern oder Verzögern können in der Widerständigkeit der (betroffenen) Stadtbewohner, in der Skepsis anderer Experten, aber auch im Mangel finanzieller oder technischer Ressourcen liegen. Im Grunde genommen ist dies nicht überraschend, denn auch in anderen Bereichen müssen Ideen erst einmal konkurrieren, bevor eine davon im diskursiven Feld der Macht durchgesetzt und umgesetzt wird. Umso erstaunlicher ist es jedoch, wie selten diese Projekte in der Stadtgeschichte und insbesondere in der Stadtplanungsgeschichte bislang berücksichtigt wurden.

Fazit

Eine Stadtgeschichte, die auch nicht realisierte stadträumliche Projekte mitberücksichtigt, würde nicht nur eine differenziertere Raumanalyse betreiben, sie könnte auch die Transformationsprozesse städtischer Räume detaillierter beschreiben. Der Anwendungsbereich beschränkt sich freilich nicht nur auf Erweiterungsprojekte. Er erstreckt sich grundsätzlich auf alle Felder, in denen geplante und wahrgenommene Räume zusammenkommen, ohne wirklich kongruent sein zu müssen. Es handelt sich vielfach um reflexive Antizipationen, die gedanklich, sprachlich und zeichnerisch Räume herstellten, ohne diese real zu bauen. Und doch ‚existierten‘ diese imaginierten Räume, insofern sie materielle Spuren hinterließen und eine gewisse Öffentlichkeit erzeugten: im Expertenkontext einer Akademie, aber auch unter Reisenden, die offenbar leicht an Informationen über diskutierte Projekte gelangen konnten, im 19. und 20. Jahrhundert dann auch im Rahmen von Ausstellungen oder Wettbewerben und den sekundären Medien, die darüber Bericht erstatteten.

Ein aufmerksamerer Blick auf solche Projekte hätte zum einen zur Folge, Stadtgeschichte nicht nur als Geschichte gebauter Räume zu begreifen, sondern auch als eine Geschichte der Modalität und Zeitlichkeit dieser Räume, verstanden als imaginierte, geplante, realisierte und gelebte Räume. Städtebau- und Stadtplanungsgeschichte um die Aspekte der Modalität und Zeitlichkeit zu erweitern, hieße auch,

factures of the country, for which reason the proposal was rejected.“

⁶³ Parallelen dazu gibt es in der Infrastrukturgeschichte, die ebenfalls zeigt, dass größere Bauprojekte oft erst das letzte Glied in einer Kette von Vorläuferprojekten sind; vgl. dazu Helmut Maier, Berlin Anhalter Bahnhof, Berlin 1984.

imaginierten Räumen in der Stadtgeschichte einen systematischen Platz zuzuweisen und sie nicht etwa an die Literaturwissenschaft zurückzuweisen, die sich in vermeintlich privilegierter Weise mit imaginierten oder fiktiven Räumen beschäftigen darf. Denn schließlich geht es hier um einen Teil der Geschichte städtischer Zukunftsvisionen.

Zum anderen aber hätte speziell der Blick auf die Entstehung städtischer Peripherien – insbesondere in ihren diversen Ausformungen und Verläufen – noch einen anderen Vorzug. Er ermöglicht es erst, den Übergang von der ‚Stadt‘ – man mag hier vor allem den Typus der „okzidentalen Stadt“ vertreten sehen – zum ‚Urbanen‘, genauer zu beschreiben. Während dieses urbanen Transformationsprozesses verschwinden die Stadt-Land-Unterschiede zunehmend; das Städtische wird generisch. Diese Transformation wäre mit einem Übergang von Vormoderne zu Moderne nur unzureichend bezeichnet, weil es sich nicht um eine rein zeitliche, sondern auch um eine raumzeitliche Transformation handelt und weil sich dieser Vorgang nicht einfach auf „um 1800“ datieren lässt, da er – selbst innereuropäisch, ganz zu schweigen von einer globalen Perspektive – nicht an allen Orten gleichzeitig und nicht immer linear verlaufen ist. Das diskutierte Beispiel aus Lyon ist also keineswegs ein Sonderfall, sondern stellt im Rahmen der wachsenden Städte in der Neuzeit vermutlich eher den Normalfall dar. Eine vergleichende Untersuchung zur Entstehung städtischer Peripherien, zu denen Peripherieplanungen ebenso gehören wie ungeplantes Wachsen der Städte, der Abriss von eventuell vorhandenen Mauern und die Entstehung retikularer Strukturen und Infrastrukturen, könnte helfen, diesen komplexen räumlichen wie gesellschaftlichen Transformationsprozess besser zu verstehen. Eine eingehendere Untersuchung dieses Prozesses birgt auch die Chance, die Probleme der heutigen Welt, die eine städtische Welt ist, besser zu verstehen und Lösungskonzepte dafür zu entwickeln.

Prof. Susanne Rau, Geschichte und Kulturen der Räume in der Neuzeit an der Universität Erfurt, susanne.rau@uni-erfurt.de

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Musée Gadagne Lyon, inv. 1282.6.

Abb. 2: Bibliothèque de l'Académie de Lyon, Ms. 307, fol. 159.

Tagungsbericht: Ein „Dritter Weg“ der Moderne im Ruhrgebiet. Die neue Industriestadt. Symposium für Prof. Dr. Renate Kastorff-Viehmam am 20. Januar 2015 am Fachbereich Architektur der FH Dortmund

Das Symposium, das am 20. Januar 2015 am Fachbereich Architektur der FH Dortmund durchgeführt wurde, stand unter dem nahezu identischen Titel der aktuellen Publikation „Die Neue Industriestadt. Ein `Dritter Weg` der Moderne“ von Renate KASTORFF-VIEHMANN. Anlass für das Symposium ist ihre Verabschiedung in den Ruhestand, nachdem sie fast 30 Jahre lang die Themen Bau-, Städtebau- und Technikgeschichte in Lehre und Forschung am Fachbereich Architektur vertreten hat. Ihre Forschungsinteressen lagen dabei insbesondere auf dem Ruhrgebiet; ihre Auseinandersetzungen mit spezifischen Themen der Region reichten vom frühen Arbeiterwohnungsbau im Ruhrgebiet (Diss. 1981¹) über die moderne Industriestadt am Beispiel der Stadt Dortmund (1995 mit U. v. Petz, M. Walz²) und die Beschäftigung mit Einzelpersonen wie beispielsweise Hans Strobel (1998 mit Y. Utku³) bis hin zu regional angelegten Themen wie „Die grüne Stadt“ (1998⁴). Die Beschäftigung mit der regionalen Ebene, den räumlichen, baulichen und gestalterischen Auswirkungen sowie den personellen Verflechtungen und gesellschaftlichen Effekten rückten zunehmend in den Vordergrund ihrer Forschungsaktivitäten. Gemeinsam mit anderen regionalen Akteuren führte sie 2012 mehrere Veranstaltungen zum 100-jährigen Bestehen der Denkschrift von Robert Schmidt, dem Gründer des heutigen Regionalverband Ruhr, durch, aus der die Veröffentlichung „Regionale

¹ Renate Kastorff-Viehmam, Wohnungsbau für Arbeiter. Das Beispiel Ruhrgebiet bis 1914, Aachen 1981.

² Dies./Ursula von Petz/Manfred Walz, Stadtentwicklung Dortmund – die moderne Industriestadt 1918-1946. Standortsicherung der Industrie, Wohnungsbau, Stadtplanung, Dortmund 1995.

³ Renate Kastorff-Viehmam/Yasemin Utku Stadtbaurat Hans Strobel – Dortmund, Dortmund 1998.

⁴ Renate Kastorff-Viehmam (Hrsg.), Die grüne Stadt. Siedlungen, Parks, Wälder, Grünflächen 1860-1960 im Ruhrgebiet, Essen 1998.

Planung im Ruhrgebiet – von Robert Schmidt lernen?“ (2014 mit Y. Utku, Regionalverband Ruhr⁵) hervorging.

Ihre Publikation „Die Neue Industriestadt. Ein ‚Dritter Weg‘ der Moderne“, die ebenfalls 2014 erschien, beschäftigt sich vor allem damit, warum es in den 1920er Jahren gerade im Ruhrgebiet eine besonders avancierte Regionalplanung gab und warum dort um 1930 die technisch wie architektonisch modernste Zeche der Welt gebaut wurde. Geschah dies nur zufällig oder doch absichtsvoll? Handelte es sich sogar um Bestandteile eines großangelegten Projekts, um die „Neue Industriestadt“ als Ausdruck einer zeitgemäßen industriegesellschaftlichen *Gesamtkultur* zu bauen, antithetisch zur sozialistischen Stadt und zur Stadtentwicklung in Amerika? Wobei der Regional- wie auch der städtebauliche Plan und der Stil – speziell der *industrielle Baustil* – konstituierende Elemente dieser *Gesamtkultur* gewesen wären. Interessanterweise sind diese Fragestellungen bisher nie in den Fokus der Diskussion über die Moderne gelangt. War dieser Stil vielleicht zu „deutsch“ ausgerichtet? Stand er zu sehr unter dem Einfluss neukonservativer Weltanschauung und konservativer Theoretiker und kam damit der Ideenwelt des Nationalsozialismus zu nahe? Oder kommt das Ruhrgebiet in den Debatten über die reale wie ideelle Moderne generell zu kurz?

RENATE KASTORFF-VIEHMANN führte auf der Grundlage ihrer Publikation in die Thematik ein, indem sie u.a. auf den Stellenwert von „gestalteter Landschaft“ im Ruhrgebiet bzw. den Raum für Haltungen und Positionen der einflussreichen Köpfe der Region hinwies. Insbesondere die konservativen Motive für die Entwicklung der Region, aber auch die Konstruktion eines „Kulturkreises“ für eine zeitgemäße Form bzw. Ausdruck der Industriestadt in einer sich konstituierenden Industriegesellschaft – in Abgrenzung zu Entwicklungen anderorts – sind aus ihrer Sicht bislang noch nicht ausreichend erforscht und hinterfragt worden. Die Auseinandersetzung mit der Person Albert Vögler war für Renate Kastorff-Viehmann der Impuls, sich weitergehend mit den Theoriemodellen sowie deren Wirkungen im Ruhrgebiet der 1920er und 1930er Jahre zu beschäftigen. Dabei interessierte sie vor allem die Geisteshaltung der Entscheider und deren Konzepte für die „konservative Modernisierung“ des Ruhrgebiets.

Die aufgeworfenen Fragestellungen wurden im Anschluss aus drei unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet und diskutiert: HEINZ WILHELM HOFFACKER (Essen) sprach über das Selbstverständnis der Region in den 1960er Jahren, als sich das Ende der montanindustriellen Entwicklung deutlich abzeichnete. Er betonte, dass in der Rückschau auf die Industriestadt Ruhr der 1920er Jahre nach wie vor kein Be-

⁵ Dies./Yasemin Utku/Regionalverband Ruhr (Hrsg.), Regionale Planung im Ruhrgebiet – von Robert Schmidt lernen?, Essen 2014.

wusstsein für die Errungenschaften in Planung und Architektur bestünde und wies auch auf die Diskrepanz zwischen den Ausdrucksformen in der Industrie und im privaten Umfeld hin: Die Moderne habe es nicht bis in den privaten Raum geschafft. Demzufolge hätten sich Aussagen wie „hier gibt es ja nichts zu sehen“ lange gehalten, z.T. bis heute. Dies spiegele sich auch in der Mentalität und im „Gefühl“ der Bewohner im Ruhrgebiet wider, die sich als „Industriestädter“ sähen – auch wenn etwa im Raum München im Verhältnis inzwischen mehr Industriearbeitsplätze vorhanden seien.

THORSTEN SCHEER (Düsseldorf) näherte sich dem Themenfeld über die Spuren der Kulturregion Ruhrgebiet in den 1920er Jahren. Hier zeichneten sich unterschiedliche Zugänge ab, die von reformerischen Bewegungen wie die von Osthaus initiierte Folkwang-Bewegung bis hin zu konservativen Strömungen reichten, wie sie beispielsweise von Wilhelm Kreis mit den Gesolei-Bauten in Düsseldorf – die zeitgleich mit den Anlagen der Zeche Zollverein in Essen entstanden – realisiert wurden. Trotz der architektonischen Verschiedenheit würden doch ähnliche Positionen der Architekten hinsichtlich Monumentalität und Repräsentationswillen deutlich, was sie in ihrer ästhetischen Haltung in die Nähe von NS-Architekturen rücken lasse. Gleichwohl habe sich der Blick auf die Moderne ausdifferenziert und insbesondere die Anlage der Zeche Zollverein stelle ein herausragendes Zeugnis einer Moderne mit konservativer Grundhaltung dar.

FRANZISKA BOLLEREY (Delft) stellte am Beispiel der tschechischen Industriestadt Zlín Gemeinsamkeiten und Besonderheiten von Industriestädten zur Diskussion. Sie beschrieb die Anmutung der Arbeiterwohnhäuser als „Rationalität verkleidet in Behaglichkeit“ und erläuterte die Axialität und auf Repräsentation angelegten Industrieanlagen, die in Varianten in ganz Europa anzutreffen seien. Dabei wies sie auf die umfassende Einflussnahme der Industriellen auf die Arbeiter hin, die bis in den Alltag, z.B. die Wohnungseinrichtung oder das kollektive Handeln, gereicht hätten, aber auch die baukulturelle Bildung durch die Anlage der komponierten Stadtanlagen und die Ausstattung der Gebäude umfassten. Am Beispiel der „Ba?astadt“ Zlín wurde auch die „Disziplinierung“ beispielsweise durch das Verbot der individuellen Vorgartengestaltung deutlich: Die Industriestadt als Gesamtkunstwerk sollte zur Schaffung einer homogenen sozialen Gruppe beitragen.

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit den Referenten des Symposiums richtete sich der Blick zumeist auf das Ruhrgebiet. Vor allem die Frage nach der Realitätsnähe von Planungen interessierte die Anwesenden, wobei sie sich auf die voll Fortschrittsvertrauen aufgelegten Planungsprogramme der 1960er Jahre ebenso wie auf die seit rund zehn Jahren geführte Diskussion um die „Metropole Ruhr“ bezo-

gen. Denn wie wäre es möglich, auf der Basis falscher Einschätzungen und übersehener älterer Konzepte gut zu planen?

Insgesamt wurde deutlich, dass gerade die Auseinandersetzung mit den konservativen Strömungen im Ruhrgebiet der 1920er Jahre noch am Anfang steht und ein erheblicher Forschungsbedarf zu verzeichnen ist. RENATE KASTORFF-VIEHMANN hat mit ihrer Veröffentlichung einige allgemein gängige Sichtweisen infrage gestellt und neue Fragen aufgeworfen. Es bleibt zu hoffen, dass sie der Region weiterhin verbunden bleibt – nicht nur für die Forschung.

Yasemin Utku, Fachgebiet Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung, TU Dortmund; sds_utku Büro für Städtebau Denkmalpflege Stadtforschung, yasemin.utku@sds-utku.de

Tagungsbericht: Transfer of Knowledge and Urbanisation in Eastern Europe (1880-1914). Panel auf dem Jahreskongress der British Association for Slavonic and East European Studies, Cambridge, vom 28. - 30.03.2015

Städte sind schon immer Foren der Wissensproduktion und -distribution gewesen. Sie als Wissensstandorte zu verstehen, wird insbesondere in den Sozialwissenschaften thematisiert¹, wobei verstärkt nach der Verknüpfung von Wissen, Netzwerk und (Stadt)Raum sowie deren Wechselwirkung gefragt wird. Diesem verstärkten Interesse für Städte als Gestalter und Beteiligte der Wissensgenerierung und -distribution liegt die These zugrunde, dass die Stadt als verdichteter Raum ein besonders günstiges Feld für Austausch und Ausdifferenzierung darstellt. Im östlichen Europa kann dieser Prozess als Rezeption und kreative Weiterentwicklung von Impulsen charakterisiert werden, die durch lokale sozio-ökonomische und kulturelle Faktoren wie Multiethnizität und -konfessionalität und vor allem die Nationalisierungsprozesse transformiert werden. Hierbei findet Wissenstransfer nicht nur zwischen, sondern ebenso innerhalb der Städte statt, weil auch Wissen zwischen den nationalen, sozialen und konfessionellen Gruppen durch verschiedene Strategien und Praktiken von den lokalen Akteuren ausgetauscht und adaptiert wurde. Zum östlichen Europa lag bisher der Forschungsschwerpunkt auf Fragen von Migration, Urbanisierung und Institutionen von Technologietransfer (wie den Universitäten und Akademien), während neuere Forschungen einen Fokus auf die Vermittlung legen.

Ausgangsthese des von ESZTER GANTNER und HEIDI HEIN-KIRCHER (beide Marburg) initiierten Panels auf dem Jahreskongress der *British Association for Slavonic and East European Studies* ist daher, dass dieses enge Netz städtischer Akteure zu spezifischen Konflikten und Kooperationen führte, die sich durch den multiethnischen und -konfessionellen Kontext verstärkten und weiterentwickelten. Das Panel widmete sich der Frage, welche Akteure, Praktiken und Strategien der Wissens-

¹ Siehe dazu: Ulf Matthiesen/Gerhard Mahnken (Hrsg.), *Das Wissen der Städte*, Wiesbaden 2009; Florian Koch/Oliver Frey (Hrsg.), *Die Zukunft der Europäischen Stadt*, Wiesbaden 2011.

produktion und des –transfers im öffentlichen Raum der Städte des östlichen Europa wirksam wurden, um besondere Charakteristika und Wechselwirkungen zwischen Urbanisierung und Wissenstransfer herauszuarbeiten.

HEIDI HEIN-KIRCHER (Marburg) hinterfragte in ihrem einführenden Vortrag das gängige Modernisierungsparadigma. Modernität, verstanden als eine Orientierung an den technischen und kulturellen Strömungen des westlichen Europas, war unauflösbar mit den Nationalisierungsprozessen verbunden und erhielt so eigene Nuancierungen. Sie betonte, dass die Nationalisierungsprozesse daher nicht nur auf das „race to modernity“² (so Martin Kohlrausch und Jan Behrends) der Städte, sondern auch – in Anlehnung an diesen Titel – auf das „race to urbanity“ wirkten und Urbanisierung im östlichen Europa daher nicht zwangsweise mit Industrialisierung, aber mit einer besonderen Form von Modernisierung der Städte verbunden war.

Da Expertenwissen eine notwendige Voraussetzung war, um den wachsenden Organismus Stadt funktionstüchtig zu halten, löste es letztlich den Einfluss der politisch-sozialen Eliten ab und dominierte die lokalen Diskurse, wobei dieses subkutan durchaus von den nationalen Narrativen geprägt war. Hierbei orientierte man sich an Lösungen anderer Städte, veränderte sie aber für die eigene Stadt: So stellen die Modernisierung oder gar der Aufbau von städtischen Infrastrukturen, etwa von Wasserleitungen, Straßen und Kanälen, aber auch die Etablierung von städtischen Gesundheits- und Chemieämtern und von Lebensmittelkontrollen Adaptionen und eine praktische, auf die eigene Stadt bezogene Weiterentwicklung von bisherigem Wissen dar. Durch diese besondere Form und Nutzung des Wissenstransfers wurden die Städte zu Knotenpunkten für die weitere gesellschaftlich-kulturelle Entwicklung in ihrer Region.

BORBÁLA ZUZSANNA TÖRÖK (Konstanz) beschäftigte sich mit „Cultural consumption, social identification and urban development in Hungary in late 19th century“ und illustrierte am Beispiel der siebenbürgischen Provinzhauptstadt Klausenburg (Cluj) die Rolle von Gesellschaften der regionalen Landeskunde für den Wissenserwerb über die eigene Region, aber auch für die Entwicklung eines regen kulturellen Lebens innerhalb der Städte, das beispielsweise durch Wanderkonferenzen mitgestaltet wurde. Deutlich wurde, dass solche Gesellschaften nur in urbanen Kontexten vorstell- und realisierbar waren, dass sie durch ihr Wirken die Weiterentwicklung akademischer Disziplinen ebenso beeinflussten wie die anderer gelehrter Gesellschaften. Zugleich schufen die Landeskundegesellschaften ein spezielles Bild der siebenbürgischen Städte, welches auf die weiteren Urbanisierungsprozesse zurückwirkte.

² Jan C. Behrends/Martin Kohlrausch (Hrsg.), *Races to Modernity: Metropolitan Aspirations in Eastern Europe 1890-1940*, Budapest 2014.

ESZTER GANTNER (Marburg) griff am Beispiel Budapests zur Zeit des *fin de siècle* die gegenseitige Beeinflussung von Urbanisierung und Wissenstransfer auf und stellte mithilfe der analytischen Kategorie ‚Wissensformat‘ drei Institutionen vor: den Industriepalast, die Urania, die eigene Formen im Vergleich zur Urania in Berlin und Wien entwickelte, und schließlich die philosophische Zeitschrift *Logos* (1873-1914). Auf diese Weise betonte sie die enge Verbindung und Wechselwirkung zwischen dem Werden einer Großstadt und der bewussten Strategie städtischer Akteure, *bestimmtes Wissen* auszuwählen, zu transferieren und zu adaptieren. Diese Wechselwirkung, die in allen drei Fallbeispielen deutlich wird, fand an der Schnittstelle europäischer Trends und lokaler, nationaler Interessen statt. Diese Beispiele verweisen daher auch darauf, dass sie im Zuge der raschen Urbanisierung in der Stadt etabliert wurden – nicht nur, weil sie als „Requisiten“ einer Metropole wahrgenommen wurden, sondern auch, weil sich nur in der Großstadt jenes Publikum herausgebildet hatte, welches solche Institutionen schätzte, besuchte und benutzte.

Wie sehr der internationale Wissensaustausch über urbane Netzwerke beeinflusst wurde und auf diese zurückwirken konnte, thematisierte KARIN HALLAS-MURULA (Tallinn) am Beispiel der Modernisierung der baltischen Stadt Reval/Tallinn. Sie arbeitete aber auch den engen Zusammenhang zur nationalen Identitätsbildung heraus, indem sie sich auf die umfangreichen Planungsinitiativen in Tallinn konzentrierte und die entsprechenden Kanäle des Wissenstransfers herausarbeitete. Die Stadtplanung in Tallinn habe sich bewusst an den internationalen Standards orientiert, sie aber nicht einfach übernommen, sondern auf die eigenen Bedürfnisse hin zugeschnitten, besonders deutlich abzulesen an dem Wettbewerb für die Planung Groß-Tallinns 1912/13. Gerade dieses Vorgehen habe zur Entwicklung einer modernen Gesellschaft und einer spezifisch estnischen urbanen Identität geführt.

Die abschließende Diskussion machte nochmals deutlich, dass die Stadtentwicklung im östlichen Europa nicht nur über das von der Forschung unterstellte Rückständigkeitsparadigma beurteilt werden kann, sondern dass sich gerade über die Perspektive des Wissenstransfers neue Impulse für die stadt- und urbanitätshistorische Forschung ergeben. Sie ermöglicht es, zunächst die Städte jeweils für sich ohne voreingenommene Wertung und ohne normative Qualifizierung zu betrachten, um dann das Gemeinsame und die *differentia specifica* der Städte im östlichen Europa herauszuarbeiten. Eine Publikation der Beiträge ist geplant.

Heidi Hein-Kircher, Abteilungsleiterin Wissenschaftsforum am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, heidi.hein-kircher@herder-institut.de
Eszter Gantner, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft, eszter.gantner@herder-institut.de

Tagungsbericht: Abschlusstagung des DFG-Projektverbunds „Wege zur nachhaltigen Entwicklung von Städten“ vom 18. bis 19. Juni 2015 in Darmstadt

Seit Herbst 2012 beschäftigte sich an der TU Darmstadt ein interdisziplinärer Forschungsverbund in vier von der DFG geförderten Einzelprojekten mit der Analyse und Umsetzung des Nachhaltigkeitsdiskurses in ausgewählten deutschen Städten. Zum Ende der Laufzeit luden die Projektleitenden sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur Präsentation und Diskussion der Projektergebnisse ein, die mit auswärtigen Experten und Expertinnen in Vorträgen und Kommentaren vertieft und kontextualisiert werden sollten.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von DIETER SCHOTT (Darmstadt), der in einem kurzen Abriss die Entstehung des Projektverbundes erläuterte und seine Einbettung in den Forschungsschwerpunkt „Stadtforschung“ an der TU Darmstadt erklärte. Am Beginn der Untersuchungen habe zunächst der Befund gestanden, dass Städte in der Vergangenheit, aber auch aktuell, umweltpolitische Ziele auf unterschiedliche Weise verfolgten. In Fallstudien zu den beiden ausgewählten Vergleichsstädten Mainz und Wiesbaden wurde in den Einzelprojekten daher nach Mustern und Strategien in der kommunalen Umweltpolitik und der Implementierung von Nachhaltigkeitskonzepten gesucht.

Die beiden Panels des ersten Konferenztages widmeten sich der historischen Dimension der Thematik. Nach einer Einführung von JENS IVO ENGELS (Darmstadt) eröffnete MATTHIAS LIEB (Darmstadt) mit seinem Vortrag zu den Ergebnissen des Projekts „Bürgerschaftliches Engagement für den Umweltschutz in der Stadt“ das Panel. Im Mittelpunkt seiner Darstellung stand die Frage, wie Protest und zivilgesellschaftliches Engagement im Umweltschutz in Mainz und Wiesbaden ab den 1970er Jahren funktionierte und organisiert wurde. Weiter lag ein besonderes Augenmerk darauf, wie sich die Interaktion der Umweltschutzbewegung mit den etablierten politischen und administrativen Akteurinnen und Akteuren darstellte. In seinem Vortrag betonte Lieb die besondere Bedeutung, die Städten als zentralen Bezugspunkten in der Auseinandersetzung um Formen und Durchsetzung natur- und

umweltpolitischer Maßnahmen und zugleich auch als wichtigem Betätigungsfeld umweltbewegter Gruppen zukam. Abschließend wies er darauf hin, dass sich die Problematisierung verschiedener Formen von Grenzen und deren Überwindung als ein zentraler Bestandteil in der Aushandlung von Natur- und Umweltschutz in den Städten erwiesen habe. Dieser zunächst nicht erwartete Befund gebe Anlass zu weiteren Forschungen.

Da JAN-HENRIK MEYER (NYU Berlin) nicht anwesend sein konnte, wurde das Vortragsmanuskript des Autors „Europäische Kontexte und transnationale Verflechtung“ vorgelesen. Mit Bezug auf die europäische Umweltschutzpolitik ergänzte Meyer darin die Perspektive um eine weitere Ebene und zeigte auf, wie diese seit ihrer Entstehung in den frühen 1970er Jahren als Hemmnis städtischer Handlungsmöglichkeiten wirken konnte, den städtischen Akteurinnen und Akteuren aber auch neue Möglichkeiten bot. Zuletzt griff er die Thematisierung verschiedener Formen von Grenzen im europäischen Kontext auf und plädierte für weitere Untersuchungen. Besonders regte er an, die Aktivitäten und Eigenschaften von Personen näher zu beleuchten, die als „Grenzüberwindungs-ExpertInnen“ gelten könnten.

Wegen Abwesenheit des eingeplanten Kommentators übernahm JENS IVO ENGELS (Darmstadt) die Einleitung in die Diskussion, indem er die wichtigsten Punkte der Beiträge aufgriff, Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede auswies und Denkanstöße für weitere Forschungsvorhaben gab. Parallel zu Meyers „Grenzüberwindungs-ExpertInnen“ verwies er dabei insbesondere auf die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen zur Umwelt-Elite.

Das zweite Panel „Wasser als sozionaturaler Schauplatz“, geleitet von DIETER SCHOTT, wurde eröffnet von MICHAEL TOYKA-SEID (Darmstadt). In seinem Vortrag „Sichtbares Wasser als umstrittene Ressource im städtischen Nachhaltigkeits Handeln. Mainz und Wiesbaden 1970-2010“ griff er die Leitfrage des umwelthistorischen Projektes auf und zeigte, wie sich der Umgang mit Wasser in Mainz und Wiesbaden im Untersuchungszeitraum gestaltete. Den Forschungen lag dabei die Erwartung zugrunde, dass die Art und Weise, wie die Städte und ihre Bevölkerung sichtbares Oberflächenwasser in der Stadt wahrnehmen, nutzen und gestalten, weiterführende Rückschlüsse auf lokalspezifische Praktiken und Dynamiken bei der Entwicklung und Umsetzung einer auf nachhaltiger Entwicklung ausgerichteten Politik ermöglichen. Dabei wurde deutlich, wie unterschiedlich sich der Umgang mit sichtbarem Wasser in diesen auf den ersten Blick recht ähnlichen Landeshauptstädten am Rhein darstellte und wie die Debatten um Umweltschutz und Nachhaltigkeit Paradigmenwechsel im städtischen Umwelthandeln anregten.

Im folgenden Vortrag „Wien und seine Gewässer: Nutzen, Turbulenz und Risiko in langfristiger Perspektive“ erweiterte VERENA WINIWARDER (Klagenfurt) den Be-

trachtungszeitraum. Mit deutlicher Skepsis gegenüber den über Jahrhunderte verfolgten Plänen einer technischen Kontrolle von Flüssen und kleineren Fließgewässern plädierte sie für eine Nachhaltigkeitsideal, das Resilienz ins Zentrum städtischen Verhaltens stellt und die unvermeidlichen ökologischen Folgen der „Unterwerfung“ der städtischen „Natur“ zumindest minimiert.

CHRISTOPH BERNHARDT (Erkner) nahm im anschließenden Kommentar die in beiden Beiträgen angedeutete Vorstellung einer Umweltpolitik *avant la lettre* auf und betonte auch nachdrücklich die Notwendigkeit einer Einbeziehung überörtlicher Bezüge in die Untersuchung stadtökologischer Untersuchungen.

Der zweite Konferenztag begann mit dem Panel „Urbane Infrastrukturen“ unter der Leitung von JOCHEN MONSTADT (Darmstadt). Zunächst trugen ANTJE MATERN (Darmstadt/ Chemnitz) und MARTIN SCHMIDT (Darmstadt) zentrale Ergebnisse ihres Forschungsprojektes unter dem Titel „Sektorübergreifende Koordination technischer Infrastrukturen in Städten“ vor. Sie gingen dabei auf die dem Projekt zugrundeliegenden wissenschaftlichen Debatten ein und stellten zentrale Ergebnisse ihrer empirischen Untersuchung zu kritischen Infrastrukturen und zu Innovationen an intersektoralen Schnittstellen der Energie- und Wasserversorgung sowie der Abwasser- und Abfallentsorgung vor. LEON HEMPEL (Berlin) ergänzte diese Themen im Anschluss mit seinem Vortrag „Probleme, Möglichkeiten und Formen intersektorieller Risiko- und Krisenkommunikation“ um die Perspektive der sozialwissenschaftlichen Sicherheitsforschung. In ihrem Kommentar hob CORDULA KROPP (München) besonders den Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen als zentrale zivilisatorische Errungenschaft moderner Gesellschaften hervor.

Das vierte Panel „Nachhaltigkeit im städtischen Diskurs“ unter der Leitung von NINA JANICH (Darmstadt) wurde durch den Vortrag „Sprachlich vermittelte Raumkonstitution in der Stadt. Eine Analyse zur urbanen Verortung von Nachhaltigkeit“ von VIONA NIEMCZYK (Darmstadt) eröffnet. Basierend auf sprachwissenschaftlichen Analysen städtischer Nachhaltigkeitsberichte und Veröffentlichungen konnte sie die Konstituierung urbaner Räume im Rahmen städtischer Nachhaltigkeitskommunikation in Mainz und Wiesbaden nachweisen. Auch hierbei zeigten sich bemerkenswerte Unterschiede zwischen den beiden untersuchten Städten, etwa in der besonderen Betonung einzelner Aspekte des Nachhaltigkeitskonzeptes. Im anschließenden Vortrag „Unternehmerische und städtische Nachhaltigkeitsberichte aus textologischer Perspektive“ verglich GORANKA ROCCO (Triest) auf mehreren Ebenen Texte großer Wirtschaftsunternehmen mit städtischen Publikationen und wies dabei unter anderem auf wiederkehrende Schlüsselbegriffe und beliebte Metaphern hin, die sich in beiden Gattungen wiederfänden. UTA PAPEN (Lancaster) beleuchtete in ihrem Kommentar die Beiträge aus der Perspektive der Sozialanthropologie

und plädierte für eine stärkere Kontextualisierung der Untersuchungen und die Einbeziehung der Entstehungsgeschichte der einzelnen Texte, um weiterführende Erkenntnisse zu erlangen.

Am Ende der Veranstaltung fand eine Abschlussdiskussion statt, bei der unter anderem die Thematik der Auseinandersetzung mit verschiedenen Formen von materiellen wie mentalen Grenzen innerhalb der untersuchten Felder nachhaltigkeitsbezogener Umweltpolitik aufgegriffen wurde. Auch aus der Perspektive der verschiedenen Fachdisziplinen wurden weitere Untersuchungen dieses Sachverhaltes begrüßt. Ein Konferenzband mit Artikeln zu den Vorträgen ist in Arbeit.

Matthias Lieb, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungsprojekt "Städtische Nachhaltigkeit", TU Darmstadt, Institut für Geschichte, lieb@pg.tu-darmstadt.de

A L E X A N D E R S E D L M A I E R

Tagungsbericht: Cities and societies in transition? The 1970s in West Germany and Italy vom 21. bis 22. Mai 2015 am Deutschen Historischen Institut in Rom

Stellten die 1970er Jahre eine Periode der Krise der Städte dar? Inwieweit können urbanistische Debatten der Zeit und die heftigen, auch gewaltförmigen Kämpfe in den Städten als Auseinandersetzungen über das Selbstverständnis der Gesamtgesellschaft und über Möglichkeiten und Grenzen einer Demokratisierung gewertet werden? Kann ein Vergleich zwischen Italien und Westdeutschland herrschende Paradigmen der europäischen Stadtgeschichte in Frage stellen? Diesen Fragen widmeten sich in vergleichender und beziehungsgeschichtlicher Perspektive die siebzehn Beiträge der deutsch-italienischen Konferenz „Cities and Societies in Transition? The 1970s in Germany and Italy“, die unter der Leitung von MARTIN BAUMEISTER

(DHI Rom) und DIETER SCHOTT (TU Darmstadt) vom 21. bis 22. Mai 2015 in Rom stattfand.

Die erste Sektion befasste sich mit Wahrnehmungen und Bewältigungsstrategien der Krise der Städte. Zu Beginn diskutierte TOBIAS BECKER (London) den Zusammenhang des Aufkommens eines an Stadterhaltung und Denkmalschutz orientierten Blicks auf die Stadt mit einer von ihm konstatierten „Nostalgiewelle“. Das „Schrumpfen der Gegenwart“ (H. Lübbe) habe zu einer zunehmend nostalgischen Betrachtung der Vergangenheit geführt. Dieser Wahrnehmungswandel sei der Krise des modernen Städtebaus in den 1970er Jahren vorangegangen. FRANCESCO BARTOLINI (Macerata) widmete sich den stadtpolitischen Perspektiven der italienischen Kommunisten, die die sozialen Missstände der Stadt als Politikfeld, das potentiell die Mehrheit der Stadtbevölkerung weit über die Arbeiterschaft hinaus als Opfer und Gegner der kapitalistischen Eigentümer einen könne, für sich entdeckten. Ende der 1970er Jahre, als die PCI zunehmend kulturelle Werte in der Stadtentwicklungspolitik und auch die produktive Rolle von Wohneigentum anerkannte, sei dieses Interpretationsmodell in die Krise geraten. Mit den Wahlerfolgen der Kommunisten in mehreren Städten in den Jahren 1975/76 die den Kommunisten Regierungsverantwortung in Städten wie Turin, Neapel und Rom einbrachten, zeigte habe sich der Erfolg der urbanen Mobilisierungsstrategie, die letztlich schon in Gramscis Perspektive auf die Stadt angelegt gewesen sei, gezeigt. Die schon seit Kriegsende von Kommunisten regierte Stadt Bologna sei über Italiens Grenzen hinaus zum Modell einer urbanen Alternative und zum Gegenstand suchender Reflexion in der Stadtforschung geworden. HARALD BODENSCHATZ (Berlin) wies auf die außergewöhnliche Strahlkraft hin, die von der einmaligen Idee und Praxis ausging, die gesamte historische Altstadt zu einem geschützten und am Erhalt orientierten Sanierungsgebiet zu deklarieren. In dieses Modell seien von Beginn an die Pflege öffentlicher Dienstleistungen und Maßnahmen gegen die Verdrängung der ärmeren Bevölkerung integriert gewesen. Der politische Entscheidungsprozess sei durch die Schaffung lokaler Institutionen auf der Ebene des Stadtteils und der Region Emilia Romagna dezentralisiert worden, doch der Sparkurs der Stadtregierung habe in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zur Krise des Bologna-Modells geführt. Nach den Strategien der Neuen Linken im Kampf um die Stadt fragte CHRISTIAN JANSEN (Trier). Die militante Inbesitznahme der Stadt Mailand analysierte er an zwei Beispielen: der Besetzung des *Albergo Commercio* in Mailand Ende November 1968, das zur größten Kommune Europas wurde, und der Kampagne *prendiamoci la città* der Organisation *Lotta Continua*, deren spektakulärste Aktion die Besetzung mehrerer Häuser in der Mailänder Viale Tibaldi im Juni 1971 war. Dass die zunächst so erfolgreiche Kampagne überraschend schnell im Sande verlief, schrieb der Referent

drei Faktoren zu: einer gewissen Oberflächlichkeit im Politikstil der ‚Spontaneisten‘, einer flexiblen Polizeitaktik, die den Mobilisierungseffekt massiver Großeinsätze umging, und der Verlagerung der Agitation auf die Haftbedingungen festgenommener Aktivisten.

Im Anschluss an diese Überlegungen wandte sich die zweite Sektion der „Stadt als Kampfplatz“ zu. ROBERTO COLOZZA (London) lieferte mit seinem Beitrag zur Rolle der PCI in Rom während der 1977er-Bewegung einen Einblick in die kulturellen Folgen des Konflikts zwischen der traditionellen Linken und ihren linksradikalen Herausforderern, besonders der *Autonomia operaia*. Unter der Bürgermeister-schaft des von den Kommunisten gewählten parteilosen Kunsthistorikers Giulio Carlo Argan wurde im Sommer 1977 das wegweisende Kulturfestival Estate Romana mit großen Open-Air-Kino-Vorführungen eröffnet. Es repräsentiere eine Loslösung von ideologischer Starre hin zu einem innovativen urbanen Nutzungs- und Integrationskonzept, so Colozza. Einer spezifischen Rezeption des *Movimento 77* in Deutschland auf der Spur war SEBASTIAN HAUMANN (Darmstadt), nämlich durch die „Stadtindianer“. Das italienische Vorbild habe gerade wegen seiner Konzentration auf Probleme des Urbanen Anklang bei Linksradikalen nördlich der Alpen gefunden. Es sei aber über 1977 hinweg nicht zu einer dauerhaften Beeinflussung gekommen, da die sozio-ökonomischen Verhältnisse in beiden Ländern doch zu unterschiedlich gewesen seien. Der Wandlungsprozess, in dem Stadterneuerung, Protest und wirtschaftliche Entwicklung ineinander greifen, produziert Gewinner und Verlierer. Im Hamburger Stadtteil Ottensen gingen, wie SYLVIA NECKER (München) darlegte, diejenigen, die in den 1970er Jahren gegen die „kapitalistische Modernisierung“ protestierten, tendenziell als Gewinner hervor, weil es ihnen langfristig gelang, dem Viertel im Zuge der Gentrifizierung ihren kulturellen Stempel aufzudrücken und Wohneigentum zu erwerben. Dabei sei der Protest zunehmend aus dem Repertoire urbaner Kommunikation verschwunden und Ottensen zu einem gewöhnlichen Wohnquartier für Familien mit gehobenem Einkommen geworden. Ebenfalls im Kontext urbaner Bewegungen, die bestrebt sind, mehr Kontrolle über ihr urbanes Umfeld zu erlangen, sind die Initiativen zur Erhaltung von Arbeitersiedlungen im von Deindustrialisierungsprozessen betroffenen Ruhrgebiet zu sehen, die CHRISTIAN WICKE (Bochum) thematisierte. 1974 hätten sich sieben Bürgerinitiativen mit dem Ziel gebildet, den geplanten großflächigen Abriss zu verhindern oder wenigstens Kompensation zu erwirken; 1976/77 hätten sich die Wohnungsbaugesellschaften von der Zerstörungspolitik ab- und der Umwandlung in Wohneigentum zugewandt, was sich jedoch nur wenige Bewohner hätten leisten können. So sei der Protest in eine zweite Phase getreten. Den Erfolg der Initiativen führt der Referent auf das relative Defizit an starken identitätsbildenden Strukturen

im Ruhrgebiet zurück, sodass die Arbeitersiedlungen zum identitätsstiftenden und erhaltenswerten Symbol einer zerbrechenden Einheit von Arbeit und Leben werden konnten. FREIA ANDERS (Mainz) und ALEXANDER SEDLMAIER (Bangor) stellten Hausbesetzungen und Fahrpreisproteste als zentrale Elemente der radikalen Proteste der 1970er Jahre in Deutschland und Italien vor. Dabei zeigten sie sowohl Parallelen als auch Beeinflussungen deutscher Aktivisten durch migrantische Mitstreiter und italienische Vorbilder auf, allen voran das Prinzip der *Autoriduzione*. Umfang und Breitenwirkung der auf den öffentlichen Konsum ausgerichteten Agitation sei in den Städten Norditaliens wesentlich ausgeprägter gewesen, aber auch in Frankfurt hätten sich 1972 1500 nicht nur italienische, aber überwiegend migrantische, Haushalte einem Mietstreik angeschlossen. ANNA ROSS (Oxford) stellte die Rolle der Photographie in der Agitation und Identitätskonstruktion von Hausbesetzern in Berlin-Kreuzberg vor und erläuterte, wie dies zur positiven Konnotation des Begriffs „Kiez“ als erhaltenswertes Netzwerk sozialer Beziehungen beitrug.

In seinem Abendvortrag erläuterte LUTZ RAPHAEL (Trier) das trotz beträchtlicher Differenzen auf politischer Ebene Bestehen weitreichender Parallelen in den längerfristigen sozio-ökonomischen Wandlungsprozessen in Italien und Westdeutschland. Sie kennzeichneten die 1970er Jahre als krisenhafte Übergangszeit, etwa bezüglich des Sozialwesens, der Familienstruktur oder des Konsumverhaltens. Gerade die für Stadthistoriker zentralen Themen wie soziale Infrastrukturen, Wohnverhältnisse und Stadt- und Regionalplanung hingen in beiden Ländern von Strukturereformen auf diesen Gebieten ab.

Die dritte Sektion der Konferenz beschäftigte sich mit der Stadt als „Lebensraum und Baustelle“. GUIDO ZUCCONI (Venedig) betonte, dass mit einem seit 1966 einsetzenden neuen und erweiterten Verständnis des Begriffs des Kulturguts die historischen Altstädte Italiens zu Objekten eines umfassenden Denkmalschutzes wurden, der nicht nur das architektonische, sondern auch das soziale Gefüge betraf. KERSTIN STAMM (Dortmund) ging in ihrem Vortrag auf die prominente Rolle West-Berlins und Roms im Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 ein. JOST ULSHÖFER (Leipzig) kam auf die Themen *centro storico* und Bologna zurück und wies darauf hin, dass die Entwicklung stadtplanerischer Konzepte in Bologna seit dem Generalplan von 1955 mehr Kontinuitäten aufwies als gemeinhin anerkannt. GIOVANNI CRISTINA (Paris) widmete sich der Bologneser Peripherie, wo im Vorort Pilastro sowohl stadtplanerische Impulse von oben als auch Mobilisierungsversuche von unten nur begrenzt in der Lage gewesen seien, etwas an der Marginalisierung seiner überwiegend migrantischen Bewohner zu ändern. CELINA KRESS (Erfurt) verwies auf den seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre international bekannt gewordenen Architekten Aldo Rossi, dessen egalitäre Überlegungen ebenfalls an der

Wohnsituation in migrantischen Siedlungen der städtischen Peripherie angeknüpft hätten und der von seiner Zunft Visionen zur Gestaltung der Brüche zwischen dem historisch Gewachsenem und der modernen Realität eingefordert habe. Anders als beispielsweise die Ideen des ihm nahestehenden Guy Debords werde seine Theorie des Urbanen heute kaum noch rezipiert. Auch GIOVANNI PIETRANGELI (Padua) betonte im letzten Vortrag der Tagung Rossis Bedeutung für die zeitgenössische Debatte italienischer Architekten um die zukünftige Gestaltung der Städte und ihre Verbindung mit dem Hinterland. Am Beispiel des 1962 verabschiedeten und über vier Jahrzehnte mehr oder weniger ignorierten Plans für die Umgestaltung Roms, der den Schutz des historischen Kerns sichern sollte, ging Pietrangeli den Widersprüchen zwischen den Zielen städtischer Planung und ihrer lediglich fragmentarischen Umsetzung nach.

Abgerundet wurde die Konferenz durch eine informative Exkursion zu dem in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre am Stadtrand von Rom erbauten, fast einen Kilometer langen Wohnkomplex Corviale, in dem ca. 8000 Menschen leben. Insgesamt verdankte sich der Erfolg der Tagung durch einen intensiven Austausch der deutschen und italienischen Erfahrungen und Forschungsansätze.

**Alexander Sedlmaier, Senior Lecturer in Modern History, Bangor University,
a.sedlmaier@bangor.ac.uk**

Tagungsbericht: Workshop „Authentisierung von StadtLandschaften II“ am 3. Juli 2015 im Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner

Im Rahmen des Leibniz-Forschungsverbunds „Historische Authentizität“ veranstaltete das IRS Erkner am 3. Juli 2015 einen Workshop zum Thema „Authentisierung von StadtLandschaften“, der zugleich die Folge-Veranstaltung einer Tagung war, die der Forschungsverbund 2014 in Potsdam am Zentrum für Zeithistorische Forschung veranstaltet hatte. In seinem Eingangsstatement skizzierte CHRISTOPH BERNHARDT (IRS Erkner), Leiter der Historischen Abteilung des IRS und zugleich Sprecher der Themenlinie „Räume des Authentischen“ des Leibniz-Forschungsverbundes, zentrale Fragestellungen: Unter „Authentisierung von StadtLandschaften“ würden Prozesse städtischer und regionaler Identitätsbildung verstanden, innerhalb derer Verweise auf historische Authentizität eine zentrale Funktion einnehmen. Zu untersuchen seien diskursive, mediale und rechtliche Beglaubigungsstrategien, die sich sowohl auf einzelne historisch bedeutende Bauten als auch auf städtische Ensembles beziehen könnten.

In seinem Vortrag „Architektonisches Erbe und immaterielle Authentizität – ein interkultureller Vergleich“ beschäftigte sich TINO MAGER (TU Berlin) mit den japanischen *Shinto*-Schreinen von Ise, die im 20-Jahres-Rhythmus abgebrochen und neu aufgebaut werden. Dabei thematisierte er insbesondere den Gegensatz eines vorwiegend westlichen substanzorientierten, materiellen Authentizitätsverständnisses gegenüber Vorstellungen, in denen historische Authentizität mehr als geistige Kontinuität, Bewahrung einer Tradition und rituelle Praxis verstanden wird – und zwar auch im Umgang mit dem Bauerbe, wie in der *sengu*-Tradition deutlich wird. Die Authentizität der Schreine liege dabei primär in ihrer Funktion als überzeitliches und übergeschichtliches Identifikationsangebot sowie im Bewahren und Ausführen einer Tradition, die sowohl die Nutzung von traditionellen Werkzeugen und überlieferten Fertigungsschritten als auch das Abhalten besonderer Zeremonien beinhalte. Mager erwähnte zudem, wie wichtig die Beschäftigung mit den Ise-Schreinen im Weltkulturerbe-Diskurs war, insbesondere bei der kulturalistischen

Ausweitung des Authentizitätskonzepts in den 1990er Jahren: Im Zuge der Nara-Konferenz von 1994, die sich ganz dem Thema des Authentischen verschrieben hatte, wurde ein erweitertes, postmodernes und postkoloniales Verständnis von historischer Authentizität entwickelt, das die kulturelle Diversität und die regionale Spezifik des Verständnisses von Authentizität anerkannte.¹

ANDREAS FÜLBERTH (Leipzig) widmete sich anhand von Gebäuden aus der Sowjetzeit und rekonstruierten Prachtbauten der 1990er Jahre in der lettischen Hauptstadt Riga dem Spannungsfeld von historischer Authentizität und politisch-architektonischen Brüchen. Im Vordergrund stand dabei das wiedererrichtete „Schwarzhäupterhaus“, das im Krieg 1941 von deutschen Truppen zerstört, 1948 gesprengt und von der Stadt Riga in den 1990er Jahren wiederaufgebaut worden war. Der von Fülberth unternommene Versuch, graduelle Abstufungen des Authentischen anhand von erhaltender, restaurierter und rekonstruierter Bausubstanz vorzunehmen, blieb unter den Tagenden umstritten. Aus architekturhistorischer und -soziologischer Perspektive beschäftigte sich OLAF GISBERTZ (TU Braunschweig) mit der Frage, inwiefern auch Bauten der (Nachkriegs-)Moderne historische Authentizität zuerkannt wird und welche Instandsetzungs- und Aufwertungsmaßnahmen damit verbunden sind. Dies erläuterte er anhand von Beispielen aus Braunschweig, wo die Brüche von Nachkriegsmoderne und weitgehend nach dem Krieg rekonstruierten „Traditionsinseln“ in der „Altstadt“ deutlich hervortreten. TORSTEN MEYER (ETH Zürich) widmete sich in seinem Vortrag „Swiss made‘ um 1900“ anhand des sogenannten „Schweizer Hauses“ der Konstruktion und Produktion baulicher Authentizität. Meyer beschäftigte sich dabei insbesondere mit dem Architekten und Begründer der schweizerischen Bauernhausforschung Ernst Georg Gladbach, der maßgeblich zur Stilisierung des „Schweizer Holzstils“ beigetragen habe. Der mit dem „Schweizer Haus“ verbundene Stil sei dabei im Rahmen der Suche nach nationaler Symbolik um 1848 entstanden. Im Zuge seiner Ikonisierung um 1900 sei freilich überdeckt worden, wie sehr dieser vermeintliche „Nationalstil“ je nach Kanton variiert habe.

FLORIAN RIEDLER (Zentrum Moderner Orient, Berlin) lenkte den Blick auf die türkisch-griechisch-bulgarische Grenzregion und die Ausgrabungskampagnen, Restaurierungen und Rekonstruktionen des zerstörten Sultanspalastes in Edirne im

¹ Vgl. dazu Achim Saupe, Authentizität, Version: 3.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 25.8.2015, URL: http://docupedia.de/zg/Authentizit.C3.A4t_Version_3.0_Achim_Saupe?oldid=107538; sowie Sophia Labadi, World Heritage, Authenticity and Post-Authenticity. International and National Perspectives, in: Dies./Colin Long (Hrsg.), Heritage and Globalisation, London 2010, S. 66-84, hier: S. 66; Michael S. Falser, Von der Venice Charter zum Nara Document on Authenticity. 30 Jahre „Authentizität“ im Namen des kulturellen Erbes der Welt, in: Michael Rössner/Heidemarie Uhl (Hrsg.), Renaissance der Authentizität? Über die neue Sehnsucht nach dem Ursprünglichen, Bielefeld 2012, S. 63-87.

Verlauf des 20. Jahrhunderts. Riedler ging es dabei insbesondere um den Zusammenhang von türkischer (Geschichts-)Politik und der Konstruktion von nationaler Identität und Authentizität. Edirne biete dabei ein höchst interessantes Beispiel, da in dieser durch Migration geprägten Grenzstadt verschiedene Ethnien und Religionen um Aufnahme in das kulturelle Gedächtnis kämpften. Vor dem Hintergrund des Anforderungskatalogs für UNESCO-Welterbestätten und der Aufnahme der Edirner Selimiye-Moschee in das Welterbe würden diese unterschiedlichen Traditionsstränge zunehmend thematisiert. Die Authentizität des Ortes ergebe sich also gerade aufgrund seiner kulturellen Vielfalt, was auch eine Konsequenz des erweiterten Authentizitätsverständnisses sei.

Weniger vom Gegenstand als von den Medien her näherte sich CHRISTIAN LOTZ (Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, Marburg) dem Tagungsthema. Ihm ging es um die Suggestion des Authentischen in verschiedenen Kartensprachen. Wie schwer es dabei auch heutigen, mediengeschulten Rezipienten falle, Karten nicht als Abbild von Wirklichkeit zu verstehen, sondern als gelenkte Visualisierungsstrategie, die soziale und ökonomische Sachverhalte erst konstruiert, machte Lotz anhand der Nutzung des Historisch-topographischen Schlesischen Städteatlas deutlich, der am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in digitaler Fassung erstellt wurde.

In ihrem abschließenden Beitrag „Authentizität als kultureller Kampfbegriff: Zur Heritage-Industrie am Checkpoint Charlie“ machte SYBILLE FRANK (TU Berlin) deutlich, dass der Verweis auf Authentizität zu den zentralen Legitimations- und Beglaubigungsstrategien von sogenannten *heritage sites* gehört. Frank nahm dabei die konkurrierenden Anbieter auf dem ‚Geschichtsmarkt‘ in den Blick und verwies insbesondere auf private und öffentliche Akteure, die am Checkpoint Charlie in Berlin seit Jahren um die Deutungshoheit konkurrieren. Die Markierung des historischen Raums, räumliche Rekonstruktionen, aber auch künstlerische Auseinandersetzungen bis hin zu Geschichtsschauspielern dienten dabei auf unterschiedliche Weise der Plausibilisierung der jeweiligen Interpretation des Vergangenen. Zugleich prallten dabei die mit den Akteuren verbundenen Intentionen und Interessenlagen aufeinander: Der Ort sei eben nicht nur Gedächtnisort und Erinnerungslandschaft, sondern auch stadtplanerisches Entwicklungsgebiet, politisches Machtinstrument sowie Ort des Kulturaustauschs und des (Geschichts-)Tourismus. In Anlehnung an John Tunbridge und Gregory Ashworth verwies sie im Anschluss an frühere Darstellungen darauf, dass Historikerinnen und Historiker, Kustoden und Kustodinnen in Museen und Gedenkstätten gewöhnlich unter Authentizität eine fixe Wahrheit, letztlich die "Echtheit" eines historischen Originals verstünden, das „einen Wert an sich“ habe. Demgegenüber definierten Heritage-Planer und -Planerinnen und Tou-

rismusanbieter und -anbieterinnen Authentizität den Bedürfnissen der Konsumentinnen und Konsumenten entsprechend. Für diese gelte dann „all das als authentisch, was den Erwartungen“ entspreche.²

Der Workshop machte deutlich, dass die Zuschreibung von Authentizität einerseits von Substanz, Form, Bauwerk, Prozess und handwerklicher Praxis, andererseits von Personen, Ethnien, sozialen Gruppen, Milieus und Nationen abhängt. Beide Aspekte würden durch „Atmosphären“ und „kulturelle Praxen“ verbunden, wie in der ergiebigen Diskussion der Beiträge von einem Teilnehmer hervorgehoben wurde. Der Authentizitätsbegriff erscheint zunächst als ein Containerbegriff, der physische Präsenz, stoffliche Kontinuität, historische Akteure, Auswahlprozesse, werthaltige Aufladung und ein Eindringen in das kulturelle Gedächtnis und eine Reflexion durch historisches Bewusstsein umfassen kann. Deutlich wurde insgesamt, dass man aus heuristischer Perspektive zwischen materialbezugnehmenden Authentizitätskonstruktionen und konfligierenden, interessengeleiteten Authentizitätszuschreibungen differenzieren sollte. In zukünftigen Projekten könnte sich dann aber gerade der Zusammenhang zwischen objekt- und subjektbezogenen Authentizitätszuschreibungen als lohnenswert erweisen.

Dass das Authentische seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert so hoch im Kurs steht, so ein weitere These in der Schlussdiskussion, sei ein Reflex gegen die Moderne: Die Suche nach Authentizität trage insofern antimodernistische Züge. Zweitens ginge es aber gerade in der Gegenwart verstärkt um „authentisch-historische Erfahrungen“: Dies sei eine Form der Selbstvergewisserung, die sich in der Beziehung zu Anderen und zu Dingen historische Erzählungen, Kontinuitäten und Brüche und damit unterschiedliche Zeitschichten und Zeiterfahrungen aneigne. Oft reicht dabei schon die Illusion von historischer Authentizität, ist sich doch gerade der „post-Tourist“ bzw. „new urban tourist“ bewusst, dass die Historizität eines Ortes niemals eindimensional auszudeuten ist. Ihm scheint es also letztlich nicht darum zu gehen, „wie es eigentlich gewesen“ ist (Ranke), sondern „wie es hätte sein können“. Insofern lässt sich das seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts feststellbare Authentizitätsbedürfnis auch nicht als allein antimodernistisch interpretieren, sondern als reflexiv-spielerische Weise der Bezugnahme auf Vergangenheit.

Als Forschungsdesiderate wurden unter anderem die Semantiken des Authentischen im kulturellen und diachronen Vergleich und die Wellenbewegungen von Authentizitätsdebatten seit dem 19. Jahrhundert identifiziert. Stärker müsse nach den sozialen Akteuren gefragt werden, die darüber bestimmen, was als authentisch

² Siehe auch Sybille Frank, Der Mauer um die Wette gedenken, in: Aus Politik und Zeitgeschichte H. 31-34/2011, S. 47-54, online unter: <http://www.bpb.de/apuz/33196/der-mauer-um-die-wette-gedenken?p=all>.

angesehen wird, und nicht zuletzt sollte die Rolle der Medien bei der Konstruktion des Authentischen weiter analysiert werden. Schließlich sei im Verlauf der weiteren Arbeit des Forschungsverbundes zu klären, welcher Mehrwehrt einer Analyse von Praktiken der Authentisierung gegenüber den Erinnerungs-, Identitäts- und Gedächtnisparadigmen der letzten drei Jahrzehnte zukomme.

Achim Saupe, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, saupe@zzf.de

Tagungsbericht: Die (Un)Ordnung der Stadt. Nachwuchstagung der GSU, vom 28. bis 29. September 2015 an der Universität Regensburg

Die diesjährige Nachwuchstagung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) fand in der alten Reichsstadt Regensburg statt, in die Rainer Liedtke, Professor für Europäische Geschichte an der dortigen Universität, eingeladen hatte. Ein Call for Papers hatte zahlreiche, auch ausländische Nachwuchswissenschaftler zur Einreichung von Vorschlägen motiviert – offensichtlich weil das Thema "(Un)Ordnung der Stadt" ganz unterschiedliche Aspekte städtischer Realität berührt und Ordnungsprobleme von Städten zu allen Zeiten und in allen Ländern eine zentrale politische Herausforderung bildeten.

Den Auftakt machte die Keynote-Lecture der finnischen Stadthistorikerin LAURA KOLBE (Helsinki), die unter dem Titel „Dream and Reality of Planning a Perfect City: Order and Disorder in European Urban History“ die wechselnden Muster europäischer Stadtplanung in der Gesamtschau präsentierte. Mit einem Fokus auf der Straße als ‚Mikrokosmos‘ von Stadtentwicklung und -planung demonstrierte Kolbe Ordnungsmuster sowie Leitbilder und lenkte die Aufmerksamkeit auch auf normative Fragen: Um wessen Ordnung ging es jeweils, wie und mit welchen Mitteln wurde Ordnung hergestellt und wer ‚besaß‘ die Stadt?

Das Ordnen der Stadt in Sinne eines systematischen Kompilierens der Stadtbewohner stand im Zentrum des Eröffnungsvortrags der ersten Sektion von CHRISTINA SASSE (Gießen). Sasse zeigte am Beispiel von Adressbüchern in englischen Städten außerhalb Londons ab den 1760er Jahren, wie im Zuge eines aufklärerischen Impetus und zugleich aufgrund kommerzieller Motive die heute noch für Stadthistorikerinnen und Stadthistoriker unentbehrliche Quelle der Adressbücher entstand und reflektierte, welche Ordnungsvorstellungen damit verbunden waren. Deutlich werde in diesen ‚Directories‘ auch, wer jeweils in einer Stadt als ‚wichtig‘, also erwähnenswert erachtet wurde und wie sich die Adressbücher zu umfassenden Kompendien auch im Sinne städtischer Selbstdarstellung entwickelten.

Das Festhalten und Repräsentieren städtischer Umwelt durch Fotografinnen stellte TANJA BROCK (Paderborn) unter dem Thema ‚Intervenieren, Irritieren und Dechiffrieren – (Un)Ordnungsbilder von Fotografinnen und Knipserinnen in der Großstadt der Moderne‘ vor. Ausgehend von der technischen Innovation der Handkamera in den 1920er Jahren, die eine neue Spontaneität und neue Perspektiven für die fotografische Praxis eröffnete, untersuchte die Referentin vor der Folie von Susanne Franks These geschlechtlich kodierter städtischer Ordnungen, inwieweit Fotografieren als ermächtigende weibliche Praxis verstanden werden kann. Am Beispiel von Germaine Krull als ‚Flaneurin mit Kamera‘ und Ella Bergmann-Michel zeigte sie, wie Fotografinnen sich mit städtischer Umwelt und technischen Artefakten auseinandersetzten und machte darin eine neue weibliche Ästhetik fest.

In ihrem Kommentar fragte GISELA METTELE (Jena) in Bezug auf die Adressbücher nach der Nutzung, Verbreitung und ökonomischen Produktions- sowie Verwertungsbedingungen; im Hinblick auf das Thema der Fotografinnen warnte sie vor einer dichotomisierenden geschlechtergeschichtlichen Engführung und plädierte stattdessen dafür, die fotografischen Œuvres der beiden Lichtbildnerinnen als Teil der Avantgarde der 1920er Jahre zu verstehen.

In der zweiten Sektion referierte BJÖRN BLASS (MPI Berlin) zu ‚Der Abfall der Stadt – Räume der Entsorgung in und um Berlin‘. Die zunehmende ‚Vermüllung‘ des Umlands von Berlin sei Zeitgenossen Ende des 19. Jahrhunderts als gravierendes Problem erschienen, das Interventionen sowohl beim konsequenteren Sammeln von Müll als auch hinsichtlich der Entsorgung erforderte. Angesichts des Kollaps traditioneller Entsorgungspraktiken (‚Mistbauern‘) und der zunehmenden Fokussierung auf die Hygienisierung der städtischen Lebenswelt sei insbesondere nach der Hamburger Cholera-Epidemie der Druck auf die Behörden gestiegen, durch Lagerung, landwirtschaftliche Verwertung oder Müllverbrennung zu einer dauerhaften Lösung zu gelangen. Bemerkenswert war die Darstellung des Charlottenburger Mülltrennungsmodells, dessen erstaunlich moderner, auf Wiederverwertung zielender Ansatz sich damals jedoch als zu kostspielig erwiesen habe.

Die Geografin VANESSA REBECCA HÜNNEMEYER (Jena) präsentierte in ‚Geordnete Unordnung oder ungeordnete Ordnung? – Der komplexe Charakter der Stadt‘ einen Ansatz zur Näherung des Problems städtischer Ordnung mittels systemtheoretischer Überlegungen und unterstrich den produktiven Charakter städtischer Selbstorganisation zur Bearbeitung konkreter Problemlagen. Diversität, so Hünne-meyer, sei eine der stärksten Produktivfaktoren zur Sicherung der Reproduktionsfähigkeit des Systems Stadt.

CELINA KRESS (Berlin) problematisierte in ihrem Kommentar die komplexe Relationalität von Ordnung und Unordnung und verwies auf deren Bedeutung für die

Resilienz von Städten und als Element der von Hünнемeyer beschriebenen Kapazität zur Selbstorganisation. Im Hinblick auf die Abfall-Ordnung Berlins verwies Kress auf das Verhältnis von Technikgläubigkeit der zeitgenössischen Experten im Gegensatz zu strukturellem Mißtrauen gegenüber Erfahrungswissen.

Die Tagung befasste sich nicht nur theoretisch mit ‚Ordnung von Stadt‘, sondern setzte sich auch im Rahmen einer von BERNADETTE MISCHKA (Regensburg) geleiteten Stadtführung anschaulich mit der Abfolge räumlicher Ordnungen von der römischen Grenzstadt ‚Ratisbona‘ bis hin zur frühneuzeitlichen Reichsstadt Regensburg, zugleich Sitz des ‚Immerwährenden Reichstags‘, auseinander.

Die Vorträge der dritten Sektion thematisierten Probleme öffentlicher Ordnung in und nach dem Ersten Weltkrieg. KATHARINA SCHMITTEN (Berlin) stellte in ‚Von „Radaubrüdern“ und „Gesindel“: Polizei und öffentliche Un-Ordnung im Ruhrgebiet (1914-1918)‘ das eher ungewöhnliche Beispiel eines polizeilichen Zugriffs auf allzu sangeslustige bürgerliche Sänger vor, die im September 1914 in Dortmund von Polizisten wegen nächtlicher Ruhestörung scharf gemäßregelt wurden. Von diesem Fallbeispiel ausgehend verglich sie preußische Polizeitaktiken mit englischen.

Die Wiener Historikerinnen SEMA COLPAN und MARIE-NOELLE YAZDANPANA thematisierten in ‚Strawazen statt Schule. Jugendliche Devianz in Wien um 1920‘ das Phänomen zunehmend regelwidrigen und auffälligen Verhaltens von Jugendlichen während des Ersten Weltkriegs und identifizierten spezifische Orte in der Stadt – etwa Märkte, Bahnhöfe und Vergnügungsstätten wie den Prater – als besondere Brennpunkte solchen Verhaltens. Zugleich reflektierten sie die zeitgenössische Interpretation dieser Verhaltensweisen unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte und die daraus resultierenden ‚Ordnungsrezepte‘.

CHRISTOPH BERNHARDT (Berlin) fragte in seinem Kommentar, wie die analysierten Vorgänge sich in größere Erklärungskonzepte zu Gewaltkulturen einordnen ließen und welches Profil die präsentierten Lokalbeispiele im Kontrast zu anderen aufwiesen.

Die vierte Sektion stand im Zeichen planerischer Ordnungsentwürfe. ALEKSANDRA PARADOWSKA (Wroclaw) untersuchte in ‚„Alles Hässliche, Unsaubere, Zwecklose (...) zu entfernen.“ Projekte zum Umbau der Städte im Reichsgau Wartheland als Beispiel des nationalsozialistischen Ordnungskonzeptes‘ die Versuche der Nationalsozialisten, dem Warthegau ein ‚deutsches Gesicht‘ zu geben. Eine deutsche ‚Ordnung‘ zu schaffen habe hier insbesondere bedeutet, die polnischen Elemente und baulichen Produkte der polnischen Herrschaft zu tilgen, was angesichts des Krieges und anderen Prioritäten letztlich unrealisiert geblieben sei.

Wie der franquistische Staat nach dem gewonnenen Bürgerkrieg versuchte, die Hauptstadt Madrid zu ordnen, stand im Zentrum des Vortrags von PIETRO SASSI (Weimar) ‚Der Generalbebauungsplan von Madrid (1941-1946): eine neue Ordnung für die Hauptstadt des franquistischen Estado Nuevo nach dem Bürgerkrieg‘. Sassi zeigte, wie die Muster des Generalplans in längerfristigen Planungstraditionen wurzelten, die bis zum Groß-Berlinplan von 1910 zurückreichten. Zugleich unterstrich der Referent auch, dass die seit den 1950er Jahren extrem dynamische Migration nach Madrid angesichts der industriellen Wachstumsdynamik alle Versuche, die Planvorgaben in die Realität zu überführen, unmöglich machte, dies allerdings auch angesichts der komplexen Machtbasis des Franquismus auch nicht sehr energisch angestrebt wurde.

SYLVIA NECKER (München) verwies in ihrem Kommentar auf die Parallelität in Planungspraktiken der Epoche bis hin zur visuellen Präsentation von Planungen und forderte, in zukünftigen Forschungen zur Planungspraxis europäischer Diktaturen verstärkt komparativ zu arbeiten.

Die fünfte Sektion hatte die Umgestaltung städtischer Umwelt durch technische Infrastrukturen als gemeinsamen Nenner. MICHAEL ZEHETER (Trier) untersuchte in ‚Zivilisierte Ordnung statt indigener Komplexität? Die Cholera in Madras, 1818-1855‘ die Versuche britischer Kolonialingenieure, durch umfangreiche infrastrukturelle Eingriffe die Anfälligkeit von Madras für Cholera-Epidemien zu reduzieren, was einerseits angesichts der Uneinigkeit der Ingenieure über die dafür angemessenen Programme, andererseits wegen der Weigerung der East India Company, aufwändige Interventionen zu finanzieren, scheiterte.

An aktuellen Entwicklungsproblemen der tansanischen Hauptstadt Daressalam setzte der Vortrag der Raumplanerin SOPHIE SCHRAMM (TU Darmstadt) ‚Die Un-Ordnung der Wasserversorgung in Kimara, Tanzania‘ an. Schramm zeigte, wie das in Europa und Nordamerika ausgebildete Ideal der ‚Netzstadt‘ im Sinne umfassender und ubiquitärer Versorgung aller Haushalte mit Infrastruktur-Dienstleistungen in Afrika an mangelnder Finanzierung einerseits, der allgemeinen Praxis der Nutzer, sich durch Verhandlungen mit Bediensteten der Wassergesellschaften nicht-geplante Zugänge zum Wassernetz zu verschaffen, andererseits, scheiterte und auch großtechnische Neuordnungsversuche keine dauerhafte Lösung brachten.

DIETER SCHOTT (Darmstadt) problematisierte in seinem Kommentar die Diskrepanz zwischen der Orientierung britischer Kolonialingenieure an spezifischen Modellen in Europa und der Disfunktionalität der Nutzerinterventionen im Sinne der Funktionsfähigkeit des Wasserversorgungssystems von Daressalam.

In der Abschluss-Sektion empfahl MARTIN KNOLL (Salzburg) in seinem Vortrag ‚(Un-)Ordnungen von Stadt und Hinterland‘, das Konzept Theodore Schatzkis von

‚social sites‘ als Verknüpfung von Praktiken und materiellen Arrangements, mit dem sich die unfruchtbare klassische Dichotomie von Natur und Gesellschaft/Kultur aufheben lasse. Er unterstrich die historisch kontingente Definition von ‚Hinterländern‘ von Städten, festgemacht am aktuellen Beispiel der Blockade des Zugverkehrs angesichts der Flüchtlingskrise, das den grenzüberschreitenden Agglomerationsraum Salzburg derzeit künstlich auseinanderreiße. In der Abschlussdiskussion wurde von verschiedenen Referierenden die Fruchtbarkeit solcher Diskussionen, organisiert mit Begriffen wie Ordnung/Unordnung, betont, aber auch angeregt, in Zukunft durch vorab verteilte Papers noch mehr Raum für Diskussion zu schaffen.

Dieter Schott, TU Darmstadt, schott@pg.tu-darmstadt.de

MITTEILUNGEN

Termine

1. Halbjahr 2016

21. – 22. Januar Konferenz: *14. Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR*
Leibniz-Institut für Regionentwicklung und Strukturplanung (IRS) Erkner
<http://www.hsozkult.de/event/id/termine-28429>
3. – 4. März Konferenz: *Ritualizing the City: Collective Performances as Aspects of Urban Construction*
Masaryk University in Brno / University of Lausanne
Brno, Tschechien
<http://arthist.net/archive/9449>
3. – 4. März Konferenz: *Museen – Orte des Authentischen?*
Leibniz-Forschungsverbund „Historische Authentizität“ /
Römisch-Germanisches Zentralmuseum – Leibniz-Forschungsinstitut für Archäologie
Mainz
<http://arthist.net/archive/10957>
30. März – 2. April Session: *Solidarity before the Welfare State: A Global Perspective (Middle Ages – early 20th century)*
European Social Science History Conference (ESSHC)
Valencia, Spanien
<http://www.hsozkult.de/event/id/termine-27727>
31. März – 1. April Konferenz: *Urban History Group 2016: Re-Evaluating the Place of the City in History*
Robinson College, University of Cambridge, Großbritannien
<http://www.ehs.org.uk/events/urban-history-group-2016-re-evaluating-the-place-of-the-city-in-history>

8. – 9. April Tagung: *Frauenfrage und Architektur. Räume für Geschlechterutopien vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*
Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig (GWZO)
Leipzig
<http://arthist.net/archive/10928>
17. – 19. April Konferenz: *„Eine Stadt müssen wir erbauen, eine ganze Stadt!“ – Die Künstlerkolonie Darmstadt auf der Mathildenhöhe*
Wissenschaftsstadt Darmstadt / Deutsches Nationalkomitee von ICOMOS / Landesamt für Denkmalpflege Hessen
Darmstadt
<http://arthist.net/archive/10456>
2. – 4. Juni Konferenz: *European Architectural History Network: Fourth International Meeting*
EAHN, Dublin
Dublin, Irland
<https://eahn2016conference.wordpress.com/>
15. – 16. Oktober Konferenz: *Entering the City: Spaces, Transports, Perceptions, and Representations*
Université libre de Bruxelles
Brüssel, Belgien
<http://arthist.net/archive/9480>
9. – 10. Juni Internationale Tagung: *Stadt des Wissens. Bauten der Erwachsenenbildung*
Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V. / Stadt Heidelberg
Heidelberg
<http://forum-stadt.eu/start>

2. Halbjahr 2016

17. – 21. Juli CfP: *History – Urbanism – Resilience: 17th International Planning History Conference*
Chair History of Architecture and Urban Planning, TU Delft
Deadline: 5. Januar 2016
Delft, Niederlande
<http://iphs2016.org/>
24. – 27. August Konferenz: *Reinterpreting Cities: 13th EAUH International Conference on Urban History*
European Association for Urban History (EAUH)
Helsinki, Finland
<https://eauh2016.net/>
20. – 23. September *51. Deutscher Historikertag: Hamburg 'Glaubensfragen'*
Dort auch Mitgliederversammlung der GSU und Verleihung des Nachwuchspreises für Stadtgeschichte
<http://www.historikerverband.de/historikertag.html>
27. – 29. Oktober CfP: *Creativity & the City 1600-2000*
Amsterdam Centre for Cultural Heritage and Identity / University of Amsterdam
Deadline: 15. November 2015
Amsterdam, Niederlande
<http://arthist.net/archive/10884>